

Außen- und Europapolitischer Bericht 2023

Bericht des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten

Weltweit für Sie da

Inhalt

Vorwort	3
1. Jahresüberblick und Ausblick	6
2. Mitgestaltung der Europäischen Union	15
3. Österreich und die Welt	23
4. Multilaterales Engagement Österreichs	93
5. Österreichische Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten	154
6. Außenwirtschaft	175
7. Konsularisches	183
8. Internationale Kulturangelegenheiten	194
9. Österreichischer Auswärtiger Dienst	212

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine setzte am 24. Februar 2022 eine neue, rauere geopolitische Realität ein. Am 7. Oktober 2023 kam mit dem barbarischen Terrorangriff der Hamas auf Israel ein weiterer Zivilisationsbruch hinzu. Dadurch weitete sich der veritable „Feuerring“ um Europa – der sich bereits von der Ukraine über Berg-Karabach bis zur Sahelzone zog – noch auf den Nahe Osten aus.

Israel hat ein Recht, sich gegen den brutalen Terror der Hamas im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht zu verteidigen. Österreich forderte wiederholt die bedingungslose Freilassung aller Geiseln – unter denen sich auch ein österreichisch-israelischer Familienvater befindet. Der von der Hamas provozierte Krieg hat zehntausenden Palästinenserinnen und Palästinensern das Leben gekostet. Österreich fordert daher einen ungehinderten Zugang zur notleidenden Bevölkerung und viel mehr Humanitäre Hilfe. Bis Jahresende wurden dafür 13 Millionen Euro für die Zivilbevölkerung in Gaza und der Region bereitgestellt.

Für Österreich führt kein Weg an einer verhandelten Zweistaatenlösung auf Basis des Völkerrechts vorbei. Für einen dauerhaften Frieden bedarf es einer politischen Lösung, die Israelis und Palästinenserinnen und Palästinensern ermöglicht, in Frieden und Sicherheit Seite an Seite zu leben.

Währenddessen führte Russland 2023 seinen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine unvermindert weiter. Doch wie bereits im Jahr zuvor bewies die EU abermals Einheit und strategische Geduld, 12 EU-Sanktionspakete untermauern dies. Österreich ist auch weiterhin ein wichtiger Geber von humanitärer und finanzieller Unterstützung für die Ukraine und hat bis Ende 2023 mehr als 200 Millionen Euro an staatlicher bilateraler Hilfe mobilisiert.

Global sind wir mit der höchsten Anzahl militärischer Konflikte seit dem 2. Weltkrieg konfrontiert, die leider auch besonders viele Menschenrechtsverletzungen mit sich bringen.

Daher war es umso wichtiger, mit dem hochrangigen Symposium „Vienna World Conference – 30 Years On: Our Rights – Our Future“ und Menschenrechtsverteidigerinnen und –verteidigern aus aller Welt ein Zeichen für die Universalität der Menschenrechte zu setzen. Daran anknüpfend beschäftigten sich Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen, institutionelle Partner und Think Tanks in insgesamt 75 Folgeveranstaltungen mit der Weiterentwicklung des internationalen Menschenrechtsschutzes.

Die letzten Jahre haben einmal mehr deutlich gemacht: Wir sind keine Insel der Seligen. Auch Europa ist vor Krieg, Krisen und Konflikten nicht gefeit. Wir müssen daher dem „Feuerring“ um Europa einen „Ring der Stabilität“ entgegenstellen. Und der beginnt in unserer eigenen Nachbarschaft. Daher habe ich gemeinsam mit sieben gleichgesinnten EU-Staaten die Gruppe „Friends of the Western Balkans“ initiiert, um eine beschleunigte, graduelle Integration der Westbalkanstaaten in die EU aktiv voranzutreiben.

In diesem krisengezeichneten Jahr konnte die österreichische Diplomatie dennoch ihr Netzwerk stärken und Initiativen intensivieren. Im September durfte ich die Botschaft in Bagdad offiziell wiedereröffnen und somit eine Vertiefung der Beziehungen in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft und Migration mit dem Irak vorantreiben. Außerdem konnte, nach drei Jahrzehnten erfolgreicher Entwicklungszusammenarbeit, Bhutan von einem der ärmsten Länder der Welt zu einem Land mittleren Einkommens aufsteigen. Schließlich hat sich die Initiative ReFocus Austria 2023 zur größten wirtschaftsdiplomatischen Kampagne Österreichs entwickelt. Die Zahlen sprechen für sich: Bis Ende des Jahres wurden mehr als 650 Projekte und Veranstaltungen in rund 90 Ländern realisiert, von denen mehr als 3.400 österreichische Unternehmen und Niederlassungen profitieren konnten.

Der Außen- und Europapolitische Bericht 2023 gibt Einblicke in die vielfältige und abwechslungsreiche Arbeit des Außenministeriums. Gerade in diesen turbulenten Zeiten muss Österreich eine aktive Außen- und Europapolitik verfolgen, sicherheitspolitische Interessen selbstbewusst vertreten und sich für den Erhalt einer regelbasierten, liberalen Weltordnung einsetzen. Dies ist nur möglich, weil über 1.100 Kolleginnen und Kollegen in der Zentrale und an den Vertretungsbehörden Tag für Tag mit Professionalität und Engagement hervorragende

Arbeit leisten. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – dem Team Außenministerium – ganz herzlich bedanken.

Mag. Alexander Schallenberg
Bundesminister für europäische
und internationale Angelegenheiten

1. Jahresüberblick und Ausblick

Die regelbasierte internationale Ordnung in der Defensive

Nach den multiplen internationalen Krisen der letzten Jahre, von der COVID-19-Pandemie bis zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, von den durch Krieg und der Unterbrechung von Lieferketten ausgelösten Unsicherheiten bei der Verfügbarkeit bzw. Leistbarkeit von Energie, den Auswirkungen des Klimawandels bis zu hohen Zahlen irregulärer Migration, kam mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober eine weitere internationale Krisensituation im Jahr 2023 dazu.

Aufgrund der Breite an Themen, die insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie der Terrorangriff der Hamas gegen Israel direkt und indirekt ausgelöst haben, wurden zu beiden Konflikten Krisenstäbe im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) eingerichtet, die unter Einbindung der österreichischen Botschaften in der Region zunächst täglich und dann nach Tagesaktualität einberufen wurden. Spezifische Themen waren dabei etwa die konsularische Betreuung von Österreicherinnen und Österreichern in den Krisengebieten, die humanitäre, völker- und menschenrechtliche Beurteilung des Lagebildes, die Verhandlung von zielgerichteten EU-Sanktionspaketen, die Einschätzung der Sicherheitssituation in der Region und der Informationsaustausch mit anderen Fachministerien im Sicherheitsbereich, die Abhaltung von internationalen Treffen und Konferenzen sowie die Betreuung von Presse- und Bürgeranfragen.

Im Mittelpunkt der österreichischen Positionierung stehen dabei das Eintreten für Völkerrecht und Rechtsstaatlichkeit sowie für eine regelbasierte internationale Ordnung mit der Charta der Vereinten Nationen im Mittelpunkt. Gerade im Bereich Völkerrecht und Menschenrechte teilten zahlreiche Expertinnen und Experten bei den Veranstaltungen im Rahmen des 30-jährigen Jubiläums der Wiener Menschenrechtskonferenz die bittere Analyse, dass einige der 1993 erzielten positiven Ergebnisse zum umfassenden Schutz der Menschenrechte heute wohl

auf internationaler Ebene kaum mehr zu erzielen wären, und warnten vor einer „Erosion“ und Rückschritten im internationalen Menschenrechtsbereich.

Die Themen Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit werden wohl auch in dem dichten internationalen Superwahljahr 2024 mit mehr als 70 Wahlen auf der ganzen Welt Schwerpunkte darstellen. Neben der österreichischen Nationalratswahl werden etwa die Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni und die Wahl des US-Präsidenten im November stattfinden.

Der 7. Oktober 2023 als Zivilisationsbruch

Der terroristische Angriff der radikal-islamistischen Hamas und anderer Gewalttäter auf Israel am 7. Oktober 2023 war ein Zivilisationsbruch und in seiner Brutalität zutiefst verstörend. Weit über tausend Israelis wurden getötet und mehr als zweihundert unschuldige Menschen, darunter ein israelisch-österreichischer Familienvater, wurden von der Hamas in einem Akt der Barbarei als Geiseln verschleppt. Österreichs strategische Partnerschaft mit Israel, die zum einen auf unserer historischen Verantwortung gründet, aber vor allem aus einer reichhaltigen und tiefgehenden Vernetzung mit Israel und seinen Menschen lebt, hatte sich in dieser Situation besonders zu bewähren. Österreich steht daher an Israels Seite, wenn Israel sein Recht ausübt, die eigene Bevölkerung im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht gegen die Hamas zu verteidigen. Dies hat Österreich auch im Rahmen der Vereinten Nationen bekräftigt. Der von der Hamas provozierte Krieg forderte jedoch nicht nur viele israelische Opfer, sondern auch eine enorme Zahl an palästinensischen Opfern, darunter viele Zivilpersonen, Frauen und Kinder. Österreich hat daher wiederholt ungehinderten humanitären Zugang gefordert sowie umfassende humanitäre Hilfe für die betroffene Bevölkerung im Gazastreifen bereitgestellt. Intensive Kontakte Österreichs mit arabischen Ländern und Partnern auf Basis jahrzehntelanger tragfähiger Beziehungen sind ebenso wie die klare Solidarität mit Israels Menschen Teil unseres Engagements in Richtung Frieden. Alte Gräben, die durch die Erfolge der Normalisierung zwischen Israel und einigen arabischen Staaten geschlossen werden konnten, brachen durch den Konflikt wieder auf. Opportunistische Akteure versuchen, aus dem Konflikt Profit zu schlagen, um ihre eigenen politischen Ziele zu erreichen.

Die Entwicklungen im Nahen Osten polarisieren gleichzeitig auch unsere Gesellschaften in Europa, wecken unter anderem brandgefährliche antisemitische Ressentiments. Die Ereignisse

zeigten einmal mehr, dass es einer nachhaltigen politischen Lösung im Nahen Osten bedarf. Der Terror der Hamas darf sich nicht wiederholen. Das Leid der Palästinenserinnen und Palästinenser muss ein Ende haben. Die Zweistaatenlösung ist alternativlos, damit Israelis und Palästinenser und Palästinenserinnen in Frieden zusammenleben können. Als Österreicher und Österreicherinnen und Europäerinnen und Europäer haben wir die Pflicht, uns umso mehr für Frieden im Nahen Osten zu engagieren. Nur wenn alle Menschen, Israelis und Palästinenser, in Frieden, Wohlstand und Sicherheit leben können, ist auch unsere Sicherheit in Österreich und Europa gewährleistet.

Fortsetzung des Angriffskriegs Putins: Österreich bleibt solidarisch mit der Ukraine

Den fortgesetzten Angriffen Russlands gegen die Ukraine begegnete Österreich mit weiterer solidarischer Unterstützung der Ukraine auf bilateraler und multilateraler Ebene. Im Rahmen der EU und bilateral ist Österreich unter den größten Gebern humanitärer Unterstützung. Österreich beteiligt sich an der EU-Makrofinanzhilfe und an der Europäischen Friedensfazilität, liefert allerdings keine Waffen, sondern beteiligt sich an der Bereitstellung nicht-letaler Ausrüstung.

Österreich unterstützte die Verleihung des EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine und stimmte auch für die Eröffnung von Verhandlungen. Dabei müssen weiterhin besonderer Wert auf die Umsetzung der von der EU geforderten Reformen gelegt und Fortschritte im Kampf gegen die Korruption erzielt werden. Österreich nahm regelmäßig aktiv an Treffen im Rahmen des ukrainischen Zehn-Punkteplans mit dem Ziel eines gerechten, umfassenden und dauerhaften Friedens teil und engagierte sich insbesondere in den Bereichen nukleare Sicherheit, Ernährungssicherheit, Rechenschaftspflicht und humanitäre Entminung.

Gleichzeitig trug Österreich die auf EU-Ebene eingeführten restriktiven Maßnahmen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg vollinhaltlich mit. Mit der im Frühjahr eingeführten Ölpreisdeckelung konnten die russischen Einnahmen aus Erdölverkäufen vor allem während der ersten sechs Monate erheblich reduziert werden. Gegen die Umgehung der Sanktionen wurden im Sommer konkrete Maßnahmen ergriffen. Begleitend setzte Österreich den „Outreach“ zur internationalen Staatengemeinschaft mit dem Ziel fort, das Bewusstsein für die Unrechtmäßigkeit des russischen Vorgehens zu schärfen und half dadurch mit, russische

Versuche, den Überfall auf das Nachbarland als eine Art Abwehrkampf gegen eine vermeintliche westliche Hegemonie zu rechtfertigen, als Vorwand zu entlarven. In diesem Zusammenhang trat Österreich dafür ein, dass sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union effektiver gegenüber Gesprächspartnern aus der ganzen Welt abstimmen müssten, um Desinformation entgegenzuwirken. Österreich tritt bei aller Solidarität innerhalb der EU und gegenüber der Ukraine auch für eine Politik mit Augenmaß und offene Gesprächskanäle mit Russland, gerade auch im Rahmen der OSZE, ein. Ein Fenster für diplomatisch aussichtsreiche Friedensbemühungen öffnete sich 2023 nicht. Die zunehmende Repression gegen eine kritische Zivilgesellschaft in Russland wurde von Österreich regelmäßig, zum Beispiel im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen wie auch im Rahmen der OSZE, deutlich zur Sprache gebracht.

Globale Sicherheit in Zeiten multipler Krisen und irregulärer Migration

Auch 2023 war ein Jahr geprägt von Krisen, Kriegen und Terror, und das sicherheitspolitische Umfeld für die EU und Österreich wurde komplexer und schwieriger. Das BMEIA hat in seiner Rolle als Sicherheitsressort weitere Schritte gesetzt, dieses Umfeld in seinem Handeln stärker zu reflektieren. Als Sitzstaat der Vereinten Nationen und der OSZE und als militärisch neutraler Staat hat Österreich eine wichtige Funktion bei der Erhaltung von Frieden und Sicherheit im multilateralen Kontext. Gleichzeitig ist Österreichs Sicherheit untrennbar mit jener Europas verbunden. Wir unterstützen daher die Stärkung der EU als sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur sowie eine engere Kooperation zwischen EU und NATO als Beitrag zur transatlantischen Sicherheit im Rahmen unserer Verfassung. Auch gegen Cyber- und hybride Bedrohungen braucht es ein gemeinsames europäisches Handeln. Die EU stellte 2023 mit zivilen Missionen nach Moldau und Armenien unter Beweis, dass sie mehr Verantwortung für Sicherheit in ihrer Nachbarschaft übernehmen will. Österreich leistete mit der Entsendung von Polizistinnen und Polizisten sowie Bundesheerangehörigen zu diesen Einsätzen einen solidarischen Beitrag und nahm an 5 von 9 militärischen und an 6 von 13 zivilen EU-Missionen teil. Auch der neue Pakt für die zivile GSVP trägt eine österreichische Handschrift, indem wir die stärkere Nutzung neuer Technologien im zivilen Krisenmanagement und den Ausbau des Trainings für EU-Einsätze darin verankern konnten. Für transnationale Bedrohungen wie Terrorismus oder Cyberkriminalität bleiben die Vereinten Nationen das wichtigste Kooperationsforum. Als Sitzstaat der OSZE kämpfte Österreich für den Erhalt und die Stärkung

der Organisation als Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur und unterstützte den nordmazedonischen Vorsitz tatkräftig und erfolgreich bei der Lösungsfindung für einen neuen Vorsitz 2024.

Migration war auch 2023 prägend für Österreichs Sicherheit: Europa erlebt gerade die größte Migrationsbewegung seit dem 2. Weltkrieg mit weltweit 115 Millionen Vertriebenen. Österreich zählte 2023 rund 105.000 Vertriebene aus der Ukraine, 47.000 Personen mit afghanischer Staatsangehörigkeit leben in Österreich, eine der größten afghanischen Gemeinden weltweit. Im EU-Vergleich bearbeitete Österreich wie schon 2022 die zweitmeisten Asylanträge pro Kopf. Hier braucht es nachhaltige Lösungen. Ziel Europas muss es sein, weitere Migrationskrisen abzuwenden, Fluchtursachen gezielt und direkt vor Ort zu bekämpfen. Irreguläre Migration muss verhindert, legale Migration von Fachkräften nach Österreich jedoch ermöglicht werden. Österreich investiert in bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, schließt Rückübernahmeabkommen und verhandelt mit Drittstaaten über qualifizierte Zuwanderung.

Stabilität exportieren: die Dynamisierung des EU-Erweiterungsprozesses

Eine schrittweise und beschleunigte EU-Integration der Westbalkanstaaten, um die Region sowohl in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung als auch in der Heranführung an den EU-Binnenmarkt zu unterstützen, war und ist Österreich stets ein besonderes außenpolitisches Anliegen. Nähe, historische Verbindungen und traditionell freundschaftliche Beziehungen zu den Menschen in der Region sowie eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber auch gemeinsame Herausforderungen, wie insbesondere die Veränderung des geopolitischen Umfelds durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Auswirkungen auf diese Region verlangen eine feste Verankerung in Europa. Der Beschluss des Europäischen Rates vom 14. Dezember 2023, Beitrittsverhandlungen mit den Kandidatenländern Ukraine und Moldau aufzunehmen, hat die EU-Erweiterungspolitik als geostrategische Notwendigkeit dynamisiert, was auch den Staaten des Westbalkans zugutekommen sollte. Immerhin lag 2023 das sogenannte „Beitrittsversprechen von Thessaloniki“ für diese Region schon zwanzig Jahre zurück.

Um dieses neue Erweiterungs-Momentum aufrechtzuerhalten, lancierte Bundesminister Alexander Schallenberg am 23. Juni 2023 die Gruppe der „Friends of the Western Balkans“,

damit sich die gleichgesinnten EU-Mitgliedstaaten Griechenland, Italien, Kroatien, Österreich, Slowakei, Slowenien und Tschechien im EU-Rahmen aktiv für raschere Umsetzungsschritte im Beitrittsprozess der Westbalkanländer und für eine engere Zusammenarbeit bei gemeinsamen außenpolitischen Herausforderungen einsetzen.

Als wichtiger Erfolg gilt dabei die Verankerung des von Österreich erarbeiteten und von den „Freunden des Westbalkans“ mitgetragenen neuen Ansatzes einer graduellen Integration in der EU Erweiterungspolitik. Auf dieser Basis hat die Europäische Kommission den neuen „Wachstumsplan für den Westbalkan“ im November vorgelegt. Dieser ermöglicht die Integration in Teilbereiche des EU-Binnenmarktes und bietet Unterstützung, sofern die Staaten des Westbalkans dafür erforderliche Reformen umsetzen. Damit wurde ein wichtiger Schritt gesetzt, um das Wirtschaftswachstum der Region zu beschleunigen und gleichzeitig eine stärkere soziale sowie wirtschaftliche Annäherung an die EU zu fördern.

Österreich wird weiterhin, insbesondere mit den „Friends of the Western Balkans“, darauf drängen, dass die EU eine noch weiterreichende graduelle Integration der Westbalkanstaaten in EU-Politiken und EU-Foren forciert.

Zeitenwende in der Entwicklungspolitik: Große Herausforderungen erfordern neue Wege

In der globalen Zusammenarbeit erleben wir aktuell einen enormen Transformationsprozess, der die österreichische Entwicklungszusammenarbeit vor große Herausforderungen stellt. Hatte bereits die COVID-19 Pandemie viele Fortschritte im Entwicklungsbereich umgekehrt, so haben sowohl der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine als auch der brutale Terrorangriff der Hamas auf Israel zu massiven Auswirkungen im globalen Süden geführt. Der Klimawandel und seine Folgen wirken als Beschleunigungsfaktoren auf allen Ebenen.

Viele der bisher eingesetzten Entwicklungsmodelle können unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht mehr ihre maximale Wirkung entfalten. Die österreichische und europäische Entwicklungspolitik muss daher den aktuellen transformativen Herausforderungen gesamtstaatlich und in enger Abstimmung mit seinen Partnern durch innovative Ansätze und attraktive Angebote begegnen, auch um sich von geopolitischen Mitbewerbern abzuheben. Die

österreichische Entwicklungspolitik möchte dabei auch verstärkt einen Beitrag zur Förderung der Wirtschaft in den Partnerländern leisten und Potentiale für österreichische Unternehmen ausschöpfen. Im Bereich Migration sollen verstärkt die individuellen Bedürfnisse des Partnerlands mit den Interessen Österreichs verknüpft werden. Die übergeordneten Ziele der österreichischen Entwicklungspolitik – die Reduktion von Armut, die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie die Erhaltung der Umwelt und der Schutz natürlicher Ressourcen – bleiben dabei weiterhin richtungsweisend.

Trotz eines sich drastisch ändernden Umfeldes gibt es auch Lichtblicke. Bhutan stieg vom Status der am wenigsten entwickelten Länder zu Ländern mit mittlerem Einkommen auf. Nach drei Jahrzehnten konnte 2023 das österreichische Büro in Bhutan aufgrund der positiven Entwicklung des Landes geschlossen werden. Diese Erfolgsgeschichte verdeutlicht, wie Entwicklungszusammenarbeit nachhaltige Veränderungen bewirken kann und bestärkt Österreich in seinen Bemühungen auch in Zukunft, die bilaterale Zusammenarbeit mit seinen Partnern zu intensivieren und gemeinsam neue innovative Wege zu gehen.

Kulturdiplomatie im Wandel

Die Freiheit der Kunst ist nur in funktionierenden Demokratien ohne Einschränkungen gewährleistet. Daher ist ein verstärkter Einsatz für Demokratie ein zentrales Anliegen der Kunst. Da die Zukunft der Demokratie vor allem davon abhängen wird, wie gut es gelingt, die beiden Jahrhundertaufgaben Künstliche Intelligenz und Klimawandel zu bewältigen, ist die Kunst gefordert, ihre Impulse zur Erneuerung der Demokratie in engem Zusammenhang mit der digitalen und ökosozialen Doppeltransformation zu erarbeiten. Diese epochale Wende bedeutet zwar nicht, dass sich jede künstlerische Aktivität ausnahmslos mit diesen Fragen befassen muss, dennoch ist die Kunst als vorausschauende gesellschaftspolitische Kraft aufgerufen, ihre Prioritäten neu zu setzen. Denn wir brauchen die Imagination von

Kunstschaffenden aller Sparten – einschließlich neuer Wege der Kooperation mit Wissenschaft und Forschung – für die Gestaltung der Zukunft.

Dies eröffnet der Kulturdiplomatie des BMEIA spannende Potenziale für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen Österreichs und dient als Basis für multilaterale Kulturarbeit. Dabei stehen drei Zugänge im Vordergrund:

DIGNITY, im Sinn der ganzheitlichen Würde des Menschen und der Natur, als Ausgangspunkt für Menschenrechte und Demokratie sowie als Brücke zu illiberalen und autoritären Ländern. Damit inhaltlich verbunden sind eine engagierte Gedenkkultur, der Fokus auf Frauen die Unterstützung von Kunstschaffenden, die unter erheblicher Gefahr für Leib und Leben arbeiten, und der von Österreich weltweit propagierte Digitale Humanismus. **REGENERATION** als Prozess der Schaffung einer klimapositiven und ökosozial visionären Lebens- und Wirtschaftskultur im KI-Zeitalter. (Inter-)kultureller **ZUKUNFTSDIALOG**, nicht nur auf zwischenstaatlicher Ebene, sondern auch durch *bottom-up*-Vernetzungen mit Partnerinstitutionen und der Zivilgesellschaft in anderen Ländern.

Auf dieser Basis wurde 2023 das Programmkonzept „IMAGINE DIGNITY“ entwickelt, das u.a. durch Calls zu Themen wie CLIMATE DIGNITY, neue Ausstellungsprojekte zur Regeneration in Design und Architektur und regionale Schwerpunkte umsetzt. Es soll künftig noch stärker auf Demokratie fokussiert werden, denn wie wichtig Kulturpolitik mit dem Ziel IMAGINE DEMOCRATIC FUTURES gerade in Kriegs- und Krisenzeiten ist, beweist das erfolgreiche *Artists Solidarity Program Europe (ASoP)*. Unverzichtbar sind dabei Partnerschaften mit bedeutenden österreichischen Kultureinrichtungen sowie Universitäten und den Bundesländern.

Das rot-weiß-rote Sicherheitsnetz: Weltweit an ihrer Seite, wenns drauf ankommt

Das Jahr 2023 stellte die Konsularsektion des BMEIA und die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland vor besondere Herausforderungen: Im Zuge der Krise im Sudan und in Niger wurden rund 50 österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger evakuiert. Nach den Waldbränden und der Unwetterkatastrophe in Griechenland und dem Erdbeben in Marokko wurden wir am 7. Oktober vom Terrorangriff der Hamas auf Israel

erschüttert: Binnen kurzer Zeit gelang es, über 300 österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus Israel und dem Gaza-Streifen zu evakuieren.

Rund 100.000 österreichische Reisende haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich in der Auslandsservice-App des BMEIA zu registrieren und dort ihre Notfallkontakte zu hinterlegen. Rund 500 Österreicherinnen und Österreicher konnten dadurch etwa im Fall von Erkrankungen und Unfällen im Ausland rascher geholfen werden. Mehr als 25.000 telefonische Anfragen wurden von der 24/7 Notfallhotline in Wien beantwortet.

Auch wenn die Krisen im medialen Mittelpunkt stehen, ist das konsularische Tagesgeschäft mindestens ebenso bedeutsam und gleichsam die Visitenkarte des BMEIA: rund 270.000 Visaanträge wurden alleine im Jahr 2023 von unseren Vertretungsbehörden im Ausland bearbeitet. Die praktischen Länderinformationen und Reisehinweise zu über 190 Ländern wurden im Jahr 2023 mehr als 5 Millionen Mal aufgerufen. Über 2.000 Notpässe wurden ausgestellt und mehr als 1.300 Österreicherinnen und Österreicher konnten in Rechtsschutzfällen unterstützt werden.

Das Staatsbürgerschafts- und Passwesen im Ausland ist für die rund 613.000 im Ausland lebenden Österreicherinnen und Österreicher von großer Wichtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns dabei die Erfolgsgeschichte rund um die Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes. Durch diese wurde es einem erweiterten Kreis von Personen, die vom Nationalsozialismus verfolgt wurden und deren Nachkommen ermöglicht, die österreichische Staatsbürgerschaft wieder zu erhalten. Es konnten dadurch bereits knapp 26.000 von ihnen als neue Staatsbürgerinnen und Staatsbürger begrüßt werden.

Durch zunehmende Reisetätigkeit, brodelnde Krisenherde und grassierende Migration wird die konsularische Arbeit daher auch in Zukunft nicht an Bedeutung verlieren; sie ist ein wesentlicher Aspekt des BMEIA als Sicherheits- aber auch als Serviceministerium für österreichische Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Tourismus.

2. Mitgestaltung der Europäischen Union

Kaum eine andere Entwicklung prägte die europapolitische Agenda im Jahr 2023 mehr als der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Implikationen des Krieges waren in allen auch für Österreich zentralen europäischen Politikbereichen messbar: insbesondere in der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (siehe Kap. 3), der Ausgestaltung der EU-Handelsbeziehungen (siehe Kap. 6), bei Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit und in der Haushaltspolitik. Der Krieg führte zu einer Re-Evaluierung der Beziehungen der Union zu ihren regionalen Partnern und ließ die geopolitische Bedeutung der EU-Erweiterung wieder ins Bewusstsein rücken. Er führte zudem zu einer offenen Debatte über die Resilienz der EU gegenüber externen und internen Bedrohungen, über die Notwendigkeit des Schutzes und der Förderung europäischer Grundwerte und der Demokratie sowie über den allfälligen Bedarf an strukturellen Reformen der EU. Die EU-Agenda blieb außerdem von den bisherigen Herausforderungen – Bewältigung der irregulären Migration, Bekämpfung des Klimawandels, Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft – geprägt.

2.1. Erweiterung

Vor dem Hintergrund der geopolitischen Umwälzungen anerkennt und unterstützt Österreich den Wunsch der Ukraine, Moldaus und Georgiens, sich der EU weiter anzunähern. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau sowie die Verleihung des Kandidatenstatus an Georgien waren wichtige geopolitische Zeichen der Solidarität und Unterstützung. Gleichzeitig setzte sich Österreich dafür ein, dass alle geltenden Kriterien und Regeln eingehalten werden, und dass auch der Westbalkan im Fokus bleibt. Es gilt sicherzustellen, dass es weder einen „Beitritt auf der Überholspur“ noch „Beitrittskandidaten erster und zweiter Klasse“ gibt. Die Geschwindigkeit der Heranführung und die nächsten Schritte im Beitrittsprozess sollen von den Reformfortschritten abhängen.

Im Rahmen des Erweiterungspakets 2023 präsentierte die EK auch einen Vorschlag für den **Wachstumsplan für den Westbalkan**. Der aus vier Eckpfeilern bestehende Plan zielt darauf ab,

das Wirtschaftswachstum sowie den Beitrittsprozess zu beschleunigen und die wirtschaftliche und soziale Konvergenz der Region mit der EU zu unterstützen. Der Wachstumsplan greift die von Österreich entwickelte Idee der graduellen Integration der Westbalkanstaaten in den Binnenmarkt auf, die den ersten Eckpfeiler darstellt: die Heranführung der Westbalkanstaaten an den EU-Binnenmarkt in sieben Bereichen – freier Warenverkehr, Dienstleistungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit, Zugang zum einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (**SEPA**), Förderung des Straßentransports, Integration und Dekarbonisierung der Energiemärkte, digitaler Binnenmarkt, Integration in industrielle Lieferketten. Zweiter Eckpfeiler ist die vertiefte regionale wirtschaftliche Integration durch die Umsetzung des Gemeinsamen Regionalen Markts. Drittens ist die Beschleunigung grundlegender Reformen, vor allem im Bereich der „Fundamentals“, vorgesehen. Nach erfolgreicher Umsetzung der notwendigen Reformen erfolgt zwischen 2024 und 2027 die Ausschüttung zusätzlicher finanzieller Mittel durch den vierten Eckpfeiler, die „Reform- und Wachstumsfazilität“, die sich aus zwei Milliarden Euro an Haushaltshilfen und vier Milliarden Euro an Krediten zusammensetzt. Insgesamt soll der Wachstumsplan den Westbalkanstaaten ähnliche Möglichkeiten und rechtliche Rahmenbedingungen zur wirtschaftlichen Integration eröffnen, wie sie bereits durch die Assoziierungs- und Freihandelsabkommen für die Ukraine, Moldau und Georgien bestehen.

Österreich setzte sich weiter aktiv für den EU-Integrationsprozess der sechs Westbalkanstaaten ein. Deren Heranführung an die EU ist eine zentrale Priorität der österreichischen Außenpolitik. Für Österreich ist es vor allem im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wichtig, den Westbalkan und die Auswirkungen des Krieges auf diese Region im Blickfeld zu behalten. Es ist notwendig, die Region entschlossen und nachhaltig an die EU zu binden, um destabilisierenden Einflüssen von außen entgegenzuwirken.

Nach der von Bundesminister Alexander Schallenberg am 23. Juni 2023 beim Europa-Forum Wachau erfolgten Lancierung der **Gruppe der „Friends of the Western Balkans“**, bestehend aus Griechenland, Italien, Kroatien, Österreich, Slowakei, Slowenien und Tschechien, zur Unterstützung des EU-Integrationsprozesses der sechs Westbalkanstaaten, brachte er gemeinsam mit Bundesministerin Karoline Edtstadler im September in der EU ein weiteres Vorschlagspapier für eine **graduelle Integration der Westbalkanstaaten** ein. Das Papier enthält konkrete Vorschläge für Politikbereiche und EU-Programme, in denen eine schrittweise Integration vor Beitritt besonders sinnvoll erscheint, wie etwa im Binnenmarkt, bei der

Erleichterung des Handels oder in den Bereichen Klima, Energie und Umwelt, Landwirtschaft, Transport, Bildung und Wissenschaft, Justiz und Inneres/Migration. Darüber hinaus gibt es Vorschläge für eine politische und administrative Einbindung, z.B. in Form von jährlichen EU-Westbalkan-Gipfeln, informelle Teilnahme an Räten und spezifischen Ratsarbeitsgruppen oder Praktika für junge Menschen aus der Westbalkanregion in EU-Institutionen. Im finanziellen Bereich sollten neue Anreize geschaffen werden und die Teilnahme an EU-Programmen durch IPA ko-finanziert werden. Auf diese Weise soll der Erweiterungsprozess dynamischer gestaltet und der konkrete Nutzen für die Bevölkerung der Region auf dem Weg Richtung Vollbeitritt spürbar gemacht werden. Es kann als Erfolg des österreichischen Engagements gewertet werden, dass der Wachstumsplan für den Westbalkan konkrete Vorschläge aus dem österreichischen *Non-Paper* für die Integration in den Binnenmarkt, wie z.B. Warenfreiheit und Zollbestimmungen, elektronischer Handel, Geoblocking und SEPA aufgreift.

Die „Friends of the Western Balkans“ legten zudem in der EU ein *Non-Paper* mit konkreten Vorschlägen zur verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der GASP vor.

Österreich unterstützt die Westbalkanstaaten aktiv in ihrem Beitritts- und Heranführungsprozess auf bilateraler und EU-Ebene, sei es durch Unterstützung auf EU-Ebene, Informationsaustausch oder die Bereitstellung von Know-how und Expertise etwa im Wege von **EU-finanzierten Verwaltungspartnerschaften (Twinning)** sowie kurzfristigen Entsendungen von Expertinnen und Experten und Online-Veranstaltungen zur Stärkung der öffentlichen Verwaltung im Rahmen des **Technical Assistance and Information Exchange Instrument (TAIEX)**. Österreich unterstützte durch Twinning u.a. Montenegro bei der Stärkung des Agrarsektors und der ländlichen Entwicklung, Albanien bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung, Bosnien und Herzegowina beim Aufbau des Veterinärsektors nach EU-Standards, Nordmazedonien bei der Einführung von Gesetzen betreffend Abfallmanagement und erweiterte Herstellerverantwortung und Serbien bei der Anpassung des Forstmanagements an die Klimaveränderungen. Im Rahmen von TAIEX stellten Expertinnen und Experten österreichischer Behörden den Ländern der Region Fachwissen in

den Bereichen Umwelt, Justiz und Inneres, Finanzen, Gesundheit sowie Steuer- und Zollwesen u.a. zur Verfügung.

Die Beziehungen EU-Türkei

Seit Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober 2005 wurden 16 Verhandlungskapitel (zuletzt Finanz- und Haushaltsbestimmungen 2016) eröffnet und ein Kapitel vorläufig geschlossen. Seit 2018 sind die Verhandlungen praktisch zu einem Stillstand gekommen. Der Länderbericht der EK vom 8. November fiel erneut sehr kritisch aus und stellte fest, dass sich die Türkei weiterhin kontinuierlich von der EU entfernt.

Da sich die Türkei in den vergangenen Jahren immer weiter von der EU entfernt hat, tritt Österreich für einen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen ein. Österreich schlägt in Anbetracht der zentralen Rolle der Türkei – unter anderem in den Bereichen Wirtschaft, regionale Entwicklung, Sicherheit und Migration – die Ausarbeitung eines Europäisch-Türkischen Nachbarschaftskonzepts vor.

2.2. Asyl- und Migrationspakt, Schengenreform und Schengenerweiterung

Das Asyl- und Migrations-Paket wurde 2020 vorgestellt. Ziel des Pakets ist es, den rechtlichen Rahmen der EU zu Migration und Asyl zu überarbeiten.

Österreich begrüßt und unterstützt den Fortschritt in den Legislativverhandlungen zum Asyl- und Migrationspaket. Aufgrund der anhaltenden Herausforderungen ist es für Österreich von hoher Bedeutung, dass die Reform des Rechtsrahmens für Asyl und Schengen noch vor den EU-Wahlen im Juni 2024 abgeschlossen wird.

Der fortgesetzte Zustrom von Migrantinnen und Migranten in die EU hat auch die Glaubwürdigkeit des Schengen-Systems unter Druck gesetzt. In Österreich wurde ein Großteil der Asylanträge von Personen gestellt, die zuvor in keinem Schengen-Staat registriert waren, obwohl sie solche durchquert hatten. Das unvollkommene Funktionieren des Schengen-Systems veranlasste Österreich und zahlreiche andere Schengen-Staaten, temporäre Grenzkontrollen einzuführen. Österreich ist an einem funktionierenden Schengen-Raum sehr

interessiert und befürwortet EU-Unterstützung für die Schengen-Staaten mit Außengrenzen, zur Verbesserung des Grenzschutzes und der Schleppereibekämpfung, insbesondere für Rumänien und Bulgarien, die einen Schengen-Beitritt anstreben. Am 30. Dezember wurde eine weitgehende Anwendung des Schengener Besitzstandes auf Bulgarien und Rumänien auf den Weg gebracht, ab 31. März 2024 sollen die Kontrollen an den Luft- und Seegrenzen aufgehoben werden. Die zunächst ablehnende Haltung Österreichs richtete sich nicht gegen diese Staaten, sondern betraf eine essenzielle Sicherheitsfrage für alle Staaten Europas. Beratungen über allfällige weitere Beschlüsse zur Aufhebung der Kontrollen an den Landgrenzen werden fortgesetzt, für Österreich bleiben konkrete und nachhaltige Fortschritte bei der physischen und rechtlichen Stärkung des EU-Außengrenzschutzes Voraussetzung.

2.3. Rechtsstaatlichkeit

Sowohl Rat, EK und EP befassten sich erneut intensiv mit der Förderung und dem Schutz der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedstaaten. Die 2017 zu Polen und 2018 zu Ungarn eingeleiteten Verfahren nach Art. 7 EUV wurden fortgesetzt. Am 30. Mai fanden Anhörungen beider Staaten im RAA statt, am 15. November wurde im Rat der Sachstand zu beiden Verfahren erörtert und die Notwendigkeit zur Fortsetzung beider Verfahren festgestellt.

Österreich erachtet die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit als Grundpfeiler für eine funktionierende Union und misst der konsequenten Anwendung des Rechtsstaatlichkeits-Instrumentariums große Bedeutung bei. Österreich unterstützt die EK bei ihrer Aufgabe, die relevanten Entwicklungen zu überprüfen und beteiligt sich weiter aktiv an den entsprechenden Debatten über Best Practice Modelle und Entwicklungen in den EU-Mitgliedstaaten.

2.4. Reform- und Zukunftsdiskussion

Auf Einladung von Außenministerin Annalena Baerbock fand am 2. November in Berlin eine Europakonferenz über Erweiterung, Reform und die globale Rolle der EU unter Teilnahme von EU-Kandidatenländern statt. Für Österreich nahm Bundesminister Alexander Schallenberg teil. Die Konferenz brachte ein klares Bekenntnis zu einer realistischen Perspektive für die Kandidatenländer auf einen EU-Beitritt sowie dazu, dass Reformen zur Stärkung der

Handlungsfähigkeit der EU nach innen und außen, zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und zur Stärkung der gemeinsamen Grundwerte beitragen soll.

Die Ergebnisse dieser Arbeiten reflektieren die von Österreich vertretene Position, dass die EU-Reform- und Zukunftsdebatten den Erweiterungsprozess nicht verzögern dürfen und eine umfassende Institutionenreform sowie Reformen der Entscheidungsfindung keine Voraussetzung für künftige Erweiterungen sind. Die von der Europäischen Kommission für das Frühjahr 2024 zugesagte Mitteilung über Reformen und Politiküberprüfungen entspricht der österreichischen Position, wonach es eine gründliche Politik-Analyse im Vorfeld von Erweiterungen geben muss.

2.5. Europäische Politische Gemeinschaft

Die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) diene weiter als Plattform für informelle Treffen von europäischen Staats- und Regierungschefs über die EU hinaus, um im Lichte des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine als Wertegemeinschaft den politischen Dialog über zentrale Herausforderungen für Europa sowie die Zusammenarbeit zu fördern. 2023 fanden unter Teilnahme von rund 45 europäischen Staats- und Regierungschefs und Spitzenvertreterinnen und -vertretern der Europäischen Institutionen zwei EPG Treffen statt (Chisinau/Moldau am 1. Juni und Granada/Spanien am 5. Oktober), an denen Bundeskanzler Karl Nehammer teilnahm. Neben den politischen Debatten wurden Themen wie Multilateralismus, Umwelt, Energie, Klima, Mobilität und Qualifikation, Zivilgesellschaftliches, Digitales und Künstliche Intelligenz behandelt.

2.6. Europäische Nachbarschaft und die Welt im EU-Budget

Beim ER am 14. und 15. Dezember einigten sich 26 Mitgliedstaaten auf die Halbzeitüberprüfung des für den Zeitraum 2021 bis 2027 geltenden **Mehrjährigen Finanzrahmens** auf neue Ausrichtungen der politischen Prioritäten der EU und zusätzliche finanzielle Mittel. Österreich begrüßt, dass die Unterstützung der Ukraine durch Schaffung einer neuen Fazilität in Höhe von 50 Milliarden Euro für die nächsten Jahre finanziell abgesichert ist und zusätzliche Mittel für Migration, einschließlich Unterstützung von Drittstaaten, bereitgestellt werden. Insgesamt fällt die Aufstockung des EU-Budgets mit 64,6 Milliarden Euro (davon 33 Milliarden Darlehen und

10,6 Milliarden aus Umschichtungen) geringer aus, als ursprünglich von der EK gefordert. Österreich setzte sich in den Verhandlungen erfolgreich dafür ein, dass die für den Westbalkan vorgeschlagenen zusätzlichen Mittel in der Höhe von zwei Milliarden Euro zur Förderung von digitaler Transition und wirtschaftlicher Konvergenz mit der EU gesichert wurden. Damit die Länder auf dem Westbalkan noch effizienter die notwendigen Reformen in Angriff nehmen und auch an EU-Programmen teilnehmen können, war für Österreich ein neuer Ansatz für finanzielle Unterstützung, verbunden mit einem effizienten Anreizsystem, sehr wichtig. Im Rahmen der neuen Westbalkan-Fazilität sind für die Länder des Westbalkans nun zusätzlich vier Milliarden Euro an Darlehen vorgesehen. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Umsetzung einer wachstumsorientierten Reformagenda.

2.7. NDICI-GE Verordnung

Die Verordnung zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI-GE) sieht für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 insgesamt 79,46 Milliarden Euro vor. Österreich setzt sich insbesondere für die Umsetzung von Maßnahmen mit Schwerpunktsetzung auf Menschenrechte und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Armutsbekämpfung, Geschlechtergleichberechtigung, Umwelt und Klimaschutz sowie Migration ein. Dabei wird darauf geachtet, dass abgestimmte österreichische Interessen und Positionen strukturiert in den EU-Gremien in Brüssel und in die lokale Programmierung vor Ort einfließen. Österreich hat auch an den Konsultationen, die die EK im Rahmen der im Jahr 2023 begonnenen und 2024 abzuschließenden Halbzeitüberprüfung der NDICI-Richtprogramme durchgeführt hat, teilgenommen. Im November legte die EK ihren jährlichen „Report on the Implementation of the External Action Instruments“ der Europäischen Union für den Zeitraum 2022 vor.

2.8. Beziehungen EU-Schweiz

Eine stabile Partnerschaft der EU mit der Schweiz ist für Österreich von hohem Interesse. Daher setzte sich Österreich für möglichst enge Beziehungen der EU mit der Schweiz in allen Bereichen und für pragmatische Lösungsansätze zu den offenen Fragen ein. Aus österreichischer Sicht ist es erfreulich, dass die Sondierungsgespräche zwischen der EU und der Schweiz am 27. Oktober

abgeschlossen werden konnten und somit im Frühjahr 2024 Verhandlungen über die Weiterentwicklung der Beziehungen aufgenommen werden können. Besondere Anliegen für Österreich sind die rasche Wieder-Assoziierung der Schweiz an das EU-Forschungsförderungsprogramm Horizon Europe und die Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen in der EU und der Schweiz sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Unternehmen.

2.9. Beziehungen EU-Vereinigtes Königreich

Für eine bessere Umsetzung des Nordirland-Protokolls, das Teil des Austrittsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ist, wurde zwischen der EK und dem Vereinigten Königreich am 24. März bei der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses (wichtigstes Organ des Austrittsabkommens) das Windsor-Framework angenommen. Dadurch soll unter anderem die Lieferung von Waren von Großbritannien nach Nordirland erleichtert werden, wenn diese in Nordirland verbleiben und nicht über die offene Grenze in die Republik Irland und somit in den EU-Binnenmarkt gelangen könnten.

Österreich begrüßt die Annahme des Windsor-Frameworks und befürwortet generell eine pragmatische und vertiefte Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in Zeiten geopolitischer Herausforderungen. Die politische Einigung zwischen der EK und dem Vereinigten Königreich vom 7. September zur Assoziierung des Vereinigten Königreichs an Horizon Europe und Copernicus ab Jänner 2024 sowie die Abhaltung des ersten strukturierten Dialogs zu Cyberfragen am 14. Dezember sind weitere wichtige Schritte der Annäherung.

3. Österreich und die Welt

3.1. Österreichs Nachbarstaaten

Deutschland

Deutschland ist in vielfacher Hinsicht das **wichtigste Partnerland Österreichs**. Entsprechend eng sind die Beziehungen und nachbarschaftlichen Verflechtungen auf allen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden, Wirtschaft, Tourismus, Wissenschaft, Kunst und Kultur).

Traditionell gibt es mit Deutschland einen **intensiven bilateralen Besuchsaustausch**. So besuchte Bundespräsident Alexander Van der Bellen die Leipziger Buchmesse im April, Bundeskanzler Karl Nehammer reiste zwei Mal, Bundesminister Schallenberg drei Mal nach Berlin. Vizekanzler Werner Kogler kam zur Eröffnung der Special Olympics World Games nach Berlin, an denen viele österreichische Sportlerinnen und Sportler teilnahmen.

Gemeinsame Themen und Positionierungen ergeben sich unter anderem im **sozialpolitischen Bereich**. Hier zeigt Deutschland reges Interesse am österreichischen Pensionssystem, der Fachkräftemangel ist eine gemeinsame Herausforderung. Regelmäßig tauschen sich Österreich und Deutschland zum Thema **Migration**, insbesondere hinsichtlich der Aufnahme und Integration von Vertriebenen aus der Ukraine sowie in den Bereichen Rückführung und innere Sicherheit aus.

Außenpolitisch eint Deutschland und Österreich u.a. der Schwerpunkt auf die Unterstützung der **Westbalkanstaaten** in ihrem Ziel der EU-Integration. Mit der Revitalisierung des **Berlin-Prozesses**, an dem Österreich seit der Gründung im Jahr 2014 teilnimmt, ist es Deutschland gelungen, hier einen neuen Impuls zu setzen. Von großer Bedeutung ist auch die Zusammenarbeit in der **Erinnerungskultur**, v.a. in der politischen Bildung der jungen Generation, mit Kontakten und Kooperationen mit deutschen Gedenkstätten wie z.B. Mahn-

und Gedenkstätte Ravensbrück, Anne-Frank-Zentrum Berlin oder Jüdisches Museum Berlin, an denen österreichische Gedenkdienstleistende tätig sind.

Anhaltende Differenzen zwischen Deutschland und Österreich gibt es in Bezug auf den wachsenden Güterverkehr auf der **Transitrouten über den Brenner**.

Deutschland ist mit Abstand der **wichtigste Handelspartner und ausländische Direktinvestor** in Österreich: 2023 stiegen die Exporte im Vergleich zum Vorjahr von 58,01 Milliarden Euro um 0,8 % auf 58,5 Milliarden Euro, 29,2 % aller Exporte gehen nach Deutschland. Die Importe von Deutschland nach Österreich sanken im gleichen Zeitraum von 69,02 Milliarden Euro um 7,5 % auf 63,84 Milliarden Euro, wobei Österreich für Deutschland den weltweit sechstwichtigsten Exportmarkt darstellt. Laut der Austrian Business Agency sind etwa **10.500 deutsche Unternehmen in Österreich** tätig. Unter Berücksichtigung kleinerer Vertriebsbüros geht die Außenwirtschaft Austria der WKO von **rund 3.000 Niederlassungen österreichischer Unternehmen in Deutschland** aus.

Besonders hervorzuheben sind in diesem Bereich die engen **Tourismusbeziehungen**. Deutschland nimmt seit jeher als wichtigstes Herkunftsland eine zentrale Position im österreichischen Tourismus ein: 2023 stammten laut den vorläufigen Daten der Statistik Austria knapp die Hälfte der ausländischen Gäste aus Deutschland (14,7 Millionen Ankünfte; +8,9 % im Vorjahresvergleich); diese machten gut zwei Drittel der Nächtigungen (57,4 Millionen; +7,5 %) von ausländischen Gästen in Österreich aus.

2023 Jahr haben an der Botschaft zahlreiche **Veranstaltungen** im Rahmen von ReFocus Austria stattgefunden, die sowohl der Unterstützung der in Deutschland tätigen österreichischen Unternehmen als auch der Förderung Österreichs als Wirtschaftsstandort für deutsche Investorinnen und Investoren dienten, so u.a. im Februar eine Paneldiskussion und Netzwerkevent zum Ausbau von Erneuerbaren Energien.

Der **Ausbau der deutschen Energieinfrastruktur** ist für die Diversifizierung und Versorgungssicherheit Österreichs von großer Bedeutung (u.a. Verbindung LNG-Anlandungspunkte via Pipeline mit Österreich). Insbesondere mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) gibt es eine enge Abstimmung zu geplanten und in Umsetzung

befindlichen Projekten der beiden Länder, wie z.B. dem Ausbau der Westverbindung West-Austria-Gasleitung (WEG) Richtung Deutschland.

Im Rahmen eines bilateralen Abkommens haben Deutschland und Österreich am 17. Februar die **gemeinsame Verantwortung für die Nutzung und Befüllung der Erdgasspeicheranlagen Haidach und 7Fields** vereinbart und sich auf den Transport der gespeicherten Gasmengen im Fall einer Mangellage verständigt.

Am 15. April hat Deutschland **die letzten drei Kernkraftwerke vom Netz genommen**. Deutschland ist damit wichtiger österreichischer Partner geworden, um die Einstufung von Atomkraft seitens der EU als ökologisch nachhaltiger Beitrag zur Dekarbonisierung abzuwenden. Im Rahmen des bilateralen Nuklearinformationsabkommens fand vom 30. Mai - 1. Juni in München ein Treffen von Nuklearexpertinnen und -experten statt, wo u.a. das abgeschaltete Atomkraftwerk Isar II besucht wurde.

Die zwei großen Themenschwerpunkte des Jahres waren einerseits das **Jahr der Literatur/Internationale Literaturdialoge** aus Anlass des Gastlandauftritts Österreichs bei der Leipziger Buchmesse im April und andererseits **IMAGINE Arts and Ideas Initiative/IMAGINE DIGNITY**. Insbesondere die vom Österreichischen Kulturforum Berlin unterstützten Lesungen und Gespräche im Zuge des Gastlandauftritts „**meaoiswiamia**“ mit u.a. Christoph Ransmayr und Peter Rosei oder der Deutschland-Buchpremiere von Barbi Markovics neuem Roman „**Minihorror**“ im Berliner Literaturforum im Brecht-Haus erfreuten sich medialer Aufmerksamkeit.

Erwähnenswert ist die erfolgreiche Kooperation mit der Moses Mendelssohn-Stiftung zum Thema **Restitution von NS Raubkunst** in deren Rahmen im März eine hochrangig besuchte Tagung stattfand.

Die österreichische Botschaft Berlin war im vergangenen Jahr bestrebt, das positive **Österreichbild in der deutschen Medienlandschaft** mit zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen wie Hintergrundgespräche für Journalistinnen und Journalisten weiter zu stärken. In deutschen Medien wurde die österreichische Migrationspolitik sowie die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung oftmals als Vorbild hervorgehoben. Bei den zahlreichen Berlin-Besuchen österreichischer Regierungsmitglieder und Delegationen fanden vielzählige

Pressegespräche und Verlagsbesuche statt, die einen breiten Niederschlag in Print und Online-Medien fanden.

Italien

Als Nachbarn und Partner in der EU sind Italien und Österreich eng miteinander verbunden, die bilateralen Beziehungen werden beiderseits als hervorragend betrachtet.

Italien und Österreich kooperieren besonders eng auf den Gebieten der Bekämpfung der irregulären Migration sowie der Heranführung der sechs Westbalkanstaaten an die EU. So setzten sich beide Staaten dafür ein, das Thema Migration, von dem Italien als Erstankunftsland auch im Jahr 2023 besonders betroffen war, fest auf der europäischen Tagesordnung zu verankern. Beide Staaten legten den Fokus hierbei u.a. auf die Kooperation mit Drittstaaten.

Die Heranführung der sechs Westbalkanstaaten an die EU stellt für Österreich wie für Italien ein strategisches Anliegen dar, das in enger Abstimmung mit innovativen Ansätzen verfolgt wird. Dies wird unter anderem durch die Mitwirkung Italiens an der von Bundesminister Alexander Schallenberg ins Leben gerufenen „Friends of the Western Balkans“-Initiative verdeutlicht. Im März erfolgte eine gemeinsame Reise von Bundesminister Schallenberg und seinem italienischen Amtskollegen Antonio Tajani nach Bosnien und Herzegowina, bei der sich beide Minister erfolgreich für die Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina einsetzten.

In der Frage des LKW-Transits über den Brenner bestehen seit Jahren divergierende Positionen. Die österreichischen Maßnahmen, welche die schwere Verkehrsbelastung für Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Umwelt entlang des Brennerkorridors durch Beschränkungen für den LKW-Transitverkehr in Grenzen halten, stehen die Interessen der italienischen Transportunternehmen entgegen. Italien hat 2023 daher beschlossen, gegen Österreich eine Vertragsverletzungsklage vor dem Europäischen Gerichtshof wegen der Fahrtbeschränkungen für LKWs auf der Brennerautobahn einzubringen. Österreich ist zuversichtlich, dass ein solches Verfahren die Konformität der österreichischen Schutzmaßnahmen mit dem EU-Recht bestätigen wird, bleibt gleichzeitig aber zu Gesprächen bereit, um eine für beide Seiten tragbare Lösung zu finden.

Abgesehen von Südtirol (siehe eigener Abschnitt) sind für die Intensivierung der österreichisch-italienischen Beziehungen auch Initiativen auf Ebene der Länder bzw. Regionen wichtig, vor

allem die seit 2011 bestehende Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino (**Euregio**), die auch ein Musterbeispiel für die Anwendung europäischer Instrumentarien zur Überwindung von Grenzen und für regionale Zusammenarbeit ist.

Zwischen Österreich und Italien gab es einen regen Besuchsaustausch auf Ebene der Regierungen und Parlamente ebenso wie der Länder und Regionen. Besonders hervorzuheben sind die Teilnahme von Abgeordnetenkammerpräsident Lorenzo Fontana und Senatspräsident Ignazio La Russa an der Wiedereröffnung des Parlaments in Wien im Jänner, der Arbeitsbesuch von Bundeskanzler Karl Nehammer in Rom im Mai, die Teilnahme von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni am 27. Europa-Forum Wachau im Juni, die Teilnahme von Bundesminister Schallenberg am Treffen der Außenministerinnen und Außenminister der Nördlichen Adria (Italien, Kroatien, Slowenien sowie Österreich) im Juli und der Rom-Besuch von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Oktober.

Seit der russischen Aggression gegen die Ukraine hat die Bedeutung Italiens für die Energieversorgung Österreichs, insbesondere mit Erdgas, deutlich zugenommen. Die italienische Regierung ist bemüht, Italien zu einem Energie-Hub im Mittelmeer zu machen, wobei für Österreich insbesondere das Projekt des über Algerien und Tunesien und Italien nach Österreich und weiter nach Deutschland verlaufenden südlichen Wasserstoffkorridors relevant ist.

Italien bekennt sich wie Österreich zum Übergang zu erneuerbaren Energien. Der Anteil der erneuerbaren Energien im italienischen Energiemix nimmt stetig zu, müsste für die Erreichung der EU-Ziele jedoch noch weiter gesteigert werden.

Italien ist Österreichs zweitwichtigster Handelspartner. 2023 verzeichneten die Exporte im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Rückgang von 13,24 Milliarden Euro um 6,7 % auf 12,36 Milliarden Euro, die Importe von 13,43 Milliarden Euro um 4 % auf 12,9 Milliarden Euro. In Österreich sind mehr als 1.300 Firmen mit italienischer Beteiligung präsent, die rd. 1.100 italienischen Unternehmen mit Gesellschaftern aus Österreich sind stark auf Norditalien,

insbesondere Südtirol, die Lombardei und Venetien konzentriert (insges. 73 %). Italien ist die dritt wichtigste Destination für österreichische Dienstleistungsexporte.

Italien war im vergangenen Jahr nach Kroatien die zweitbeliebteste touristische Destination der Österreicherinnen und Österreicher für Haupturlaubsreisen. Umgekehrt ziehen der Schi- und Städtetourismus und österreichische Kultur zahlreiche Urlaubende aus Italien an.

Unter den ReFocus Austria Events waren unter anderem ein Besuch von Bundesminister Martin Kocher samt Treffen mit hochrangigen italienischen Konzernvertreterinnen und -vertretern, ein Treffen von österreichischen und italienischen Versicherungs- und Bankenvertreterinnen und -vertretern an der Botschaft in Rom, ein Treffen mit über 70 österreichischen Teilnehmenden einer Konferenz über Energienetze, ein Networking Cocktail der Austrian Business Agency (ABA) und Vienna Business Agency (VBA) an der Botschaft mit über 80 italienischen Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern sowie der große Empfang der österreichischen Botschaft in Rom anlässlich des Nationalfeiertags, bei dem das Land Tirol präsentiert wurde.

Südtirol

In den Beziehungen zwischen Österreich und Italien hat Südtirol einen besonderen Stellenwert und ist bei hochrangigen Kontakten zwischen den beiden Ländern stets ein wichtiger Gesprächsgegenstand. Die Schutzfunktion Österreichs für Südtirol bzw. seine Autonomie basiert auf dem Gruber-De Gasperi-Abkommen von 1946 (Pariser Vertrag). Die Bundesregierung nimmt sie mit Sorgfalt auf Grundlage des Regierungsprogramms wahr, das die gemeinsame Verantwortung Österreichs und Italiens für die Fortsetzung des Südtiroler Erfolgswegs festhält. Die Autonomie ist inzwischen gemeinsames Gut aller drei in Südtirol lebenden Sprachgruppen (deutsch, italienisch, ladinisch). Der Erfolg der Autonomie hat entscheidend dazu beigetragen, dass Südtirol mittlerweile von einem Streitgegenstand zu einem wichtigen und positiven Bindeglied zwischen Österreich und Italien geworden ist sowie international Modelfunktion für die Lösung von Minderheitenkonflikten ausübt.

Von besonderer Bedeutung für die Wahrung und Stärkung der Autonomie sind aktuell die Bemühungen, jene Autonomiekompetenzen wiederherzustellen, die in den letzten Jahren vor allem durch Urteile des italienischen Verfassungsgerichts verloren gegangen bzw. ausgehöhlt

worden sind. Der Entwurf für eine Revision des Autonomiestatuts von Trentino-Südtirol, mit der dieses Ziel erreicht werden soll, wurde im Oktober von Landeshauptmann Arno Kompatscher an Ministerpräsidentin Giorgia Meloni übergeben. Es ist eines der prioritären Ziele der nach den Landtagswahlen vom Oktober gebildeten neuen Südtiroler Landesregierung, der u.a. auch die an der italienischen Regierung beteiligten Parteien Lega und Fratelli d'Italia angehören, noch 2024 mit der Regierung in Rom Einigkeit über dieses dringende Anliegen zu erzielen.

Wichtiges Element in der Kooperation zwischen Bozen und Wien bzw. bei der Wahrnehmung der Schutzfunktion Österreichs ist ein steter Besuchsaustausch. Landeshauptmann Arno Kompatscher nahm an der Angelobung von Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Jänner teil, das Präsidium des Südtiroler Landtags besuchte im März das Parlament in Wien und Landeshauptmann Kompatscher traf im November unter anderem mit Bundespräsident Van der Bellen und Bundesminister Alexander Schallenberg zusammen.

Südtirol nimmt in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Italien eine Schlüsselposition ein: Es ist der wichtigste Eintrittsmarkt für österreichische Firmen, die ihre Aktivitäten nach Italien ausdehnen. Rund 10 % aller österreichischen Exporte nach Italien gehen nach Südtirol (2022: 1,467 Milliarden Euro, 1-3. Q: 0,988 Milliarden Euro), wo 40 % aller italienischen Unternehmen mit österreichischer Beteiligung ihren Sitz haben.

Tschechien

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Tschechien sind ausgezeichnet. Außenpolitisch zeigen die beiderseitige solidarische Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg und die Solidarität mit Israel nach der brutalen Attacke durch die Terrororganisation Hamas auf Israel die enge Übereinstimmung der Positionen.

Es gab eine Vielzahl an hochrangigen Besuchen und Treffen: achtmal fanden bilaterale Treffen auf Ministerebene statt, darunter mit Premierminister Petr Fiala im Dezember in Wien. Bundespräsident Alexander Van der Bellen besuchte Prag am 2. März, Staatspräsident Petr Pavel Wien am 1. Juni. Auch auf Ebene der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten gibt es einen regen Austausch: Die Vorsitzende der Abgeordnetenkommer Markéta Pekarová Adamová und Senatsvorsitzender Miloš Vystrčil besuchten jeweils zweimal Österreich.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka war gemeinsam mit Bundesratspräsident Günter Kovacs im April bzw. mit Bundesratspräsidentin Claudia Arpa im Oktober in Prag.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler und ihr tschechischer Amtskollege Martin Kupka unterzeichneten am 28. März ein Abkommen zum grenzüberschreitenden Ausbau der Franz-Josefs-Bahn von Wien über Gmünd bis Prag und Pilsen.

Bilaterale Arbeitstreffen der Botschafterin gab es beispielweise mit Vizepremier Ivan Bartos, Verkehrsminister Martin Kupka und den Kreishauptleuten von Südböhmen und Olmütz. Im Dezember vertrat Botschafterin Bettina Kirnbauer Österreich beim Requiem für den verstorbenen ehemaligen Außenminister und Senator Karl Schwarzenberg.

Österreich und Tschechien vertreten unterschiedliche Positionen in Bezug auf die Nutzung von Kernenergie: während Tschechien weiterhin plant, Atomenergie als Energiequelle einzusetzen, betont Österreich gegenüber Tschechien regelmäßig seine ablehnende Haltung zur Atomkraft.

Für Österreich ist Tschechien führender Handelspartner in Mittel- und Osteuropa. Die österreichischen Direktinvestitionen in Tschechien betragen über 15 Milliarden Euro und stellen 100.000 geschaffene Arbeitsplätze dar. Tschechien ist damit für Österreich fünftwichtigstes Investitionsland. Auch der Tourismus floriert und Tschechien ist mittlerweile das viertwichtigste Herkunftsland von Touristinnen und Touristen in Österreich. Eine Refocus-Veranstaltung zur Präsentation des Oberösterreich Tourismus in Prag diente der weiteren Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich.

Die geographische Nähe, die nachbarschaftlichen Verbindung und die Beliebtheit Österreichs als Tourismusdestination machen Österreich in Tschechien durchaus populär. In jüngsten Umfragen rangiert Österreich, nach der – mit Tschechien durch ein besonderes Naheverhältnis verbundenen – Slowakei, durchgängig auf Rang zwei in der Beliebtheitsskala der Nachbarn Tschechiens. Dementsprechend positiv ist auch die – oft anlassbezogene – Medienberichterstattung über Österreich, wie beispielsweise über den Besuch von Bundespräsident Alexander Van der Bellen in Prag.

Das Gedenken an die für die ins Ghetto Theresienstadt deportierten jüdischen Österreicherinnen und Österreicher und andere Opfer des NS-Regimes bilden einen wichtigen Arbeitsbereich der Botschaft. Das gemeinsame Geschichtsbuch „Nachbarn“ reflektiert den

sachlicheren Umgang mit der gemeinsamen Geschichte und gilt als Meilenstein in der Vergangenheitspolitik.

Das Österreichische Kulturforum Prag organisierte und unterstützte insbesondere in den Bereichen Literatur/Germanistik, Musik, Historikerdiskussionen und jüdischen Themen mehr als 100 Projekte und Kooperationen mit 139 Partnern an 39 Orten. Wichtige Partner dabei waren auch die acht Österreich-Bibliotheken (Aussig, Brünn, Budweis, Reichenberg, Olmütz, Troppau, Pilsen und Znaim) und die neun Österreich-Lektorinnen und Lektoren an tschechischen Universitäten. Am Österreichischen Gymnasium Prag werden derzeit rd. 230 Schüler zweisprachig unterrichtet, in Znaim besteht ein bilinguales Gymnasium mit österreichischen Lehrkräften. Das Österreich Institut Brünn hat pro Semester ca. 500 Sprachkursteilnehmende. Die Gemischte Kommission über Zusammenarbeit auf den Gebieten Kultur, Bildung, Wissenschaft, Jugend und Sport aus 2008 erarbeitete ein neues Arbeitsprogramm für 2024-2028.

Slowakei

Die bilateralen Beziehungen mit Österreich sind eng und freundschaftlich. Über 45.000 slowakische Staatsangehörige leben in Österreich, insbesondere im grenznahen Raum und in Wien. Ungefähr 40.000 Menschen pendeln aus der Slowakei nach Österreich und leisten wertvolle Beiträge zum wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehen.

Der Besuchsaustausch zwischen Österreich und der Slowakei war rege. Bundespräsident Alexander Van der Bellen reiste im Jänner zweimal in die Slowakei. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka wurde am 1. September von Parlamentspräsident Boris Kollár mit dem J.M. Hurban Staatspreis ausgezeichnet. Bundesminister Alexander Schallenberg nahm im Mai am GLOBSEC 2023 Bratislava Forum teil, Bundesminister Martin Kocher sprach im Oktober beim GLOBSEC Tatra Summit in Štrbské Pleso. Der slowakische Außenminister Juraj Blanár traf am 22. November in Wien mit Bundesminister Schallenberg und Bundesministerin Karoline Edtstadler zusammen. Innenminister Šutaj Eštok kam am 23. November zu einem

Antrittsbesuch bei Bundesminister Gerhard Karner nach Wien. Der neue Präsident der slowakischen Nationalversammlung, Peter Pellegrini, besuchte Wien im Dezember.

Österreich ist mit einem Investitionsvolumen von 7,1 Milliarden Euro der zweitgrößte Investor in der Slowakei. Über 2.000 österreichische Firmen betreiben Niederlassungen in der Slowakei und haben rund 47.000 Arbeitsplätze geschaffen. Die Slowakei zählt mit einem Exportvolumen von rund 3,8 Milliarden Euro zu den wichtigen Exportmärkten Österreichs. Die österreichische Botschaft intensivierte im Rahmen der Initiative ReFocus Austria die Kontakte in der Slowakei, beispielsweise durch eine Netzwerkveranstaltung für slowakische und österreichische Firmen in Košice.

Ein wichtiger Aspekt des bilateralen Verhältnisses bleibt der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur: Die Zugstrecke Wien-Gänserndorf-Marchegg/Staatsgrenze wurde in den letzten Jahren elektrifiziert und wird durchgehend zweigleisig ausgebaut. Entlang der 60 km langen Grenze an der March fehlt es jedoch weiterhin an hochwassersicheren Autobriden und effizienten Anschlussstrecken.

Die ersten Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Interreg SK-AT 2021-27 wurden genehmigt. Insgesamt stehen in der laufenden Programmperiode rd. 56 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zur Verfügung. Beispielhaft ist etwa das erfolgreiche EU-Projekt „Bridges for Birth“ welches ermöglicht, Neugeborene aus dem Landeskrankenhaus Hainburg in Notfällen rasch zur weiteren Behandlung ins nahegelegene slowakische Nationale Institut für Kinderkrankheiten in Bratislava zu transferieren.

Die Slowakei setzt bei der Stromerzeugung in großem Maß auf **Kernenergie**. Österreich bekräftigt regelmäßig seine legitimen Sicherheitsinteressen und betont die Wichtigkeit eines raschen und transparenten Informationsaustausches. Konstruktive bilaterale Nukleartreffen auf Expertenebene finden jährlich statt.

Die **kulturellen Beziehungen** waren sehr vielfältig und intensiv. Es bestehen Kooperationen mit vielen bekannten Institutionen auf den Gebieten Kunst, Kultur und Wissenschaft in Pressburg sowie mit zahlreichen weiteren Partnern in den Regionen. Die publikumswirksamen und frei zugänglichen Veranstaltungen des Österreichischen Kulturforums Pressburg sind ein wesentliches Instrument zur Vertiefung der Kulturbeziehungen. Großes Medienecho fand ein vom Kulturforum unterstütztes Gedenkkonzert des Bruno Walter Symphonieorchesters zu

Ehren des im Mai verstorbenen Dirigenten Jack Martin Händler. In der Slowakei sind sechs österreichische Lektorinnen und Lektoren in Pressburg, Prešov sowie Banská Bystrica tätig. Österreich-Bibliotheken in Pressburg und Košice ergänzen das Netzwerk.

Generell war in den slowakischen Medien weiterhin ein positives Österreichbild vorherrschend. Was beispielsweise das Gesundheitswesen, den öffentlichen Verkehr oder die Verwaltung betrifft, wird Österreich ein gewisser Vorbildcharakter zugeschrieben. Österreich wird außerdem als Tourismusdestination sehr positiv wahrgenommen. Medien berichteten verstärkt über die Wiedereinführung temporärer Grenzkontrollen an der österreichischen Grenze zur Slowakei.

Ungarn

Österreich pflegt enge bilaterale Beziehungen zu Ungarn als Nachbarland und als bedeutenden Partner innerhalb der Europäischen Union, die sich in einer Vielzahl von Besuchen niederschlagen. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka besuchte Ungarn am 23. September. Im Juli trafen die Regierungschefs Österreichs, Ungarns und Serbiens auf Einladung von Bundeskanzler Karl Nehammer in Wien zu einem Migrationsgipfel zusammen. Die ungarische Regierung bezieht sich gerne auf gemeinsame Positionen mit Österreich, z.B. zu Fragen im Bereich Migration und der Erweiterung der EU um den Westbalkan. In Wien traf Bundesminister Alexander Schallenberg seinen ungarischen Amtskollegen Péter Szijjártó im Juli im Rahmen des dritten trilateralen Migrationsgipfels zwischen Österreich, Ungarn und Serbien sowie im September im Rahmen des Treffens der „Central 5“-Außenministerinnen und Außenminister (Österreich, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Ungarn). Aufgrund der engen nachbarschaftlichen Beziehungen können auch schwierige Fragen offen und direkt angesprochen werden.

Auch im Zusammenhang mit der Frage des UNESCO-Weltkulturerbe-Status des Neusiedlersees arbeiten Österreich und Ungarn zusammen. Ähnliches gilt für den Rettungsbereich, in dem ein bilateraler Vertrag für grenzüberschreitende Rettungsdienstleistungen weitgehend

ausverhandelt wurde. Beide Länder stehen überdies im Dialog zu den von einigen Grenzgemeinden im Burgenland beschlossenen verkehrseinschränkenden Maßnahmen.

Die österreichischen und die ungarischen Positionen zur Kernkraft sind grundlegend verschieden. Österreich sieht Kernkraft weder als erneuerbar noch grün und fordert von Ungarn höchste Sicherheitsstandards und Transparenz im Zusammenhang mit der Verlängerung der Betriebszeit der vier Blöcke des KKWs Paks sowie dem Ausbau des KKW Paks II mit russischer Beteiligung. Dies wird der ungarischen Seite bei Gesprächen auch deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Zusammenarbeit zwischen Österreich und Ungarn auf Nuklearexpertinnen und – expertenebene in Form jährlicher Treffen ist konstruktiv.

Zwischen Österreich und Ungarn bestehen enge Wirtschaftsbeziehungen, Österreich ist nach Daten des ersten Halbjahres 2023 vom Gesamthandelsvolumen her gesehen nach Deutschland, Slowakei und Polen der viertwichtigste Handelspartner für Ungarn. Umgekehrt ist Ungarn für Österreich zum fünftwichtigsten Exportpartner geworden. Österreich ist mit einem Anteil von 12 % der Direktinvestitionsbestände, hinter den Niederlanden und Deutschland, der drittgrößte Investor in Ungarn. Etwa 1.400 österreichische Unternehmen beschäftigen in Ungarn ca. 70.000 Arbeitskräfte. Regulatorische Maßnahmen der ungarischen Regierung wie Sondersteuern und verpflichtende Sonderrabatte im Einzelhandelsgewerbe sowie nachteilige Maßnahmen im Baustoffsektor stellen Herausforderungen in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen dar. In Gesprächen auf allen Ebenen wurde die ungarische Seite mehrfach auf diese Schwierigkeiten hingewiesen. Im Tourismus schließen die Gäste aus Ungarn mit knapp 2,2 Millionen Nächtigungen und 636.000 Ankünften im Jahr 2023 wieder an das Rekordergebnis von 2019 an.

Österreich gilt als Musterland für wirtschaftliche Entwicklung für Ungarn und erfreut sich eines positiven Bildes in den ungarischen Medien, die über die wichtigsten Ereignisse, Wahlen in Österreich sowie über bilaterale und multilaterale Treffen mit Beteiligung beider Länder berichten. Die österreichische Botschaft betreibt aktive Öffentlichkeitsarbeit sowohl online als auch in klassischen Medienformaten.

Das Österreichische Kulturforum Budapest stellt insbesondere Zukunftsthemen einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft, darunter Ökologie, Frauen und Minderheitenthemen ins Zentrum. Die Vermittlung eines modernen und innovativen

Österreichbildes über Kunst, Kultur, Bildung und Wissenschaft sowie die Vermittlung europäischer Werte werden priorisiert. Dies geschieht in Ungarn insbesondere im Hinblick auf enge nachbarschaftliche Verflechtungen in Vergangenheit und Zukunft. Aufgrund der zunehmend mangelnden finanziellen Möglichkeiten der ungarischen unabhängigen kritischen Kulturszene ist es wichtige Aufgabe des Kulturforums – u.a. auch in Kooperation mit anderen ausländischen Kulturinstituten bzw. innerhalb des EUNIC Cluster Hungary – Kultur- und Wissenschaftsprojekte mit der ungarischen Zivilgesellschaft durchzuführen.

Wichtigste Kooperationsprojekte 2023 stellten u.a. die vielfältigen Beteiligungen im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt Veszprém-Balaton dar. Besondere mediale Aufmerksamkeit galt Vorträgen bzw. Lesungen mit Paul Lendvai und Robert Menasse, bei denen aktuelle Entwicklungen in Ungarn thematisiert wurden. Die fünf Österreich-Bibliotheken in Ungarn feierten das 30 Jahr-Jubiläum ihres Bestehens mit besonderen Konferenz- und Literaturveranstaltungen.

Slowenien

Die freundschaftlichen und engen bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Slowenien sind durch zahlreiche hochrangige Besuche gekennzeichnet. Premierminister Robert Golob besuchte im Juni Bundeskanzler Karl Nehammer und Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka, Präsidentin Nataša Pirc Musar nahm auf Einladung von Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen im August am Europäischen Forum Alpbach teil. Bundesminister Alexander Schallenberg traf Außenministerin Tanja Fajon mehrmals im Rahmen von Treffen der Europäischen Union, regionalen Kooperationsformaten und anderen multilateralen Konferenzen.

Die Zusammenarbeit zwischen Österreich und Slowenien in außen- und europapolitischen Fragen ist vor allem mit Blick auf die von beiden Ländern mit Nachdruck unterstützte EU-Erweiterung um die Länder des Westbalkans eng. Es kommt zu zahlreichen gemeinsamen Initiativen, wie der gemeinsamen Reise von Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Präsidentin Nataša Pirc Musar in die Republik Moldau im Herbst des Jahres.

Die zweite Jahreshälfte wurde in Slowenien von den schweren Unwettern Anfang August dominiert. Zwei Drittel des slowenischen Territoriums waren von Überschwemmungen betroffen, bei denen sechs Menschen starben und auch mehrere österreichische Touristinnen und Touristen mit Unterstützung der österreichischen Botschaft Laibach evakuiert werden

mussten. Österreich half Slowenien mit Hubschraubern des Österreichischen Bundesheeres, Raupenbaggern der ASFINAG sowie durch Hilfeleistung von Grenzgemeinden.

Ein wichtiges Thema in den bilateralen Beziehungen sind die slowenische Volksgruppe in Österreich und die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien (Untersteirer, Gottscheer), die eine kulturelle Brücke zwischen den Nachbarländern bilden. In Slowenien unterstützt Österreich die deutschsprachige Volksgruppe in ihrem Anliegen nach Maßnahmen zum Erhalt der sprachlichen und kulturellen Identität, der Abhaltung eines regelmäßigen konstruktiven Dialogs mit der slowenischen Regierung sowie der verfassungsmäßigen Anerkennung. Österreich leistet sowohl Projekt- als auch Basisförderung.

Die Entwicklungen rund um das Kernkraftwerk Krško wurden von Österreich weiterhin genau verfolgt. Die Thematik wurde auf allen Ebenen angesprochen und die österreichische Ablehnung von Kernenergie betont. Eine Verlängerung der Laufzeit des Kraftwerks bis 2043 wurde von Slowenien nach Abschluss der Umweltverträglichkeitsprüfung beschlossen, in die Österreich eingebunden war. Die slowenische Regierung nimmt in Aussicht, vor Beginn des angestrebten Baus eines zweiten Blocks in Krško ein Referendum abzuhalten.

Österreich ist der viertwichtigste Exportmarkt für slowenische Produkte und seit Jahren der größte ausländische Investor im Land. Slowenische Konsumentinnen und Konsumenten sind weiterhin die wichtigsten Pro-Kopf-Abnehmer österreichischer Waren. Etwa 1.000 in Slowenien tätige österreichische Unternehmen und beinahe 30.000 slowenische Tagespendlerinnen und -pendler, die vor allem in den grenznahen Industrie- und Tourismusbetrieben arbeiten, sind Ausdruck der engen wirtschaftlichen Beziehungen. Der slowenische Hafen Koper ist der wichtigste Hafen für die österreichische Exportwirtschaft, die zugleich der wichtigste Kunde für den Hafen ist.

Slowenische Medien berichten regelmäßig über aktuelle politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen in Österreich, wobei die sachliche und auf Fakten beruhende Berichterstattung überwiegt. Österreich gilt auch als beliebte Tourismusdestination.

Kritik wurde lediglich im Zusammenhang mit den nach wie vor bestehenden Grenzkontrollen Österreichs an der Schengen-Binnengrenze zu Slowenien, sowie der hohen Erwartungshaltung Sloweniens in Bezug auf die Erfüllung der Rechte der slowenischen Volksgruppe in Österreich ausgesprochen. Durch die zunehmende innenpolitische Diskussion zum bevorstehenden

Energieprojekt Kernkraftwerk (KKW) Krško 2 rückt die ablehnende Haltung Österreichs gegenüber der Atomenergie medial zunehmend in den Vordergrund. Das österreichische Engagement im Bereich Kultur, Wirtschaft und Politik wurde durch aktive Präsenz bei zahlreichen Veranstaltungen unterstrichen, so etwa bei der Konferenz AUSTRIA CONNECT Southeast Europe in Bled, den Kärntner Kulturtagen und einem Konzert der Wiener Symphoniker in Laibach. Die österreichische Botschaft organisierte u.a. einen Nationalfeiertagsempfang im Zeichen der grenzüberschreitenden Beziehungen mit dem Land Steiermark in Anwesenheit von Landeshauptmann Christopher Drexler.

Das Österreichische Kulturforum fördert Künstlerinnen und Künstler sowie Projekte in den Bereichen Musik, Literatur, darstellende und bildende Kunst, Film sowie Symposien und Diskussionsveranstaltungen, wobei der Schwerpunkt auf zeitgenössischer Kunst und Kultur liegt. Unter anderem organisierte das Kulturforum gemeinsam mit dem Goethe-Institut und der schweizerischen Botschaft deutschsprachige Filmtage, die auf ausgezeichnete Resonanz stießen. Im Rahmen des Frauenförderprogramms „Calliope. Join the Dots“ wurden das Tricky Women Festival und die Fotografin Ulrike Köb mit ihrer Ausstellung „reduce reuse rethink“ zum Thema Nachhaltigkeit präsentiert.

Schweiz

Zwischen Österreich und der Schweiz bestehen traditionell **besonders freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen**. Als neutrale Sitzstaaten zahlreicher internationaler Organisationen verfolgen beide Länder ähnliche außenpolitische Ziele und sind durch gleiche Werte und den Einsatz für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Abrüstung und multilaterale Zusammenarbeit enge Partner bei einer großen Anzahl von Aktivitäten.

Durch die Umsetzung der 2021 unterzeichneten „Absichtserklärung betreffend die Strategische Kooperation“ konnten die Beziehungen weiter intensiviert werden. Mit dieser seit 2022 aktiven **Strategischen Partnerschaft** wird die Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen wie Krisenprävention, Friedensförderung, Zusammenarbeit am Westbalkan, Digitalisierungs- und Cybersicherheitsfragen, Kooperation in Sicherheitspolitik (vor allem PfP der NATO) sowie bei

regionalen grenzüberschreitenden Projekten intensiviert und durch regelmäßige bilaterale Dialoge und Initiativen umgesetzt.

Der **rege Besuchsaustausch** auf politischer Ebene ist ebenfalls Ausdruck des wechselseitigen Interesses an enger Zusammenarbeit. In den letzten zwölf Monaten fand eine **Vielzahl an hochrangigen Treffen** statt, so trafen neun Mitglieder der österreichischen Bundesregierung, Bundespräsident Alexander van der Bellen, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und zahlreiche Angehörige des Parlaments sowie Mitglieder von Landesregierungen mit ihren schweizerischen Amtskollegen zusammen.

In der Öffentlichkeitsarbeit hielt die Botschafterin beispielsweise für das Programm „EU in Swiss Schools“ **Vorträge an Schweizer Schulen** oder organisierte öffentliche **Kamingespräche** im Rahmen der von der französischen und österreichischen Botschaft ins Leben gerufenen Serie „Kornhaus-Dialoge“ unter dem Motto „Blicke auf ein Europa im Wandel“ zu Themen wie Frauenrechte, Neutralität sowie die Schweiz und die EU.

In Klima- und Energiefragen besteht mit der Schweiz eine **enge Zusammenarbeit**, v.a. im Rahmen **regionaler Formate** (Alpenkonvention, EUSALP, Konvention zum Schutz des Rheins, internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee). Im Energiebereich erfolgte im Dezember die Unterzeichnung einer Erklärung zwischen Österreich, Schweiz, Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden zur Entwicklung einer nachhaltigeren Energiezukunft im Rahmen des **Pentalateralen Energieforums**. Ziel ist, eine Dekarbonisierung des Stromsystems bis 2035 zu erreichen.

In Bezug auf die Nutzung von Kernenergie verfolgen Österreich und die Schweiz unterschiedliche Positionen. Zwar plant die Schweiz ihren **Ausstieg aus der Atomkraft**, deren **Nutzung** wird jedoch seit der Energiekrise im Winter 2022/2023 wieder verstärkt diskutiert.

Die Schweiz ist **viertgrößter Handelspartner Österreichs**, viertwichtigster Abnehmer österreichischer Waren und zweitwichtigster Abnehmer österreichischer Dienstleistungen. 2023 betrugen die österreichischen Warenexporte in die Schweiz rund 9,95 Milliarden Euro, Warenimporte aus der Schweiz lagen bei rund 10,27 Milliarden Euro, somit gibt es eine **fast ausgeglichene Handelsbilanz**. Die Schweizer Direktinvestitionen in Österreich lagen bei ca. 14,87 Milliarden Euro. In Schweizer Betrieben in Österreich sind über 27.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, in österreichischen Unternehmen in der

Schweiz ca. 21.000. Die Schweiz ist nach Deutschland und den Niederlanden der **drittwichtigste Tourismusmarkt** Österreichs.

Seit Unterzeichnung eines **gemeinsamen Aktionsplans Schweiz-Österreich** zum Thema **Migration** im Jahr 2022 wurden die bilateralen migrationspolitischen Maßnahmen und die polizeiliche Zusammenarbeit gegen irreguläre Migration stetig vertieft. Die ausgezeichnete Kooperation erfolgt auf regionaler, Länder- bzw. Kantons- sowie Bundesebene. Jährlich findet das Mehrländertreffen der deutschsprachigen Innenministerinnen und -minister statt.

Österreich ist **in allen Schweizer Medien sehr präsent**, berichtet wird vorrangig über politische Entwicklungen, Wahlen und Tourismusprojekte. Durch die engen bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder bestehen auch im Bereich Medien und Öffentlichkeitsarbeit **direkte Pressekontakte**, die zur entsprechenden Verankerung des Österreichbildes in der Schweiz beitragen.

Das Programm des **Österreichischen Kulturforums Bern** umspannt zahlreiche aktuelle, gesellschaftlich und kulturpolitisch relevante Themen wie u.a. **Klimakultur und Frauenförderung**. Im Rahmen des Klimakulturschwerpunkts wurde mit dem österreichischen Kunstschaffenden-Kollektiv Schwentner-Thoenen und der 3D-Foundation Verbier ein gemeinsames, interdisziplinäres Kulturprojekt geschaffen, das sich dem Thema Artensterben im alpinen Raum widmete.

Auch zum Schwerpunkt **Frauenförderung** organisierte das Kulturforum mehrere erfolgreiche Veranstaltungen, wie etwa das MILLYCENT-Konzert „I buy him diamond rings“ am Internationalen Frauentag oder die im Rahmen der „16-Tage-gegen-Gewalt-an-Frauen“-

Kampagne präsentierte Ausstellung „Generation Beta“ von Franz Kreis im Kunstraum Dreiviertel in Bern.

Die vielfältigen Aktivitäten in sämtlichen kulturellen Sparten und Disziplinen ermöglichen einen intensiven **wechselseitigen Dialog** zwischen beiden Ländern und generieren somit über die Schweizer Kunst- und Kulturszene hinaus ein immer größer werdendes Netzwerk.

Liechtenstein

Das Fürstentum Liechtenstein pflegt mit Österreich historisch gewachsene **äußerst vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen**. Die rund **8.600 österreichischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger** spielen eine bedeutende Rolle für die Wirtschaft von Liechtenstein. Österreich und Liechtenstein arbeiten eng in regionalen Formaten und im Rahmen internationaler Organisationen, wie den Vereinten Nationen, der OSZE oder des Europarats zusammen, wo gemeinsam Initiativen unter anderem in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte oder Bekämpfung der Strafflosigkeit vorangetrieben werden. **Österreich** ist für das Fürstentum Liechtenstein, das Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes ist, auch ein **wichtiger Partner für Angelegenheiten betreffend die Europäische Union**.

2023 fand ein reger **Besuchsaustausch** auf allen Ebenen statt. **Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein** kamen beim Treffen der Staatsoberhäupter deutschsprachiger Länder in Belgien im September zusammen, der Präsident des Landtages des Fürstentums Liechtenstein, Albert Frick, stattete **Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka** im Dezember einen Besuch ab, und **Regierungschef Daniel Risch** absolvierte einen **Arbeitsbesuch bei Bundeskanzler Karl Nehammer** im September.

Die **Wirtschaft Liechtensteins** weist eine enge Verflechtung mit dem Wirtschaftsraum der Schweiz durch das gemeinsame Zollgebiet auf. Österreich ist neben den USA und Deutschland der bedeutendste Handelspartner, österreichische Unternehmen wie u.a. Swarovski und Hilcona AG sind in Liechtenstein tätig. Liechtenstein weist die **höchste Produktivität der**

deutschsprachigen Länder auf und steht in Hinblick auf seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung im OECD-Vergleich an der Spitze.

Liechtenstein beschloss 2023 das **Klimaziel 2030**, welches das CO₂-Reduktionsziel 2030 auf 55 % erhöht, wobei die Verminderung gegenüber 1990 zu mindestens 40 % durch Maßnahmen im Inland erreicht werden soll. Es besteht ein regelmäßiger Austausch mit Österreich zur Erreichung der Klimaziele und zu Energieeffizienz sowie eine Zusammenarbeit in Hinblick auf die strategische Bevorratung von Gasreserven.

Der regelmäßige **kulturpolitische Dialog** zwischen Liechtenstein und Österreich wurde 2020 mit einer Absichtserklärung institutionalisiert. Auf dieser Basis entstehen gemeinsame Projekte, wie zuletzt das Artist-In-Residency-Programm im Turmhaus Balzers. Im Jahr 2023 feierte die Initiative der **Liechtenstein-Regale an den Österreichbibliotheken** im Ausland ihr 20-jähriges Jubiläum.

Regionale Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten nimmt eine prioritäre Stellung in der österreichischen Außen- und Europapolitik ein. Die großen Themen der vergangenen Jahre, sei es die COVID-19-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine oder die Energiekrise, haben wiederholt deutlich gemacht, wie wichtig gemeinsame zentraleuropäische Haltungen bei der Bewältigung globaler Krisen und ihrer Auswirkungen sind. Viele der grenzüberschreitenden Herausforderungen können nur gemeinsam mit den Nachbarn gelöst werden. Neben den direkten, bilateralen Kontakten zu seinen Nachbarstaaten, gestaltet Österreich in mehreren regionalen Kooperationsformaten die Intensivierung der regionalen Beziehungen zur Stärkung der Kooperation in Mitteleuropa aktiv mit.

Österreich übernahm am 1. Juli den einjährigen Vorsitz im „**Slavkov 3“- Kooperationsformat (S3)** zwischen Österreich, der Slowakei und Tschechien. Im Rahmen der seit 2015 bestehenden, nach der tschechischen Stadt Slavkov (Austerlitz) benannten Gruppe fanden zahlreiche Treffen auf unterschiedlichen Ebenen statt. Themen waren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die EU-Politik und das aktuelle Weltgeschehen. Am 2. Jänner trafen Bundesminister Alexander Schallenberg gemeinsam mit seinen tschechischen und slowakischen Amtskollegen den

indischen Außenminister Subrahmanyam Jaishankar in Wien. Ende Mai fand ein Treffen der S3-Außenminister in der Slowakei im Rahmen des Globsec Bratislava Forums statt. Dabei wurden Gespräche mit dem israelischen Außenminister Eli Cohen im sogenannten „S3 plus“-Format geführt. Gemeinsam unternahmen die drei Außenminister am 13. Juli im Auftrag der Europäischen Union eine Reise nach Skopje. Drei weitere Treffen der S3-Außenminister erfolgten am Rande der Tagungen des Rats für Auswärtige Angelegenheiten im April, Mai und November in Brüssel bzw. in Luxemburg. Die Parlamentspräsidenten bzw. die Parlamentspräsidentin trafen einander dreimal: im März kamen sie im slowakischen Poprad zusammen, gemeinsam bereisten sie im Juni Georgien, wo sie Gespräche mit der Staatsspitze führten. Am 25. August lud Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka seine Amtskollegen aus der Slowakei und Tschechien sowie Parlamentsvertreterinnen und -vertreter aus Italien und Kroatien nach Grafenegg, wo sie sich mit Bundesminister Alexander Schallenberg zu Westbalkanfragen austauschten. Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Peter Launsky-Tieffenthal, war am 13. Juli Gastgeber des Treffens der nationalen Koordinatoren des Formats in Rust bzw. St. Margarethen. Darüber hinaus fanden eine Vielzahl von Treffen auf Expertenebene statt.

Das auf Initiative von Bundesminister Alexander Schallenberg gegründete Format der regionalen Zusammenarbeit **„Central 5“ (C5)** mit Österreich, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn wird zur Abstimmung für außenpolitische Aktivitäten genutzt. So fand ein C5-Treffen auf Außenministerebene am 27. September in Wien statt; im Rahmen eines separaten Segments des Treffens nahm OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid teil.

Weiters leistete die **Zusammenarbeit der deutschsprachigen Länder** durch regelmäßige Treffen der Staatsoberhäupter, Außenministerinnen und -minister, Fachministerinnen und -minister sowie von Expertinnen und Experten einen wertvollen Beitrag zur Vertiefung der regionalen Kooperation. Bundespräsident Alexander Van der Bellen nahm im Rahmen dieses Formats im September an einem Treffen der Staatsoberhäupter in Eupen in Belgien teil. Bundesminister Alexander Schallenberg lud seine Amtskollegen bzw. Amtskollegin am 27. April nach Salzburg ein.

Mit Kroatien und Slowenien besteht die **Trilaterale Zusammenarbeit („T3“)**, die im April zum ersten Mal auf Ebene der Außenminister im kroatischen Rijeka zusammenkam. Österreich

arbeitete außerdem im Rahmen der **Quadrilateralen Kooperation („Q4“)** eng mit der Schweiz, Liechtenstein und Slowenien zusammen.

3.2 Südosteuropa bzw. Westbalkanstaaten

Die sechs südosteuropäischen Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien, die geografisch zur Gänze von EU-Staaten umgeben sind, werden unter dem Begriff „Westbalkan“ zusammengefasst. Diese Region – der „Innenhof Europas“ – bildet traditionell einen Schwerpunkt der österreichischen Außen- und Europapolitik.

Die bilateralen Beziehungen Österreichs mit den Westbalkanstaaten sind ausgesprochen eng und freundschaftlich, vor allem Österreichs langjähriges und intensives Engagement für die Erweiterung der EU um diese Staaten wird in der Region sehr geschätzt. Besondere Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang die großen Diaspora-Gemeinden der rund 500.000 in Österreich lebenden Menschen, die in der Region ihre Wurzeln haben und ein starkes Bindeglied zwischen Österreich und ihren Herkunftsländern darstellen.

Zum Zweck der aktiven Unterstützung einer rascheren Heranführung der Westbalkanstaaten an die EU initiierte Bundesminister Alexander Schallenberg die „**Friends of the Western Balkans**“ (**FoWB**), bestehend aus Österreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Slowakei, Slowenien und Tschechien. Am 23. Juni wurde die **Göttweiger Erklärung** angenommen, in der sich die FoWB für eine beschleunigte EU-Integration der Region u.a. mittels gradueller Integration nach einem konkreten Fahrplan aussprechen. Vor dem Hintergrund zunehmender Herausforderungen für Europas Sicherheit soll die Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (**GASP**) durch einen regulären und strukturierten Austausch mit der Region zu europäischen und internationalen Entwicklungen vertieft werden. Zur weiteren Konkretisierung wurde im November ein gemeinsames Non-Paper „Enhanced Cooperation in the Field of Common Foreign and Security Policy“ erarbeitet. Dieses enthält 14 Vorschläge zur verstärkten Einbindung in die GASP und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (**GSVP**). Dazu gehören unter anderem Einladungen zum Rat für Auswärtige Angelegenheiten (**RAB**)/Gymnich mindestens einmal pro Semester, regelmäßige und koordinierte Besuche der EU in der Region, die Stärkung der GASP-Dialoge, die Einladung der Botschafterinnen und

Botschaftern aus der Region zu informellen Austausch mit dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (**PSK**), die Stärkung der GASP-Dialoge, die Einrichtung regelmäßiger Expertenworkshops zu Menschenrechtsfragen, die Förderung der Ausbildung junger Diplomatinen und Diplomaten (z. B. in Zusammenarbeit mit dem neuen Collège d'Europe-Campus in Tirana), die Entwicklung weiterer Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität sowie Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, außenpolitische Positionen der EU und der Westbalkanstaaten noch stärker anzugleichen und die Resilienz der Region gegen feindliche oder destabilisierende Einflussnahme vor allem im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zu stärken.

Als sichtbares Zeichen der Verbundenheit der EU mit der Region fand am 13. Dezember der vierte **EU-Westbalkan-Gipfel** in Brüssel statt. In der Gipfelerklärung wurden von Österreich und den FoWB vorgeschlagene Maßnahmen zur graduelle Integration in Bereiche des EU-Binnenmarkts (freier Warenverkehr, Dienstleistungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit, Zugang zum einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum - SEPA, Erleichterung des Straßenverkehrs, Integration und Entkarbonisierung der Energiemärkte, digitaler Binnenmarkt, Integration in industrielle Lieferketten) hervorgehoben.

Österreich setzt sich weiterhin entschieden für die Förderung der regionalen Zusammenarbeit und Stabilität in der Region ein, insbesondere im Rahmen des **Berlin-Prozesses**, an dem die Westbalkanstaaten, Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Griechenland, Bulgarien, Slowenien, Kroatien, das Vereinigte Königreich, die Europäischen Kommission, europäische und internationale Finanzinstitutionen sowie der Regional Cooperation Council (**RCC**) teilnehmen. Das Hauptziel des Prozesses ist die Förderung und Dynamisierung der regionalen Integration, um die Westbalkanstaaten in wichtigen Zukunftsbereichen (Konnektivität, Verkehr, Energie, Wirtschaft, Jugendaustausch, bilaterale Konflikte, Wissenschaft und Zivilgesellschaft) der EU näherzubringen. Dabei kommt der Umsetzung des **Gemeinsamen Regionalen Marktes (CRM)** als Sprungbrett für die graduelle Integration in den EU-Binnenmarkt eine besondere Rolle zu. Dieser zielt darauf ab, bereits vor dem EU-Beitritt den freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr in der Region aufzubauen.

Ein Berlin Prozess-Gipfel fand am 16. Oktober unter dem Vorsitz Albaniens in Tirana statt. Österreich war durch Bundesminister Alexander Schallenberg vertreten. Beim Gipfel wurde u.a.

ein viertes Mobilitätsabkommen im Bereich der medizinischen Berufe unterzeichnet. Am Rande des Gipfels wurde der neue Tirana-Campus des Collège d'Europe als dritter Standort und als sichtbares Zeichen der Zukunft der Region in der EU eröffnet. Österreich unterstützt den neuen Campus mit zwei Vollstipendien, jeweils eines für junge Menschen aus Österreich und eines für die Region. Österreichs Beitrag während seines Vorsitzes 2015 hat maßgeblich zur Gründung des Regionalen Jugendkooperationsbüros (**RYCO**) zur Förderung von Versöhnung und Zusammenarbeit zwischen den Jugendlichen in der Region beigetragen. Im Jahr 2023 wurde das bilaterale Kooperationsprojekt "Promoting Youth, Peace and Security in the Western Balkans" mit RYCO vereinbart. Zwölf Jugendliche aus der Region werden 2024 an einem Studienaufenthalt in Österreich teilnehmen, um sich mit Vertreterinnen und Vertretern der österreichischen Zivilgesellschaft und Diaspora zu vernetzen.

Der Champion of Regional Integration **Dr. Erhard Busek Award** ist seit 2023 ein weiterer Pfeiler der österreichischen Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit. Der Preis wird gemeinsam mit dem RCC jährlich ausgelobt, um Personen und Organisationen zu ehren, die sich durch herausragende Leistungen für die regionale Zusammenarbeit auszeichnen. Dabei sollen sie die ideellen Werte und Prinzipien des ehemaligen Vizekanzlers Erhard Busek, insbesondere sein Engagement um die Annäherung der ost- und südosteuropäischen Staaten an die EU, in die Zukunft tragen. Im Juni 2023 wurde das „No Borders Orchestra“ mit dem Preis für 2022 ausgezeichnet. Das Ensemble fördert mit Musik als universeller Sprache die Versöhnung der kulturell vielfältigen Region.

Zur Sicherstellung eines kohärenten Engagements Österreichs in der Region wurden die Arbeiten der vom BMEIA eingerichteten **Westbalkan-Task Force** fortgesetzt. Ziel der Task Force ist ein kontinuierlicher und fokussierter Austausch zwischen den Fachministerien und Vertreterinnen und Vertretern von wichtigen Stakeholdern.

Die 2023 verabschiedete **Regionalstrategie der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit für den Westbalkan** zielt darauf ab, die Zusammenarbeit mit der Region weiter auszubauen. Dabei liegt der Fokus auf gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, nachhaltige und inklusive soziale und wirtschaftliche Entwicklung, sowie Klima und Umwelt. Durch die neue Regionalstrategie sollen zukünftig mit einem jährlichen Budget von 12 Millionen Euro vornehmlich regionale Projekte, die mindestens zwei Länder

umfassen, gefördert werden. Eines dieser Projekte ist das Flagship Projekt „EU4 Green Recovery“ des Umweltbundesamts (UBA) mit der **Austrian Development Agency (ADA)**, welches die Länder des Westbalkans bei der Umsetzung der Green Agenda auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützt.

Nach wie vor ist die **Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo** ein Schlüsselfaktor für die dauerhafte Stabilisierung der Region. Der EU-Sonderbeauftragte für den Belgrad-Pristina Dialog, Miroslav Lajčák, dem als Vermittler eine Schlüsselrolle zukommt, hat Österreichs volle Unterstützung. Bundesminister Alexander Schallenberg und andere Regierungsmitglieder standen mit ihm in regelmäßigem Austausch. Österreich unterstützte das Team des Sonderbeauftragten im Bereich der Rechtsberatung mit einer Bediensteten des BMEIA.

Im Februar einigten sich Serbien und Kosovo auf die Vereinbarung auf dem Weg zur Normalisierung sowie im März auf einen Annex zu deren Umsetzung, die Teil der jeweiligen EU-Beitrittsprozesse werden. Bis Jahresende hat keine der beiden Parteien nennenswerte Umsetzungsschritte gesetzt. Entscheidender Punkt bleibt weiterhin die schon im Brüsseler Abkommen von 2013 vorgesehene Schaffung eines Verbands mehrheitlich serbischer Gemeinden, bei dessen Umsetzung Kosovo immer noch säumig ist. Im Oktober wurde beiden Parteien ein Entwurf für ein Statut dieses Verbandes vorgelegt, das mit Unterstützung durch Expertinnen und Experten, darunter der ehemalige Leiter des Völkerrechtsbüros im BMEIA, Botschafter a.D. Prof. Helmut Tichy, erarbeitet wurde. Dieser wurde von beiden Seiten als Grundlage für die weiteren Arbeiten akzeptiert.

Auch 2023 blieb der Dialog von periodisch auftretenden Eskalationen in Nord-Kosovo überschattet. Im Mai kam es im Zuge der Amtseinführung von neuen Bürgermeister*innen zu gewalttätigen Demonstrationen einschließlich Angriffen auf KFOR-Kontingente und Journalistinnen und Journalisten. Aufgrund mangelnder Kooperationsbereitschaft zur Deeskalation wurden im Juni EU-Maßnahmen gegen Kosovo verhängt, unter anderem die Aussetzung der Arbeit der Gremien des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens, von EU-Finanzmitteln sowie die Suspendierung hochrangiger Besuche, die nicht in Zusammenhang mit der Krise in Nord-Kosovo stehen. Im September wurde in Banjska eine Patrouille der kosovarischen Polizei von einer serbischen paramilitärischen Gruppe angegriffen, wobei vier

Polizisten und ein Angreifer getötet wurden. Österreich und die EU verurteilten die Anschläge und fordern ihre lückenlose Aufklärung unter der aktiven Mitarbeit von Serbien sowie die Strafverfolgung aller Angreifer.

Albanien

Die bilateralen Beziehungen mit Albanien sind ausgezeichnet, was sich auch in hochrangigen Besuchen manifestiert. So besuchte Bundespräsident Alexander Van der Bellen vom 26.-28. März Tirana und Shkodra in Begleitung von Frau Doris Schmidauer sowie Bundesministerin Alma Zadić. Am 27. Juni fand ein Besuch von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zur Eröffnung der nach österreichischem Vorbild umgesetzten Demokratiewerkstatt statt. Am 6. Oktober reiste Bundesminister Alexander Schallenberg für das Treffen der Außenministerinnen und -minister im Rahmen des Berlin Prozesses nach Tirana. Darüber hinaus nahm Bundesminister Schallenberg in Vertretung von Bundeskanzler Karl Nehammer am Berlin Prozess-Gipfel am 16. Oktober in Tirana teil. Am 17. November fand ein bilaterales Treffen von Bundesminister Schallenberg mit Außenminister Igli Hasani in Wien statt.

Die **ADA** setzt in Albanien in zunehmendem Maße mit EU-Mitteln finanzierte Projekte um, seit 1. April wird die dritte Phase des EU-Projekts „International Monitoring Operation“ (IMO) zur Unterstützung der Justizreform umgesetzt. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Wasserbereich und die Unterstützung bei der Anpassung der Umweltgesetze an den Besitzstand der Europäischen Union (Acquis communautaire): im Oktober begann das Projekt „EU4Rivers“ zum Management und Monitoring der Fluss-Einzugsgebiete. Die OEZA ist mit einem Büro der ADA in Tirana vertreten, das seit der Verabschiedung der OEZA-Regionalstrategie für den Westbalkan auch für Montenegro und Nordmazedonien zuständig ist. Darüber hinaus setzte die **Österreichische Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD)** ihr langjähriges Engagement im Bereich Berufsbildung fort. Das umfangreichste Projekt der gemeinsamen

Bildungszusammenarbeit stellt die 2006 gegründete Schule für Informationstechnologie „Peter Mahringer“ in Shkodra dar.

Bosnien und Herzegowina

Österreich gehört zu den größten Unterstützern des EU-Beitrittsprozesses von Bosnien und Herzegowina und setzt sich auf allen Ebenen für das Land ein. Der österreichische Diplomat Johann Sattler ist seit 2019 als EU-Sonderbeauftragter und Leiter der EU-Delegation in Sarajewo tätig. Zudem ist Österreich seit 2004 als einer der größten Truppensteller an der militärischen EU-Operation zur sicherheitspolitischen Stabilisierung des Landes, EUFOR Althea, beteiligt und stellt seit 2009 durchgängig den Truppenkommandanten. Die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen kommen auch durch den regelmäßigen Besuchsaustausch zum Ausdruck: Bundesminister Alexander Schallenberg und der italienische Außenminister Antonio Tajani besuchten im März gemeinsam Sarajewo, Bundesministerin Karoline Edtstadler vom 30. November bis 1. Dezember. Außerdem stattete Bundesministerin Claudia Tanner am 3. und 4. Dezember dem österreichischen Kontingent bei EUFOR Althea einen Besuch ab.

Österreich unterstützt die Zivilgesellschaft und die Jugend der Region. 2023 wurde gemeinsam mit dem US-Außenministerium die Seminarreihe „Speak up! Engaging Young Political Leaders and Civil Society. Edition: Bosnia and Herzegovina“ ins Leben gerufen. Sie soll eine neue Generation an Entscheidungsträgerinnen und -trägern mit der aus dem Land stammenden Diaspora in Österreich zusammenbringen und auf diesem Wege die EU-Beitrittsperspektive des Landes fördern. Die erste Ausgabe von „Speak up!“ fand im Juni im Rahmen des Europaforums Wachau im Stift Göttweig unter Teilnahme von Bundesminister Alexander Schallenberg und US Deputy Assistant Secretary Gabriel Escobar statt. Eine Fortsetzung erfolgte im November in Wien zu den Schwerpunktthemen Jugend, Diaspora und Frieden und Versöhnung. Dabei konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Bundesminister Alexander Schallenberg, Bundesministerin Alma Zadić sowie Nationalrats- und Bundesratsabgeordneten aller im Parlament vertretenen Fraktionen austauschen und ihnen ihre Ideen für die Zukunft des Landes präsentieren.

Die **ADA** setzt entsprechend der Westbalkan-Regionalstrategie vermehrt regionale Projekte, u.a. in Bosnien und Herzegowina um, so beispielsweise ein Projekt mit Donau Soja zum Aufbau

von nachhaltigen und inklusiven Wertschöpfungsketten oder ein Projekt zur Unterstützung der administrativen Kapazitäten zur verbesserten Qualität von öffentlicher Verwaltung und öffentlichen Dienstleistungen (BACID III). Auch der **OeAD** setzte sein Engagement im Bereich der Berufs- und Weiterbildung in der Region fort, und unterhält zu diesem Zweck ein Regionalbüro in Sarajewo.

Kosovo

In Kosovo ist Österreich an der NATO-geführten Operation Kosovo Force (KFOR) beteiligt und dabei weiterhin größter Nicht-NATO-Truppensteller. Des Weiteren stellt Österreich mehrere Exekutivbeamtinnen und -beamte im Rahmen der EU-Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX Kosovo und entsendet auch eine Exekutivbeamtin sowie einen militärischen Berater zur Liaison mit KFOR zur United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK). Die bilateralen Beziehungen mit Kosovo sind ausgezeichnet, was sich in hochrangigen Besuchen manifestiert. Bundeskanzler Karl Nehammer empfing Premierminister Albin Kurti am 12. Jänner in Wien. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka besuchte Kosovo am 8. und 9. Mai. Präsidentin Vjosa Osmani Sadriju nahm am 27. August an der Eröffnung des Europäischen Forums Alpbach teil und Premierminister Albin Kurti war für das Vienna Economic Forum am 13. November in Wien.

Die OEZA ist mit einem Regionalbüro der ADA in Pristina vertreten. Schwerpunktsektoren sind dabei der Bildungssektor sowie die Beschäftigungspolitik mit Fokus auf den ländlichen Raum. Die ADA finanziert regionale Projekte wie „Your Job“ für integrierte Arbeitsmarktlösungen oder EQET SEE (Enhancements in quality of education and training in Southeast Europe), das die Verringerung von Jugendarbeitslosigkeit zum Ziel hat. Österreich ist größter bilateraler Geber im Bereich höhere Bildung, sowie für das Jugendprogramm des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (**UNICEF**). Österreich wird in Kosovo vor allem als Kulturnation wahrgenommen. Neben einer Österreich-Bibliothek unterstützen zwei Lektorinnen des **OeAD** die Germanistikinstitute der Universitäten in Pristina und Prizren.

Montenegro

Die bilateralen Beziehungen mit Montenegro sind ausgezeichnet, was sich im Besuch von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 9. Mai zur Feier des zehnjährigen Bestehens der

Demokratiewerkstatt des montenegrinischen Parlaments in Podgorica manifestierte. Der stellvertretende Premierminister Nik Gjeloshaj war am 13. und 14. November zu bilateralen Treffen mit Bundesminister Martin Kocher und Bundesministerin Karoline Edtstadler in Wien. Am 14. Dezember fand ein Besuch der Ministerin für Arbeit und soziale Wohlfahrt Naida Nišić bei Bundesminister Kocher in Wien statt.

Im Bereich der OEZA unterstützt Österreich im Wege der ADA den Montenegro SDG Acceleration Fund (2023-2027). Ziel dieses Projekts ist es, Montenegro bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (**SDGs**) bis 2030 einschließlich der EU-Perspektive zu unterstützen. Darüber hinaus wurde das EU-Projekt im Bereich Rechtsstaatlichkeit "European Union Support to the Rule of Law" (EUroL III) fortgesetzt. Der **OeAD** ist weiterhin in der Region präsent, u.a. mit einem regionalen Projekt in Montenegro, das zur Steigerung der Qualität des berufsbezogenen Lernens beiträgt.

Nordmazedonien

Österreich unterstützte die Bemühungen Nordmazedoniens auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Die bilateralen Beziehungen sind ausgezeichnet, was sich in hochrangigen Besuchen manifestierte. Im Rahmen des österreichischen Vorsitzes in der Slavkov-3 Regionalinitiative unternahm Bundesminister Alexander Schallenberg mit seinen Amtskollegen aus Tschechien und der Slowakei und mit Mandat des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Europäischen Kommission, Josep Borrell, am 13. Juli eine gemeinsame Reise nach Skopje, um die EU-Beitrittsperspektive des Landes zu unterstützen. Am 11. Jänner fand ein Treffen von Bundesminister Schallenberg mit Außenminister Bujar Osmani in Wien statt. Außerdem besuchte Bundespräsident Alexander Van der Bellen Skopje am 29. März in Begleitung von Frau Doris Schmidauer sowie Bundesministerin Alma Zadić. Am 20. April traf Bundeskanzler Karl Nehammer Premierminister Dimitar Kovachevski in Wien.

Serbien

Die bilateralen Beziehungen mit Serbien sind ausgezeichnet. Bundesminister Alexander Schallenberg tauschte sich mehrmals mit seinem serbischen Amtskollegen Ivica Dačić sowie der

serbischen Europaministerin Tanja Mišćević aus. Zudem besuchte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka Belgrad und Novi Sad am 9. und 10. Mai, Bundesministerin Karoline Edtstadler reiste am 14. Mai nach Belgrad. Justizministerin Maja Popović war am 21. Juni in Wien. Die Zusammenarbeit im Bereich Migration konnte weiter intensiviert werden. Im Juli fand bereits der dritte trilaterale Migrationsgipfel in Wien gemeinsam mit Ungarn statt, wo Bundeskanzler Karl Nehammer, Präsident Aleksandar Vučić und Premierminister Viktor Orbán erneut eine Kooperationserklärung unterzeichneten. Es wurde eine gemeinsame, internationale Grenzsicherheits-Task Force eingerichtet. Ebenso wird die Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Schleppereikriminalität intensiviert. Österreich und Ungarn sagten zu, Serbien verstärkt beim Kapazitätsaufbau in den Bereichen Grenzschutz, Polizei und Rückkehr bzw. Rückführung von Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer zu unterstützen. Zur Unterstützung des Grenzschutzes wurden österreichische Polizeibeamtinnen und -beamte an die serbisch-nordmazedonische Grenze entsandt und technische Ausrüstung zur Verfügung gestellt.

Österreich trug zudem maßgeblich zur Weiterentwicklung des Modells der dualen Ausbildung in Serbien sowie zur Gesetzesreform 2023 bei. Mit dem laufenden Projekt „Dual VET Project Serbia“ unterstützt die **ADA** zusammen mit der schweizerischen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit die serbische Wirtschaftskammer, um kleine und mittelständische Unternehmen verstärkt für das Modell der dualen Ausbildung zu gewinnen. Ein weiteres Projekt des **OeAD** soll die Qualität des betrieblichen Lernens verbessern.

3.3 Östliche Nachbarschaft der EU, Türkei

Ukraine

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Österreich sind seit Beginn des russischen Angriffskriegs geprägt von österreichischen Unterstützungsleistungen und österreichischer Solidarität. Dies betrifft auch die etwa 70.000 Vertriebenen aus der Ukraine, die in Österreich Schutz gefunden haben. Österreich unterstützte die Ukraine auf ihrem Weg in die Europäische Union. Mit dem offiziellen Beschluss über den Start der Beitrittsverhandlungen am 14. Dezember wurde hierfür ein wichtiger Meilenstein erreicht. Gleichzeitig forderte Österreich gemeinsam mit den europäischen Partnern weitere Reformen u.a. bei Rechtsstaatlichkeit und

Justiz sowie beim Kampf gegen die Korruption ein. Österreich ist ein wichtiger Geber im Bereich der humanitären und finanziellen Unterstützung für die Ukraine und hat bis Ende 2023 mehr als 200 Millionen Euro an staatlicher bilateraler Hilfe mobilisiert.

Österreich unterstützt die „10-Punkte Friedensformel“ des ukrainischen Präsidenten Selenskyj und bringt sich insbesondere bei den Themen nukleare Sicherheit, Ernährungssicherheit, Rechenschaftspflicht und humanitärer Entminung aktiv ein. Im November beschloss Österreich, bereits zum zweiten Mal die „Grain from Ukraine“-Initiative für die globale Ernährungssicherheit mit 3,8 Millionen Euro zu unterstützen. Österreich beteiligt sich außerdem an der im Dezember gegründeten Koalition zur Rückführung verschleppter ukrainischer Kinder. Neben den österreichischen Hilfsorganisationen Rotes Kreuz, Caritas, Hilfswerk International, Global2000, Oberösterreichische Landlerhilfe und andere Hilfsorganisation und NGOs sind zahlreiche Städte im sozialen Bereich engagiert. Einige Bundesländer wie das Burgenland und Tirol pflegen eine aktive Partnerschaft zur Oblast Transkarpatien, andere wie Wien oder die Steiermark sind im Bildungsbereich und/oder Gesundheitsbereich tätig.

Österreich beteiligte sich umfangreich an den europäischen Unterstützungsleistungen für die Ukraine. Einen wichtigen Beitrag zu Reformen in Justiz und Sicherheitsdiensten leistete die European Union Advisory Mission, die von Österreich unterstützt wird. Österreich trägt im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität zum Ankauf von nicht-letaler Ausrüstung bei. Im Rahmen eines Besuchs von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundesministerin Leonore Gewessler und Bundesminister Martin Kocher vom 31. Jänner bis 2. Februar wurde am 1. Februar von Bundesministerin Gewessler eine Absichtserklärung zur Kooperation im Bereich erneuerbare Energien unterzeichnet. Österreich hatte bereits im Winter 2022/2023 die Netzstabilität in der Ukraine mit der Lieferung von ca. 260 Tonnen Ausrüstung unterstützt. Auf Basis der neuen Absichtserklärung wird der Austausch auf akademischer, technischer und politischer Ebene gestärkt, besonderer Fokus liegt auf den Bereichen grüner Wasserstoff und Biogas.

Österreich war vor dem Beginn des russischen Angriffskriegs sechstgrößter Investor in der Ukraine, wo österreichische Unternehmen rund 200 Niederlassungen, davon rund 25 Produktionsniederlassungen, betreiben. Die österreichische Botschaft in Kyjiw unterstützt die

Unternehmen in offiziellen Kontakten, durch die Bereitstellung von Informationen, Netzwerkveranstaltungen und Besuchen in Betriebsstätten. Seit der vorübergehenden Stilllegung des Österreichischen Kulturforums Kyjiw im Frühjahr 2022 werden Kulturprojekte vom OeAD-Kooperationsbüro Lemberg mit dem Ukraine Office Austria an der Sektion für internationale Kulturangelegenheiten des BMEIA durchgeführt. Zusätzlich wickelt das OeAD-Kooperationsbüro Odessa/Uschhorod bilaterale Projekte zur Unterstützung von Reformen im ukrainischen Bildungssystem ab.

2023 fand eine Vielzahl an hochrangigen Treffen zwischen österreichischen und ukrainischen Regierungsvertreterinnen und -vertretern statt: am 26. September besuchte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka seinen Amtskollegen Ruslan Stefantschuk in Kyjiw und hielt eine Rede im ukrainischen Parlament, am 2. Oktober nahm Bundesminister Alexander Schallenberg am informellen EU-Außenministertreffen in Kyjiw teil und besuchte die Holocaust-Gedenkstätte Babyn Jar. Zusätzlich fanden regelmäßige Besuche von Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat statt.

Republik Moldau

2023 war durch eine besonders hohe bilaterale Besuchsintensität sowie umfangreiche Unterstützung der Republik Moldau als unmittelbares Nachbarland der angegriffenen Ukraine geprägt. Mit dem Beschluss zur Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen beim Europäischen Rat am 14. Dezember wurden die Beziehungen weiter intensiviert. Österreich genießt einen sehr guten Ruf im Lande, durch seine Unterstützung im EU-Integrationsprozess, die Entwicklungszusammenarbeit, die Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Bildung, insbesondere Berufsausbildung, sowie in Sicherheitsfragen, bei der Umsetzung der Polizeikooperation und von Projekten im OSZE-Rahmen. Beim Besuch von Bundesminister Gerhard Karner im August wurde eine Regierungsvereinbarung über die Polizeikooperation unterzeichnet. Die Verhandlungen über eine Absichtserklärung zwischen den Kulturressorts beider Länder betreffend die Zusammenarbeit in den Bereichen Kunst und Kultur wurden ebenfalls abgeschlossen.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen war vom 15.-17. November, gemeinsam mit seiner slowenischen Amtskollegin Nataša Pirc Musar, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 16.

Mai und Bundeskanzler Karl Nehammer am 1. Juni im Rahmen des 2. Gipfels der Europäischen Politischen Gemeinschaft zu Gast. Ferner reiste Bundesministerin Karoline Edtstadler am 8. März im Rahmen der von ihr gegründeten Initiative „The Next Generation is Female“ mit sieben weiteren Europaministerinnen und Staatssekretärinnen aus Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Litauen, Lettland, Rumänien und Schweden in die Republik Moldau. Bundesminister Johannes Rauch war vom 26.-29. Juli zu Besuch. Österreich nahm an der 4. Tagung der Moldova Support Platform am 17. Oktober teil und bekräftigte seine Bereitschaft zu weiterer finanzieller Unterstützung. Der Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit liegt auf Regionalentwicklung, einschließlich Wassermanagement, Umweltschutz und Bekämpfung des Klimawandels.

Die Planungen zur Eröffnung einer Österreichischen Auslandsschule in Chisinau in Form einer Höheren Technischen Lehranstalt mit der Fachrichtung Elektronik und Technische Informatik wurden fortgeführt. Österreich befindet sich unter den zehn größten Auslandsinvestoren, im Land sind ca. 30 österreichische Unternehmen aktiv. Am 12. Mai wurde die 8. Ausgabe der Internationalen Biennale bildender Kunst im Nationalen Kunstmuseum in Chisinau eröffnet, dieses Jahr erstmals mit Österreich als Gastland.

Georgien

Durch die EU-Ambitionen Georgiens gewann Österreich als Bezugspunkt weiter an Bedeutung. Das uneingeschränkte österreichische Bekenntnis zur Souveränität und territorialen Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen sowie der Beitrag Österreichs zur EU-Beobachtermission (**EUMM**) werden sehr geschätzt. Georgien ist ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA). Schwerpunkte liegen dabei auf nachhaltiger ländlicher Entwicklung und verbesserten Lebensunterhaltungsmöglichkeiten sowie inklusive lokale Entwicklung und effektive Institutionen. Die in diesem Rahmen verankerte delegierte Kooperation zur Entwicklung nachhaltiger Landwirtschaft und Bergtourismus in den Gebirgsregionen Georgiens mit Finanzierung der ADA, Schwedens und der EU wurde im November erfolgreich abgeschlossen. Am 30. Jänner besuchte Bundeskanzler Karl Nehammer Georgien. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka kam am 5. und 6. Juni gemeinsam mit seiner Amtskollegin aus Tschechien und seinem Amtskollegen aus der Slowakei nach Georgien. Im Rahmen dieses Besuchs wurde eine Absichtserklärung zwischen den beiden Parlamenten zur

Einrichtung einer Demokratiewerkstatt im georgischen Parlament unterschrieben. Eine Delegation unter Leitung von Bundesratspräsidentin Claudia Arpa weilte vom 13.-17. November in Georgien. Österreichische Firmen sind gefragte Partner, insbesondere bei Projekten zu erneuerbarer Energie. Der bilaterale Handel entwickelte sich positiv. Ein Arbeitsschwerpunkt der Botschaft widmete sich einer Wanderausstellung der österreichischen Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner und ihrer Zeit in Georgien. Im November wurde gemeinsam mit der Stadt Zugdidi der Grundstein für die Errichtung eines Friedensparks gelegt.

Türkei

Für die EU und Österreich ist die Türkei ein wichtiger Partner, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und Migration. Die bilateralen Beziehungen zu Österreich stehen auf einem soliden Fundament aus engen zwischenmenschlichen Beziehungen und sich positiv entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen. Am 6. Februar wurden elf Provinzen im Südosten der Türkei sowie der Nordwesten Syriens von zwei massiven Erdbeben erschüttert, die in der Türkei über 50.000 Todesopfer forderten. Österreich entsandte umgehend Rettungskräfte (Bundesheer und Feuerwehrrkräfte aus Vorarlberg) und leistete umfangreiche finanzielle Unterstützung. Diese Hilfe wurde von türkischer Seite sehr geschätzt. So besuchte Außenminister Mevlut Çavuşoğlu am 12. Februar das Rettungsteam des Bundesheeres in Antakya und bedankte sich für dessen Einsatz. Die dichten, hochrangigen bilateralen Kontakte mit der Türkei wurden 2023 fortgesetzt. Bundesminister Norbert Totschnig besuchte am 28. und 29. März Ankara und die Erdbebenprovinz Adıyaman. Außenminister Mevlut Çavuşoğlu reiste am 14. April nach Österreich. Bereits kurz nach den türkischen Parlamentswahlen fand am 21. Juni ein erstes bilaterales Treffen zwischen Bundesminister Alexander Schallenberg und dem neuen türkischen Außenminister Hakan Fidan am Rande der Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine in London statt. Am 10. Oktober besuchte Bundeskanzler Karl Nehammer gemeinsam mit den Bundesministern Gerhard Karner und Martin Kocher Ankara. Es war der erste Besuch eines österreichischen Kanzlers seit 22 Jahren. Mit einem kumulierten Bestand ausländischer Direktinvestitionen von 10,9 Milliarden US-Dollar liegt Österreich mit einem Anteil von 5,9 % auf Rang 6. Die Schwerpunkte der österreichischen Direktinvestitionen sind in den Branchen Logistik, Papier und Verpackung, Catering und Personalvermittlung. Gewichtet mit dem Nominalkapitalanteil weisen österreichische Tochterunternehmen in der Türkei ca. 35.600 Beschäftigte auf. Im Bereich Sicherheit arbeiten Österreich und die Türkei bei der

Bekämpfung von irregulärer Migration, organisierter Kriminalität und Terrorismus zusammen. Um die Bemühungen zur Eindämmung von Schlepperei und Menschenhandel zu verstärken, gibt es seit Dezember 2022 einen neuen halbjährlichen Konsultationsmechanismus zwischen den Innenministerien, auch zu Migration.

Russische Föderation (Russland)

Die bilateralen Beziehungen standen weiterhin im Schatten des fortdauernden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Die früher vielfältigen Kontakte und Beziehungen wurden stark eingeschränkt beziehungsweise suspendiert, wie beispielsweise im Fall des im Jahr 2019 eingerichteten zivilgesellschaftlichen bilateralen Sotschi-Dialogs. Österreich wurde gemeinsam mit allen anderen EU-Mitgliedstaaten sowie einer Reihe weiterer westlicher Staaten im März 2022 offiziell als „unfreundlicher Staat“ eingestuft. Österreich trug sämtliche Sanktionen der EU gegen Russland vollumfänglich mit. Gleichzeitig setzte Österreich seine Unterstützung für glaubhafte Bemühungen zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts fort, unter anderem durch Mitarbeit am 10-Punkte Friedensplan, den Treffen der Nationalen Sicherheitskoordinatoren sowie durch intensivierte Kontakte mit Drittstaaten.

Die Positionen Österreichs und Russlands divergierten nicht nur in der Frage des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, sondern insbesondere auch in Bereichen wie Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, oder der Bewahrung von Bürger- und Menschenrechten. Österreich zeigte dabei in enger Abstimmung mit den anderen EU-Mitgliedstaaten Präsenz, beispielsweise durch politische Erklärungen, Veröffentlichungen in sozialen Medien sowie durch Beobachtung einschlägiger Gerichtsverfahren.

Im bilateralen Handel ergaben sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres Rückgänge von 29,4 % bei den Ausfuhren beziehungsweise von 50,8 % bei den Einfuhren. Bei den Ausfuhren stellten Pharmazeutika die größte Gruppe dar, während die Einfuhren fast ausschließlich aus mineralischen Brennstoffen bestanden. Laufende Änderungen der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere durch Sanktionen und

Gegensanktionen, erforderten erhöhten Informationsbedarf für die in Russland noch präsenten österreichischen Unternehmen.

Bei den Bemühungen, die Verbindungen zur russischen Zivilgesellschaft zu bewahren, wurde besonderes Augenmerk auf gemeinsame Aktivitäten mit anderen EU-Mitgliedstaaten gelegt. Zu den Beispielen zählen etwa eine österreichisch-ungarische Veranstaltung anlässlich des 150. Jahrestages der Entdeckung von Franz Josefs-Land, die Teilnahme an einem europäischen Filmfestival und die Unterstützung des europäischen Tages der Sprachen in Moskau. Die früher sehr aktive bilaterale Kultur- und Wissenschaftszusammenarbeit wurde infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine seit Februar 2022 und der Ausweisung des Leiters des Österreichischen Kulturforums Moskau im Februar 2023 stark reduziert. Dennoch wurden im Jahr 2023 mit unabhängigen und nichtstaatlichen russischen Partnern Kulturprojekte besonders in den Bereichen Sprache und Literatur sowie Musik durchgeführt. Dabei ging es unter anderem darum, dem faktenwidrigen offiziellen russischen Narrativ entgegenzuwirken, dass die westlichen Staaten nach einer „Abschaffung“ der russischen Kultur trachten würden.

Bilaterale Besuche auf politischer Ebene fanden nicht statt, lediglich am Rande des Ministertreffens der OSZE in Skopje kam es auf Bitte der OSZE und in Absprache mit dem Vorsitz am 30. November zu einem Gespräch von Bundesminister Alexander Schallenberg mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow. In Umsetzung der Amtssitzabkommen mit den in Österreich befindlichen internationalen Organisationen und im Einklang mit den einschlägigen europäischen und nationalen Regelungen ermöglichte Österreich weiterhin die Einreise von Delegationen aus Russland nach Österreich zur Teilnahme an der Arbeit dieser Organisationen.

Republik Belarus

Aufgrund des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, der auch von belarussischem Territorium aus erfolgte, wurden weitere restriktive EU-Maßnahmen ergriffen. Belarus wandte sich von der EU und den EU-Mitgliedstaaten ab und verfolgte konsequent eine pro-russische Politik. Belarus unterstützte Russland nicht nur militärisch wenn auch keine Truppen direkt an der Invasion beteiligten waren, sondern gewährte auch die Stationierung von russischen Kernwaffen. Die Repression in Belarus ging ungemindert weiter. Österreich und die EU unterstützten die demokratische Opposition im Exil und setzten sich in diesem

Zusammenhang für die Erfassung und mögliche spätere Verfolgung schwerer Menschenrechtsverletzungen ein.

Der bilaterale Handel war bereits 2022 vor dem Hintergrund der gegenseitigen restriktiven Maßnahmen geschrumpft. Das Investitionsklima für Unternehmen aus Ländern, die von Belarus als „unfreundlich“ eingestuft wurden, hat sich aufgrund restriktiver Rahmenbedingungen verschlechtert. Das Außenwirtschaftsbüro hält mit der österreichischen Botschaft in Minsk den Kontakt mit den Unternehmen mit österreichischem Kapitalanteil aufrecht.

Neben kleinen österreichischen Beiträgen zur lokalen Kulturszene mit der Präsentation österreichischer Lyrik und Musik legte die österreichische Botschaft Wert auf Teilnahme an Gedenkveranstaltungen. Belarus legte ebenfalls großen Wert auf die Aufrechterhaltung der Erinnerungskultur, wobei dabei vor allem die Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges und die Befreiung von der NS-Herrschaft betont wurden.

Armenien

Armenien schätzte die rasche Entsendung der EU-Beobachtermission mit offiziellem Start im Februar, an der auch Österreich teilnahm. Armenien ist ein Schwerpunktland der OEZA. Die Schwerpunkte liegen auf nachhaltiger ländlicher Entwicklung und verbesserten Lebensunterhaltungsmöglichkeiten sowie inklusive lokale Entwicklung und effektive Institutionen. In Folge des Massensexodus von ethnischen Armenierinnen und Armeniern aus Karabach im September stellte Österreich Soforthilfe über den EU-Zivilschutzmechanismus sowie zwei Millionen Euro für humanitäre Hilfe durch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes zur Verfügung. Am 17. Jänner traf Außenminister Ararat Mirzoyan in Wien mit Bundesminister Alexander Schallenberg zusammen, ebenso am 18. Juli. Im Rahmen des zweiten Besuches wurde das Durchführungsprotokoll zum Rückübernahmekommen zwischen Armenien und der EU unterzeichnet. Der Minister für Arbeit und Soziales, Narek Mkrtchyan, besuchte am 15. und 16. März Bundesminister Johannes Rauch. Österreich kann hier mit moderner industrieller Technologie punkten. Die armenische Regierung strebt eine stärkere Zusammenarbeit mit der EU an, unter anderem im Rahmen der Östlichen Partnerschaft. 2023 stiegen die österreichischen Exporte nach Armenien um 53,7 % auf 55,61 Millionen Euro. Die bedeutendsten österreichischen Exportwaren waren Medikamente, Maschinen und Anlagen sowie Papier und Pappe. Die Österreich-Bibliothek Jerewan, unterstützt durch die

Österreichische Botschaft Tiflis, organisierte im Juni zur Förderung der deutschen Sprache gemeinsam mit anderen deutschsprachigen Institutionen eine Deutschlehrerinnen- und Lehrertagung.

Aserbaidshan

Die bilateralen Beziehungen konzentrieren sich vor allem auf die Wirtschaft und insbesondere auf den Bereich Erdgas und Erdöl. Die österreichischen Exporte nahmen um 22,5 % zu. Einfuhren aus Aserbaidshan stiegen um über das Sechsfache, was vor allem auf die zunehmenden Erdölimporte zurückzuführen war. Österreichs Hauptexportprodukte waren Maschinen und mechanische Anlagen, gefolgt von Getränken, pharmazeutischen Erzeugnissen, Kraftfahrzeugen und Metallen. Österreich importierte im ersten Halbjahr 2023 zu 98 % Rohöl aus Aserbaidshan. Derzeit sind rund zehn österreichische Firmen in Aserbaidshan über Tochtergesellschaften, Joint Ventures oder Repräsentanzen vertreten. Im Mai fand eine österreichische Wirtschaftsmission in Baku statt. Seit vielen Jahren sind österreichische Spezialfirmen in Aserbaidshan bei der Restaurierung von u.a. UNESCO-Kulturgütern (Khan-Palast in Sheki, Altstadt von Baku, Oper von Baku) tätig. Im Kulturbereich war die Botschaft Baku neben klassischen Konzerten Mitveranstalter von zwei Jazz-Konzerten. Durch den seit Mai wieder bestehenden Direktflug zwischen Wien und Baku steigt die Zahl von Reisenden in beide Richtungen.

Zentralasien

Die geostrategische Bedeutung der energiereichen Region Zentralasien nahm für Europa und Österreich weiterhin aufgrund der multiplen globalen Krisen wie des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan sowie des Gazakriegs zu. Klares Ziel der EU ist es, das Engagement in Zentralasien weiter auszubauen und zu vertiefen, um die Region enger an sich zu binden. Handlungsrichtlinie bleibt die im Juni 2019 verabschiedete EU-Zentralasienstrategie mit den Schwerpunkten Förderung von Resilienz, Wohlstand und regionaler Konnektivität sowie Unterstützung bei der "Green Transition"). Österreich unterstützte den EU-Outreach und die Positionierung der EU als Partner bei den Reform- und Modernisierungsprozessen in der Region, insbesondere in Kasachstan und Usbekistan. Konkret kam es zu verstärktem Austausch auf Expertenebene in Fragen zu

Transport, Umwelt, Energie, Wasser, Digitalisierung sowie Land- und Forstwirtschaft. Eine Reihe von bilateralen Verträgen, Abkommen und Memoranden sind in Vorbereitung. Auf dem letzten EU-Zentralasienrat im Oktober setzte sich Österreich gemeinsam mit seinen europäischen Partnern dafür ein, eine Roadmap zu verabschieden, die weitere klare Kooperationsschritte der EU mit Zentralasien setzt. Durch die Umsetzung dieses Vorhabens werden sich auch im bilateralen Bereich Synergien ergeben. Bundesminister Alexander Schallenberg nutzte den Rat mit den zentralasiatischen Staaten für bilaterale Treffen mit Kirgisistan, Usbekistan und Turkmenistan. Mit dem wichtigsten Wirtschaftspartner Österreichs in Zentralasien, Kasachstan, fanden einige bilaterale Treffen statt. Mit Usbekistan stand die Planung für die Eröffnung eines AußenwirtschaftsCenters in Taschkent im Vordergrund, die Wirtschafts- und Handelsvertretung wird 2024 eröffnet werden. In Tadschikistan sind österreichische Unternehmen erfolgreich an Wasserkraftwerksprojekten beteiligt. Darüber hinaus hat Österreich Interesse am weiteren Ausbau der Synergien zwischen den Aktivitäten der EU und der Arbeit der OSZE in der Region.

3.4 Südliche Nachbarschaft der EU

Die südliche Nachbarschaft der EU umfasst Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, palästinensische Gebiete, Syrien und Tunesien. Die südliche Nachbarschaftspolitik ist der Rahmen für die bilateralen politischen Beziehungen mit diesen zehn Partnerländern, wobei Palästina durch die EU und Österreich nicht als Staat anerkannt wird und mit Syrien die Zusammenarbeit im Jahr 2023 ausgesetzt war. Mit Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko und Tunesien bestehen EU-Assoziierungsabkommen, die auf Basis von gemeinsam erstellten Aktionsplänen bzw. Partnerschaftsprioritäten umgesetzt werden. Dies erfolgt auf Ebene des Hohen Vertreters/Vizepräsidenten der EU und der jeweiligen Außenministerinnen und -minister in Assoziationsräten.

Ägypten

Ägypten stellt für Österreich einen wichtigen Partner und Vermittler in der Region dar. So wurde infolge des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober die Ausreise österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus Gaza über Ägypten maßgeblich von Ägypten unterstützt. Im April besuchte Bundeskanzler Karl Nehammer gemeinsam mit Bundesminister Norbert Totschnig im Zuge einer Afrikareise Präsident Abdel Fattah al-Sisi, wo u.a. die

Zusammenarbeit zu Migration und Flucht besprochen wurde. Neben politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit ist der kulturelle Austausch ein wichtiger Pfeiler der bilateralen Beziehungen. In Kairo befindet sich ein österreichisches Kulturforum, das v.a. zeitgenössische österreichische Kunst- und Kulturschaffende aus sämtlichen Bereichen nach Ägypten vermittelt. Zu den erfolgreichsten Initiativen gehören, neben äußerst gut besuchten Konzerten bei freiem Eintritt, die Unterstützung strategischer und konzeptioneller Projekte wie die Veranstaltungsreihe „Climate Walks“.

Algerien

Österreich und Algerien unterhalten freundschaftliche Beziehungen, was sich an einer Reihe von bilateralen Treffen zeigte. Bundesminister Alexander Schallenberg traf zweimal mit Außenminister Ahmed Attaf zusammen. Der Besuch der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Österreich-Nordafrika in Algier vom 21.-24. Oktober und der Algerisch-Österreichischen Parlamentarischen Freundschaftsgruppe in Wien im Juli trug zur weiteren Vertiefung bei. Im Februar fanden politische Konsultationen von Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Peter Launsky-Tieffenthal mit seinem Amtskollegen Amar Belani in Wien statt.

Die Europäische Union bezeichnete Ende 2022 den Algerien über Tunesien, Italien und Österreich mit Deutschland verbindenden South H2-Wasserstoffkorridor offiziell als "Projekt von gemeinsamem Interesse". Das South H2-Projekt ist ein Wasserstoff-Pipeline-Korridor von 3.300 km Länge für die Lieferung von kostengünstigem, grünen Wasserstoff in die drei europäischen Länder. Mit rd. 356 Millionen Euro Handelsvolumen ist Algerien einer der wichtigsten Export- und Importpartner in Afrika. Die Hauptexporte für die österreichische Wirtschaft liegen in den Bereichen Maschinen und Anlagen, Infrastruktur und Bauwirtschaft, Gesundheitssektor und Pharmazeutik und in der Landwirtschaft.

Israel

Angesichts des Angriffs der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober stand Österreich solidarisch an Israels Seite in Bezug auf sein Recht, die eigene Bevölkerung im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht gegen die Hamas zu verteidigen. Dies hat Österreich im Rahmen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen bekräftigt. Die bilateralen Beziehungen mit

Israel, deren Rahmen eine 2022 abgeschlossene strategische Partnerschaft bildet, sind ausgezeichnet und von gegenseitigem Vertrauen getragen. Dies schlug sich im Jahr 2023 in einem intensiven Besuchsaustausch nieder: Bundeskanzler Karl Nehammer, Bundesministerin Karoline Edtstadler, Bundesminister Martin Kocher und Staatssekretärin Susanne Krausswinkler besuchten 2023 Israel. Im September erfolgte ein offizieller Besuch von Präsident Isaac Herzog in Wien. Ebenso wurde im Juni Außenminister Eli Cohen durch Bundesminister Alexander Schallenberg empfangen. Im Mai fanden zusätzlich politische Konsultationen auf Ebene des österreichischen Generalsekretärs und des israelischen Generaldirektors statt. Österreich bekennt sich zu seiner historischen Verantwortung und trägt dieser beispielsweise durch die Vergabe von Doppelstaatsbürgerschaften an Nachkommen der NS-Opfer Rechnung. Israel schätzt diesen Einsatz, insbesondere die unter österreichischem Ratsvorsitz abgeschlossene Resolution gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Im Februar wurde eine Gemeinsame Erklärung im Bereich technologischer Innovation zwischen der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und der Israeli Innovation Authority (IIA) unterzeichnet. Zudem fand eine ReFocus Austria-Netzwerkveranstaltung zur Förderung des österreichischen Tourismus statt.

Jordanien

Jordanien und Österreich pflegen enge Kontakte, unter anderem durch regelmäßige hochrangige Besuche. 2023 erhielt Jordanien von Österreich eine finanzielle Unterstützung von 3,5 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds zur Bewältigung der Flüchtlingsströme aus Nachbarländern. Des Weiteren konnte auf der Basis einer Übereinkunft die Zusammenarbeit in den Bereichen Katastrophenschutz und Sicherheit, Polizeiarbeit sowie militärischer Spezialausbildung erzielt werden. Anlässlich des 70-jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Jordanien organisierte die österreichische Botschaft in Amman im Rahmen der ReFocus Austria-Initiative unter der Schirmherrschaft von Prinz El Hassan bin Talal im Februar einen Ball „A Night in Vienna“ mit

Präsentation österreichischer Kultur, Wirtschaft und Tourismus. Das Archäologische Institut der Universität Wien führte im Sommer Lehrgrabungen in der Region um Madaba durch.

Libanon

Im November trat das bilaterale Polizeikooperationsabkommen zwischen Österreich und Libanon in Kraft. Im Dezember wurden Verhandlungen über ein bilaterales Luftverkehrsabkommen abgeschlossen und die Texte paraphiert. Österreich leistet bilaterale humanitäre Hilfe in Höhe von rund sechs Millionen Euro und finanziert darüber hinaus im Rahmen eines Slavkov-Kooperationsprojekts gemeinsam mit der Slowakei und der Tschechischen Republik die Beseitigung von toxischem Müll. Österreichische Hilfsorganisationen wie Caritas Austria, das Österreichische Rote Kreuz und Hilfswerk International sind im Libanon tätig. Der Schwerpunkt der humanitären Hilfe aus Österreich liegt bei Wasserversorgung, Siedlungshygiene und Ernährung, Projekte für syrische Flüchtlinge und Aufnahmegemeinden. Seit 2011 beteiligt sich das Österreichische Bundesheer an der VN-Beobachtermission der UNIFIL mit gegenwärtig rd. 180 Soldatinnen und Soldaten.

Libyen

Österreich unterstützt die internationalen Vermittlungsbemühungen in Libyen und tritt insbesondere für ein Ende der eklatanten Missachtung des VN-Waffenembargos und für den sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen und Söldnerinnen und Söldner aus Libyen ein. Im Rahmen der zivilen GSVP-Mission der EU **EUBAM Libyen** beteiligt sich Österreich beim Aufbau von Kapazitäten im Kampf gegen Menschenhandel und Terrorismus und zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und leistet den libyschen Behörden Hilfestellung beim Aufbau eines funktionierenden Grenzmanagements. Zudem beteiligt sich Österreich im Rahmen der militärischen GSVP-Mission der EU **EUNAVFOR Med Iriini**. Infolge der Flutkatastrophe durch

Dammbrüche im September leistete Österreich eine Million Euro an Soforthilfe aus dem Auslandskatastrophenfonds.

Marokko

2023 feierten Österreich und Marokko das 240-jährige Bestehen diplomatischer Beziehungen. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten vertiefte sich merkbar in allen Bereichen. Am 28. Februar und 1. März besuchten Bundeskanzler Karl Nehammer, Bundesminister Gerhard Karner und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Peter Launsky-Tieffenthal begleitet von einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation Marrakesch, Casablanca und Rabat. In einer gemeinsamen Absichtserklärung zwischen den beiden Wirtschaftskammern wurde eine intensivierte Wirtschaftskooperation vereinbart. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka stattete seinem Amtskollegen Talbi Alami im März einen Besuch in Rabat ab. Bundesminister Magnus Brunner vertrat Österreich bei der Jahreskonferenz von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Marrakesch im Oktober. Im Rahmen der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Österreich-Nordafrika unter dem Vorsitz des Abgeordneten Nico Marchetti fanden mehrere hochrangige politische Treffen statt.

Österreich und die Europäische Union unterstützten weiterhin den Prozess der Vereinten Nationen zur Streitbeilegung zwischen Marokko und der Polisario. Österreich nahm auch weiter mit mehreren Militärbeobachtern an der VN-Mission **MINURSO** teil.

Palästinensische Gebiete

Österreich ist durch direkte Entwicklungszusammenarbeit (EZA) sowie im Rahmen von EU-Projekten mit einem Fokus auf Gesundheitsversorgung ein langjähriger finanzieller Unterstützer der palästinensischen Gebiete. Angesichts des großen Leids, das aufgrund des Angriffs der Hamas auf Israel und im Rahmen der darauffolgenden Militäroperation unter der Zivilbevölkerung Gazas verursacht wurde, leistete Österreich zusätzliche humanitäre Hilfe in der Höhe von 13 Millionen Euro. Nach eingehender Prüfung der österreichischen EZA-Gelder wurde auch die Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) beim Aufbau effizienter, demokratisch legitimerter und kontrollierter Institutionen für einen zukünftigen souveränen,

demokratischen Staat weiter unterstützt. Österreich tritt mit seinen Partnern in der EU konsequent für eine Zweistaatenlösung ein.

Syrien

Die Beziehungen zwischen Österreich und Syrien orientieren sich an der gemeinsamen EU-Strategie aus dem Jahr 2017, weshalb es im Berichtszeitraum keine hochrangigen politischen Kontakte gab. Die Botschaft Damaskus blieb jedoch auch 2023 in Syrien aktiv und unterhielt Kontakte mit der syrischen Zivilgesellschaft. Österreich hat die syrische Bevölkerung 2023 mit insgesamt 8,35 Millionen Euro an humanitärer Hilfe unterstützt, ein Teil davon auch als humanitäre Hilfe zur Bewältigung der katastrophalen Auswirkungen des Erdbebens vom 6. Februar im türkisch-syrischen Grenzgebiet im Norden Syriens und an der Nordküste.

Tunesien

Die bilateralen Beziehungen mit Tunesien sind freundschaftlich. Der Besuch von Bundesminister Gerhard Karner im November anlässlich der Eröffnung eines von Österreich mitfinanzierten Ausbildungszentrums für Grenzschutzkräfte im Süden Tunesiens führte zu einer weiteren Intensivierung der Kooperation im Polizeibereich. Im Rahmen des Besuchs wurde ein Abkommen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen unterzeichnet. Die Themen Wirtschaft, Menschenrechte und Zivilgesellschaft standen beim Besuch der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Österreich-Nordafrika im Oktober ebenso im Mittelpunkt wie beim Besuch von Hannes Swoboda als Präsident des Austrian Chapter des Club of Rome. Die wirtschaftlichen Beziehungen gestalten sich eng. Österreichische Unternehmen sind in Tunesien mit 20 Filialen und über 50 Vertretungen präsent. Ein österreichisches Unternehmen ist der größte ausländische Investor in Tunesien und deckt 15 % des tunesischen Gasbedarfs ab, ein weiteres ist der größte private Arbeitgeber in Tunesien. Die österreichischen

Exporte nach Tunesien sind 2023 um 6,5 % auf 83,78 Millionen Euro, die Importe aus Tunesien um 9,2 % auf 200,13 Millionen Euro gestiegen.

3.5 Mittlerer Osten, Arabische Halbinsel

Bahrain

Die Beziehungen zwischen Österreich und Bahrain sind freundschaftlich. Am 10. Oktober traf Bundesminister Alexander Schallenberg Außenminister Abdullatif bin Rashid Alzayani während der 27. Ratstagung von EU und Golfkooperationsrat (GKR) in Maskat zu einem Meinungsaustausch über die Entwicklungen in der Region. Durch seine Normalisierung mit Israel als Partner der am 15. September 2020 unterzeichneten Abrahams Accords ist Bahrain ein besonders interessanter Gesprächspartner für Österreich und die EU. Bahrain zeigt Interesse an einem Erfahrungsaustausch mit Österreich im Bereich der Strafvollzugsreform, insbesondere im offenen Strafvollzug und bei "alternativen Sanktionen". Darüber hinaus strebt Bahrain eine Zusammenarbeit mit Österreich im Kampf gegen Terrorismus sowie der Verbrechensbekämpfung an.

Irak

Am 12. September erfolgte während des Besuchs von Bundesminister Alexander Schallenberg im Irak die feierliche Wiedereröffnung der Österreichischen Botschaft Bagdad. Inhaltliche Schwerpunkte des Besuchs waren die Vertiefung der Sicherheitskooperation, Wirtschaftsdiplomatie sowie die Kooperation im Bereich der Migration. In Bagdad traf Bundesminister Alexander Schallenberg mit Staatspräsident Abdullatif Jamal Rashid, Premierminister Mohammed Schia Al-Sudani, Außenminister Fuad Hussein sowie Parlamentspräsident Mohammed Al-Halbousi zusammen. In der Region Kurdistan-Irak führte Bundesminister Schallenberg Gespräche mit dem Präsidenten der Region Kurdistan Nechirvan Barzani sowie dem Regierungschef der Region Masrur Barzani. Am 20. Juli führte der Vizeaußenminister des Irak Mohammed Bahr Al-Alum politische Konsultationen in Wien mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Peter Launsky-Tieffenthal. Im Mai und im Juli wurden gemeinsame Absichtserklärungen zum Thema Migration unterzeichnet. Im Rahmen des Besuchs von Bundesminister Alexander Schallenberg im Irak im September wurde auch eine

Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit durch die jeweiligen zuständigen Stellen unterzeichnet. Im Dezember wurde ein neues Luftverkehrsabkommen paraphiert.

Iran

Im Laufe des Jahres 2023 verhängte die EU mehrere Sanktionspakete gegen Personen und Institutionen, die im Iran für Menschenrechtsverletzungen gegen Demonstrantinnen und Demonstranten im Rahmen der Proteste in Folge des Todes von Mahsa Amini verantwortlich waren. Außerdem verurteilten Österreich und die EU wiederholt die Anwendung der Todesstrafe durch den Iran auf das Schärfste.

Anfang Juni wurden, nach jahrelangen diplomatischen Bemühungen, die beiden im Iran inhaftierten österreichisch-iranischen Doppelstaatsbürger Kamran Ghaderi und Massud Mossaheb freigelassen.

Die Verhandlungen über das Nuklearübereinkommen (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA) aus dem Jahr 2015 mit Auflagen für das iranische Nuklearprogramm im Gegenzug für die Rücknahme von US- und EU-Sanktionen wurden 2023 nicht weitergeführt, gleichzeitig setzte der Iran sein Nuklearprogramm fort. Österreich setzt sich dennoch weiterhin für den Erhalt des Übereinkommens ein, das als einziger Garant gegen ein nukleares Wettrüsten in der Region zu werten ist.

2023 feierte das Österreichische Kulturforum Teheran sein 65-jähriges Bestehen. Als einzige vertraglich anerkannte Kultureinrichtung eines westlichen Staates im Iran ist sein Ziel der Kulturaustausch sowie eine Fortsetzung der Kulturdiplomatie im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten. Seit mehr als 15 Jahren fördert das Kulturforum die Ausbildung von jungen talentierten iranischen Musikschaaffenden.

Jemen

Im Jemen herrscht laut dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz eine der größten humanitären Krise weltweit. Derzeit leben 80 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und

24 Millionen Personen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Es fehlt an Nahrungsmitteln und Zugang zu sauberem Wasser. Österreich stellte daher im Jahr 2023 humanitäre Hilfe für Jemen in der Höhe von 3 Millionen Euro zur Verfügung, zusätzlich dazu wurde für Jemen 2023 im Rahmen der Strategischen Partnerschaft BML-WFP (World Food Programme) Nahrungsmittelhilfe in Höhe von 1,7 Millionen Euro geleistet.

Katar

Bundesminister Alexander Schallenberg hielt sich anlässlich der 5. VN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (LDC5) vom 4.-6. März in Doha auf. Neben bilateralen Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern von LDC-Ländern traf Bundesminister Schallenberg mit dem stellvertretenden Premierminister und Außenminister von Katar, Sheikh Mohammed bin Abdulrahman Al Thani, zusammen und nahm an einem Hintergrundgespräch mit Expertinnen und Experten zu Energiefragen teil. Katar ist derzeit der größte Exporteur von Flüssiggas (LNG) und wird bis 2026 seine Exportkapazitäten verdoppeln. Katars nationale Strategie für Umwelt und Klimawandel hat eine Reihe von Umweltprioritäten festgelegt, darunter die Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 25 % bis 2030.

Kuwait

Am 29. Juni besuchte der Außenminister von Kuwait, Scheich Salem Abdullah Al-Jaber Al-Sabah, Wien und traf Bundesminister Alexander Schallenberg sowie Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Die beiden Außenminister unterzeichneten dabei eine Vereinbarung über regelmäßige politische Konsultationen. In Anwesenheit der beiden Außenminister wurde außerdem eine Absichtserklärung über eine Zusammenarbeit zwischen der ADA und dem Kuwait Fund for Arabic Economic Development unterzeichnet. Am 10. Oktober traf Bundesminister Alexander Schallenberg den kuwaitischen Außenminister erneut während der 27. Ratstagung von EU und Golfkooperationsrat in Maskat. Österreichische Unternehmen spielen bei zahlreichen Infrastrukturprojekten in Kuwait, in der Regel als Konsortialpartner, eine wichtige Rolle. Die Handelsbeziehungen sind durch hohe österreichische Exportüberschüsse bestimmt. Ein

wesentlicher wirtschaftlicher Faktor sind kuwaitische Touristinnen und Touristen, die Österreich als Urlaubsdestination vor allem im Sommer schätzen.

Oman

Im Jahr 2023 wurde das 50. Jubiläum der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und dem Oman begangen. Die österreichische Botschaft in Maskat organisierte aus diesem Anlass mehrere kulturelle Veranstaltungen. Zum Festakt der Jubiläumsveranstaltung im Außenministerium in Maskat am 9. Mai wurde der Katalog einer österreichisch-omanischen Fotoausstellung präsentiert. Bundesminister Alexander Schallenberg traf seinen Amtskollegen Außenminister Badr Albusaidi am 10. Oktober im Rahmen der 27. Ratstagung von EU und Golfkooperationsrat in Maskat. Bundesminister Martin Kocher hielt sich im Dezember in Maskat auf und eröffnete ein österreichisches-omanisches Wirtschaftsforum mit 16 österreichischen Unternehmen. Ein zentrales Element in den bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Oman sind die regelmäßigen politischen Konsultationen, deren zweite Runde im Mai in Wien stattfand. Ende Oktober konnten die Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen erfolgreich abgeschlossen werden. Oman plant bis 2050 CO₂ neutral zu sein. Aus diesem Grund wird mit der „Oman Vision 2040“ der Schwerpunkt auf eine grüne Energiewende in der Industrie gelegt, von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien. Dies eröffnet österreichischen Unternehmen bedeutende Geschäftschancen, insbesondere im Bereich Energie- und Umwelttechnologie.

Saudi-Arabien

Im März 2023 besuchte Bundesminister Martin Kocher mit einer großen Delegation österreichischer Firmenvertreterinnen und -vertreter Saudi-Arabien, wobei er in Riyadh mit allen mit Wirtschaftsagenden befassten Ministern zusammentraf. Eine Delegation von Vertreterinnen und Vertretern des BMEIA und der Stadt Wien nahm im September an der Sitzung des UNESCO-Weltkulturerberates in Riyadh teil. Eine hochrangige Delegation des österreichischen Tourismussektors besuchte im Oktober in Riyadh die VN-Tourismusorganisation und die Saudi Tourism Authority. Bundesminister Alexander Schallenberg traf seinen Amtskollegen Prinz Faisal Bin Farhan Al Saud am 10. Oktober im Rahmen der 27. Tagung des gemeinsamen EU-Golfkooperationsrates in Maskat. Im BMAW

wurde am 6. November 2023 eine Absichtserklärung über Berufsausbildung mit der saudischen staatlichen Berufsausbildungsbehörde unterzeichnet. Eine weitere Vereinbarung über die Ausbildung von Polizeibeamten wurde seitens der Sicherheitsakademie des BMI mit der Naif University of Security Sciences am 7. November in Riyadh abgeschlossen. Die österreichischen Ausfuhren nach Saudi-Arabien betrugen 480,6 Millionen Euro (+11,9 %), die Importe aus Saudi-Arabien beliefen sich bis Oktober auf 442,35 Millionen Euro (+146,2 %). Die registrierten Ankünfte saudischer Touristen und Touristinnen in Österreich stiegen um 65,5 % auf 194.600 mit 540.000 Übernachtungen (+52,8 %).

Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE)

Die Beziehungen zwischen Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) gestalten sich seit jeher sehr positiv und wurden 2021 im Zuge eines Besuchs des damaligen Kronprinzen von Abu Dhabi und nunmehrigen Präsidenten der VAE Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan in Österreich zu einer Strategischen Partnerschaft aufgewertet. Bundesminister Alexander Schallenberg besuchte die VAE vom 8.-10. Dezember und traf mit seinem Amtskollegen Scheich Abdullah bin Zayed Al Nahyan sowie dem Präsidenten der Klimakonferenz der VN (COP28), Sultan Al Jaber, zusammen. Die VAE bekennen sich zum Ziel der Klimaneutralität bis 2050, bauen erneuerbare Energieträger aus (Solar- und Windparks), setzen aber auch auf Atomenergie (Bau des AKW Barakah). Weiters wird auf die Produktion von grünem Wasserstoff und dessen Export gesetzt, u.a. im Zuge der Wasserstoffallianz zwischen Österreich und den VAE nach Österreich. In diesem Zusammenhang finden regelmäßig Expertentreffen zwischen der österreichischen und emiratischen Wirtschaft statt. Die VAE sind der wichtigste Handelspartner Österreichs in der Golfregion, 2023 betrug das bilaterale Handelsvolumen rund 727 Millionen Euro. Gegenwärtig gibt es rund 150 Niederlassungen österreichischer Unternehmen in den VAE. Zuletzt wurde im Zuge des Besuchs von Bundesminister Martin Kocher (17.-19. Dezember) die 10. Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission mit

Wirtschaftsminister Abdullah Bin Touq Al Marri in Dubai abgehalten ebenso wie eine ReFocus Austria-Veranstaltung zur Vernetzung der österreichischen mit der emiratischen Wirtschaft.

3.6 Subsahara Afrika

Südliches Afrika

Die Region des südlichen Afrikas wird von den österreichischen Botschaften in Pretoria und in Nairobi betreut. Wichtigster regionaler Partner Österreichs ist mit Abstand **Südafrika**, das gleichzeitig auch Österreichs größter Wirtschafts- und Handelspartner am afrikanischen Kontinent ist. Rund ein Drittel aller österreichischen Exporte nach Afrika gehen nach Südafrika. Im Dezember besuchte Bundesminister Alexander Schallenberg Südafrika in Begleitung von WKO-Vizepräsidentin Carmen Goby und einer österreichischen Wirtschaftsdelegation.

Südafrika positioniert sich auch aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke als Ansprechpartner und Fürsprecher der Region bzw. des gesamten Kontinents. In internationalen Fragen wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine oder dem Terrorangriff der Hamas gegen Israel und der Lage Gaza ähneln sich die Positionen in der gesamten Region. Angola nimmt aber zunehmend eigenständige Positionen ein und weitete seinen Kreis an Partnern im Wirtschafts- und militärischen Bereich zuletzt deutlich aus.

Abseits weltpolitischer Fragen gestalten sich die jeweiligen bilateralen Beziehungen Österreichs zu den Ländern der Region differenziert. In vielen Ländern ist Österreich aufgrund seines Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit präsent und angesehen. Diese wird meist über die Regionalorganisation der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (**SADC**) abgewickelt und hat einen Fokus auf erneuerbarer Energie. Im EZA-Schwerpunktland **Mosambik** hat Österreich zudem über das Kooperationsbüro Maputo langjährige Projekte in den Bereichen Dezentralisierung und ländliche Entwicklung bzw. Landwirtschaft.

Österreichische Wirtschaftsinteressen bestehen zwar überwiegend in Südafrika, doch auch in **Angola**, **Mosambik** und **Mauritius** sind eine größere Anzahl österreichischer Firmen aktiv.

Botsuana und Namibia sind politisch stabil, bieten wirtschaftliches Potenzial und sind in Österreich interessante Touristendestinationen.

Im Bereich der Auslandskultur pflegt Österreich vor allem mit Südafrika einen intensiven Austausch. Anlässlich seines Besuchs im Dezember eröffnete Bundesminister Alexander Schallenberg in Pretoria das erste österreichische Kulturforum in Sub-Sahara Afrika. Durch den kürzlich erfolgten Abschluss eines bilateralen Kulturabkommens soll der kulturelle Austausch weiter intensiviert werden. Das neugegründete Kulturforum legt den Schwerpunkt neben klassischer Auslandskulturarbeit auf Zukunftsthemen und auf innovative Technologien und wird Österreichs Präsenz im Kultur- und Wissenschaftsbereich in der Region des südlichen Afrikas über Südafrika hinaus stärken und sichtbarer machen.

Mit Cabo Delgado, der nördlichsten Provinz Mosambiks, gibt es einen regionalen Unruheherd. Es kommt dort immer wieder zu brutalen Angriffen von bewaffneten Banden, die sich zum islamistischen Fundamentalismus bekennen. Derzeit befindet sich deswegen eine EU-Trainingsmission zur Ausbildung des mosambikanischen Militärs in Maputo, an die Österreich einen zivilen Angehörigen des BMLV als Kulturberater entsendet.

In Wien gibt es die Organisation Southern Africa Documentation and Cooperation Centre (**SADOCC**), ein Dokumentations- und Kooperationszentrum, das sich in der Tradition der internationalen Anti-Apartheid-Bewegung als Solidaritätsorganisation mit dem Südlichen Afrika versteht. Es unterstützt insbesondere Südafrika und Namibia bei der Überwindung der Folgen von Kolonialismus und Apartheid, setzt sich aber auch für andere Staaten und Gesellschaften in der Region ein.

Regionalorganisationen

Der 43. Gipfel der **Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC)** fand im August unter angolanischem Vorsitz in Luanda statt. Der Präsident Simbabwe, Emmerson Mnangagwa, wurde zum Vorsitzenden ab August 2024 gewählt. Im Zentrum des Gipfels stand die Ankündigung, die SADC geführte Militärmission in Cabo Delgado, Mosambik, in den

kommenden Monaten abzuziehen und dafür SADC-Truppen in den Osten der demokratischen Republik Kongo zu verlagern.

Die Austrian Development Agency (**ADA**) finanziert mit Partnern eine Reihe regionaler SADC-Projekte, darunter das erfolgreiche SOLTRAIN+ Programm (Southern African Solar Thermal Training & Demonstration- Initiative). Über SOLTRAIN+ werden derzeit Projekte in Botswana, Lesotho, Mosambik, Namibia, Südafrika und Simbabwe unterstützt. Die ADA unterstützt zudem das SADC Parliamentary Forum dabei, die Kapazitäten eines vollwertigen Regionalparlaments zu entwickeln.

Ostafrika und Horn von Afrika

Äthiopien

Äthiopiens Premierminister Abiy Ahmed und Bundeskanzler Karl Nehammer trafen am 27. November in Wien zu einem Arbeitsgespräch zusammen. Am 28. und 29. November stattete der Sonderbeauftragte für Globale Fragen, Botschafter Peter Launsky-Tieffenthal, Äthiopien einen Arbeitsbesuch ab und traf u.a. den Staatsminister im Außenministerium, Botschafter Mesganu Arba.

Kenia

Österreich gehörte zu den ersten Ländern, welche die Republik Kenia nach der Unabhängigkeit im Jahr 1963 anerkannten. Die bilateralen Beziehungen mit Kenia konnten durch einen Arbeitsbesuch von Bundesminister Martin Kocher samt großer Wirtschaftsdelegation im Oktober 2023 weiter ausgebaut werden.

Sudan

Österreich verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Sudan mit großer Sorge. Das Jahr 2023 war im Sudan durch den Ausbruch eines blutigen Machtkampfes zwischen den Regierungstruppen unter General al-Burhan und dem Kopf der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) Mohamad Hamdan Dagalo, genannt Hemeti, geprägt. Dieser Konflikt zwang nach VN-Angaben

im Jahr 2023 rund 7,5 Millionen Menschen in die Flucht und zählt somit zu den größten Vertreibungskrisen der Geschichte. Die Bundesregierung stellte eine Million Euro für das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der VN (UNHCR) zum Schutz von Vertriebenen im Sudan sowie eine1 Million Euro für das Amt der VN für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) zur Linderung der Hungerkatastrophe im Südsudan zur Verfügung.

Regionalorganisationen

Im Rahmen des 14. ordentlichen Gipfeltreffens der **Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (IGAD)** auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 12. Juni wurden eine Reihe wichtiger institutioneller Entscheidungen getroffen, darunter nach 16 Jahren Abwesenheit die Wiederaufnahme von Eritrea in die Regionalorganisation sowie die Annahme eines neuen IGAD-Vertrags. Der Vorsitz ging von Sudan auf Dschibuti über. IGAD-Exekutivsekretär Workneh Gebeyehu (Äthiopien) wurde wiederbestellt. Mit dem Beginn des Sudan-Konflikts fokussierte die Organisation auf Bemühungen der Mediation zwischen den Konfliktparteien.

Die ADA schloss mit IGAD die Umsetzung des für den Zeitraum 2018-2023 angelegten Projekts „IGAD Promoting Peace and Stability in the Horn of Africa Region/IPPSHAR“ ab. Das Projekt wurde von der EU mit 25,3 Millionen Euro sowie von Österreich und Schweden mit je 1 Million Euro und den Niederlanden mit 1,1 Millionen Euro finanziert.

Westafrika und Sahel

Österreich wird in Westafrika als Sitz zahlreicher internationaler Organisationen und für sein Engagement im multilateralen Bereich sowie als Land ohne koloniale Vergangenheit positiv wahrgenommen. Österreich ist in Westafrika mit Botschaften in Dakar und Abuja, einem Außenwirtschaftscenter in Abuja und dem Koordinationsbüro der OEZA in Ouagadougou vertreten. Darüber hinaus versieht ein Offizier des Österreichischen Bundesheeres Dienst am Kofi Annan International Peacekeeping Training Center (**KAIPTC**) in Accra, Ghana.

Senegal

Mit dem Arbeitsbesuch von Bundesminister Alexander Schallenberg in Dakar am 12. Dezember, dem ersten Besuch eines österreichischen Außenministers in Senegal seit der Aufnahme der

bilateralen Beziehungen im Jahr 1961, wurde ein neues Kapitel in den Beziehungen aufgeschlagen. Die guten Beziehungen wurden mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung über politische und diplomatische Konsultationen zwischen den beiden Außenministerien weiter untermauert. Einen wesentlichen Eckpfeiler der bilateralen Beziehungen stellt die Kooperation im Militärbereich dar; Österreich leistet damit einen Beitrag zur Sicherheit in einer sehr volatilen Region.

Als einer der wirtschaftlichen Motoren Westafrikas ist Senegal für österreichische Unternehmen von wachsendem Interesse. Nachdem eine österreichische Wirtschaftsmission am 25. und 26. Jänner Geschäftsmöglichkeiten im Senegal sondiert hatte, stand auch der Besuch von Bundesminister Alexander Schallenberg in Begleitung von WKO-Vizepräsidentin Carmen Goby und einigen österreichischen Unternehmern im Zeichen der Wirtschaft.

Im Bereich der universitären Kooperation nimmt Österreich an der Université Gaston Berger in Saint-Louis einen besonderen Stellenwert ein. Im Rahmen der dort seit 2002 mit der Alpen Adria Universität in Klagenfurt bestehenden Partnerschaftsvereinbarung absolvierten senegalesische Studierende regelmäßig Auslandssemester in Klagenfurt.

Côte d'Ivoire

Côte d'Ivoire gehört zu den wichtigsten Handelspartnern Österreichs in der Region und ist einer der bedeutendsten Kakaolieferanten Österreichs. Am 22. Februar wurde eine Delegation der WKO unter Leitung von Michael Otter in Abidjan u.a. von Außenministerin Kandia Camara empfangen. Mit dieser führte Bundesminister Alexander Schallenberg am Rande der 78. VN GV am 20. September in New York ein bilaterales Gespräch.

Nigeria

Als bevölkerungsreichstes Land Afrikas ist Nigeria neben Südafrika einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs in Afrika südlich der Sahara. Die wirtschaftliche Kooperation

konzentriert sich auf den Süden. Ende 2022 wurde mit österreichischer Unterstützung ein Business Park in Enugu eröffnet.

Ghana

Ghana erwies sich im letzten Jahrzehnt als stabiler Anker in Westafrika. Zuletzt verdichteten sich die Anzeichen für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, die den österreichischen Unternehmen in Ghana wieder Auftrieb geben könnte. Die bilateralen Beziehungen entwickelten sich zuletzt exzellent. Für 2024 ist die Eröffnung einer österreichischen Botschaft in Accra geplant. Bundeskanzler Karl Nehammer besuchte im April Ghana. Anlässlich des Besuchs wurde eine Absichtserklärung über politische und diplomatische Konsultationen unterzeichnet. Präsident Nana Addo Dankwa Akufo-Addo besuchte Wien im September und im Jänner 2024. Im Zuge des Wien-Besuchs im September wurde ein bilaterales Regierungsübereinkommen über militärische Zusammenarbeit unterzeichnet.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit setzen österreichische Nichtregierungsorganisationen unter anderem Projekte zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit schutzbedürftiger Menschen und zur Bewältigung multipler Krisen und deren Folgen um. Das BMF unterstützt im Senegal ein am 5. Dezember lanciertes mehrjähriges Programm der Weltbank zur Ausbildung von Buchhalterinnen und -haltern und stellte im Rahmen der African-Austrian SME Investment Facility (AAIF) im Wege der Österreichischen Entwicklungsbank (**OeIB**) Mittel für die Realisierung von Projekten im Bereich Elektrifizierung und produktive Energienutzung zur Verfügung. Im Rahmen des OEZA-Projektes Sustainable Tourism Development 2022-2025 nehmen drei Studierende aus Gambia an Diplommkursen des Institute of Tourism & Hotel Management (ITH) Salzburg teil. Insgesamt fünf österreichische Expertinnen und Experten sind bei der Vertretung der Weltbank sowie bei der Afrikanischen Entwicklungsbank in Abidjan tätig.

Sahelzone

Österreich verfolgt die Entwicklungen im Sahel mit zunehmender Besorgnis. Die Situation ist durch politische Instabilität (Putsche in Mali, Burkina Faso und Niger), eine sich verschlechternde humanitäre Lage, eine deutliche Zunahme des fundamentalislamistischen

Terrorismus, einen verstärkt isolationistischen Ansatz der Militärregierungen, lokale Konflikte und die Auswirkungen des Klimawandels gekennzeichnet.

Burkina Faso

Burkina Faso ist ein Schwerpunktland der OEZA. Seit 1996 ist Österreich in Ouagadougou mit einem Kooperationsbüro vertreten, das trotz der schwierigen Lage die nachhaltige Umsetzung von Projekten unter Berücksichtigung des Triple-NEXUS-Ansatzes (humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Friedensförderung) aufrechterhalten konnte. Darüber hinaus leistete Österreich 2023 rund drei Millionen Euro humanitäre Hilfe für Burkina Faso. Mit seiner Amtskollegin Olivia Ragnaghnwendé Rouamba führte Bundesminister Alexander Schallenberg am 5. März ein bilaterales Gespräch am Rande der 5. VN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (LDC5) in Doha.

Mali

Österreichische Soldaten versahen in Mali an der mittlerweile seit 31. Dezember beendeten VN-Mission **MINUSMA** Dienst. Weitere Soldaten waren für die EUTM Mali tätig. Darüber hinaus leistete Österreich drei Millionen Euro an humanitärer Hilfe für Mali (davon eine Million an das IKRK und zwei Millionen an UNICEF). Im Wirtschaftsbereich konnte Österreich seine Exporte nach Mali kontinuierlich steigern.

Regionalorganisationen

Der jährliche Gipfel der **Afrikanischen Union (AU)** fand am 18. Februar statt. Der Vorsitz der AU ging auf die Komoren über. Als Thema des Jahres wurde die Beschleunigung der Umsetzung der African Continental Free Trade Area (AfCFTA) gewählt. Insgesamt sechs Staaten waren 2023 aufgrund von Militärputschen gemäß AU-Gründungscharta von der AU suspendiert: Gabun, Niger, Burkina Faso, Guinea, Mali und Sudan.

Vorrangiges Ziel der **Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS)** ist eine vertiefte wirtschaftliche Integration ihrer 15 Mitgliedstaaten, wobei zuletzt sicherheitspolitische Fragen im Vordergrund standen. Die in der ECOWAS-Konferenz

vertretenen Staats- und Regierungschefs beschlossen nach den Putschen in Burkina Faso, Guinea, Mali und Niger die Verhängung von Sanktionen. Verhandlungen über die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung endeten vorläufig mit der Ankündigung des Austritts von Mali, Burkina Faso und Niger aus ECOWAS, der im Jänner 2025 wirksam werden würde. Zwischen Österreich und ECOWAS besteht traditionell eine enge Zusammenarbeit, etwa in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Konfliktprävention und Frühwarnsysteme sowie der Aus- und Fortbildung für regionale Friedenseinsätze.

3.7 Amerika

Vereinigte Staaten von Amerika

Im Rahmen der Strategischen Partnerschaft fand im Dezember in Wien der Strategische Dialog auf Ebene der Politischen Direktoren statt. Außenpolitisch schätzen die USA besonders das konsequente österreichische Engagement am Westbalkan. Mit der Speak-Up! Initiative für Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft aus Bosnien und Herzegowina wurden hier neue Akzente gesetzt.

Die Exporte nahmen um 14,2 % zu. Die österreichischen Direktinvestitionen in die USA stiegen ebenfalls weiter stark an. Österreich liegt laut einer Statistik des US Department of Commerce aktuell auf Platz 8 der Länder mit den am schnellsten wachsenden Direktinvestitionen in den USA. Die bilaterale Kooperation bei der dualen Ausbildung wurde stark ausgebaut. So wurde auch mit dem Bundesstaat Vermont eine Kooperation beim Thema Lehrlingsausbildung gestartet. Die 14. Ausgabe des GoUSA-Programms bot österreichischen Start-Ups die Möglichkeit, ihre Produkte zu präsentieren. Höhepunkt war der Demo Day Ende September in San Francisco. Bundesminister Martin Polaschek absolvierte im Oktober einen Arbeitsbesuch in Los Angeles, begleitet von einer Wissenschaftsdelegation. Im September wurde am Simon-Wiesenthal-Center eine neue Stelle für österreichische Gedenkdiener geschaffen. In San Francisco wurde im Februar das Tech Diplomacy Network, bestehend aus Diplomatinnen und Diplomaten, Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gegründet. In Workshops in Kooperation mit dem World Economic Forum und dem Büro des VN-Hochkommissars für Menschenrechte wurden die Themen künstliche

Intelligenz und mögliche Regulierungsansätze sowie verantwortungsvolles Unternehmenshandeln erörtert. Bundesministerin Leonore Gewessler absolvierte ein virtuelles Treffen mit US-Verkehrsminister Pete Buttigieg zum Thema Bahnverkehr und E-Mobilität und präsentierte das neue Klimaforschungszentrum Ötscher.

Bundesministerin Susanne Raab eröffnete im März im Kulturforum New York die Ausstellung „Hedy Lamarr: Actress. Inventor. Viennese.“ Die Ausstellung „Ceija Stojka – What Should I be Afraid of?“ ehrte das Leben und Schaffen der bekannten österreichischen Roma-Künstlerin und Holocaust-Überlebenden. Die Finissage fand im Beisein von Bundesminister Alexander Schallenberg statt. Anlässlich des 150. Geburtstags und 80. Todestags von Max Reinhardt, der 1937 in die USA emigrierte, fand im November eine hybride Lesung mit Sunnyi Melles sowie Leonille und Constantin Wittgenstein statt. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka eröffnete im September eine Ausstellung über den österreichischen Städteplaner und Architekten sowie Erfinder der Shopping Mall, Victor Gruen. Der 100. Todestags von Carl Djerassi war Anlass, ein Filmportrait dieses als Vater der Anti-Baby-Pille bekannt gewordenen Forschers und Kunstmäzens auszustrahlen und in einer anschließenden Podiumsdiskussion mit dem Präsidenten des Netzwerks Austrian Scientists and Scholars in North America, Dietrich Haubenberger, und der österreichischen Biostatistikerin Ruth Pfeiffer, den Einfluss österreichischer Wissenschaft in Amerika zu beleuchten und einen Vergleich der Wissenschaftslandschaften USA und Europa zu versuchen.

Im Rahmen des EU-US Emerging Leaders Visitors Programme organisierte das BMEIA in Zusammenarbeit mit dem EAD Ende Juni ein hochkarätiges Besuchsprogramm zum Thema umfassende Sicherheit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Weißen Hauses, des US Kongresses und von US Think Tanks mit Treffen im BMEIA, BMLV, OSZE, UNODC und IAEO.

2023 fand wieder ein reger Besuchsaustausch zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich statt. Bundesminister Alexander Schallenberg besuchte im Februar Washington, DC und traf unter anderem Außenminister Antony Blinken sowie den CIA-Direktor William Burns. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka war im September in New York, Boston und Washington, DC. Bundesministerin Susanne Raab besuchte New York (Sitzung der VN-Frauenstatuskommission) und San Francisco (Termine zum Thema Integration, Diversity and Inclusion), Bundesminister Norbert Totschnig ebenfalls New York (VN-Wasserkonferenz),

Bundesministerin Karoline Edtstadler nahm im Juli am Hochrangigen Politischen Forum des ECOSOC in New York teil und Bundesminister Martin Polaschek war mit einer Wissenschaftsdelegation im Oktober am Austrian Research and Innovation Talk in Los Angeles. Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundesminister Alexander Schallenberg nahmen im September an der Generaldebatte der 78. VN-Generalversammlung in New York teil. Staatssekretär Florian Tursky besuchte im Jänner die Consumer Electronics Show in Las Vegas sowie im April San Francisco und Seattle, Staatssekretärin Claudia Plakolm war im April beim Jugendforum des ECOSOC in New York und anschließend in Los Angeles und San Francisco. US-Arbeitsminister Marty Walsh reiste im Jänner nach Österreich, Gouverneur a.D. Arnold Schwarzenegger nahm im Mai am Austrian World Summit in Wien teil. Im November besuchten die Transatlantic Friends of Israel mit Nationalratsabgeordnetem Martin Engelberg (ÖVP) Washington, DC und New York.

Kanada

Bundesministerin Leonore Gewessler erörterte im Jänner in einer Videokonferenz aktuelle Anliegen mit Umweltminister Jonathan Wilkinson. Bundesministerin Susanne Raab besuchte Ottawa und Toronto im Oktober zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern des Österreichischen Integrationsfonds. Zum Thema Künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen trafen einander Fachleute beider Länder aus Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlicher Verwaltung in Montréal und Toronto. Österreich war am Sci-Art Symposium, das sich mit der Schnittstelle Kunst und Wissenschaft beschäftigte, ebenso vertreten wie an der German Studies Association-Konferenz. Besondere mediale Aufmerksamkeit erhielt die Textildesign-Ausstellung mit Werken der österreichischen Künstlerinnen Julia Moser und Julia Körner in Montréal. Die österreichischen Exporte verzeichneten 2003 mit 1,66 Milliarden Euro einen leichten Rückgang (-2,9 %), die Importe stiegen um 66,3 % auf 715,49 Millionen Euro.

Mexiko, Zentralamerika

Die österreichischen Exporte nach Mexiko stiegen weiter deutlich auf 1,98 Milliarden Euro. Im Rahmen von ReFocus Austria wurde eine Reihe von Veranstaltungen für den innovativen Automobilsektor, zur Platzierung von österreichischem Wein auf dem mexikanischen Markt und zum Informations- und Erfahrungsaustausch für österreichische Firmen in Nordamerika über

Nearshoring in Mexiko gefördert. Im Rahmen der zweitgrößten Buchmesse der Welt in Guadalajara fanden 16 österreichische Veranstaltungen statt. Der Besuch einer von Bundesminister Magnus Brunner geleiteten Fachdelegation des BMF, der ÖBAG und der IV vom 28. Februar bis 6. März in Mexiko bot Gelegenheit für Expertengespräche und für Betriebsbesichtigungen und Treffen mit österreichischen Unternehmen.

Größter wirtschaftlicher Partner Österreichs in Zentralamerika ist **Guatemala**: Es wurden Waren im Wert von 38,45 Millionen Euro exportiert, vor allem Maschinen sowie medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse. Die österreichischen Importe betrugen rund 7,64 Millionen Euro, vor allem Nahrungsmittel. An zweiter Stelle folgt **Costa Rica**. Hier lagen die österreichischen Ausfuhren bei 40,96 Millionen Euro. Hauptexportgüter waren medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, Straßenfahrzeuge und Maschinen. Die österreichischen Importe stiegen auf 67,49 Millionen Euro. Mit Wirtschaftsmissionen nach Guatemala im März und November und nach **El Salvador** (November) wurde eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen aktiv vorangetrieben. Im Rahmen des EU-Filmfestivals konnte der österreichische Film „Fuchs im Bau“ in **Nicaragua, El Salvador, Honduras und Costa Rica** präsentiert werden.

Im Rahmen des Gipfeltreffens der Europäischen Union mit der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (**CELAC**) am 17. und 18. Juli in Brüssel traf Bundeskanzler Karl Nehammer den Premierminister von **Belize** John Briceño.. Der Außenminister von Costa Rica, André Tinoco, traf im Mai Bundesminister Alexander Schallenberg in Wien. In **Kuba** sind österreichische Kulturprojekte (Mozartwoche in Havanna) und Kooperationen im Universitätsbereich (Institut für Germanistik) etabliert und erfreuen sich regen Zuspruchs.

Kolumbien, Guyana und Ecuador

Österreich und Kolumbien unterzeichneten im November ein Luftverkehrsübereinkommen und einigten sich auf die Aufnahme von Verhandlungen über ein bilaterales Doppelbesteuerungsabkommen. Österreichische Exporte gingen mit 126,95 Millionen Euro leicht zurück (-4,1 %), hingegen stiegen die Importe aus Kolumbien um 141,6 % auf 124,55 Millionen Euro. Aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit wurden Botschaftsprojekte im Bereich der Musikerziehung für sozial benachteiligte Gruppen und der Reintegration von

früheren Kindersoldaten gefördert. Die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaften konnte im Juli mit einem Besuch von Jugendlichen aus dem Chocó in Österreich erfolgreich fortgesetzt werden. In den Metropolen wie Bogotá oder Medellín konnten die Präsentationen und Auftritte des Musikers und Performers Stefan Voglsinger oder des Fotografen Ouriel Morgensztern ein interessiertes Publikum ansprechen. Das Filmfestival von Bogotá zeigte im Oktober eine Retrospektive von Filmen des österreichischen Regisseurs Ulrich Seidl. Drei Universitäten haben in Bogota ein internationales Symposium zu Hans Kelsen organisiert. Die erfolgreiche Tätigkeit von Freiwilligen im Rahmen des Auslandssozialdienstes wurde durch Einsätze in Cartagena und Bogotá erfolgreich fortgesetzt.

Brasilien

Am Rande des EU-CELAC-Gipfels (Brüssel, 17. und 18. Juli) traf Bundeskanzler Karl Nehammer mit Präsident Luiz Inácio Lula da Silva zusammen. Im Rahmen der hochrangigen Woche der VN-Generalversammlung im September fand zudem ein Arbeitsgespräch zwischen Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Präsident Luiz Inácio Lula da Silva statt. Darüber hinaus wurden im Oktober bilaterale politische Konsultationen zwischen Österreich und Brasilien auf Ebene der politischen Direktoren wiederaufgenommen. Im September gab Bundesministerin Klaudia Tanner die beabsichtigte Beschaffung von taktischen Transportflugzeugen des Typs KC-390 Millennium des brasilianischen Flugzeugherstellers Embraer durch das österreichische Bundesheer bekannt. Zum Jubiläum der Unabhängigkeit Brasiliens fand eine Reihe von kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen statt. Im Dezember wurde in Brasília das Hans Kelsen Studienzentrum für Verfassungsrecht gegründet. Ausstellungen und Symposien waren Clemens Holzmeister und Otto Wagner gewidmet. Im Mai fand ein Besuch der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Österreich-Südamerika des österreichischen Nationalrats statt.

Peru

Ende Mai führte Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Peter Launsky-Tieffenthal Politische Konsultationen mit dem peruanischen Vizeaußenminister Ignacio Higuera in Wien durch. 2023 kam es zu einem leichten Rückgang der österreichischen Exporte nach Peru auf 74,27 Millionen Euro (-3,1 %). Auch bei den Importen aus Peru wurde ein Minus von 7,8 % auf

112,93 Millionen Euro verzeichnet. In der ersten Jahreshälfte nahm das österreichische Quartett Peter Mayer Hofkapelle am Internationalen Festival für Hochland-Musik teil. Österreich präsentierte beim Filmfestival Al Este de Lima drei österreichische Filme. Ulrich Seidl hielt eine Meisterklasse zum Thema Regiearbeit vom Drehbuch bis zur Postproduktion in Lima ab. Der österreichische Cellist Florian Kitt unternahm eine Konzertreise. Schließlich beteiligte sich die Österreichische Botschaft Lima am Europäischen Jazzfestival Lima mit einem Konzert und Workshop des österreichischen Jazzpianisten Martin Listabarth. Zudem unterstützte die Botschaft das Projekt Nachhaltiges Pozuzo 2023, das aus Workshops zu nachhaltigen Methoden in der Landwirtschaft, erneuerbare Energien und Umwelttechnologien sowie ökologisches Bauen und nachhaltiges Unternehmertum bestand. Anfang 2023 wurde die Kooperation zwischen der Universität für Bodenkultur in Wien und der Agraruniversität von Lima mit einem neuen Arbeitsprogramm bekräftigt. Im März gab es ein bilaterales Treffen zwischen Bundesminister Alexander Schallenberg und Vizepräsident David Choquehuanca.

Bolivien

Die Exporte nach Bolivien überstiegen das Niveau vor der COVID-19-Pandemie. Dank eines Anstiegs bei den Rohstoffimporten von fast 10 Millionen Euro steigerte sich die Einfuhr 2023 um 21,21 % auf 32,97 Millionen Euro. Die Österreichische Botschaft Lima unterstützte den Bau von 16 Modellküchen zur Reduktion des Holzverbrauchs und Verbesserung der Gesundheit von Weenhayek- und Guaraní-Familien in Villa Montes, Tarija.

Chile

Chile bleibt nach Brasilien weiterhin der zweitwichtigste Handelspartner Österreichs auf südamerikanischem Boden, wobei die österreichischen Exporte 248,69 Millionen Euro betrugen. Als symbolträchtiges Projekt erhielt Doppelmayr den Zuschlag für die Errichtung der ersten im öffentlichen Verkehrsnetz integrierten Stadtseilbahn Chiles in der Hauptstadt Santiago, während Rosenbauer den Verkauf des ersten elektrischen Feuerwehrwagens Südamerikas verbuchen konnte. Zur Unterstützung österreichischer Firmen fanden im Rahmen von ReFocus Austria Netzwerktreffen mit potentiellen chilenischen Kunden am Rande der Luftfahrt- und Minenmessen statt. Eine von der WKO organisierte dreitägige „Zukunftsreise“ im März zum Thema grüner Wasserstoff ermöglichte es auf diesem Gebiet spezialisierten Firmen

und Institutionen aus Österreich, das Potential Chiles für zukünftige Investitionen und Exporte besser einzuschätzen. Es wurden Konzerttourneen und Workshops von Yuri Revich, Robert Lehrbaumer, dem Saxophon-Quartett AUREUM sowie Anna Koch (Klarinette) organisiert. Im Juli fand im Rahmen des EU-CELAC Gipfels in Brüssel ein Treffen zwischen Bundeskanzler Karl Nehammer und Präsident Gabriel Boric statt.

Argentinien, Paraguay, Uruguay

Argentinien ist nach Brasilien und Chile der drittwichtigste Handelspartner Österreichs in Südamerika. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage Argentiniens entwickelten sich die österreichischen Exporte positiv. Mit dem Projekt „Tekom'boe Tekoa: Community Education in Bilingual Intercultural Schools“ wurde im Rahmen des Intercultural Achievement Awards des BMEIA zum ersten Mal ein Gewinner aus Lateinamerika (Argentinien) prämiert. Die "Wanderschule" der Organisation Escuelita Ambulante Caminos de Tiza erhielt den Innovationspreis. Von besonderer Bedeutung ist das große Aufforstungs- und Zellstofffabrikprojekt Paracel S.A. mit österreichischer Beteiligung, die bisher größte ausländische Direktinvestition in **Paraguay**. Im Rahmen der Interparlamentarischen Union traf Nationalratsabgeordneter Reinhold Lopatka im September mit Senator Sergio Rojas zusammen. Ein Konzert der NASOM-Künstlerin Elisabeth Plank wurde zusammen mit dem Orquesta Sinfónica de la Ciudad de Asunción organisiert. Maschinen und Beförderungsmittel machten mit 47 % die größte Position der österreichischen Exporte nach **Uruguay** aus, mit dem eine Strategische Partnerschaft besteht. Im Mai fand unter dem Vorsitz von Nationalratsabgeordneter Petra Bayr ein Besuch der Parlamentarischen Freundschaftsgruppe Südamerika in Uruguay statt. Am zweiten World Summit of the Committees of Future, der im September in Montevideo stattfand, nahmen die Nationalratsabgeordneten Reinhold Lopatka und Christian Hafenecker teil.

3.8 Asien

Allgemeine Entwicklungen

Die geostrategische und wirtschaftliche Bedeutung Asiens als wichtiger Partner und Akteur bei der Überwindung globaler Herausforderungen nahm weiter zu. Die meisten Länder der Region

verzeichneten nach Ende der COVID-19 Pandemie abermals beträchtliche Wachstumsraten und konnten ihren Aufstieg als globale Wirtschaftsmotoren fortsetzen. Keine Entspannung war bei diversen politischen Krisen festzustellen, weder bei zwischen- noch innerstaatlichen Konfliktsituationen (u.a. Südchinesisches Meer, koreanische Halbinsel, Kaschmir, Myanmar, Afghanistan). Österreich und die EU setzten ihre Bemühungen zur Ausgestaltung engerer Beziehungen mit dem asiatisch-pazifischen Raum über vertiefte Kooperationen und Partnerschaften und zur Diversifizierung und verstärkten überregionalen Vernetzung in verschiedenen Bereichen fort.

Volksrepublik China

Mit der Volksrepublik China wurde der Austausch im Rahmen von hochrangigen bilateralen Besuchen zu verschiedensten bilateralen und globalen Themen fortgeführt. Auf Ebene des Außenministeriums fanden am 18. Februar Gespräche zwischen Bundesminister Alexander Schallenberg und dem Direktor des Büros der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Staatsrat Wang Yi, am Rande der 59. Münchner Sicherheitskonferenz sowie am 28. August im Rahmen von politischen Konsultationen auf Ebene von Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Peter Launsky-Tieffenthal in Peking statt. In den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen setzte sich Österreich im Einklang mit der EU-Politik verstärkt für gleiche Wettbewerbsbedingungen und ausgewogenere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China ein. Am 14. September wurde das bilaterale Protokoll zur Abänderung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung in Wien unterzeichnet. Mit der von Österreich angestrebten neuerlichen Zuerkennung des Status einer autorisierten Destination (ADS) für touristische Gruppenreisen aus China am 10. August wurden die Grundlagen für die Erholung des chinesischen Tourismus nach Österreich nach dem Ende der pandemiebedingten Einschränkungen geschaffen.

Österreich brachte sich im EU-Rahmen aktiv in die intensiven Diskussionen über eine Neuausrichtung der EU-Chinapolitik ein, die von der Präsidentin der Europäischen Kommission in ihrer Grundsatzrede vom 30. März angeregt wurde. In seinen Schlussfolgerungen vom 30. Juni bestätigte der Europäische Rat den vielschichtigen strategischen Ansatz, der China gleichzeitig als Partner, Konkurrent und systemischer Rivale für die EU bezeichnet. An den

Vorbereitungen des 24. EU-China Gipfeltreffens, das am 7. Dezember in Peking stattfand, beteiligte sich Österreich ebenfalls auf allen Ebenen.

Die Situation der Menschenrechte in China wurde von Österreich sowohl in bilateralen Kontakten als auch auf multilateraler Ebene regelmäßig thematisiert. So unterstützte Österreich unter anderem eine gemeinsame Erklärung auf Initiative des Vereinigten Königreichs mit insgesamt 51 Staaten zur Situation der Menschenrechte in Xinjiang bei der 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 18. Oktober. Österreich unterstützte eine Stellungnahme der Media Freedom Coalition zur sich verschlechternden Situation in Hong Kong (29. Dezember). Österreich begrüßte, dass nach fast vierjähriger Pause der 38. EU-China-Menschenrechtsdialog am 17. und 18. Februar abgehalten wurde. Im Rahmen seiner Ein-China-Politik und vor dem Hintergrund der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 30. Juni zeigte sich Österreich in bilateralen Gesprächen über die zunehmenden Spannungen in der Taiwanstraße besorgt und sprach sich gegen jeglichen einseitigen Versuch aus, den Status quo durch Gewalt oder Nötigung zu verändern.

Japan

Die Beziehungen mit Japan sind traditionell auf allen Ebenen sehr gut. Vom 20.-23. November fand die 25. Tagung des Österreichisch-japanischen Komitees für Zukunftsfragen in Tokio statt. Die bilaterale Besuchsdiplomatie erfuhr auch durch die Besuche von Bundesministerin Karoline Edtstadler, WKO-Präsident Harald Mahrer, Geschäftsführerin der Österreich Werbung Astrid Steharnig-Staudinger, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Robert Holzmann und der österreichisch-japanischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe eine weitere Intensivierung. In den Wirtschaftsbeziehungen setzte sich der positive, von österreichischen Exportrekorden geprägte Trend fort; Japan bleibt Österreichs drittwichtigster Exportmarkt in Asien. Auch der japanische Tourismus nach Österreich, der in den Vorjahren aufgrund der COVID-19 Pandemie stark eingebrochen war, wuchs wieder. Nach 15-jährigen Verhandlungen konnte im Herbst das bilaterale Sozialversicherungsabkommen finalisiert werden. Österreich setzte die Vorbereitungen für seine Teilnahme an der Weltausstellung EXPO 2025 Osaka fort. Seinem Ruf als „Supermacht der Kultur“ in Japan wurde Österreich erneut durch eine bemerkenswerte Dichte an Veranstaltungen gerecht, zu denen neben traditionellen Auftritten der Wiener Philharmoniker oder der Wiener Sängerknaben Veranstaltungen zur

zeitgenössischen Kunst und Kultur gehörten. Beide Seiten begangen zudem das 150-jährige Jubiläum der erstmaligen Teilnahme Japans an einer Weltausstellung, der Wiener Weltausstellung 1873. Am 13. April erhielt der österreichische Neurophysiologe Prof. Gero Miesenböck als erster Österreicher den renommierten Japan Prize 2023 in der Kategorie „Life Sciences“.

Republik Korea (Südkorea)

Die bilateralen Beziehungen mit der Republik Korea (Südkorea), die 2021 anlässlich des Staatsbesuches von Präsident Moon Jae-in in Wien auf das Niveau einer „Strategischen Partnerschaft“ gehoben wurden, erfuhren dank reger Besuchsdiplomatie eine weitere Dynamisierung. Neben dem offiziellen Besuch von Premierminister Han Duck-soo und Gesprächen mit Bundeskanzler Karl Nehammer am 8. Mai in Wien fand am 27. Juli auf Einladung von Bundesminister Alexander Schallenberg ein offizieller Besuch von Außenminister Park Jin in Salzburg statt. Staatssekretär Florian Tursky besuchte vom 8.-10. Juni Seoul, eine Delegation der Parlamentarischen Gruppe für Südkorea befand sich vom 8.-12. Oktober in Seoul. Österreichs Kulturpräsenz in Südkorea entfaltete sich maßgeblich auf dem Gebiet der klassischen Musik sowie der bildenden Kunst mit fünfzehn Ausstellungen, die überwiegend Zeitgenössisches präsentierten; die Ausstellung „Six Centuries of Beauty in the Habsburg Empire“ zog 327.000 Besucherinnen und Besucher an.

Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK, Nordkorea)

Die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK, Nordkorea) steht weiterhin unter internationaler Beobachtung. Österreich verurteilte die zunehmenden, vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verbotenen, Raketentests Nordkoreas scharf und forderte die Einhaltung bestehender Sanktionen. Langfristiges Ziel für die internationale Gemeinschaft und Österreich

ist nach wie vor die vollständige, überprüfbare und unumkehrbare Denuklearisierung der Koreanischen Halbinsel.

Singapur

Die hervorragenden Beziehungen zwischen Österreich und Singapur erfuhren 2023 weiteren Auftrieb. Bundesminister Alexander Schallenberg traf am Rande des EU-Indopazifik Forums am 13. Mai in Stockholm zu einem bilateralen Gespräch mit Außenminister Vivian Balakrishnan zusammen. Staatssekretär Florian Tursky nahm vom 5.-7. Juni am Asia Tech Summit teil, bei dem er mit Kommunikationsministerin Josephine Teo zusammentraf. Handelsminister Subramaniam Iswaran besuchte vom 20.-21. Juni den Exporttag der WKO in Wien und führte ein Arbeitsgespräch mit Bundesminister Martin Kocher. Vom 11.-13. Oktober fand in Singapur die erste Austria Connect-Wirtschaftskonferenz in Südostasien als Kooperation zwischen ReFocus Austria, dem BMEIA und der WKO statt, an der auch WKO-Präsident Harald Mahrer teilnahm. Österreich vertiefte die Zusammenarbeit mit Singapur auch im Rahmen des Freihandelsabkommens und der Digitalen Partnerschaft zwischen der EU und Singapur. Außerdem wurden am 20. Juli die Verhandlungen zu einem Abkommen über den digitalen Handel zwischen der EU und Singapur eröffnet.

Indien

Die Intensität der bilateralen Beziehungen zu Indien zeigte sich am regen Besuchsaustausch. Am 1. Jänner besuchte Außenminister Subrahmanyam Jaishankar Wien und traf mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundesminister Alexander Schallenberg und Bundeskanzler Karl Nehammer zu Gesprächen zusammen. Im Rahmen des Besuchs wurde die Zusammenarbeit beider Länder durch die Unterzeichnung eines Working Holiday Programmes, die Verlängerung der Vereinbarung über die Zusammenarbeit in den Bereichen Kunst und Kultur und die Vereinbarung bezüglich Arbeitsmarktzugang von Angehörigen des diplomatischen Personals weiter vertieft. Am Rande des EU-Indopazifik Forums traf Bundesminister Alexander Schallenberg am 13. Mai in Stockholm abermals seinen indischen Amtskollegen. Dabei wurde das Abkommen über eine umfassende Migrations- und Mobilitätspartnerschaft sowie das Abkommen zur Visabefreiung für Inhaber von Diplomatenpässen unterzeichnet. Am 19. und 20. April nahm Verkehrsminister Nitin Gadkari an

der Messe für alpine Technologien INTERALPIN in Innsbruck teil. Auf EU-Ebene unterstützte Österreich die EU-Indien Partnerschaft für eine gerechte Energiewende (Just Energy Transition Partnership - JET).

Thailand

Mit Thailand wurde das 70-jährige Jubiläum der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen gefeiert und insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen weiter vertieft. Im Bereich Innovation wurde anlässlich des Besuchs von Stadtrat Peter Hanke am 30. September in Bangkok eine bilaterale Vereinbarung zwischen der Wirtschaftsagentur Wien und der National Innovation Agency unterzeichnet. Auf EU-Ebene unterstützt Österreich die Global Gateway Initiative der EU-Kommission durch Projekte zur Verbesserung kritischer Infrastruktur, insbesondere der Stromnetzstabilität. In multilateralen Foren arbeiten Thailand und Österreich als Pioniere des Nuklearwaffenverbotsvertrags besonders eng in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Abrüstung zusammen.

Vietnam

Mit Vietnam wurde das 25. Jubiläum der Eröffnung der Österreichischen Botschaft in Hanoi gefeiert. Der weiteren Intensivierung der bilateralen Beziehungen dienten der Besuch von Bundesminister Alexander Schallenberg begleitet von einer Wirtschaftsdelegation und WKO-Vizepräsident Philipp Gady, vom 16.-18. April in Hanoi, sowie der offizielle Besuch des vietnamesischen Staatspräsidenten Vo Van Thuong vom 23.-25. Juli in Wien. Auf EU-Ebene unterstützte Österreich die EU-Vietnam Partnerschaft für eine gerechte Energiewende „JET“.

Indonesien

Österreich und Indonesien setzen ihre gute Zusammenarbeit bilateral und multilateral fort. Im Rahmen des interkulturellen und interreligiösen Dialogs wurde eine indonesische Nichtregierungsorganisation (NGO) erneut mit dem österreichischen Intercultural Achievement Award ausgezeichnet. Auch wurde die Kooperation mit dem gemeinsam gegründeten Vienna Observatory for Applied Research on Radicalism and Extremism (**VORTEX**) fortgeführt. Als

gleich gesinnter Partner im Bereich der Abrüstung, ratifizierte Indonesien im September den Nuklearwaffenverbotsvertrag (TPNW).

Philippinen

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und den Philippinen wurden durch die Unterzeichnung der Vereinbarung zur Rekrutierung von Pflegekräften zwischen den Philippinen, dem Land Wien und der WKO am 7. Juli, wie auch auf Bundesebene durch die Unterzeichnung der Vereinbarung zur Rekrutierung von Fachkräften in Mängelberufen am 25. Oktober weiter intensiviert. Die gute multilaterale Zusammenarbeit wurde fortgesetzt: Die Philippinen engagieren sich wie Österreich im Bereich der Autonomen Waffensysteme (AWS) und richteten dazu im Dezember eine Konferenz in Manila mit österreichischer Beteiligung aus.

Bhutan

Mit dem Aufstieg **Bhutans** von einem der ärmsten Länder der Welt zu einem Land mittleren Einkommens lief die seit 1989 bestehende offizielle Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Bhutan aus. Das österreichische Koordinationsbüro wurde damit Ende des Jahres geschlossen und ein österreichisches Honorarkonsulat zur Fortsetzung der bilateralen Beziehungen am 16. Mai in Thimphu eröffnet. Am 5. März trafen Bundesminister Alexander Schallenberg und Premierminister Lotay Tshering am Rande der 5. VN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (LDC5) in Doha zusammen. Ein weiteres Treffen fand am 20. Juni in Wien statt.

Afghanistan

Österreich verfolgte weiter mit Besorgnis die Entwicklungen in Afghanistan. Neben der Bereitstellung von Humanitärer Hilfe setzte sich Österreich sowohl im Rahmen der EU als auch der Vereinten Nationen mit Nachdruck für die Achtung und Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere für die Wahrung und Förderung der Rechte von Frauen und Mädchen, ein. Dabei lehnte Österreich die von der De-facto-Regierung in Afghanistan angestrebte Anerkennung

durch die internationale Gemeinschaft dezidiert ab und kritisierte wiederholt die anhaltende Verletzung der Menschenrechte scharf.

3.9 Australien

Österreich und **Australien** arbeiteten gemeinsam an der Umsetzung der im September 2021 unterzeichneten Vereinbarung zur Strategischen Zusammenarbeit („Austria-Australia Arrangement of Strategic Cooperation“). Zu einer weiteren Vertiefung der bilateralen Beziehungen kam es auch durch einen regen bilateralen Besuchsaustausch. Unter anderem traf Bundesministerin Leonore Gewessler am 26. Jänner mit Klima- und Energieminister Chris Bowen in Wien zusammen. Am 27. Jänner führte Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Peter Launsky-Tieffenthal, Gespräche mit Assistant Minister of Foreign Affairs Tim Watts in Wien. Bundesminister Martin Kocher besuchte vom 29. April bis 4. Mai Australien und traf bei seinen Aufenthalten in Sydney, Canberra und Brisbane mit Handelsminister Don Farrell, Industrieminister Ed Husic, Arbeitsminister Tony Burke sowie Ausbildungsminister Brendan O'Connor zusammen. Dabei wurde eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Bereich der Wasserkrafttechnologie zwischen Österreich und Queensland unterzeichnet (Austria-Queensland Memorandum of Understanding on Strategic Cooperation in Hydropower Technologies). Am 12. Oktober übergab die Österreichische Akademie der Wissenschaften in einer feierlichen Zeremonie die sterblichen Überreste von „Australian First Nations Ancestors“ an eine australische Delegation von Nachfahren.

Neuseeland

Österreich und Neuseeland unterhalten sehr freundliche bilaterale Beziehungen, die durch den Besuch von Bundesminister Martin Kocher vom 4.-7. Mai und die Unterzeichnung einer Strategischen Partnerschaft auf ein neues Niveau gehoben wurden. Diese hat vermehrten Austausch sowie die Umsetzung von Projekten in den Bereichen der innovativen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Außen- und Sicherheitspolitik und zivilgesellschaftlichen Kontakten zum Ziel. Am 12. September unterzeichneten beide Seiten in Wien das zweite Protokoll zum bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen. Das von Neuseeland am 9. Juli

unterzeichnete Freihandelsabkommen mit der EU begünstigte die positive wirtschaftliche Dynamik.

4. Multilaterales Engagement Österreichs

4.1 Vereinte Nationen

4.1.1 Aktivitäten in New York

Generalversammlung

Die Generaldebatte der 78. VN-Generalversammlung (**VN-GV**) fand vom 19.-26. September statt. Österreich war durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundesminister Alexander Schallenberg vertreten. Während der hochrangigen Woche wurden zahlreiche hochrangige Veranstaltungen organisiert, u.a. das Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung, der Klimaschutzgipfel, die offene Debatte des VN-Sicherheitsrates (**VN-SR**) über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, drei Gesundheitsgipfel sowie die Sitzung zur vollständigen Beseitigung von Atomwaffen. Des Weiteren fand das Vorbereitungstreffen auf den VN-Zukunftsgipfel 2024 statt.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundesminister Alexander Schallenberg nahmen an den wesentlichen Gipfeln und Treffen teil. Zusätzlich gab es ein gemeinsames Treffen mit VN-Generalsekretär (**VN-GS**) António Guterres und 14 weitere bilaterale Gespräche. Eines davon führte Bundesminister Schallenberg im Namen der EU. Angesichts der geopolitischen Umbrüche stand ein koordinierter EU-Outreach gegenüber dem Rest der Welt im Mittelpunkt. Ziel war die Unterstützung des westlichen Narratives, auch im Hinblick auf die russische Aggression gegen die Ukraine. Weitere Schwerpunkte waren der Kampf gegen den Klimawandel, die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs), die Stärkung des Multilateralismus, regionale Konflikte, Abrüstung sowie Wirtschaftsbeziehungen.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen nahm am 18. September am Nachhaltigkeitsgipfel teil und ging auf österreichische Initiativen und Verpflichtungen zur beschleunigten Umsetzung der SDGs sowie die bevorstehende Präsentation des zweiten freiwilligen Umsetzungsberichts ein. Er beteiligte sich auch am vorgelagerten SDG-Wochenende. Beim Klimaschutzgipfel am 20.

September war er einer von ca. 35 „first movers and doers“ und informierte über nationale und internationale Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels.

Bundesminister Alexander Schallenberg hielt am 21. September die österreichische Rede in der Generaldebatte, in welcher er einen proaktiven und pragmatischen Multilateralismus sowie effiziente Reformen forderte. Er warb auch für die österreichische Kandidatur für den VN-SR 2027-2028. Des Weiteren sprach er bei der offenen Debatte des VN-SR über die russische Aggression gegen die Ukraine und forderte eine Reform dieses Gremiums, dessen Glaubwürdigkeit seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine beschädigt sei. Außerdem unterzeichnete er das Hochseeschutzübereinkommen.

Russische Aggression gegen die Ukraine

Da der VN-SR aufgrund des russischen Vetorechts in dieser Frage blockiert blieb, setzten sich die Debatten in der VN-GV fort. Zur Begehung des **ersten Jahrestags der russischen Invasion** trat die VN-GV am 22. und 23. Februar zu einem Treffen der wiedereinberufenen elften Dringlichen Sondersitzung zusammen. Rund 30 Staaten waren auf Außen- oder Vizeministerebene vertreten. Für Österreich nahm Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Peter Launsky-Tieffenthal teil.

Im Rahmen der Sitzung wurde eine von der EU fazilitierte Resolution über **einen umfassenden, gerechten und nachhaltigen Frieden für die Ukraine** angenommen. Das symbolisch wichtige Abstimmungsergebnis (141 Ja-Stimmen bei nur 7 Nein-Stimmen und 32 Enthaltungen) am Vorabend des Jahrestags der russischen Invasion verdeutlichte, dass es Russland trotz Desinformationskampagnen nur eingeschränkt geschafft hat, Staaten von seiner Version der Ereignisse zu überzeugen.

Am 17. Juli fand eine hochrangige Debatte in der VN-GV zur Situation in den besetzten Gebieten der Ukraine statt, an der Bundesministerin Karoline Edtstadler teilnahm. Sie verurteilte den

russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und betonte die Notwendigkeit der Einhaltung des Völkerrechts.

Nahostkonflikt

Mit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober intensivierte sich der traditionelle Fokus der VN auf die Lage in Nahost weiter. Im Herbst kam es zu mehrmaligen Vetos bei Resolutionen des VN-SR und zu einer darauffolgenden Befassung der VN-GV.

Am 27. Oktober wurde die **zehnte Dringliche Sondersitzung der VN-GV zur Situation in Nahost** nach einem Veto der USA im VN-SR wiederaufgenommen. Die arabische Gruppe präsentierte einen Resolutionsentwurf zum „Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten und Aufrechterhaltung rechtlicher und humanitärer Verpflichtungen“. Österreich und gleichgesinnte Mitgliedstaaten setzten sich für eine klare Verurteilung oder zumindest Nennung der Terrororganisation Hamas im Resolutionstext sowie die Anerkennung von Israels Recht auf Selbstverteidigung ein. Aufgrund der nicht vollständigen Berücksichtigung dieser Kommentare stimmte Österreich gemeinsam mit 13 anderen Ländern – darunter die EU-Mitgliedstaaten Tschechien, Ungarn und Kroatien – gegen die Resolution, welche von 120 Staaten unterstützt wurde.

Diese Sondersitzung wurde am 12. Dezember nochmals wiederaufgenommen, nachdem die USA eine Resolution der arabischen Gruppe im VN-SR, die zu einer humanitären Waffenruhe aufrief, mit einem Veto belegt hatten. Den Impuls für diesen Vorstoß gab der Rekurs des VN-GS auf Art. 99 der VN-Satzung – ein äußerst selten ausgeübtes Recht, mit welchem der VN-GS die Aufmerksamkeit des VN-SR auf eine besonders bedrohliche Situation lenken kann. Die arabische Gruppe brachte die im VN-SR blockierte Resolution wortgleich in der VN-GV ein und wurde von 153 VN-Mitgliedstaaten unterstützt. Der von Österreich eingebrachte Abänderungsantrag, der einen Verweis auf die Hamas in der Resolution vorsah, scheiterte – mit einem Ergebnis von 89 Ja- zu 61 Nein-Stimmen – an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit. Österreich votierte gemeinsam mit neun weiteren Staaten gegen die Resolution.

Wie üblich wurden auf Initiative Palästinas rund ein Dutzend Resolutionen in der VN-GV zu diversen Aspekten der politischen, wirtschaftlichen und humanitären Situation in den besetzten Gebieten abgestimmt. Österreich setzte sich EU-intern aktiv für eine Reduktion der Anzahl der

Resolutionen ein, die aufgrund der Situation in Nahost nur technische Fortschreibungen der Texte darstellten. Gemeinsam mit gleichgesinnten EU-Partnern konnte eine weitere Reduktion der Resolutionen erzielt werden.

Völkerrechtliche Fragen

Österreichische Schwerpunkte im **Sechsten Komitee** (Völkerrechtsausschuss) waren die Debatte zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Rechtsstaatlichkeit und die Stärkung des internationalen Vertragsrechts. Ferner fazilitierte Österreich erneut den Jahresbericht der VN-Kommission für internationales Handelsrecht (UNCITRAL).

Zum Bericht der 74. Sitzung der **VN-Völkerrechtskommission (ILC)** meldete sich Österreich u.a. in Bezug auf allgemeine Rechtsgrundsätze und völkerrechtliche Aspekte des Anstiegs des Meeresspiegels zu Wort. Während der traditionellen Völkerrechtswoche organisierte Österreich gemeinsam mit Schweden einen interaktiven Dialog mit Mitgliedern der ILC. Außerdem lud Österreich zu einem Side Event zur Rolle des VN-SR bei der Einhaltung der VN-Charta ein, der Auftaktveranstaltung einer Diskussionsreihe zu Rechtsstaatlichkeit. Die Rechtsberater Österreichs, der Schweiz und Irlands diskutierten neutralitätsrechtliche Fragen und die Ahndung des Verbrechens der Aggression.

In den Verhandlungen brachte Österreich erneut Wien als möglichen Verhandlungsort einer Konvention zu **Verbrechen gegen die Menschlichkeit** ins Spiel. In der Debatte zu **Rechtsstaatlichkeit** thematisierte Österreich in einer gemeinsamen Stellungnahme der Freundesgruppe zu „Rule of Law“ Möglichkeiten und Risiken der Nutzung künstlicher Intelligenz. Österreich fazilitierte die Resolution zum Jahresbericht der 56. Tagung der **VN-Kommission für internationales Handelsrecht (UNCITRAL)** mit Sitz in Wien.

Abrüstung und internationale Sicherheit

Österreich engagiert sich für Abrüstung und die Nichtweiterverbreitung von nuklearen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie Rüstungskontrolle und ist ein

Vorreiter für multilaterale Initiativen zur nuklearen Abrüstung (siehe dazu auch Kap. Internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle).

Im für Abrüstungsfragen zuständigen **Ersten Komitee** stellt Österreich insbesondere nukleare Abrüstungsthemen in den Mittelpunkt. Ein weiterer aktueller österreichischer Fokus ist die internationale Regulierung **autonomer Waffensysteme**. Österreich brachte mit gleichgesinnten Staaten die jährlichen Resolutionen zu den humanitären Konsequenzen von Nuklearwaffen und zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) ein, die trotz anhaltender Kritik nuklear bewaffneter Staaten von einer großen Mehrheit der Mitgliedstaaten angenommen wurden. Außerdem brachte Österreich die erste Resolution zu tödlichen autonomen Waffensystemen ein, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Weiteres Augenmerk wurde dem Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (**CTBT**), der Militarisierung des Weltraums sowie der Cybersicherheit gewidmet.

Verwaltungs- und Haushaltsfragen

Österreich beteiligte sich aktiv an den Arbeiten des **Fünften Komitees** (Verwaltungs- und Haushaltsfragen), wobei ein besonderer Fokus auf die Finanzierung österreichischer außenpolitischer Prioritäten und die Stärkung des VN-Sitzes in Wien gelegt wurde. Hauptthema war der **VN-Haushalt** für 2024, der in Höhe von 3,588 Milliarden US-Dollar beschlossen wurde. Der Gesamthaushalt für die zwölf **friedenserhaltenden Operationen (FEO)** wurde mit 6,05 Milliarden US-Dollar festgelegt und liegt damit unter jenem des letzten Jahres (6,44 Milliarden US-Dollar). Österreich leistet einen Anteil von 0,679 %.

Die **Liquiditätskrise** der VN schien zu Jahresbeginn abgewendet, wurde jedoch gegen Ende des Jahres erneut relevant, da u.a. die größten Beitragszahler ihre VN-Pflichtbeiträge zum Teil erst mit einiger Verspätung bezahlten.

Die Sicherstellung wirtschaftlicher Interessen umfasst auch die Unterstützung österreichischer Unternehmen bei der Teilnahme am **öffentlichen Beschaffungswesen** der VN. Insgesamt wurden 1,23 % aller VN-Beschaffungsaufträge an österreichische Firmen vergeben (20. Platz).

Der Gesamtwert betrug 364,4 Millionen US-Dollar, eine beträchtliche Steigerung zum Vorjahr (294,6 Millionen US-Dollar).

Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen

Bei der **VN-Wasserkonferenz** vom 22.-24. März informierte Bundesminister Norbert Totschnig über österreichische Initiativen in der Wasserdiplomatie, insbesondere im Donauraum. Bundesministerin Karoline Edtstadler leitete die österreichische Delegation beim **High Level Political Forum** vom 10.-19. Juli und eröffnete u.a. ein Side Event zum Thema Digital Transformation, Artificial Intelligence and the Digital Gender Gap.

Das **Zweite Komitee** (Wirtschafts- und Finanzausschuss) der VN-GV nahm 43 Resolutionen u.a. zu nachhaltiger Entwicklung, makroökonomischen Fragen, Klima- und Umweltfragen, Energie, Entwicklungsfinanzierung, Reform des VN-Entwicklungssystems, Armutsbekämpfung, Landwirtschaft, Nahrungsmittelsicherheit, Tourismus, Wissenschaft, Technologie und Innovation sowie der Situation der am wenigsten entwickelten Länder (**LDCs**), Binnenentwicklungsländer (**LLDCs**) und kleinen Inselentwicklungsstaaten (**SIDS**) an. Österreich führte für die EU die Verhandlungen zur LLDC-Resolution und brachte sich vor allem in den Schwerpunktbereichen Klimaschutz, Energie und Digitalisierung sowie internationalen Finanz- und Steuerfragen ein.

Frauenstatuskommission

Bundesministerin Susanne Raab nahm an der 67. Tagung der Frauenstatuskommission unter südafrikanischem Vorsitz vom 6.-17. März teil. Der Schwerpunkt lag auf den Auswirkungen von Innovation und technologischem Wandel auf Frauen und Mädchen sowie auf Bildung für Geschlechtergleichstellung im digitalen Zeitalter. Österreich ist von 2022 bis 2025 Mitglied der

Frauenstatuskommission und organisierte sechs Side Events – u.a. zu Frauen im digitalen und technologischen Wandel, zu Frauen, Frieden, Sicherheit und zum Schutz von Journalistinnen.

Sozialpolitik

Vom 6.-15. Februar fand die 61. Sitzung der Kommission für soziale Entwicklung (**CSocD**) statt. Österreich beteiligte sich mit einer vom Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (**BMAW**) und den österreichischen Jugenddelegierten ausgearbeiteten Stellungnahme an der Generaldebatte.

Sicherheitsrat

Die erste Jahreshälfte brachte weitgehend eine Fortsetzung der Debatten des Vorjahres mit einem starken Fokus auf die **Ukraine**. Aufgrund des russischen Vetorechts wurde jegliche glaubwürdige Antwort des VN-SR zu dieser Thematik verunmöglicht. Bis zur Jahresmitte konnte die Arbeit abseits des Ukraine-Dossiers jedoch trotz der zunehmenden Polarisierung unter den ständigen Mitgliedern weitgehend ungehindert fortgesetzt werden. Die im Juni begonnene Trendumkehr erreichte mit dem Ausbruch des Kriegs in Gaza ein neues Ausmaß an Polarisierung im VN-SR, die die Arbeit des Gremiums über Minimalkompromisse hinaus erschwert.

Trotzdem konnte sich der VN-SR auf einige wegweisende Entscheidungen einigen, darunter im Dezember auf Resolution 2719 zur Finanzierung von seitens der Afrikanischen Union geführten, vom VN-SR mandatierten Friedensoperationen. Österreich brachte diese Resolution mit ein, die die Zusammenarbeit zwischen der VN und Regionalorganisationen stärken soll.

Österreichische Schwerpunktthemen wie die Auswirkungen des Klimawandels, Frauen, Frieden und Sicherheit (**WPS**), Jugend sowie Kinder in bewaffneten Konflikten gewannen weiter an Bedeutung. Die Bedrohung durch Terrorismus und dessen Bekämpfung zog sich wie ein roter Faden durch die Sicherheitsratsdossiers. Österreich beteiligte sich im Rahmen zahlreicher EU- bzw. nationaler Stellungnahmen an Offenen Debatten und informellen Treffen im Arria-Format.

Österreich setzte sein Engagement im Rahmen der „Accountability, Coherence and Transparency“-Gruppe von ca. 30 gleichgesinnten Staaten für mehr Rechenschaftspflicht,

Kohärenz und Transparenz der Arbeit des VN-SR fort. Österreich übernahm gemeinsam mit Kuwait den Ko-Vorsitz bei den **intergouvernementalen Verhandlungen zur Reform des VN-Sicherheitsrats (IGN)**. Durch die Ankündigungen von US-Präsident Joe Biden, neue ständige Mitglieder für den VN-SR zu unterstützen, sowie durch eine neu aufgeflamnte Glaubwürdigkeitsdebatte um den VN-SR erfuhren die Verhandlungen verstärkte Aufmerksamkeit. So konnten die Ko-Vorsitzenden einige wichtige Fortschritte im Verhandlungsprozess erzielen. Insbesondere wurde vorgeschlagen, erstmals zu einer Diskussion von konkreten Modellen eines reformierten VN-SR überzugehen.

Schutz der Zivilbevölkerung bei bewaffneten Konflikten

Am 23. Mai fand die jährliche offene Debatte zum Schutz von Zivilpersonen (**PoC**) unter Schweizer Vorsitz statt. Österreich brachte sich mit einer nationalen Stellungnahme ein. Betont wurden die Pflicht zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und die katastrophalen Auswirkungen des Einsatzes von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten (**EWIPA**).

Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS)

Österreich beteiligte sich mit nationalen Stellungnahmen sowie den Stellungnahmen der EU und der WPS-Freundesgruppe an den zahlreichen offenen Debatten und Arria-Treffen zu WPS sowie konfliktbezogener sexueller Gewalt. Zentrale Themen waren die steigende Anzahl an Konflikten und globalen Spannungen, von denen Frauen und Mädchen unverhältnismäßig stark betroffen sind, sowie der weltweite „Pushback“ gegen Frauenrechte. Im Fokus standen auch die Terrorangriffe und sexuelle Gewalt durch die Hamas sowie die humanitäre Situation von Frauen und Kindern in Gaza. Österreich sprach sich für eine ambitioniertere Umsetzung der WPS-Agenda aus.

Kinder und bewaffnete Konflikte

Am 27. April fand ein Arria-Treffen zu „Entführung und Deportation von Kindern in bewaffneten Konflikten“ statt, an der sich Österreich mit Stellungnahmen der EU sowie der Freundesgruppe zu Kindern in bewaffneten Konflikten und einem überregionalen Statement von 45 VN-Mitgliedstaaten beteiligte. An der jährlichen offenen Debatte zu Kindern und bewaffneten

Konflikten (Children and Armed Conflict.- **CAAC**) am 5. Juli nahm Österreich mit einer nationalen Stellungnahme sowie Stellungnahmen der EU und der Freundesgruppe teil. Die politischen Bruchlinien zeigten sich vor allem in Bezug auf die Erwähnung der russischen Streitkräfte im Annex des Berichts des VN-GS zu Kindern in bewaffneten Konflikten – der erstmaligen Listung eines ständigen Sicherheitsratsmitglieds. Österreich verurteilte Russland für seine schweren Verbrechen gegen ukrainische Kinder.

Islamischer Staat- und Al-Qaida-Sanktionskomitee

Österreich setzt sich konsequent für die Stärkung der **Rechtsstaatlichkeit** im VN-SR ein, vor allem für faire Verfahren und effektiven Rechtsschutz in den Sanktionsausschüssen. Natürliche und juristische Personen, die gelistet sind, können über die Ombudsperson eine Streichung von der Sanktionsliste beantragen. Österreich unterstützt – auch im Rahmen der Gruppe gleichgesinnter Staaten zu zielgerichteten Sanktionen – die Verlängerung des Mandats der Ombudsperson.

Friedenserhaltende Operationen (FEO)

Rund 75.000 Uniformierte aus 125 Staaten standen in zwölf FEO im Einsatz. Durch die Schließung der FEO MINUSMA mit Jahresende reduzierte sich diese Zahl auf ca. 62.000. Das Hauptaugenmerk der VN lag auf der Fortsetzung der Reformbemühungen durch Umsetzung der Action for Peacekeeping (A4P). Österreich unterstützte diese Anstrengungen mit einer Veranstaltungsreihe zu “Networked Multilateralism – Upgrading Partnerships” mit Fokus auf eine verstärkte Einbindung regionaler Organisationen. In dem für politische Leitlinien zuständigen Sonderausschuss für FEO (C34) verhandelte Österreich für die EU die Kapitel Partnerships und Performance and Accountability mit.

Weiters setzte **Österreich** sein **Engagement als verantwortungsvoller Partner der VN** fort. Im Rahmen des „Peacekeeping Ministerials“ im Dezember in Ghana wurden über 20 neue Einmeldungen zur Unterstützung der VN vorgenommen. Der Schwerpunkt lag auf Klima und Sicherheit, digitaler Transformation, Frauen, Frieden und Sicherheit, dem Schutz von Zivilpersonen sowie der Unterstützung der VN beim regionalen Kapazitätenaufbau. Diesem Zweck diene auch die fortgesetzte Entsendung von Personal in das Kofi Annan International

Peacekeeping Training Centre in Ghana und das Peace Support Operations Training Centre in Bosnien und Herzegowina. Österreich stellte im Rahmen von FEO rund 200 Soldatinnen und Soldaten, davon das größte Kontingent mit durchschnittlich 180 Personen bei der Interimstruppe der VN im Libanon (UNIFIL), fünf Militärbeobachter bei der Organisation der VN zur Überwachung des Waffenstillstands im Nahen Osten (UNTSO), fünf Militärbeobachter bei der Mission der VN für das Referendum in der Westsahara (MINURSO), drei Stabsoffiziere bei der Friedenstruppe der VN in Zypern (UNFICYP), zwei Stabsoffiziere bei der VN-Mission in Mali (MINUSMA) bis Oktober und einen Stabsoffizier bei der Interimsverwaltung der VN im Kosovo (UNMIK). Darüber hinaus ist Österreich durch die Entsendung einer Polizistin zu UNMIK als Polizeitruppensteller aktiv.

4.1.2 Aktivitäten in Wien

Als **Sitzstaat** sieht Österreich die Erfüllung der wichtigen Mandate der hiesigen VN-Organisationen und somit die Absicherung der „Wiener Zuständigkeiten in den VN“ als ein übergeordnetes politisches Ziel. Österreich setzt sich aktiv in den Verhandlungen aller in Wien vertretener VN-Gremien ein und engagiert sich stets für Konsenslösungen.

Im Aufgabenbereich der **Ständigen Vertretung Österreichs bei den VN in Wien** liegen u.a. das Vertreten der nationalen Positionen in allen relevanten VN-Tagungen in Wien und die Berichterstattung an österreichische Zentralstellen sowie die begleitende Betreuung und Koordinierung österreichischer Expertinnen und Experten bei deren Mitwirkung an VN-Tagungen.

Die österreichischen Delegierten bei VN-Tagungen in Wien setzen sich in enger Zusammenarbeit mit den Fachressorts für eine bestmögliche Einbringung österreichischer Prioritäten im VN-Kontext ein: Langjährige multilaterale Schwerpunkte wie Geschlechtergleichheit, inklusive Diskussionen und eine breite Teilnahme von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren an den Verhandlungen und Prozessen im

Rahmen der Vereinten Nationen werden konsequent verfolgt, letzteres etwa als Teil der „Group of Friends for Civil Society Participation in UNODC“.

Im Rahmen des **VN Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNDOC)** setzte Österreich seine aktive Teilnahme an der Arbeit der Arbeitsgruppen, Tagungen und Unterausschüsse fort. Schwerpunkte stellten die verstärkte Zusammenarbeit in der Bekämpfung von illegalem Drogenhandel, organisiertem Verbrechen und Korruption dar.

Bei der 66. Tagung der **Suchtstoffkommission (CND)** bekräftigte Österreich erneut einen ausgewogenen Ansatz in der Drogenpolitik: Auf Grundlage der Einhaltung der VN-Konventionen unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Grundsatzes „Therapie statt Strafe“ werden Suchtkranke durch medizinische und therapeutische Hilfsangebote unterstützt. Die Suchtstoffkommission ist die zentrale VN-Einheit für die Koordination der Strategien zur Bekämpfung der Weltdrogenproblematik.

Anlässlich des 20-jährigen Bestehens des **VN-Übereinkommens gegen Korruption (UNCAC)** fand unter Teilnahme von Bundespräsident Alexander Van der Bellen eine Jubiläumsveranstaltung im Vienna International Centre statt. Österreich beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen im Rahmen der 10. UNCAC-Vertragsstaatenkonferenz in Atlanta (USA) und betonte die Schnittmengen von Korruption und organisiertem Verbrechen.

Die 2022 begonnenen Verhandlungen zur Erarbeitung eines VN-Übereinkommens zum Kampf gegen **Cyberkriminalität** wurden fortgesetzt. Österreich setzt sich dabei für einen offenen, sicheren und freien Cyberraum ein, in dem die Geltung des Völkerrechts sowie aller Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet ist. Durch Teilnahme von Expertinnen und Experten des BMI konnte Österreich bei den Treffen der Arbeitsgruppen zu **Menschenhandel und Migrantenschmuggel** seine Arbeit präsentieren und Gespräche zum Ausbau der internationalen Zusammenarbeit führen.

Bei der 32. Tagung der **Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ)** brachte Österreich gemeinsam mit Italien und Indonesien eine Resolution zu technischer Hilfe von UNODC im Bereich Terrorismusprävention ein. Mit der Annahme der Resolution konnte ein

weiterer Beitrag zur Stärkung der Rolle des UNODC innerhalb der VN-Strukturen geleistet werden.

Österreich unterstützte 2023 unter anderem UNODC-Projekte zur Bekämpfung von Menschenhandel, zur Verhinderung und Bekämpfung von Schleusung von Migrantinnen und Migranten sowie zur Terrorismusprävention.

Das **Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA)** befasst sich mit der friedlichen Nutzung des Weltraums. Vom 12.-14. September fand das von der Technischen Universität Graz, Joanneum Research, Austrospace, Stadt Graz, Land Steiermark, dem BMK sowie dem BMEIA gemeinsam mit UNOOSA veranstaltete **29. UN/Austria Symposium** in Graz statt, das dem Thema "Space for climate action: space applications and technologies for sustainability on Earth" gewidmet war.

UNOOSA und Österreich widmeten das gemeinsam vom 12.-14. Dezember veranstaltete **World Space Forum 2023** unter dem Titel „Space 4 Our Common Future“ der Vorbereitung des Zukunftsgipfels der VN. Dadurch sollte die Diskussion über nachhaltige Nutzung von Weltraumanwendungen und Bewahrung des Weltraums zur Nutzung durch zukünftige Generationen auf breiter Stakeholder-Basis gefördert werden.

4.1.3 Aktivitäten in Genf

Die Aufgaben im Rahmen der VN in Genf bestehen in der Wahrnehmung der Beziehungen Österreichs zu einer **Vielzahl von internationalen Organisationen** sowie der Vertretung der österreichischen Interessen in diesen. Traditionell stehen für Österreich Menschenrechte, Abrüstung, und das humanitäre Engagement im Zentrum. **Digitale Agenden** rücken vermehrt in den Vordergrund. Im Jahr 2023 besuchten Bundespräsident Alexander Van der Bellen und die Bundesministerinnen und Bundesminister Susanne Raab, Johannes Rauch, Martin Kocher, Karoline Edtstadler sowie Martin Polaschek Genf und nahmen Treffen mit den Leiterinnen und Leitern einer Mehrzahl der internationalen Organisationen wahr. Darüber hinaus pflegt die

österreichische Vertretung in Genf den aktiven Dialog zu zivilgesellschaftlichen Organisationen, wissenschaftlichen und Bildungseinrichtungen sowie dem Privatsektor.

Digital- und Tech-Diplomatie im Rahmen der VN in Genf

Österreich setzt sich im Rahmen der VN für einen menschenzentrierten und menschenrechtsbasierten Ansatz bei der Konzeption, Entwicklung, Verwendung und Regulierung digitaler Technologien ein. Im digitalen Hub Genf tritt Österreich für ein offenes, freies, universelles, interoperables, stabiles, sicheres und leicht zugängliches Internet für alle und die Multi-Stakeholder-Governance des Internets ein.

Seit September 2022 ist Bundesministerin Karoline Edtstadler im „Leadership Panel“ zur Unterstützung des in Genf ansässigen **Internet Governance Forums (IGF)** vertreten. Am 6. und 7. März tagte das hochrangige Panel gemeinsam mit der Multistakeholder Advisory Group des IGF in Wien, weitere physische Treffen fanden am 13. und 14. Juli in Genf und während der Jahrestagung des Internet Governance Forums vom 8.-12. Oktober in Kyoto statt. Aufgabe des „Leadership Panels“ ist es, dem Internet Governance Forum – als wichtigster VN-Plattform für Multistakeholder-Diskussionen zur Internet Governance – mehr Visibilität zu verleihen, das Fundraising zu unterstützen und Ideen zur Stärkung des Mandats zu entwickeln.

Im Rahmen der 26. Tagung der **Commission on Science and Technology for Development (CSTD)** organisierte Österreich, gemeinsam mit der Schweiz und Pakistan, eine vielbeachtete Veranstaltung zum Austausch guter Praktiken bei der Governance von Daten. Über das Jahr hinweg organisierte die CSTD Konsultationen zur Überprüfungskonferenz des **Weltgipfels zur Informationsgesellschaft** bei denen sich Österreich im Sinne seiner oben genannten Positionen aktiv einbrachte.

Während der **53. Tagung des VN-Menschenrechtsrats** im Juli präsentierte Österreich – gemeinsam mit Brasilien, Dänemark, Marokko, Republik Korea und Singapur – die erste VN Resolution zu menschenrechtlichen Standards für künstliche Intelligenz. Die Resolution wurde nach schwierigen Verhandlungen im Konsens angenommen. Sie schafft Standards und stärkt

das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte in seiner Arbeit im Bereich neuer und aufkommender Technologien.

Die von Österreich bei der **54. Tagung des VN-Menschenrechtsrats** im September und Oktober als einer der Hauptsponsoren erneut eingebrachte Resolution zum Recht auf Privatsphäre im digitalen Zeitalter thematisiert das Zusammenspiel des Rechts auf Privatsphäre und des Rechts auf Datenschutz.

Im Rahmen der **Internationalen Telekommunikationsunion (ITU)** setzt sich Österreich für menschenrechtliches Due Dilligence bei der Erarbeitung technischer Standards ein. Unter anderem unterstützte Österreich eine diesbezügliche Entscheidung bei der Tagung des ITU-Rats (11.-21. Juli).

Als Mitglied der diplomatischen Konsultationsgruppe für das Genfer **Open Quantum Institute** engagierte sich Österreich für die Einbindung und Vernetzung österreichischer Forscherinnen und Forscher sowie österreichischer Initiativen.

In der **VN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE)** gelang Österreich während seines Vorsitzes die Annahme des neuen organisationsübergreifenden Schwerpunktthemas „Digitale und Grüne Transformation“.

Abrüstung

Im Bereich Abrüstung des VN-Systems in Genf brachte sich Österreich aktiv ein, um das **Abrüstungs- und Nonproliferationsregime zu stärken** und den Wert der verschiedenen Instrumente gerade in Zeiten der Krisen hervorzuheben. Im Fokus der Arbeit standen **nukleare Abrüstung, neue Technologien** (vor allem autonome Waffensysteme) und **humanitäre Anliegen** (siehe dazu auch das Kapitel Internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle).

Im Rahmen der **Abrüstungskonferenz** (Conference on Disarmament - CD) übernahm Österreich zu Beginn den Vorsitz der WEOG-Koordinationsgruppe (Western European and Others Group). Im März gaben Österreich und einige weitere Staaten im Rahmen der CD eine nationale

Erklärung ab, keine Tests direkt aufsteigender destruktiver Anti-Satellitenkapazitäten durchzuführen.

Weitere Themen, die in Genf bearbeitet werden, waren die **Antipersonenminenkonvention** (APMBC) sowie die **Streumunitionskonvention** (CCW), innerhalb dieser Österreich die **Rolle des Ko-Koordinators** für Opferhilfe übernimmt. Des Weiteren bildeten die Diskussionen zu **tödlichen autonomen Waffensystemen** im Rahmen einer Expertengruppe der Konventionalwaffenkonvention (GGE LAWS) einen Schwerpunkt.

Das Thema **Weltraumsicherheit** nimmt immer mehr Platz in der Genfer Abrüstung ein. 2023 fand die zweijährige **Arbeitsgruppe zur Reduzierung von Weltraumbedrohungen**, an der sich Österreich aktiv beteiligte, ihr Ende. Neben den humanitären, rechtlichen und abrüstungsrelevanten Positionen wurde hierbei auch das Interesse als Amtssitz von UNOOSA berücksichtigt.

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Bundesminister Johannes Rauch leitete die österreichische Delegation zur **76. Weltgesundheitsversammlung (WHA)** im Mai. Er nahm an der Plenardiskussion unter dem Motto „WHO at 75: Saving lives, driving health for all“ teil und ging in seiner Rede u.a. auf die bedeutende Rolle der WHO sowie die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit von Jugendlichen ein. Am Rande der Tagung fand ein bilaterales Gespräch zwischen Bundesminister Rauch und WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus statt.

Österreich unterstützte den Beschluss der 76. WHA, beginnend mit 2024 die **Pflichtbeiträge der WHO-Mitgliedstaaten** um 20 % zu erhöhen, ein wesentlicher Beitrag zur Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierung der Organisation.

Im Rahmen der Verhandlungen des **Intergouvernementalen Verhandlungsgremiums (INB)** zur Schaffung eines sogenannten **Internationalen Pandemieabkommens** wirkte Österreich an der Erstellung der Position der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit. Die Umsetzung eines **einheitlichen**

Gesundheitsansatzes („one health approach“), wonach die Gesundheit von Menschen, Tieren und Umwelt als Einheit betrachtet wird, ist für Österreich dabei eine Priorität.

Weiters wird von der EU und ihren Mitgliedstaaten die **gezielte Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften** (2005) (IGV (2005)) verfolgt. Österreich unterstützt dabei die Position der EU, den IGV (2005) zu einer besseren Umsetzung durch die WHO-Vertragsparteien zu verhelfen.

Österreich unterstützte 2023 die **Arbeit der WHO in Moldau und in der Ukraine** mit zweckgewidmeten freiwilligen Beiträgen des Gesundheitsressorts.

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Österreich wirkt im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation vor allem über die Koordination im Rahmen der EU und diverse Regionalgruppen mit. An der jährlichen Tagung der **Internationalen Arbeitskonferenz (IAK)** nimmt Österreich mit einer dreigliedrigen Delegation (Regierung, Arbeitnehmer, Arbeitgeber) teil. An der 111. Tagung im Juni wurde Österreich durch Bundesminister Martin Kocher vertreten. Er hielt die Plenarrede und traf mit ILO-Generaldirektor Gilbert Houngbo zusammen, ebenso führte er Gespräche in der Welthandelsorganisation (WTO).

Ein für Österreich relevantes Ergebnis der 111. IAK war die Annahme von Empfehlung Nr. 208 betreffend eine **hochwertige duale Berufsausbildung**. Im Zentrum der Arbeit standen außerdem die Pläne des neuen ILO-Generaldirektors zur Schaffung einer globalen Koalition für soziale Gerechtigkeit sowie die Debatte, ob aus dem Übereinkommen (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und des Schutzes des Vereinigungsrechtes ein Streikrecht ableitbar ist. Diese Frage wurde dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt.

Österreich nahm erneut als Beobachter an den Sitzungen des Verwaltungsrats der ILO teil, wo es sich traditionell bei Rechtsfragen und der Stärkung des Normensystems engagiert. Dominierende Themen waren neben der russischen Aggression gegen die Ukraine sowie der Situation im Nahen Osten das Thema menschenwürdige Arbeit sowie die schwierige Lage in Myanmar, Venezuela, Bangladesch und Guatemala. Im Falle von Belarus wurde ein

Sonderverfahren gem. Art. 33 der ILO-Verfassung aufgrund massiver Eingriffe in die Gewerkschaftsfreiheit eingeleitet.

Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Die 1951 gegründete **Internationale Organisation für Migration (IOM)** ist seit über 70 Jahren die führende zwischenstaatliche Organisation im Bereich Migration mit 175 Mitgliedstaaten.

Seit 2011 besteht in Wien neben dem Länderbüro für Österreich das IOM-Regionalbüro für Ost- und Südosteuropa sowie Zentralasien. Ein Amtssitzabkommen zwischen Österreich und der IOM ist seit 2014 in Kraft. Die Hauptverantwortlichkeit des IOM-Länderbüros für Österreich besteht darin, sowohl nationale Migrationsphänomene und neue Entwicklungen zu analysieren, als auch österreichspezifische Projekte sowie Programme zu entwickeln und umzusetzen. Das Länderbüro in Wien ist „Nationaler Kontaktpunkt Österreich“ des Europäischen Migrationsnetzwerks und kooperiert mit den zuständigen österreichischen Institutionen.

Die IOM unterstützt unter anderem Migrantinnen und Migranten bei der freiwilligen Rückkehr und setzt Projekte zur Unterstützung der Reintegration in den jeweiligen Herkunftsregionen um. Spezielles Augenmerk gilt besonders gefährdeten Migrantinnen und Migranten, wie unbegleiteten Minderjährigen. Bundespräsident Alexander Van der Bellen führte am 12. Dezember ein bilaterales Arbeitsgespräch mit der IOM-Generaldirektorin Amy Pope in Genf. Zuvor hatte Bundesministerin Susanne Raab am 18. Jänner den vormaligen IOM-Generaldirektor António Vitorino getroffen.

Die **Welthandelsorganisation (WTO)** hat die Umsetzung der Beschlüsse der 12. WTO-Ministerkonferenz (MC12) vorangetrieben und die für Februar 2024 angesetzte MC13 vorbereitet. Im Fokus dieser Vorbereitungen und im besonderen österreichischen Interesse lagen u.a. die Verhandlungen über die Phase 2 des Übereinkommens über Fischereibeihilfenverbote und über eine notwendige organisatorische WTO-Reform inklusive der WTO-Streitbeilegung. Österreich wurde im Juli 2023 mit dem Vorsitz der WTO-

Arbeitsgruppe über den WTO-Beitritt von Bhutan betraut und hat intensive Arbeiten für einen erfolgreichen Abschluss möglichst bis zur MC14 begonnen.

4.1.4 Internationale Gerichte

Der Internationale Gerichtshof (IGH)

Der Internationale Gerichtshof (**IGH**), der für Streitfälle zwischen Staaten sowie die Erstellung von Rechtsgutachten zuständig ist, ist das zentrale Rechtssprechungsorgan der VN. Österreich ist einer von 74 Staaten, die die obligatorische Zuständigkeit des IGH gemäß Art. 36 Abs. 2 seines Statuts anerkannt haben.

An dem 2022 von der Ukraine gegen Russland eingeleiteten Verfahren auf Grundlage der VN-Völkermordkonvention (Allegations of Genocide under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide) beteiligen sich insgesamt 32 Staaten als Streithelfer zur Unterstützung der Ukraine, darunter auch Österreich.

Die Ukraine wirft Russland vor, die VN-Völkermordkonvention verletzt zu haben, indem es zur Rechtfertigung des Angriffs gegen die Ukraine missbräuchlich die Ukraine des Völkermords bezichtigt hatte. Die Ukraine begehrt daher vom IGH die Feststellung, dass die Ukraine keinen Völkermord begehe und Russland auf Grundlage der VN-Völkermordkonvention keine Rechtfertigung für sein militärisches Vorgehen habe.

Nachdem der Gerichtshof am 5. Juni entschieden hatte, die Interventionen von 32 Staaten (alle EU-Mitgliedstaaten außer Ungarn sowie Australien, Kanada, Vereinigtes Königreich, Liechtenstein, Norwegen und Neuseeland), zuzulassen, brachte Österreich am 5. Juli eine gemeinsame Stellungnahme mit Tschechien und der Slowakei im Rahmen der Slavkov-Kooperation ein.

Bei den öffentlichen Anhörungen zu den von Russland vorgebrachten vorläufigen Einwänden, die vom 18.-27. September stattfanden, trugen neben den beiden Parteien Ukraine und

Russland auch die 32 Streithelfer ihre Stellungnahmen vor, darunter Österreich gemeinsam mit Tschechien, der Slowakei und Liechtenstein.

In dieser gemeinsamen Stellungnahme wurde vorgebracht, dass der IGH gemäß Artikel IX der VN-Völkermordkonvention zur Feststellung der Nichtverletzung der Konvention und missbräuchlichen Verwendung des Völkermordbegriffs zuständig sei. Österreich unterstützt damit die rechtliche Argumentation der Ukraine, wonach der IGH für das Verfahren zuständig sei.

Internationaler Strafgerichtshof

Die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs (**IStGH**) in Den Haag umfasst die Tatbestände Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression. Österreich setzt sich auf internationaler Ebene mit großem Engagement für die Verfolgung und Bestrafung dieser Verbrechen ein. Insbesondere tritt Österreich dafür ein, dass die Jurisdiktionslücke des IStGH betreffend das Verbrechen der Aggression rasch geschlossen wird. Österreich leistete im Jahresverlauf zusätzlich zum Pflichtbeitrag insgesamt 400.000 Euro an freiwilligen Zahlungen an den Fonds des Büros des Anklägers; weitere freiwillige Zahlungen Österreichs gingen u.a. an den Opfertreuhandfonds sowie den Treuhandfonds für Familienbesuche des Gerichtshofs. Darüber hinaus unterstützte Österreich die NGO „Coalition for the International Criminal Court“, die sich für die Zusammenarbeit von Staaten mit dem IStGH einsetzt. Schließlich ist seit Oktober 2022 eine Expertin des BMJ im Büro des Anklägers des IStGH tätig.

Bei der 22. IStGH-Vertragsstaatenversammlung (ASP) vom 4.-14. Dezember in New York war Österreich mit einer interministeriellen Delegation vertreten und beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen insbesondere zu Budgetfragen und Fragen der Kooperation der Vertragsparteien mit dem IStGH.

4.5 Amtssitz Österreich

Wien zählt neben New York, Brüssel, Genf und Den Haag zur Spitzengruppe internationaler Amtssitz-Städte. Die Präsenz von **mehr als 50 internationalen Organisationen und Einrichtungen** reflektiert die **Bedeutung Wiens als Ort des Dialogs und multilateraler**

Diplomatie, dazu kommt eine anwachsende Anzahl an internationalen NGOs, die teilweise den Status einer Quasi-Internationalen Organisation genießen. Besonders als Amtssitz der VN hat sich Wien zu einer **Drehscheibe für Dialog, Nachhaltigkeit und Sicherheit** entwickelt und leistet damit einen wertvollen Beitrag zum System der VN sowie zu den nachhaltigen Entwicklungszielen, wie **Bundesminister Alexander Schallenberg bei seinem Treffen mit dem Präsidenten der VN-Generalversammlung Csaba Kőrösi am 23. Mai** betonte.

Eine **moderne und zukunftsorientierte Amtssitzpolitik** zählt zu den **Prioritäten der österreichischen Außenpolitik**. Österreich bzw. Wien als Sitz internationaler Organisationen und Ort für internationale Konferenzen und Kodifizierungsverhandlungen aktiv zu fördern und das Image von Österreich als internationalem Amtssitz zu festigen, ist eine Zielsetzung des Regierungsprogramms 2020-2024. Darin ist insbesondere der Ausbau des Amtssitzes Wien als Hub für Sicherheit und Nachhaltigkeit mit einem Fokus auf Energie, Entwicklung und Climate Diplomacy verankert. Österreich soll als Ort des Dialogs und der internationalen Diplomatie weiter gestärkt und dessen Sichtbarkeit auf internationaler Ebene sowie im Austausch mit der Bevölkerung erhöht werden. Am 26. April verabschiedete der Ministerrat eine **neue Amtssitz- und Kommunikationsstrategie**. Die Strategie umfasst unter anderem ein neues Branding mit einem Claim und einer grafischen Visualisierung in Form eines Logos. Der Amtssitz-Claim für Wien lautet, im Einklang mit der Zielsetzung des Ausbaus des Amtssitzes Wien als Hub für Sicherheit und Nachhaltigkeit mit einem Fokus auf Energie, Entwicklung und Climate Diplomacy: „Internationales Wien – Zentrum des Dialogs, der Nachhaltigkeit und Sicherheit“. Durch den Amtssitz-Claim sowie das Logo für den Amtssitz wurde ein einheitlicher und gesamtösterreichischer Außenauftritt bei Amtssitzthemen erzielt und die Sichtbarkeit des Amtssitzes Wien erhöht.

Bei einem Symposium zum 30. Jahrestag der Wiener Menschenrechtskonferenz am 6. Juni kam das neue einheitliche **Branding für den Amtssitz** erstmals öffentlichkeitswirksam zum Einsatz. Zu einer stärkeren öffentlichen Wahrnehmung des Amtssitzes trugen auch Informationsveranstaltungen des BMEIA insbesondere für Schülerinnen und Schüler sowie für

Studierende bei. Die anderen Bundesministerien und die Ämter der Landesregierungen wurden aufgefordert, das Amtssitz-Branding bei Veranstaltungen zu verwenden.

Das 2021 in Kraft getretene umfassende **neue Amtssitzgesetz** bewährte sich weiterhin als **flexibles Instrument proaktiver Amtssitzpolitik** und trug dazu bei, die Attraktivität des Standorts Österreich weiter zu erhöhen und langfristig abzusichern. Ein Austausch über die Aktivitäten zur Stärkung des Amtssitzes fand im Rahmen des durch das Amtssitzgesetz beim BMEIA eingerichteten **Koordinationsgremiums** statt, das am 19. Juli mit Teilnehmenden aus den Ministerien und Bundesländern zu einer Sitzung zusammentraf.

Die österreichische Amtssitzpolitik hat zum Ziel, dass sich internationale Organisationen und Einrichtungen für Österreich bzw. Wien als Amtssitz entscheiden und hier eine dauerhafte Niederlassung errichten. Für die Errichtung eines Büros des **Internationalen Impfstoffinstituts (IVI)** in Wien wurde als rechtliche Grundlage ein Amtssitzabkommen mit der österreichischen Bundesregierung abgeschlossen, das am 1. April in Kraft trat. Die Ansiedlung eröffnet Kooperationsmöglichkeiten für österreichische Forschungseinrichtungen sowie hier ansässige BioTech- und Pharma-Unternehmen. Das kommt wiederum Österreich als Wirtschafts- und Forschungsstandort zugute.

Ein weiteres Amtssitzabkommen trat am 1. Juni in Kraft, wodurch die Rechtsstellung des Ständigen Schiedshofs (PCA) im Zusammenhang mit der Eröffnung des Büros des PCA in Wien geregelt wurde. Dadurch wird Wien als Sicherheits- und Nachhaltigkeits-Cluster weiter gestärkt.

Die Ansiedlung ist insofern von Bedeutung, weil sie Wien neben Den Haag, Buenos Aires, Hanoi, Mauritius und Singapur als ein weiteres Zentrum für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit etabliert.

Durch die Präsenz des Büros in Wien werden in Zukunft vermehrt Schiedsverfahren in Österreich abgehalten werden, wodurch Wien zusätzlich als Standort für international

agierende Unternehmen attraktiv wird. Beide Niederlassungen tragen zur Stärkung des Amtssitzes Wien bei.

Wien ist seit 1979 einer der vier Hauptsitze der VN. Pulsierendes Zentrum der Aktivitäten vieler der in Wien ansässigen internationalen Einrichtungen ist das seit nunmehr 45 Jahren bestehende **Vienna International Center** (VIC). Das VIC beherbergt eine Vielzahl von VN-Organisationen und Sonderorganisationen, insbesondere das **Büro der VN in Wien** (UNOV), die **Atomenergiebehörde** (IAEA), die **Organisation der VN für Industrielle Entwicklung** (UNIDO), das **Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung** (UNODC), die **Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen** (CTBTO), ein **VN-Verbindungsbüro für Abrüstungsfragen** (UNODA), die **Kommission für internationales Handelsrecht** (UNCITRAL), ein **Büro des Flüchtlingshochkommissariats** (UNHCR), das **Büro für Weltraumfragen** (UNOOSA), die **Internationale Kommission zum Schutz der Donau** (ICPDR) sowie ein Verbindungsbüro des **VN-Umweltprogramms** (UNEP), das auch Aufgaben als Sekretariat der **Karpatenkonvention** wahrnimmt. Das Büro für **Projektdienste der VN** (UNOPS), das Projekte und Partnerschaften in Zentralasien, der Türkei, dem Südkaukasus und dem Westbalkan unterhält, ist in Wien mit einem für mehrere Länder zuständigen Büro präsent. Neben den im VIC untergebrachten VN-Einheiten und Spezialorganisationen haben weitere wichtige internationale Organisationen wie die **Organisation Erdöl exportierender Länder** (OPEC) und der **OPEC Fonds für internationale Entwicklung** (OPEC Fund) ihren Sitz in Wien.

Während die überwiegende Mehrzahl der internationalen Einrichtungen in Wien ansässig ist, haben einige wenige ihren Sitz außerhalb der Hauptstadt: Die **Internationale Anti-Korruptionsakademie** (IACA) hat seit ihrer Gründung 2011 ihren Sitz in Laxenburg in Niederösterreich, ebenso das **Internationale Institut für angewandte Systemanalyse** (IIASA).

Innsbruck ist seit 2003 Sitz des **Sekretariats der Alpenkonvention** (PSAC). Das **Europäische Fremdsprachenzentrum des Europarates** (ECML) besteht seit seiner Gründung 1994 in Graz.

Auch eine EU-Agentur hat ihren Sitz in Wien, die 2007 gegründete **EU-Grundrechteagentur** (GRA). Wien ist auch Standort einer Dienststelle des **Europäischen Patentamts** (EPA), die das weltweit anerkannte Zentrum der Patentinformation des EPA darstellt.

Als Amtssitz zahlreicher internationaler Organisationen trägt Österreich eine besondere Verantwortung dafür, multilaterale Diplomatie zu fördern und internationale Dialogforen wie die **Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa** (OSZE) zu bewahren. Auf die Notwendigkeit einer Plattform wie der OSZE auch in Zukunft wies **Bundesminister Alexander Schallenberg** in seiner Rede vor dem Ständigen Rat der OSZE in einer außerordentlichen Sitzung am 24. Februar hin: Die Mitglieder der OSZE seien angehalten, die Tür der Diplomatie nicht zuzuschlagen.

Der VN-Sitz Wien fungierte weiterhin als Sitz des Sekretariats für die im Rahmen des **Amts des Hohen Kommissars für Menschenrechte der VN** (OHCHR) tätigen Unabhängigen Internationalen **Untersuchungskommissionen betreffend Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine und in Belarus**.

Die österreichische Amtssitzpolitik hat zum Ziel, den **Fokus auf Energie, Klimadiplomatie und Entwicklung** weiter auszubauen. Im **Energiebereich** sind in Wien mehrere internationale Organisationen und NGOs tätig, die sich zur Verstärkung der Synergieeffekte im **Vienna Energy Club** zusammengeschlossen haben. Dazu zählen unter anderem die **Energiegemeinschaft Südosteuropa**, das **Verbindungsbüro der Partnerschaft für Erneuerbare Energie und Energieeffizienz** (REEEP) sowie die **Initiative Nachhaltige Energie für Alle** (SEforAll).

Strategischen Fragen der Migrationsbewältigung widmet sich das **Internationale Zentrum für Entwicklung von Migrationspolitik** (ICMPD), das ebenfalls in Wien seinen Hauptsitz hat. Die

Internationale Organisation für Migration (IOM) unterhält in Wien neben einem Landesbüro auch ein Regionalbüro, das für Ost- und Südosteuropa sowie für Zentralasien zuständig ist.

Traditionell zählt **Abrüstung** zu den Schwerpunkten der österreichischen Außenpolitik. Seit 1996 befindet sich das Sekretariat des Informationsaustauschs über den Export von konventionellen Waffen und doppelverwendungsfähigen Gütern und Technologien in Wien: Das **Wassenaar Arrangement** trägt zur Förderung der Transparenz im Abrüstungsbereich bei. Seit 2002 ist Österreich mit der Funktion der Zentralen Kontaktstelle für den **Haager Verhaltenskodex (HCOC)** zur Verhinderung der Verbreitung ballistischer Raketen betraut, das Sekretariat in Wien fungiert als Schnittstelle für den gesamten Informationsaustausch im Rahmen des HCOC-Mechanismus.

Das **Wiener Büro der Weltbankgruppe** ist mit Organisationseinheiten der Internationalen **Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)** und der **Internationalen Finanz-Corporation (IFC)** vertreten. Der **Internationale Währungsfonds (IWF)** hat sein regionales Verbindungsbüro für den Westbalkan in Wien. Seit vielen Jahren ist das **Joint Vienna Institute**, eine international geschätzte Ausbildungseinrichtung von IWF, BMF und OeNB in Wien ansässig. Österreich hat sich auch um den Sitz der künftigen **EU-Anti-Geldwäschebehörde (AMLA)** beworben.

Der Amtssitz Österreich hat große **wirtschaftliche Bedeutung**. Durch die internationalen Organisationen werden rund 19.000 Arbeitsplätze in Österreich gesichert, die Wirtschaftsforschung beziffert den jährlichen Bruttowertschöpfungseffekt mit rund 1,35 Milliarden Euro.

Gestützt auf seine leistungsfähige Kongresswirtschaft hat sich Wien seit Langem als einer der weltweit bedeutendsten Konferenz- und Kongressstandorte etabliert. Die temporäre Beeinträchtigung aufgrund der Covid-19 Pandemie konnte weiter überwunden werden. Österreich bzw. Wien als Ort für internationale Konferenzen und Kodifizierungsverhandlungen aktiv zu unterstützen liegt im Interesse der österreichischen Außenpolitik.

Am 13. und 14. März wurde in Kooperation mit dem Österreichischen Roten Kreuz (ÖRK) und dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) in Wien die Europäische Regionalkonferenz der Nationalen Kommissionen zur Umsetzung des Humanitären Völkerrechts ausgetragen. Aus Anlass des 25. Jahrestages der Annahme der VN-Erklärung über

die Rechte und den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger veranstalteten die VN-Sonderberichterstatterin Mary Lawlor und das BMEIA am 5. Juni in Wien eine Konferenz für junge Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger.

Im Zusammenhang mit dem 30-jährigen Jubiläum der Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte fand am 6. Juni in Wien ein hochrangiges Symposium unter dem Titel „Vienna World Conference 30 Years On: Our Rights – Our Future“ statt, das Bundesminister Alexander Schallenberg eröffnete.

Anlässlich des 100-jährigen Bestehens hielt **Interpol** vom 28. November bis 1. Dezember im Austria Center Vienna die 91. **Generalversammlung am Gründungsort Wien** ab.

4.3 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Als Sitzstaat der OSZE setzte sich Österreich insbesondere für die Stärkung der OSZE als **Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur** ein und unterstützte den nordmazedonischen Vorsitz tatkräftig und erfolgreich bei der Lösungsfindung für den Vorsitz 2024. Der nordmazedonische Vorsitz stand vor allem im Zeichen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie der Notwendigkeit, Entscheidungen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Organisation herbeizuführen, insbesondere in der Frage des OSZE-Vorsitzes für 2024.

Die zahlreichen hochrangigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ministerrat in Skopje am 30. November und 1. Dezember waren sich – bis auf Russland und Belarus – insgesamt sowohl in der Verurteilung des russischen Angriffskrieges als auch der weiteren Unterstützung der Ukraine einig, ebenso in der Bedeutung der Organisation und ihrer Instrumente. Österreich war durch Bundesminister Alexander Schallenberg vertreten. Angesichts der anhaltenden Blockade der estnischen Kandidatur für den Vorsitz 2024 durch Russland bzw. Belarus erklärte sich in letzter Minute Malta bereit, den Vorsitz zu übernehmen. Österreich hatte sich auf allen Ebenen in dieser für das Funktionieren der Organisation entscheidenden Frage eingesetzt und bi- sowie multilaterale Kontakte genutzt, um zu einer Lösungsfindung und den notwendigen Konsens beizutragen. Österreich wird als Sitzstaat der Organisation, dem eine besondere Verantwortung für deren Erhalt und Stärkung zukommt, Malta sowohl personell als auch mit Räumlichkeiten unterstützen. Ebenfalls in letzter Minute konnten die Mandate der vier Leiter der Institutionen (OSZE-Sekretariat, Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

- ODIHR, Beauftragter für Medienfreiheit - RFoM, Hoher Kommissar für nationale Minderheiten - HCNM) verlängert werden, allerdings nur bis zum 3. September 2024 anstatt wie üblich um drei Jahre; auch hier hatte sich Österreich von Anfang an für die Verlängerung eingesetzt. Die andauernde Blockade zum Budget konnte jedoch nicht überwunden werden. Daher ist die Organisation gezwungen, bis auf Weiteres mit den Mitteln des letzten angenommenen Budgets (UB 2021) zu arbeiten. Darüber hinaus musste sie zur Abdeckung der Mindestausgaben ein sogenanntes „repository programme“ annehmen. Österreich beteiligt sich an diesem in vollem Umfang und hat auch Vorauszahlungen geleistet.

Die Mandate der Feldmissionen wurden zu Jahresende wie üblich um ein Jahr verlängert, mit Ausnahme der OSZE-Mission in Moldau, deren Mandat aufgrund russischen Einspruchs nur um sechs Monate verlängert werden konnte. Zwölf Österreicherinnen und Österreicher arbeiteten mit Jahresende 2023 als sekundierte Personen in den Feldmissionen, davon sechs in Südosteuropa, drei in Osteuropa und drei in Zentralasien.

Wegen der russischen Blockade musste die wichtigste OSZE-Menschenrechtskonferenz in Warschau („Human Dimension Implementation Meeting“ (**HDIM**)) erneut als Vorsitzkonferenz ohne Teilnahme der dem HDIM gegenüber kritisch eingestellten teilnehmenden Staaten abgehalten werden. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigte seine Auswirkungen auch auf die drei thematischen Komitees der Organisation. So stand auch im von Österreich geleiteten Wirtschafts- und Umweltkomitee die Situation in der Ukraine im Mittelpunkt der Sitzungen.

4.3.1 Regionalfragen und Feldaktivitäten

Russischer Angriffskrieg – Rolle der OSZE

Aufgrund der Konsensregel musste sich die OSZE auf die politische Diskussion und Verurteilung der Aggression im Ständigen Rat und dem Forum für Sicherheitskooperation bzw. auf deren Aufarbeitung in den Fachgremien beschränken. Beim Ministerrat, an dem auch der russische

Außenminister teilnahm, kam es zu einer beinahe einhelligen Verurteilung des russischen Angriffskrieges und der Beihilfe von Belarus.

Obwohl Russland durch sein Veto im März bzw. Juni 2022 sowohl die Special Monitoring Mission in Ukraine (**SMM**) als auch den Project Coordinator in Ukraine (**PCU**) zur Einstellung gezwungen hatte, ist die OSZE in Form des Support Programme for Ukraine (**SPU**) in der Ukraine weiterhin präsent. Österreich leistete dazu auch 2023 einen substantiellen Beitrag.

Österreich gehörte zu den 38 teilnehmenden Staaten, die den sogenannten Moskau-Mechanismus anriefen (zum Thema „Violations and Abuses of International Humanitarian and Human Rights Law, War Crimes and Crimes Against Humanity, related to the Forcible Transfer and/or Deportation of Ukrainian Children to the Russian Federation“).

Protracted Conflicts

Der Konfliktbeilegungsprozess zu **Transnistrien** kam 2019 nahezu zum Erliegen. Das letzte „5+2“-Treffen in Bratislava Ende 2019 zwischen den beiden Konfliktparteien **Moldau und Transnistrien** unter Vermittlung von OSZE, Ukraine und Russland sowie unter Beobachtung durch EU und USA brachte keine Einigung auf weitere Annäherungsschritte. Aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine fanden 2023 keine Treffen im „5+2“-Format statt, sondern lediglich auf Arbeitsebene. Der Sonderbeauftragte des OSZE-Vorsitzes, der österreichische Diplomat Bot. Thomas Mayr-Harting, wurde vom maltesischen OSZE-Vorsitz wiederbestellt.

Zentralasien

Die Arbeit der OSZE-Feldmissionen in allen fünf Staaten Zentralasiens wurde aufgrund der Auswirkungen der Afghanistan-Krise auf den OSZE-Raum dringlicher. Die von Österreich mitfinanzierte OSZE-Akademie Bischkek bildet Expertinnen und Experten der Region, so auch aus Afghanistan, in internationalen Beziehungen aus. Das OSZE-Programmbüro in Duschanbe unterstützt Tadschikistan in den Bereichen Grenzmanagement (insbesondere durch das von Österreich unterstützte Border Management Staff College der OSZE in Duschanbe),

Konfliktverhütung, Bekämpfung von transnationalen Bedrohungen, Korruption und gewalttätigem Extremismus.

Wahlbeobachtung

Wahlbeobachtungsmissionen unterschiedlicher Formate, zu denen Österreich Wahlbeobachterinnen und -beobachter entsandte, fanden 2023 in Kasachstan, Montenegro, der Türkei, Albanien, Usbekistan, Moldau und Serbien statt. Österreich beteiligte sich an diesen ODIHR-Wahlbeobachtungsmissionen mit der Entsendung von 29 Kurzzeit- und drei Langzeitwahlbeobachterinnen und -beobachtern. Im Rahmen der Wahlbeobachtung durch die Parlamentarische Versammlung der OSZE entsandte das österreichische Parlament eigene Wahlbeobachterinnen und -beobachter.

4.3.2 Sicherheitspolitische Dimension

Die Erosion der Verträge über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-V) und den Offenen Himmel (OH-V) beschleunigte sich durch den Austritt bzw. die Stilllegung von USA und Russland. Die Arbeitsstrukturen der Sicherheitskooperation im Rahmen der OSZE und der konventionellen Rüstungskontrolle wurden jedoch für die Zukunft erhalten. Österreich unterstützte verschiedene Projekte in diesem Bereich, z.B. die Sicherheit von Waffenlagern, Verifikationsanstrengungen oder den Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

4.3.3 Wirtschafts- und Umweltdimension

Der österreichische Vorsitz des Wirtschafts- und Umweltkomitees der OSZE konzentrierte sich auf aktuelle und dringliche Wirtschafts- und Umweltfragen. Die Vorsitzprioritäten lagen auf der Ausgewogenheit und Verknüpfung relevanter Wirtschafts- und Umweltfragen durch thematische Prioritäten wie Energie- und Ernährungssicherheit, die Verknüpfung zwischen Umwelt, Korruption und Geldwäsche, Konnektivität sowie die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels. Darüber hinaus standen die wirtschaftliche Stärkung von

Frauen, die digitale Transformation, Good Governance sowie die Risikoreduzierung und Bewältigung von Katastrophen im Mittelpunkt.

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wurde zudem besonderes Augenmerk auf die wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen der Zerstörung in der Ukraine gelegt. Die auf Ersuchen der Ukraine einberufene Sondersitzung des Wirtschafts- und Umweltkomitees am 19. Juni behandelte die unmittelbaren und langfristigen ökologischen, humanitären und wirtschaftlichen Folgen der Zerstörung des Kakhovka-Staudamms auf die Ukraine und die gesamte OSZE-Region.

Aufgrund des ausbleibenden Konsenses wurde das traditionelle, jährliche Wirtschafts- und Umweltforum (EEF) in Prag am 14. und 15. September als "Chairpersonship Event" abgehalten. Das jährliche Implementierungstreffen der Wirtschafts- und Umweltdimension (EEDIM) fand am 13. November nach der einzigen, unter aktiver österreichischer Teilnahme erwirkten Konsensentscheidung betreffend eine mandatierte Veranstaltung statt. Österreich unterstützte unter anderem Projekte zu Klimawandel und Sicherheit, frauengeführte Kleinunternehmungen oder effiziente Beschlagnahme und Verwendung von kriminell erworbenen Vermögenswerten.

4.4 Europarat

Die Erklärung von Reykjavík, die beim 4. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 16. und 17. Mai verabschiedet wurde, ist der politische Leitfaden des Europarates für die kommenden Jahre. Österreich war durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen vertreten. Anlass des Gipfels war der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und der damit verbundene Ausschluss Russlands aus dem Europarat. Die nunmehr 46 Mitgliedstaaten bekannten sich in Reykjavík zu ihrem gemeinsamen Wertesystem und hoben in der Erklärung zahlreiche Bereiche hervor, die Österreich ein wichtiges Anliegen sind. Dazu gehört ein effektiver Schutz durch die **Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)** ebenso wie die Anpassung von Menschenrechtsstandards an Zukunftsthemen wie künstliche Intelligenz oder Umweltschutz.

Im April wurde der Beitrittsantrag des Kosovo vom **Ministerdelegiertenkomitee (MDK)** an die **Parlamentarische Versammlung (PV)** zur Ausarbeitung einer Stellungnahme über die

Beitrittsfähigkeit weitergeleitet. Im Sinne der Heranführung des Kosovo an europäische Standards unterstützt Österreich diesen Prozess.

In den Verhandlungen über den Beitritt der EU zur EMRK wurde eine Einigung über die Verfahrensaspekte erzielt. Die noch offenen politischen Fragen müssen innerhalb der EU gelöst werden. Österreich setzt sich aktiv für den Beitritt der EU zur EMRK ein. Ebenso hat Österreich den Beitritt der EU zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) unterstützt, der mit der Ratifikation am 28. Juni vollzogen wurde.

Thematische Schwerpunkte

Ein effektiver Menschenrechtsschutz ist Grundvoraussetzung für das Funktionieren des EMRK-Systems, das durch die Nichtumsetzung von Urteilen des **Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR)** gefährdet wird. Österreich nimmt daher seine Verantwortung im Rahmen der Aufsichtskompetenz des MDK für die Umsetzung von EGMR-Urteilen ernst. Besondere Herausforderungen ergeben sich für den Europarat aus der anhaltenden Nichtumsetzung des Urteils gegen die Türkei im Fall der Inhaftierung von Osman Kavala (Verstoßverfahren gemäß Artikel 46 Absatz 4 der EMRK).

Angesichts der rasanten Entwicklungen ist es dem Europarat ein besonderes Anliegen, rechtzeitig neue Instrumente zu Zukunftsthemen zu erarbeiten. Österreich beteiligt sich aktiv an der Ausarbeitung einer Rahmenkonvention zu künstlicher Intelligenz und Menschenrechten und unterstützt die Vertiefung der Umweltthematik aus menschenrechtlicher Perspektive. Die Reykjavík-Erklärung sieht zudem vor, das Thema Umwelt zu einer sichtbaren Priorität des Europarates zu machen.

Auch ohne sicherheitspolitisches Mandat beschäftigt sich der Europarat intensiv mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, und zwar auf dem Wege der völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Rechenschaftspflicht. Dazu gehört die Sicherstellung der Rechenschaftspflicht für Russland. Als ersten Schritt hin zu einem Kompensationsmechanismus

hat der Europarat ein Register zur Erfassung von Kriegsschäden eingerichtet, dem Österreich als Gründungsmitglied beigetreten ist.

Der Ausbau einer effizienten Zusammenarbeit des Europarates mit anderen internationalen Organisationen ist ein zentrales Anliegen Österreichs. Die EU ist ein strategischer Partner des Europarates und greift strukturell auf dessen Expertise und Umsetzungskompetenz zurück. Gemeinsame Projekte tragen maßgeblich zur Förderung menschenrechtlicher, demokratischer und rechtsstaatlicher Standards bei. Dies ist unter anderem im Zusammenhang mit dem EU-Erweiterungsprozess von großer Bedeutung. Besonders relevant für die internationale Bewertung innerstaatlicher Rechts- und Verfassungsfragen sind dabei die Arbeiten der **Venedig-Kommission** oder jene der **Staatengruppe gegen Korruption (GRECO)**.

Die **Istanbul-Konvention** ist eines der wichtigsten und erfolgreichsten Instrumente des Europarats und der weltweit höchste Standard zum Schutz von Frauen auch vor häuslicher Gewalt. Österreich setzt sich aktiv für die Ratifizierung der Konvention in möglichst vielen Ländern ein.

Überprüfung der Einhaltung von Verpflichtungen der Mitgliedstaaten

Einer der wichtigsten Arbeitsbereiche des Europarates ist die Überprüfung der Einhaltung von Verpflichtungen der Mitgliedstaaten, die aus dem Beitritt zum Europarat in den Bereichen Menschenrechte, pluralistische Demokratie sowie Rechtsstaatlichkeit (Justiz) erwachsen. Ein themenspezifisches Monitoring betrifft Verpflichtungen der Mitgliedstaaten als Vertragsparteien bestimmter Europarats-Konventionen. So führt das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) periodische und ad-hoc Inspektionen von Haftanstalten, Polizeistationen und geschlossenen psychiatrischen Abteilungen durch. Die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) zielt darauf ab, durch gegenseitige Evaluierung und Gruppendruck Reformen zur Erreichung von Europarats-Standards anzustoßen. Ein Expertenkomitee (GRETA) überwacht die Umsetzung der Europarats-Konvention gegen Menschenhandel. Ein weiteres, GREVIO, überwacht die Umsetzung der Istanbul-Konvention. Die Beratenden Ausschüsse des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM) sowie der Minderheiten-Sprachencharta (ECRML) evaluieren jeweils die nationale Umsetzung dieser beiden Konventionen. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) führt vornehmlich Länderüberprüfungen

durch. Der Europäische Ausschuss für Soziale Rechte (ECSR) überwacht die Einhaltung der Europäischen Sozialcharta durch deren Vertragsparteien. In den Komitees sind auch österreichische Expertinnen und Experten vertreten.

Am 7. Juni übermittelte Österreich seinen Bericht zur ersten thematischen Evaluierungsrunde von GREVIO; im Oktober führte GREVIO einen Evaluierungsbesuch in Österreich durch. Eine GRETA-Delegation stattete Österreich vom 11.-14. Dezember einen Länderbesuch ab. Der Bericht des Expertenausschusses zur Umsetzung der ECRML in Österreich wurde am 15. März angenommen, Empfehlungen des MDK dazu wurden am 4. Oktober verabschiedet. Der Bericht des Beratungsausschusses zur FCNM zur Umsetzung in Österreich wurde am 8. Juni angenommen, das MDK verabschiedete dazugehörige Empfehlungen am 13. Dezember. Am 27. Juni wurde der neueste Bericht des CPT zu Österreich publiziert.

Österreich und der Europarat

Bundespräsident Alexander Van der Bellen vertrat Österreich am 16. und 17. Mai beim 4. Gipfel der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs in Reykjavík. Die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures nahm in ihrer Eigenschaft als Mitglied der PV, die Landtagspräsidenten Harald Sonderegger (Vorarlberg) und Reinhart Rohr (Kärnten) sowie Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann (Tirol) in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des KGRE an den Sitzungen dieser Organe teil.

2023 übernahm Botschafter Prof. Helmut Tichy den Vorsitz des Komitees der Rechtsberaterinnen und Rechtsberater zu Völkerrecht. Fritz Zeder wurde als neuer Vorsitzender des Komitees für Strafrechtsfragen gewählt.

Österreich nominierte den Menschenrechtsexperten Manfred Nowak als Kandidat für die Nachfolge der Menschenrechtskommissarin des Europarates, Dunja Mijatović. Im Oktober wurde er vom MDK auf den Dreivorschlag gewählt, der zur Wahl an die PV weitergeleitet wurde.

Das 1994 gegründete Europäische Fremdsprachenzentrum (EFSZ) in Graz ist die einzige Institution des Europarates in Österreich. Es basiert auf einem erweiterten Teilabkommen,

unterstützt die Implementierung von sprachenpolitischen Maßnahmen und fördert Innovationen im Sprachunterricht.

Österreicherinnen und Österreicher im Europarat

Etwa 15 Österreicherinnen und Österreicher sind als Bedienstete des Europarates tätig. Österreichische RichterIn am EGMR ist seit November 2015 Gabriele Kucsko-Stadlmayer, Mitglied der Venedig-Kommission seit 2006 Christoph Grabenwarter. Gerhard Ermischer wirkt als Präsident der Konferenz Internationaler Nichtregierungsorganisationen beim Europarat.

4.5 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Entwicklungen und generelle Tendenzen

Die Erweiterung der Organisation, der Krieg in der Ukraine sowie die globalen Wirtschaftsentwicklungen standen weiterhin im Fokus der Organisation. Die Bundesministerinnen und Bundesminister Leonore Gewessler, Martin Kocher und Magnus Brunner nahmen an Fachministertagungen bzw. am OECD-Ministerrat (MCM) teil.

Im Einklang mit einer zentralen strategischen Priorität der Organisation seit 2007, Länder aus Südostasien für eine mögliche Mitgliedschaft zu identifizieren, stellte Indonesien im Juli einen formellen Antrag auf Aufnahme in die OECD. Österreich unterstützt den Beitrittsprozess und sieht diesen auch als Möglichkeit, das Bekenntnis der Kandidaten zu den maßgeblichen gemeinsamen Werten zu vertiefen.

Der alljährliche OECD-Ministerrat (MCM) am 7. und 8. Juni in Paris unter Vorsitz des Vereinigten Königreichs stand unter dem Motto: „Securing a resilient future: Shared values and global

partnerships". Die österreichische Delegation wurde von Bundesminister Magnus Brunner geleitet.

In Abständen von zwei Jahren überprüft das OECD-Sekretariat die wirtschaftliche und soziale Verfasstheit ihrer Mitgliedstaaten. Die Vorbereitungen für den neuen Länderbericht zu Österreich wurden begonnen. Die Vorstellung des neuen Berichts ist für das Jahr 2024 geplant.

Entwicklungspolitik

Die offiziellen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) für 2022 erreichten ein Allzeithoch von 211 Milliarden US-Dollar. Auch **Österreich** konnte einen leichten **Anstieg auf 0,39 % BNE** verzeichnen. Im Mai konnte die **DAC Guidance on Gender Equality and Women's Empowerment** nach langen Verhandlungen mit der Enthaltung Ungarns angenommen werden. Estland trat im Juli als 32. Mitglied dem OECD-Entwicklungsausschuss bei.

Internationale Steuerpolitik

Die Arbeiten an der Zwei-Säulen-Lösung für die steuerlichen Herausforderungen der Digitalisierung der Wirtschaft vom OECD/G20 Inclusive Framework (IF) on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) wurden intensiv fortgeführt. Im Oktober wurde der Entwurf für das Multilaterale Abkommen zur Neuverteilung von Besteuerungsrechten von sehr großen, sehr profitablen, multinationalen Konzernen (Amount A) veröffentlicht. Die Fertigstellung des Textes für das multilaterale Abkommen sowie die Einführung von Amount B (Säule 1), die Vereinfachung der Anwendung der Verrechnungspreisgrundsätze für bestimmte Vertriebstätigkeiten, wurden auf 2024 verschoben. Durch die Umsetzung der globalen effektiven Mindestbesteuerungsregeln für Großkonzerne (GloBE) in mehr als 55 Staaten sowie die formelle Annahme des Multilateralen Instrumentes zur Single Tax Treaty Rule durch das IF konnten beide Teile der Säule 2 erreicht werden. Die GloBE-Regeln wurden in Österreich über die am 14. Dezember 2022 verabschiedete EU-Richtlinie betreffend globale Mindeststeuer durch das Bundesgesetz zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung für

Unternehmensgruppen (Mindestbesteuerungsgesetz – MinBestG) umgesetzt und traten mit 31. Dezember 2023 in Kraft.

An der laufenden Arbeit, etwa der Aktualisierung des Kommentars zur OECD Model Tax Convention, beteiligte sich Österreich durch Präsentationen sowie die Vorsitzführung in einer Fokusgruppe.

Arbeit und Soziales

Österreich ist im Bereich Arbeit und Soziales ein angesehenes Mitgliedsland. Im September besuchte Petra Draxl, neu im Vorstand des AMS Österreich, die OECD, um den Austausch mit australischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern zu bereichern. Umgekehrt stattete im November der stellvertretende Generalsekretär der OECD, Yoshiki Takeuchi, Österreich einen Besuch ab, um gemeinsam mit Bundesminister Johannes Rauch die Studie „Childhood Socio-economic Disadvantage in Austria: A Snapshot of Key Challenges“ zu präsentieren und Gespräche mit Expertinnen und Experten, unter anderem im BMBWF, zu führen.

Das österreichische Know-how ist im LEED Komitee (Local Employment and Economic Development) gefragt. Christine Juen, Attachée des BMAW an der Ständigen Vertretung Österreichs bei der OECD, wurde als Vizevorsitzende bestätigt und Sektionschef im BMAW Georg Konetzky konnte als Nationaler Koordinator des „European Year of Skills“ im LEED-Komitee die österreichischen Tätigkeiten präsentieren.

Gesundheit

Die neue Ausgabe des Berichts „Health at a Glance“ zeigt die weiterhin gute Stellung von Österreichs Gesundheitssystem im OECD-Vergleich. So sind z.B. Lebenserwartung und die

Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Gesundheitsversorgung überdurchschnittlich hoch. Es werden jedoch einige Bereiche aufgezeigt, in denen Handlungsbedarf herrscht.

Bildung und Kompetenzen

Der Bildungs- und Kompetenzbereich gilt als einer der öffentlichkeitswirksamsten Grundpfeiler der OECD-Arbeit. Anhand von OECD-Daten werden internationale Vergleiche über **Bildungs- und Kompetenzergebnisse (PISA, PIAAC)** erstellt und nationale Kompetenzstrategien entwickelt. Die neuesten PISA-Ergebnisse wurden im Dezember von der OECD präsentiert. Der Blick nach vorne für die Bildung prägt die Arbeit des Bildungsdirektorats. Das OECD Centre for Skills gibt „Kompetenzen“ Sichtbarkeit und Bedeutung. An den diesjährigen hochrangigen Education Policy Reform Dialogues in Helsinki nahm Sektionschefin im BMBWF Doris Wagner für Österreich teil.

Landwirtschaft

Aufbauend auf der **Erklärung der Agrarminister der OECD-MS im November 2022** unterzog sich die Europäische Union einer Überprüfung ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik anhand der **Studie „Policies for the Future of Farming and Food in the EU“**. Österreich stellte hierfür erforderliche Daten und Fakten zur heimischen Landwirtschaft zur Verfügung und wirkte aktiv an der Berichtserstellung mit. Die im Oktober fertiggestellte Studie gibt einen Überblick über die vergangene EU-Agrarpolitik und Empfehlungen für deren zukünftige Ausrichtung. So sind aus OECD-Sicht beispielsweise Maßnahmen zur Stärkung der Innovationsfähigkeit, eine datengesteuerte Politikgestaltung und Investitionen in digitale Technologien wichtige

Bestandteile für eine zukunftssträchtige Landwirtschaft in Europa. Mehrere **Empfehlungen der OECD finden sich bereits in der aktuellen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU** umgesetzt.

4.6 Menschenrechte

Der Einsatz für die Menschenrechte ist ein Kernanliegen der Außenpolitik Österreichs. Schutz und Förderung der Menschenrechte weltweit sind unabdingbar dabei, Freiheit und Demokratie auch für künftige Generationen zu bewahren.

Österreich setzt sich mit konkreten Initiativen konsequent in allen internationalen Foren auf Ebene der VN und als EU-Mitglied insbesondere für seine Schwerpunkte ein, brachte sie in bilateralen Gesprächen auf und richtete entsprechende Empfehlungen im Rahmen der Tagungen der Allgemeinen Staatenprüfungen des VN-Menschenrechtsrats (**VN-MRR**) in Genf an einzelne Staaten.

4.6.1 Schwerpunkte

Abschaffung der Todesstrafe

Gemeinsam mit einer breiten Gruppe von Staaten aus allen Regionen und in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen setzt sich Österreich für die weltweite Ächtung der Todesstrafe ein. Die einschlägigen Bemühungen der VN werden von Österreich konsequent unterstützt. Bei den universellen Staatenprüfungen durch den VN-MRR (UPR) gab Österreich den Staaten Ghana und Israel Empfehlungen zur Abschaffung bzw. Aufrechterhaltung eines Moratoriums zur Nicht-Anwendung der Todesstrafe ab. Darüber hinaus tritt Österreich sowohl in bilateralen Gesprächen als auch im Rahmen von Demarchen und Interventionen auf Ebene der EU vehement für die Abschaffung der Todesstrafe ein.

Der Ausschuss von Expertinnen und Experten des Europarats (CPT), der die Umsetzung der Europäischen Konvention für die Verhütung von Folter und erniedrigender Behandlung und

Strafe überprüft, veröffentlichte am 27. Juni nach seinem Länderbesuch Ende 2021 einen Bericht zu Österreich.

Förderung der Frauenrechte

Österreich nahm als Mitglied der VN-Frauenstatuskommission für die Periode 2021-2025 an der 67. Sitzung im März teil. Die österreichische Delegation brachte sich auf allen Ebenen aktiv ein. Österreich beteiligte sich weiters an sechs Side Events u.a. zur Sicherheit von Journalistinnen und zur Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 in der Ukraine.

Österreich setzte sich auch in den Offenen Debatten des VN-Sicherheitsrates (**VN-SR**), in der VN-Generalversammlung (**VN-GV**), im VN-MRR sowie im EU-Rahmen gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten u.a. gegen die Verwässerung internationaler Standards zu Frauenrechten sowie für das Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ ein. Darüber hinaus engagierte sich Österreich weiterhin für die Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) durch möglichst viele Mitgliedstaaten des Europarats. Im Juni wurde Bot. Prof. Helmut Tichy erfolgreich als österreichischer Experte in das Expertenkomitee der Istanbul-Konvention (**GREVIO**) gewählt. Im Oktober wurde Österreich einer thematischen Evaluierung unterzogen.

In der Entwicklungszusammenarbeit setzte Österreich die Unterstützung der Umsetzung der VN-SR-Resolution 1325 im Rahmen von Projekten zur Stärkung der Rolle von Frauen in allen Phasen von Konfliktlösung und Friedensverhandlungsprozessen, aber auch zum Schutz vor Gewalt, fort. Österreich finanzierte unter anderem Projekte zur Unterstützung von weiblichen Zivilgesellschaftsorganisationen und Menschenrechtsverteidigerinnen in Afghanistan, zur Stärkung der Geschlechterperspektive in der Humanitären Hilfe in der Ukraine und zur Stärkung der Rechte von indigenen Frauen in Brasilien.

Kinderrechte

Österreich setzt sich weiterhin in allen internationalen Foren für den Schutz der Kinderrechte ein. Gemeinsam mit 44 anderen Staaten hat Österreich im März den Moskauer Mechanismus

der OSZE zur Untersuchung und Dokumentation der Entführung von Kindern aus der Ukraine ausgelöst. Am 8. Dezember trat Österreich zudem der Internationalen Koalition für die Rückkehr ukrainischer Kinder bei.

Minderheitenschutz, Religionsfreiheit und Schutz religiöser Minderheiten

Aus der Überzeugung, dass Ausgrenzung und Hass oft am Beginn von Gewalt und bewaffneten Konflikten stehen, setzt sich Österreich weltweit gegen Ausgrenzung, Stigmatisierung und Verfolgung jener ein, die aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Sprache, ihrer Religion oder aus anderen Gründen als anders wahrgenommen werden.

So unterstützt Österreich aktiv das Mandat des **VN-Sonderberichterstatters zu Minderheitenfragen** und brachte im Rahmen des 52. VN-MRR eine Resolution zur Verlängerung des Mandates um weitere drei Jahre ein (VN-MRR-Resolution 52/5). Am 30. November und 1. Dezember fand das von Österreich initiierte und maßgeblich finanziell unterstützte **VN-Minderheitenforum in Genf** statt.

In der 78. VN-GV brachte Österreich eine **Resolution zum Schutz von Minderheiten** ein, arbeitete eng mit den **Monitoring-Mechanismen des Europarates** im Bereich Minderheitenschutz zusammen und brachte gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedstaaten jeweils in der VN-GV und im VN-MRR Resolutionen zur Religionsfreiheit ein. Österreich unterstützt damit auch das Mandat des **Sonderberichterstatters zu Religionsfreiheit**. Österreich hat außerdem die schwierige Situation von **religiösen Minderheiten** regelmäßig in den Länderdebatten des VN-MRR und im Rahmen der universellen Staatenprüfungen, aber auch in der VN-GV zur Sprache gebracht.

Österreich ist Gründungsmitglied der **Internationalen Allianz für Religions- und Glaubensfreiheit (IRFBA)** und nahm im November an der in Prag veranstalteten IRFBA-Ministerkonferenz teil, bei der u.a. die Gründung einer von Österreich geleiteten Arbeitsgruppe zu interreligiösem Dialog und Religions- und Glaubensfreiheit bekanntgegeben wurde. Österreich stimmt sich auch regelmäßig mit gleichgesinnten Ländern im Rahmen der internationalen Kontaktgruppe zu Religions- und Glaubensfreiheit (ICG-FORB) sowie mit dem

EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit im Rahmen der Vienna Group on Religion & Diplomacy ab.

Medienfreiheit und Schutz von Journalistinnen und Journalisten

Medienfreiheit und unabhängige Berichterstattung sind tragende Säulen einer Demokratie. Insbesondere die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten ist zentraler Bestandteil der internationalen Bemühungen. Österreich hat dabei den Vorsitz in den thematischen Freundesgruppen in Genf, bei der UNESCO in Paris und ist Mitglied der entsprechenden Gruppen am VN-Amtssitz in New York sowie bei der OSZE und beim Europarat.

Während der 78. VN-GV brachte Österreich als Bestandteil der Kerngruppe erneut eine Resolutionsinitiative zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten ein. Der Fokus lag diesmal auf online und offline-Risiken von Medienschaffenden, einschließlich geschlechtsspezifischer Gewalt in bewaffneten Konflikten. Dabei wurden erstmals die Herausforderungen durch künstliche Intelligenz aufgenommen.

Neue digitale Technologien

Neue digitale Technologien können die Verwirklichung von Menschenrechten fördern, können diese – ohne angemessene Maßnahmen – aber auch ernsthaft gefährden. Österreich engagierte sich daher weiterhin systematisch für die Einhaltung menschenrechtlicher Standards bei der Entwicklung und in der Anwendung von neuen Technologien.

Im Rahmen des **53. VN-MRR** brachte Österreich die **dritte Resolution zu Neuen Technologien und Menschenrechten** mit ein, die erste VN-Resolution, in der auch künstliche Intelligenz behandelt wird. In der Resolution werden Risiken künstlicher Intelligenz für die Menschenrechte anerkannt und es wird festgehalten, dass gewisse Anwendungen inakzeptable Risiken für die Menschenrechte darstellen.

Sowohl im Rahmen des **Europarates** (Ad Hoc Ausschuss zu Künstlicher Intelligenz, CAHAI) als auch auf Ebene der **Europäischen Union** (u.a. Verordnungsentwurf zur Regulierung Künstlicher Intelligenz) führte Österreich seinen Schwerpunkt in der Etablierung eines

menschenrechtsbasierten Ansatzes fort und beteiligte sich auch 2023 weiterhin aktiv an der Arbeit der Freedom Online Coalition (**FOC**).

Menschenrechtsbildung

Vertreterinnen und Vertreter des Völkerrechtsbüros des BMEIA unterrichteten regelmäßig an Bildungsinstitutionen, hielten Vorträge, nahmen an Diskussionsveranstaltungen mit der interessierten Öffentlichkeit teil und pflegten den Austausch mit Studierenden sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen, um Wissen und Information über Menschenrechte zu vermitteln und Verständnis dafür zu schaffen, Menschenrechte zu achten, zu schützen und auch im eigenen Umfeld umzusetzen.

4.6.2 Menschenrechte in den Vereinten Nationen

Österreich nahm das Jahr 2023, das als VN-Menschenrechtsjubiläumsjahr mit dem 75. Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) und dem 30. Jubiläum der Wiener Erklärung und Arbeitsprogramm (VDPA) begangen wurde, zum Anlass, gemeinsam mit dem Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, Bewusstsein für die bisherigen Errungenschaften, aber auch die aktuellen Herausforderungen zu stärken.

Am 6. Juni fand ein Symposium mit dem Titel "Vienna World Conference - 30 Years On: Our Rights - Our Future" statt, um die Weiterentwicklung des internationalen Menschenrechtsschutzes voranzutreiben. In Zusammenarbeit mit dem Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) wurde das Symposium als offizieller Auftakt des Menschenrechtsjubiläumsjahrs konzipiert, das im Dezember seinen Höhepunkt mit den Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag der AEMR in Genf fand. Prominente Menschenrechtsverteidigerinnen, wie die iranische Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, die pakistanische Frauenrechtsaktivistin Hina Jilani, die junge Afghanin Pashta Durrani oder die indische Investigativjournalistin Rana Ayyub nahmen als Panelistinnen teil. Cate Blanchett, Sonderbotschafterin des UNHCR, die jesidische Aktivistin Nadia Murad und UN-Generalsekretär António Guterres meldeten sich per Videobotschaft zu Wort. Das Symposium zum 30-jährigen Jubiläum widmete sich drei wichtigen Themen: der Universalität und Unteilbarkeit der

Menschenrechte, den Auswirkungen neuer Technologien auf die Menschenrechte und der Rolle der Menschenrechte als Lösungsansatz für zukünftige Herausforderungen.

Neben dem Symposium organisierte das BMEIA weitere Zusatzveranstaltungen, darunter die **Vienna Youth Human Rights Defenders Conference 2023** und die **Human Rights Fair: Menschenrechte (Er)leben im Wiener Museumsquartier** sowie das **Sommerkonzert der Wiener Philharmoniker**.

Die VN-Sonderberichterstatterin Mary Lawlor veranstaltete mit Unterstützung des BMEIA am 5. Juni 2023 im Vienna International Centre in Wien eine Konferenz für 40 junge Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger aus aller Welt. Ziel der Konferenz war es, die Arbeit junger Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger anzuerkennen und zu fördern, eine Plattform für Austausch und Solidaritätsbildung zu bieten und die altersspezifischen Risiken zu ermitteln, um Regierungen und multilaterale Akteure darüber zu informieren, wie sie und ihre Arbeit besser unterstützt und geschützt werden können.

Auf Initiative des BMEIA wurde das weltweit übertragene Sommernachtskonzert der Wiener Philharmoniker in Schönbrunn am 8. Juni 2023 den Menschenrechten gewidmet.

Diese Veranstaltungen markierten den Beginn von insgesamt 75 Folgeveranstaltungen zum Thema Menschenrechte, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen, institutionellen Partnern und Thinktanks.

OHCHR wurde personell durch Entsendung einer Expertin im Rahmen des Junior Professional Officer Programms unterstützt.

VN-Menschenrechtsrat

Ab Februar fand die 52. Sitzung des VN-MRR statt, in der Österreich seinen langjährigen nationalen Schwerpunkt mit der Resolution zu Minderheitenrechten fortsetzte.

Im Juni engagierte sich Österreich während der 53. Tagung des VN-MRR in den Verhandlungen zu einer Resolution zu "Neuen Technologien und Menschenrechten" (siehe „Neue Digitale Technologien“). Auch die Resolution zu den "Negativen Auswirkungen von Korruption auf die

Ausübung von Menschenrechten", an der Österreich regelmäßig beteiligt ist, wurde vom VN-MRR im Konsens angenommen.

Im Oktober brachte Österreich während der 54. Tagung des VN-MRR erneut die Resolution zum Recht auf Privatsphäre mit ein. Der Resolutionstext enthält einige von Österreich vorgeschlagene, neue Elemente zum Datenschutz wie auch Passagen über die digitale Kluft und die besonderen Herausforderungen für Entwicklungsländer beim Zugang zu neuen Technologien.

Menschenrechte in der Generalversammlung der Vereinten Nationen

Österreich übernahm im September den Vorsitz im 3. Komitee (3C) der VN-GV und leitete eine Sitzungsperiode ein, die von kontroversen, aber respektvollen Diskussionen über Menschenrechte geprägt war. Unter österreichischem Vorsitz wurden das bisher ambitionierteste Arbeitsprogramm mit 62 Resolutionsinitiativen und 95 interaktiven Dialogen bearbeitet. Schwerpunkte der Verhandlungen waren die Situation im Nahen Osten, der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine sowie Menschenrechtsverletzungen weltweit.

Österreich legte im 3C einen nationalen Schwerpunkt auf Minderheitenrechte und den Schutz von Journalistinnen und Journalisten und beteiligte sich aktiv an neuen Resolutionen, darunter eine zu Menschenrechten im digitalen Kontext.

Österreich konnte sich während der Sitzungsperiode als starke Kraft im Bereich Menschenrechte präsentieren, insbesondere anlässlich des Jubiläums von 75 Jahren AEMR und 30 Jahren Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte. So konnte Österreich eine Resolution initiieren, in der sich alle Mitgliedstaaten zur AEMR bekannten und die das Verbindende über das Trennende stellt.

4.6.3 Menschenrechte in der Europäischen Union

Unter den Ratsvorsitzen von Schweden und Spanien wurde ein Schwerpunkt auf Demokratiestärkung, Frauenrechte und den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern gelegt. Dies spiegelte sich auch in der Halbzeitevaluierung des EU-Aktionsplan für

Menschenrechte und Demokratie 2020-2024 wider, in die sich Österreich ebenfalls mit seinen Menschenrechtsschwerpunkten einbrachte. So konnte in der Ratsarbeitsgruppe Menschenrechte in EU-Außenbeziehungen (COHOM) unter anderem ein stärkerer Fokus auf die menschenrechtlichen Auswirkungen von digitalen Technologien erzielt werden.

Die Arbeiten im EU-Menschenrechtsbereich waren erneut von den weltweiten Kriegen und Konflikten etwa in der Ukraine oder im Nahen Osten geprägt. Österreich unterstützte deshalb die Verlängerung des 2020 eingerichteten globalen EU-Menschenrechtssanktionenregimes um drei weitere Jahre und stimmte im Lauf des Jahres neuen Listungen von insgesamt 50 Einzelpersonen und 15 Entitäten aufgrund von schweren Menschenrechtsverstößen zu. Um diese Sanktionen gezielt einzusetzen, ohne der Zivilbevölkerung zu schaden, setzte sich Österreich besonders für die Berücksichtigung humanitärer Ausnahmeregelungen ein.

Fragen der Menschenrechtspolitik innerhalb der EU werden in der Ratsarbeitsgruppe für Grundrechte, Bürgerrechte und Bewegungsfreiheit (FREMP) behandelt, in der Österreich in gesamtstaatlicher Koordination mit mehreren Ministerien mitwirkt.

An den EU-Wahlbeobachtungsmissionen, die 2023 in Nigeria, Paraguay, Guatemala, Sierra Leone, Liberia, Simbabwe, Malediven und D.R. Kongo stattfanden, beteiligte sich Österreich wieder durch Nominierungen von Wahlbeobachtenden und leistete einen konkreten Beitrag zur weltweiten Stärkung der Demokratie.

4.7 Abrüstung und Rüstungskontrolle

Die **Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)** hat ihre Hauptaufgaben in der weltweiten Förderung der friedlichen Nutzung von Kernenergie, der Erhöhung der nuklearen Sicherheit sowie der Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT). 2023 wurde ihr Generaldirektor Rafael Mariano Grossi für weitere vier Jahre im Amt bestätigt.

Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine und insbesondere die Besetzung des Kernkraftwerks Saporischschja ab März 2022 brachte erhöhte nukleare Gefahren mit sich, die sich direkt auf die Arbeit der IAEO auswirkten. Auf Drängen des IAEO Generaldirektors wurde daraufhin die

ständige Präsenz von IAEF-Fachpersonal in der Anlage ermöglicht. Österreich unterstützte die Arbeit der IAEF in der Ukraine 2023 mit einem Betrag in Höhe von einer Million Euro.

2023 erfolgte die volle Inbetriebnahme eines neu gebauten Schulungs- und Demonstrationszentrums der IAEF für nukleare Sicherheit auf dem IAEF-Gelände in Seibersdorf. Im Oktober unterzeichnete die IAEF zudem einen Vertrag zum Bau neuer Laborgewächshäuser.

Die **Vorbereitende Kommission der Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO)** ist seit 1997 in Wien tätig. Im September wurde nach fast vier Wochen intensiver Feldaktivitäten am Truppenübungsplatz in Bruckneudorf eine Vor-Ort-Inspektionsübung abgeschlossen. Außerdem fanden zwei weitere Kurse im Rahmen des neuen linearen Ausbildungsprogramms für Vor-Ort-Inspektionen am „CTBTO Technology Support and Training (TeST) Centre“ in Seibersdorf statt.

4.7.1 Internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle

Risiken von Massenvernichtungswaffen

Das Streben nach einer Welt frei von Atomwaffen ist ein Schwerpunkt der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik. Am 22. Jänner 2021 trat das völkerrechtliche Verbot von Nuklearwaffen, der **Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, TPNW)**, in Kraft. Zu Jahresende 2023 haben 93 Staaten den Vertrag unterzeichnet und 69 Staaten ratifiziert. Der TPNW ist das erste konkrete Ergebnis multilateraler nuklearer Abrüstungsverhandlungen, an denen Österreich federführend beteiligt war, und stärkt sowie ergänzt das bestehende internationale Regime zur nuklearen Abrüstung und Nichtweiterverbreitung. Er leistet einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (Non-Proliferation Treaty, NPT).

Vom 27. November bis 1. Dezember fand das zweite TPNW-Vertragsstaaten-treffen unter dem Vorsitz von Mexiko in New York statt. Mit der erfolgreichen Annahme einer starken politischen Deklaration und mehreren Entscheidungen (u.a. einer neuen Koordinatorenrolle für Österreich)

lag bei diesem Treffen der Fokus vor allem in der Überprüfung der Umsetzung des Wiener Aktionsplans.

Der **Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT)** stellt mit 191 Vertragsstaaten das völkerrechtliche Fundament des internationalen Nuklearregimes und einen Eckpfeiler der nuklearen Nichtweiterverbreitung dar.

Die 1. Vorbereitungskommission (PrepCom) zur elften Überprüfungskonferenz wurde vom 31. Juli bis 11. August in Wien abgehalten. Die Ausgangslage war durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, die Stationierung russischer nuklearer Sprengköpfe in Belarus, aber auch diverse umstrittene Fragen von AUKUS bis zu Nuklearenergienutzung sowie einer allgemein angespannten geopolitischen Lage äußerst herausfordernd. Es konnte seit mittlerweile 13 Jahren keine Einigung auf ein Abschlussdokument im NPT-Prozess erreicht werden.

Der **Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT)** sieht ein Verbot aller nuklearen Explosionen vor. Die Vorbereitende Kommission der Organisation des CTBT hat ihren Sitz in Wien. Bis 2023 unterzeichneten 187 und ratifizierten 177 Staaten den CTBT. Durch sein globales Überwachungssystem soll der CTBT nach seinem Inkrafttreten die geheime Entwicklung von einsatzfähigen Atomwaffen unmöglich machen. Für das Inkrafttreten fehlen allerdings noch die Ratifikationen durch nun neun Schlüsselstaaten (Ägypten, China, Indien, Iran, Israel, Nordkorea, Pakistan, USA und Russland). Russland hat am 2. November als erster Staat den CTBT de-ratifiziert, will jedoch weiterhin Signatarstaat bleiben.

Österreich nimmt an den Bemühungen zur Förderung der Vorbereitenden Kommission teil und setzt sich unter anderem für eine nachhaltige Finanzierung von CTBTO-Projekten im Rahmen

der laufenden EU-Unterstützung ein. Bislang wurden EU-Mittel unter anderem auch zur Errichtung des Technology Support and Training (TeST) Centre in Seibersdorf eingesetzt.

Das **Übereinkommen über das Verbot von biologischen und Toxinwaffen (BTWK)** umfasst ein Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von biologischen Waffen und Toxinwaffen. Derzeit zählt es 184 Vertrags- sowie 189 Signatarstaaten.

Die durch die 9. Überprüfungskonferenz 2022 eingesetzte Arbeitsgruppe zur Stärkung der Umsetzung des Übereinkommens tagte 2023 in drei Sessionen und diskutierte die für Österreich wichtige Frage der Verifikation. Das rezenteste Vertragsstaatentreffen fand vom 11.-13. Dezember in Genf statt.

Der **Haager Verhaltenskodex zur Verhinderung der Verbreitung ballistischer Raketen (HCoC)** ist das Resultat verstärkter Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, den Bereich der ballistischen Raketen, die Trägersysteme für Massenvernichtungswaffen sein können, international zu regeln. Das 22. reguläre Staatentreffen fand am 15. und 16. Mai in Wien unter irischem Vorsitz statt.

Österreich ist seit 2002 mit der Funktion der Zentralen Kontaktstelle (Exekutivsekretariat) betraut und fungiert somit als Schnittstelle für den gesamten Informationsaustausch im Rahmen des HCoC, der mittlerweile 144 Staaten vereint. Auch 2023 nahm Österreich führend an den Universalisierungsbemühungen teil.

Umgang mit konventionellen Waffen

Die **Antipersonenminen-Verbotskonvention (Ottawa-Konvention)** umfasst 164 Vertragsparteien und ist ein großer Erfolg der humanitären Abrüstungsdiplomatie mit der kategorischen Ächtung von Anti-Personenminen, welche weit über die Konvention hinauswirkt. Österreich war einer der Wegbereiter der Konvention und unterstützt diese weiterhin mit großem Engagement.

Das 21. Vertragsstaatentreffen der Konvention fand vom 20.-24. November unter dem Vorsitz Deutschlands statt. Österreich unterstützt die Minenaktion, zuletzt mit einem Programm zur

Entminung in der Ukraine im Rahmen des OSZE Support Programme for Ukraine mit 100.000 Euro für Minenrisikoerziehungs-, Minenräum- und Opferhilfeprojekte sowie die Erhebung kriegsbedingter Umweltzerstörungen von 2023 bis 2025.

Das **Übereinkommen über das Verbot von Streumunition (Oslo-Konvention)** trat 2010 in Kraft. Mittlerweile haben 112 Staaten die Oslo-Konvention ratifiziert, weitere 12 Staaten haben das Übereinkommen unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert. Das 11. Vertragsstaatentreffen fand unter dem Vorsitz des Irak vom 11.-14. September in Genf statt.

Im Bereich Opferhilfe wurden, nicht zuletzt durch den Einsatz Österreichs, neue zukunftsweisende Standards gesetzt, der Vertrag enthält eine rechtliche Verpflichtung zur Opferhilfe.

Einsatz von Explosivwaffen in besiedelten Gebieten.

Die Politische Erklärung zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten vor den humanitären Auswirkungen von Explosivwaffen, für die Österreich Wegbereiter war und die 2022 in Dublin von 83 Staaten verabschiedet wurde, setzt sich zum Ziel, das humanitäre Leid, das durch den Einsatz von Explosivwaffen resultiert, zu lindern. Österreich setzt sich kontinuierlich für die Universalisierung und vollständige Umsetzung dieser Politischen Erklärung ein.

Eine Regulierung zu schaffen, bevor **autonome Waffensysteme** (Lethal Autonomous Weapons Systems - LAWS) ohne menschliche Kontrolle einsatzbereit sind, stellt eine der aktuellsten und dringlichsten Abrüstungsherausforderungen dar. Österreich setzt sich für einen internationalen Rechtsrahmen zu AWS ein, umfassend das Verbot bestimmter Systeme, die rechtlich oder ethisch nicht vertretbar sind und die Regulierung der restlichen Systeme, um bedeutsame menschliche Kontrolle sicherzustellen. 2023 wurde unter Österreichs Federführung im Ersten

Komitee der VN-Generalversammlung die allererste Resolution zu autonomen Waffensystemen eingebracht, die von 164 Staaten unterstützt wurde.

4.7.2 Multilaterale Exportkontrolle

Exportkontrollregime

Österreich gehört allen fünf **Kontrollregimen** an. Ziel ist, durch die Koordination nationaler Exportkontrollen sicherzustellen, dass sensible Technologien und Know-how nur unter Einhaltung strikter Standards und im Einklang mit geltendem Völkerrecht international weitergegeben werden. Die innerstaatliche Umsetzung ihrer Regeln erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Außenwirtschaftsgesetzes sowie des Kriegsmaterialgesetzes.

Im Nuklearbereich bestehen in Wien das 39 Mitglieder umfassende **Zangger-Komitee (ZC)** und die 48 Mitglieder umfassende **Gruppe Nuklearer Lieferländer** (Nuclear Suppliers Group - **NSG**). Diese führen Kontrolllisten sensibler nuklearer Güter und Ausrüstungen mit dem Ziel, Urananreicherung und Plutoniumverarbeitung für nichtfriedliche Zwecke zu verhindern.

Ziel des 42 Mitglieder umfassenden **Wassenaar Arrangements (WA)** ist es, durch Koordination nationaler Exportkontrollen sowie erhöhte Transparenz eine destabilisierende Anhäufung konventioneller Waffen und doppelverwendungsfähiger Güter und Technologien zu verhindern. Die 20. Wassenaar-Plenartagung fand unter dem Vorsitz des indischen Botschafters Jaideep Mazumdar am 30. November in Wien statt.

Der **Waffenhandelsvertrag (ATT)** legt internationale Standards für den Transfer konventioneller Waffen fest und leistet damit einen Beitrag zur Bekämpfung bzw. Begrenzung der negativen Auswirkungen des illegalen Waffenhandels auf Stabilität, Sicherheit und Menschenrechte, aber auch auf nachhaltige Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Waffenexporte in Staaten mit massiven Verstößen gegen humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte sind verboten. Bei Exportentscheidungen sind Kriterien wie die Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit,

Weiterleitungsgefahr oder geschlechtsspezifische Gewalt zu berücksichtigen. Inzwischen zählt der 2014 in Kraft getretene Vertrag 130 Vertragsstaaten und 113 Unterzeichner.

Nationale Exportkontrolle

Das Außenwirtschaftsgesetz (Federführung BMAW) und das Kriegsmaterialgesetz (Federführung BMI) bilden in Österreich die Rechtsgrundlage für die Ausfuhr von konventionellen Waffen. Das BMEIA sowie das BMLV sind in das Bewilligungsverfahren eingebunden.

4.8 Sicherheit

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

Die mit dem Vertrag von Lissabon umgestaltete und gestärkte GSVP ist integraler Bestandteil der GASP. 2016 definierte die **Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU** (EU-Globalstrategie - EUGS) ein neues EU-Ambitionsniveau im Bereich Sicherheit und Verteidigung. 2021 wurde mit der **Europäischen Friedensfazilität (EFF)** zudem ein neues außerbudgetäres EU-Finanzierungsinstrument geschaffen, das neben der Finanzierung gemeinsamer Militäroperationen der EU-Mitgliedstaaten (EU-MS) auch die Friedenserhaltung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit durch Unterstützung von Partnerstaaten im Kapazitätenaufbau ermöglicht.

Die russische Aggression gegen die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 und die damit verbundene Veränderung des Sicherheitsumfelds haben unter den EU-MS das Bewusstsein dafür erhöht, dass die EU ihre Handlungsfähigkeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung weiter stärken muss. Im März 2022 billigte der Rat den **Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung**, der die Bedrohungen und Herausforderungen für die EU analysiert und als politisches Leitdokument konkrete Maßnahmen und Umsetzungsfristen zur Stärkung der EU als Sicherheitsanbieter vorsieht. Im Mittelpunkt stehen dabei das Krisenmanagement, die Weiterentwicklung ziviler und militärischer Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten der EU, die Stärkung der Resilienz der Union gegen Bedrohungen in allen Domänen und der Ausbau von Partnerschaften mit anderen internationalen Organisationen und Drittstaaten. Österreich

unterstützt die Umsetzung des Kompasses und setzt sich unter konsequenter Achtung des spezifischen Charakters seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik und im Einklang mit seiner Verfassung für die **Weiterentwicklung und Stärkung der GSVP** ein. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem umfassenden Sicherheitsansatz, der den gesamten Zyklus von Prävention und Mediation über Friedenserhaltung bis zum Friedensaufbau in Postkonfliktphasen umfasst. Wichtige österreichische Anliegen sind zudem Verbesserungen im Bereich des zivilen und militärischen Krisenmanagements sowie die Stärkung der Resilienz, insbesondere auch gegen Cyber- und hybride Bedrohungen.

Im Rahmen der 2017 eingerichteten **Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ)** beteiligt sich Österreich gegenwärtig an 13 Projekten. Das Projekt im Bereich ABC-Schutz und ABC-Abwehr steht unter österreichischer Leitung. Seit dem Versailles-Gipfel vom März 2022 wurden von den EU-Institutionen Initiativen zur **Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie** eingeleitet, die von Österreich unterstützt werden. Das Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) und die Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP) sind erste konkrete Ergebnisse dieser Arbeit.

In den Verhandlungen für den neuen **EU-Pakt für die zivile GSVP**, der im Mai vom Rat angenommen wurde, hat sich Österreich für die Nutzung neuer Technologien in Missionen und eine strukturiertere Entwicklung der zivilen Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten ausgesprochen. Der **Themen-Cluster „Forschung, Technologie, Innovation (FTI) und zivile GSVP“** wurde unter österreichischer Leitung (BMEIA in Verbindung mit dem Austrian Institute of Technology - AIT) weitergeführt. 17 Mitgliedsstaaten, der EAD, die EK und mehrere zivile GSVP-Missionen beteiligen sich inzwischen an dieser Initiative für eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen GSVP- und FTI-Akteuren, um technologische Innovationen verstärkt in zivilen GSVP-Missionen einzusetzen. Erste Ergebnisse des Clusters in Österreich sind zwei vom AIT unter Beteiligung des BMEIA stattfindende Projekte im Rahmen des nationalen Sicherheitsforschungsprogramms KIRAS. Mit der zivilen Beratungsmission der EU in der **Ukraine** (EUAM Ukraine) führte das

BMEIA ein **Projekt zu digitaler Forensik** durch, das die Bereitstellung von Ausrüstung und Schulungen in Österreich durch das Bundeskriminalamt umfasste.

Österreich beteiligte sich 2023 mit Personal an fünf von 13 zivilen Missionen sowie an fünf von 9 militärischen Einsätzen im Rahmen der GSVP:

Zivile GSVP-Missionen mit österreichischer Beteiligung: EUAM Ukraine, EUBAM Libyen, EULEX Kosovo, EUPM Moldau, EUMM Georgien, EUM Armenien

Militärische GSVP-Operationen und Missionen mit österreichischer Beteiligung: EUFOR Althea/Bosnien und Herzegowina, EUNAVFOR MED Irini/Mittelmeer, EUTM Mali, EUTM Mozambique, EUNAVFOR Somalia Operation Atalanta, Horn von Afrika.

North Atlantic Treaty Organisation (NATO)

Österreich ist seit 1995 Mitglied der **Partnerschaft für den Frieden (PfP)** und bringt sich dabei in den Bereichen kooperative Sicherheit sowie Krisenprävention und Krisenmanagement ein. Das neue Arbeitsprogramm (Individually Tailored Partnership Programme, ITPP) ermöglicht seit April 2022 die Stärkung des politischen Dialogs und Vertiefung der Zusammenarbeit zu neuen sicherheitsrelevanten Themen wie Resilienz, dem Nexus von Klimawandel und Sicherheit oder neuen Technologien. In Kooperation mit der NATO leistet Österreich einerseits Beiträge zur transatlantischen und europäischen Sicherheit. Andererseits schöpft das Bundesheer mit der Teilnahme an Ausbildungsaktivitäten und Übungen die Kooperationsmöglichkeiten aus, um seine **Interoperabilität** zu erhalten und weiterzuentwickeln. Zu den langjährigen Schwerpunkten des österreichischen Engagements mit der NATO gehört neben der Agenda der menschlichen Sicherheit die Rolle als verlässlicher und anerkannter Truppensteller für NATO-geführte Friedensoperationen. Vor dem Hintergrund des anhaltenden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und dem Beitritt Finnlands sowie dem Beitrittsge suchs Schwedens haben die neutralen Staaten innerhalb der **Gruppe der westeuropäischen Partner** der NATO (Irland,

Malta, Österreich und Schweiz) eine engere Abstimmung vereinbart, um ihren Beiträgen zu Frieden und Sicherheit in Europa gemeinsam mehr Sichtbarkeit zu verschaffen.

Mit 278 Soldatinnen und Soldaten stellte Österreich weiterhin das größte Kontingent eines Partnerstaates im Rahmen der NATO-geführten **Friedensoperation im Kosovo (KFOR)**. Gemeinsam mit der kosovarischen Polizei und der zivilen EU-Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX Kosovo trägt KFOR zur Sicherstellung eines sicheren Umfelds und der Bewegungsfreiheit aller Volksgruppen bei. Angesichts der Zwischenfälle im Nordkosovo im Mai und September hat sich die Präsenz der KFOR als weiterhin unverzichtbar für die Stabilität erwiesen. Im Juni erklärte der Hauptausschuss des Nationalrats sein Einvernehmen zum Beschluss der Bundesregierung, bis zu zehn Angehörigen des Bundesheeres zur **Ausbildungs- und Beratungsmission der NATO im Irak (NMI)** zu entsenden. Wegen einer Verzögerung auf NATO-Seite konnte diese Entsendung bis Jahresende nicht durchgeführt werden.

Das veränderte Sicherheitsumfeld hat auf EU-Ebene zu einer weiteren Vertiefung der **EU-NATO-Zusammenarbeit** geführt. Die am 10. Jänner von den Spitzen der EU und der NATO angenommene 3. EU-NATO Erklärung umfasst aufbauend auf den Erklärungen von 2016 und 2018 die neuen Kooperationsbereiche Resilienz, Schutz kritischer Infrastruktur, neue Technologien, Weltraum, Klimawandel und Sicherheit sowie ausländische Informationsmanipulation und Einflussnahme.

Migration

Das komplexe und interdisziplinäre Phänomen der Migration erfährt insbesondere seit dem letzten Jahrzehnt auch aus sicherheitspolitischer Sicht zunehmende Aufmerksamkeit. Kurzfristig auftretende und rasch anwachsende Migrationsbewegungen sind nicht immer nur den ursächlichen Umständen wie Konflikten, Naturkatastrophen, Armut oder Hunger geschuldet, sondern werden gelegentlich durch disruptive Kräfte gezielt verstärkt und gesteuert und können Teil einer hybriden Bedrohung sein. Sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure, Kriminelle – wie u.a. Schlepper –, können Migrationsbewegungen nutzen, um Regionen oder ganze Staaten zu destabilisieren und deren Entwicklung zu beeinflussen. Negative Auswirkungen auf die Zielstaaten können etwa als Gefährdung der inneren Sicherheit, Überlastung der Systeme der Daseinsfürsorge, Entstehung ethnischer und religiöser Konflikte

oder Aufwachsen von aus dem Ausland gesteuerten Gruppen in Erscheinung treten. Positive Effekte können sich in der Belebung des kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Lebens zeigen, etwa durch Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Für Zielstaaten wie Österreich und andere europäische Staaten ist eine entsprechende Bewusstseinsbildung erforderlich. Das BMEIA verfolgt die laufenden Entwicklungen, beteiligt sich im Rahmen eines umfassenden Sicherheitsansatzes an der Abwägung der Chancen und Risiken und trifft Ableitungen für außenpolitisches Handeln.

Der **Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine** hat die größte Vertreibung von Menschen seit Jahrzehnten ausgelöst. Österreich leistet Hilfe an Vertriebene, die ins Land gekommen sind. Bis Jahresende wurden rund 106.000 Personen in Österreich registriert und befanden sich über 40.000 Personen in der Grundversorgung. Österreich räumt diesen Personen ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht ein; die Rechtsgrundlage ist die Vertriebenen-Verordnung der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates. Aufgrund der Massenzustrom-Richtlinie (2001/55/EG), die seit März 2022 erstmals und ausschließlich für Vertriebene aus der Ukraine angewandt wird, unterstützen auch andere EU-Mitgliedstaaten die Vertriebenen.

Maßnahmen gegen Extremismus und Terrorismus

Der Trend der zunehmenden **Polarisierung in den europäischen Gesellschaften** und der Mobilisierung gegen die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung, etwa in Form von „Anti-System Protesten“ sowie Bewegungen wie den „Reichsbürgern“, hält weiter an.

Im Kontext des **Terrorangriffs der Hamas** auf Israel und des Gazakriegs deutet sich eine erhöhte Terrorgefahr in der EU und Österreich an. Gleichzeitig blieb die Bedrohung durch die **Terrormiliz Islamischer Staat (IS)** und andere terroristische Gruppierungen bestehen. Das **Terrornetzwerk Al-Qaida** genießt erneut den Schutz der Taliban, während der **afghanische Ableger der Terrormiliz IS** (IS Provinz Khorasan, ISKP) eine stabile territoriale Basis in Afghanistan etabliert und seine globale Ausrichtung durch Propaganda und Anschlagpläne in Europa verstärkt hat. Seit der Zerschlagung des Kalifats in Syrien und im Irak im Jahr 2019 hat der IS seine Aktivitäten in anderen Regionen wie der Sahelzone und Ostafrika intensiviert. Wirtschaftliche Probleme und Armut sowie schwache staatliche Strukturen, Korruption und Konflikte zwischen

verschiedenen ethnischen Gruppen begünstigen diese Entwicklungen mit entsprechend negativen Folgewirkungen für Europa. Auch die Bedrohungslage in Syrien und im Irak ist weiterhin hoch, insbesondere aufgrund der Herausforderung der **Radikalisierung von Foreign Terrorist Fighters** (FTFs) in Lagern und Gefängnissen.

Österreich leistet als Mitglied der 86 Staaten und internationale Organisationen zählenden **Globalen Koalition gegen den IS** Unterstützung beim Aufbau staatlicher Strukturen in Syrien und Irak und bringt sich vor allem in den Arbeitsbereichen Foreign Terrorist Fighters und Stabilisierung ein. In Anbetracht der zunehmenden Destabilisierung der Sahel-Zone durch Putsche und die Ausbreitung terroristischer Gruppen in der Region sowie in Richtung der westafrikanischen Küstenstaaten gewinnt die Arbeit an Lösungsansätzen im Rahmen der **Africa Focus Group** der Globalen Koalition unter österreichischer Beteiligung an Bedeutung. Im März wurde ein Aktionsplan verabschiedet, dem ein Umsetzungsdokument folgen soll.

Der **Amtssitz Wien** ist ein wichtiger Partner bei der Förderung von Frieden und Sicherheit sowie bei der Unterstützung in der Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung. Das **Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)** und die **Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)** in Wien, aber auch das **Büro der Vereinten Nationen für Terrorismusbekämpfung (UNOCT)** in New York haben dabei besondere Relevanz. Im Juni wurde die **8. Überprüfung der Umsetzung der Anti-Terrorismusstrategie der Vereinten Nationen** (Global Counter-Terrorism Strategy) abgeschlossen. Dabei wurden auch von Österreich die Bedeutung der Einhaltung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie der Rolle der Zivilgesellschaft in der Prävention als wesentliche Bestandteile einer effektiven Bekämpfung des Terrorismus betont.

Cyber-Sicherheit und hybride Bedrohungen

Gemeinsam mit seinen EU-Partnern setzt sich Österreich für ein **globales, freies, offenes, sicheres und stabiles Internet** ein. Völkerrecht, Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen uneingeschränkt auch für Cyberaktivitäten gelten. In den seit Jänner 2022 am Amtssitz Wien und in New York stattfindenden Verhandlungen einer **VN-Cybercrimekonvention** engagiert sich Österreich für einen inklusiven Verhandlungsprozess und ein Ergebnis, das einen Mehrwert für

die globale Bekämpfung von Cyberkriminalität bringt und die Einhaltung der Menschenrechte gewährleistet.

In der **OSZE** gehen die Arbeiten zur Umsetzung der 16 vertrauensbildenden Maßnahmen (CBMs) zu Cybersicherheit weiter. Österreich setzt im Rahmen der „Adopt a CBM“- Initiative einen Schwerpunkt auf die Kooperation zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor, wo die österreichische Cyber Sicherheit Plattform (CSP) als Best Practice-Beispiel gelten kann.

Geopolitische Spannungen finden häufiger als zuvor auch im Cyberraum ihren Niederschlag. Die **EU** hat die Umsetzungsrichtlinien für ihre **Cyber Diplomacy Toolbox** überarbeitet, um noch effektiver und rascher auf Völkerrechtsverletzungen im Cyberraum zu reagieren.

Das Profil Österreichs in der internationalen Cyberdiplomatie konnte durch das Engagement des **Sonderbeauftragten für Cyber-Außenpolitik und Cyber-Sicherheit** im BMEIA in multilateralen Verhandlungen sowie auf EU- und bilateraler Ebene weiter gestärkt werden.

Konflikte werden immer stärker als **hybride Aktivitäten staatlicher und nichtstaatlicher Akteure** mit dem Ziel der Destabilisierung, Beeinflussung und Manipulation ausgetragen. Österreich unterstützt die Nutzung der **Hybriden Toolbox der EU** für eine koordinierte Reaktion auf hybride Bedrohungen und bringt sich aktiv in die Arbeit der **Hybrid Fusion Cell des EAD** (Teil des EU Intelligence and Situation Centre - INTCEN) zur Analyse hybrider Aktivitäten sowie im Rahmen des Europäischen Kompetenzzentrums zu hybriden Bedrohungen in Helsinki (Mitglied seit 2018) ein. Die Bedrohung durch **Manipulation von Information und Einmischung aus dem Ausland** (FIMI) für die EU und ihre Mitgliedstaaten hat mit dem anhaltenden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine weiter zugenommen. Österreich hat an der Ausarbeitung eines spezifischen **EU-Instrumentariums zur Bewältigung von Desinformation und ausländischer**

Einflussnahme (*FIMI Toolbox*) aktiv mitgewirkt und beteiligt sich im Rahmen des **EU-Aktionsplanes gegen Desinformation am EU-Frühwarnsystem zu Desinformation**.

4.9 Klimaschutz, Umwelt und Energie

Internationale Klima- und Umweltpolitik:

Die vom Menschen verursachte globale **Erderwärmung** erreichte im Jahr 2023 einen Höhepunkt – die Durchschnittstemperatur lag um 1,48°C über jener des vorindustriellen Zeitalter. Die internationale Gemeinschaft ist sich zwar einig, dass der Klimawandel und die Zerstörung der Umwelt zu den größten aktuellen Herausforderungen und Gefahren zählen, dennoch steigen die globalen Treibhausgasemissionen weiter und erreichten 2022 rund 37 Milliarden Tonnen. Laut dem Intergovernmental Panel on Climate Change der Vereinten Nationen (IPCC), das auch als „Weltklimarat“ bezeichnet wird, verursacht der Energiesektor rund eine Drittel der globalen Treibhausgasemissionen. Österreich setzt sich daher nachdrücklich für die Umsetzung des **Klimarahmenabkommens der Vereinten Nationen (UNFCCC)**, des **Pariser Klimaübereinkommens** sowie der **EU-Klimaziele** ein. Als Ansporn für andere Staaten und, um dem eigenen Anspruch gerecht zu werden, will Österreich bis 2030 100 % seines Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinnen und darüber hinaus bereits bis 2040 – 10 Jahre vor dem Ziel der EU – Klimaneutralität erreichen. Beim Schutz der Biodiversität haben für Österreich das Inkrafttreten des ersten europäischen Renaturierungsgesetzes, die Umsetzung von global verankerten Zielen wie der Schutz von 30 % der Land- und Meeresflächen sowie die Wiederherstellung von 30 % bereits zerstörter Lebensräume bis zum Jahr 2030 (30by30 Pledge) neben nationalen Maßnahmen Priorität. Im Bereich des Umweltschutzes setzt sich Österreich für einen ambitionierten Abschluss der Verhandlungen rund um das erste Abkommen der Vereinten Nationen zur Beendigung der Plastikvermüllung von Umwelt und Meeren ein.

Bei der **Eindämmung des Klimawandels und der Biodiversitätskrise** hat die EU weiterhin eine globale Führungsposition inne, die Österreich nachdrücklich unterstützt. Durch hochrangige Teilnahmen seitens Mitgliedern der Bundesregierung an multilateralen Konferenzen verfolgt Österreich ebenfalls eine **aktive Klimaaußenpolitik**, da jede Art von Klima-, Umwelt- sowie Biodiversitätsschutz nur durch globale Kooperation die größtmögliche Wirkung erzielen kann.

Die österreichische Delegation bei der **28. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP28)** in Dubai unter der Leitung von Bundesministerin Leonore Gewessler setzte sich für ein ambitioniertes Ergebnis ein. Erstmals bei einer Klimakonferenz wurde in Dubai im Rahmen der Schlussfolgerungen zur Bestandsaufnahme der Umsetzung des Pariser Übereinkommens eine Abkehr von fossilen Brennstoffen als notwendig erklärt. Nur damit sei es möglich, bis 2100 den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5°C zu beschränken und die Bewahrung von Lebensräumen sicherzustellen. Weiters wurde bei der COP28 die Einrichtung eines Fonds für Verluste und Schäden beschlossen, der Entwicklungsländer beim Wiederaufbau nach Klimakatastrophen unterstützen soll. Dieser wurde mit Beiträgen von v.a. Industriestaaten in Höhe von 700 Millionen Euro dotiert. Gleichzeitig kündigte Bundesministerin Leonore Gewessler in Dubai 35 Millionen Euro an internationaler Klimafinanzierung an, die v.a. in die Stärkung der Resilienz von am meisten betroffenen Ländern fließen soll (20 Millionen Euro für den UNFCCC-Anpassungsfonds, 12 Millionen Euro für das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen und 3 Millionen Euro für die Initiative der Vereinten Nationen zur Stärkung der Frühwarnsysteme bei Klimakatastrophen - CREWS). Eine weitere von Österreich in Dubai geforderte Entscheidung war die Vereinbarung von Maßnahmen bis 2030, um die installierte Kapazität erneuerbarer Energien weltweit zu verdreifachen und die Steigerungsrate der Energieeffizienz zu verdoppeln. Das Ergebnis der COP28 ist somit aus Sicht Österreichs zufriedenstellend.

Am 2. und 3. November fand in Wien unter der Ägide der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) und in Zusammenarbeit mit Österreich (BMEIA, BMK und ADA) sowie dem Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) das **erste Internationale Wiener Energie- und Klimaforum** (International Vienna Energy and Climate Forum – **IVECF**) statt. Es handelte sich dabei um die Neuauflage des bisher alle zwei Jahre stattfindenden Wiener Energieforums (VEF). Die Konferenz mit über 2.200 Teilnehmenden war die größte internationale Tagung in Wien über internationale Klima- und Energiepolitik unter Teilnahme von Regierungsvertreterinnen und -vertretern, Leiterinnen und Leitern internationaler Organisationen, hochrangigen internationalen Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, Wissenschaft und von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs). Die Veranstaltung kann als Beweis für die Bedeutung Wiens als Standort einer Vielzahl an internationalen Akteuren im Bereich Energie (UNIDO, IAEA, SEforALL) und Austragungsort von internationalen Konferenzen mit Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit gesehen werden. Für Österreich nahmen Bundesministerin Leonore Gewessler sowie Generalsekretär des

Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, Nikolaus Marschik, am IVECF teil.

Für Österreich ist eine kohärente europäische Klima- und Umweltpolitik mit klaren Zielen und konsequenter Umsetzung von zentraler Bedeutung. Das gilt auch für die Energiewende und Signale für klimaschutzbewusste Investitionen. Österreich widmete 59 % der genehmigten nationalen **Next Generation EU**-Mittel dem Klimaschutz und sieht die **Initiative REPowerEU** als Chance, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern schneller zu reduzieren sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien schneller voranzutreiben. Österreich begrüßt die Aktivitäten der Europäischen Kommission im Bereich Kreislaufwirtschaft und setzt sich selbst international für eine effizientere Ressourcennutzung ein. Für Österreich ist klar, dass die Klima- sowie Biodiversitätskrise nicht allein von der EU gelöst werden können. Dazu bedarf es vielmehr einer globalen Anstrengung. Um die entsprechende internationale Kooperation weiter zu intensivieren, tritt Österreich bei internationalen Konferenzen als aktiver Teilnehmer und Partner auf.

Energieversorgung und internationale Energiefragen

Österreich unterstützt alle EU-Sanktionen gegen den Energiesektor der Russischen Föderation (Embargo auf Kohle, Rohöl und seine Derivate). Gleichzeitig beteiligt sich Österreich an gemeinsamen Maßnahmen, um die **europäische Energiesicherheit** zu gewährleisten, die Energieversorgung zu diversifizieren und die Klimaziele zu erreichen.

Nach dem **russischen Angriff gegen die Ukraine** und der damit einhergehenden Energiekrise bzw. den stark steigenden Energiepreisen reagierten die EU-Mitgliedstaaten mit mehreren Notfallmaßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung sowie zur Senkung der stark gestiegenen Preise. Im Mai 2022 wurde von der Europäischen Kommission der Plan **REPowerEU** vorgestellt, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland schrittweise zu

beenden, indem Energie eingespart, die Energieversorgung diversifiziert und die Energiewende beschleunigt werden. Ab 2027 soll kein russisches Gas mehr bezogen werden.

Eine zentrale Maßnahme von REPowerEU ist die gezielte Befüllung der Gasspeicher vor dem Winter, d.h. die EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, bis zum 1. November jeden Jahres die Speicher zu 90 % zu befüllen. Österreich hat dieses Ziel 2023 erneut erreicht.

Die Energiesicherheits- und Diversifizierungsmaßnahmen der Bundesregierung brachten spürbare Veränderungen der Gasversorgung. Die Bundesregierung hat erstmals eine strategische Gasreserve von 20 Terrawattstunden (TWh) angelegt (vor allem nicht-russisches Gas), was rund 25 % des heimischen Jahresverbrauchs entspricht. Im Februar unterzeichneten Österreich und Deutschland ein Solidaritätsabkommen zur Gasversorgung. Im Allgemeinen ist die Bedeutung russischen Gases für Österreich gesunken: im Februar 2022 versorgte sich Österreich noch zu 80 % mit Erdgas aus Russland. Aufgrund von alternativen Versorgungsstrukturen (vor allem LNG-Lieferungen und norwegisches Gas) fiel der Anteil russischen Erdgases seither auf im Schnitt 60 % (Monatsschnitt März 2022 bis Dezember 2023). Gleichzeitig konnte Österreich im Jahr 2023 seinen Gasverbrauch gegenüber 2021 um 25 % absenken. Darüber hinaus schuf die Bundesregierung Anreize für heimische Unternehmen, nicht-russisches Gas zu kaufen und einzuspeichern.

Österreich lehnt jegliche Begünstigung von **Kernenergie** gegenüber anderen Energieformen sowie die Einstufung von Kernenergie als grün oder nachhaltig ab. Der *Europäische Grüne Deal* der Europäischen Kommission schließt die Einstufung von Nuklearenergie als grüne Energie nicht kategorisch aus. Einige EU-Mitgliedstaaten sehen in der Nuklearenergie eine Option bei der Bekämpfung des Klimawandels. In einem Abschlussdokument der Weltklimakonferenz (COP28) wird Nuklearenergie als Ersatz für fossile Energie erwähnt. Österreich tritt entschieden dagegen auf. Die EU-Finanzierungsmechanismen sollen nicht für die Förderung von Kernkraft eingesetzt werden, sondern lediglich zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit. Da in der *Taxonomie-Verordnung* Kernenergie als förderwürdige Energieform klassifiziert wurde, hat Österreich dagegen Klage beim Europäischen Gerichtshof eingereicht.

Des Weiteren klagte Österreich bereits 2018 gegen staatliche Beihilfen für das Kernkraftwerk Paks II (in Ungarn), da diese als wettbewerbsverzerrend, vor allem gegenüber Erneuerbaren,

gesehen werden. Diese Klage wurde am 30. November 2022, wie bereits jene im Fall Hinkley Point C (Vereinigtes Königreich) 2021, vom Europäischen Gerichtshof letztinstanzlich abgewiesen. Die Beihilfe an Paks II ist somit gemäß Art. 107 Abs. 3 lit. c des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) mit dem Binnenmarkt vereinbar und stellt keine Verzerrung des Wettbewerbs dar.

Österreich nimmt trotzdem weiter alle zur Verfügung stehenden Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten wahr, wie zum Beispiel im Rahmen grenzüberschreitender Umweltverträglichkeitsprüfungen gemäß internationalen Konventionen und EU-Recht. Dies bezieht sich vor allem auf den geplanten Ausbau bzw. die Laufzeitverlängerungen der tschechischen Kernkraftwerke Temelín und Dukovany, den Ausbau des Kernkraftwerks Mochovce und die geplante Erweiterung des Kernkraftwerks Bohunice in der Slowakei, die Erweiterung des ungarischen Kernkraftwerks Paks um zwei neue Reaktoren, die geplanten Laufzeitverlängerungen und Ausbau des Kernkraftwerks Krško in Slowenien sowie einen eventuellen Ausbau des Kernkraftwerks Astravets in Belarus.

Österreich nutzt überdies Diskussionsmöglichkeiten bei den jährlich stattfindenden Treffen im Rahmen der Nuklearinformationsabkommen mit Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, Deutschland und der Schweiz, der Ukraine, sowie im Zweijahresrhythmus mit Polen, um beim Betrieb von Kernkraftwerken höchste Sicherheitsstandards im Einklang mit europäischem und internationalen Recht einzufordern. Österreich unterstützte 2023 mit einer Million Euro die Mission der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO), die im von Russland besetzten ukrainischen Kernkraftwerk Saporischschja, in allen anderen ukrainischen Kernkraftwerken und in Tschernobyl permanent stationiert ist, um die Sicherheitslage vor Ort zu beobachten.

Österreich ist der Ansicht, dass Nuklearenergie weder grün, sicher noch nachhaltig ist und keine Lösung für die Auswirkungen des Klimawandels darstellt. Österreich respektiert jedoch das Recht jedes Staates, seine eigene Energiepolitik zu wählen. Im Gegenzug wird jedoch ein Höchstmaß an Sicherheit bei bestehenden und neuen Kernkraftwerken gefordert.

5. Österreichische Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten

Die **österreichische Entwicklungspolitik** will Lebensperspektiven in einem Umfeld sozialer und politischer Stabilität sowie eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 fördern. Sie ist ein integraler Teil der österreichischen Außenpolitik und versteht sich als gesamtstaatliches Anliegen. Entsprechend den Prioritäten des Regierungsprogramms legt die Entwicklungspolitik einen besonderen Fokus auf Partnerschaften im Bereich der Wirtschaft, Migration Bildung und Wissenschaft.

Die österreichische Entwicklungspolitik leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit, Prosperität und Stabilität in näherer und weiterer Nachbarschaft und ist ein wesentlicher Pfeiler unserer Interessens- Außen- Friedens- und Sicherheitspolitik.

Grundlage für die österreichische Entwicklungspolitik bildet das **Entwicklungszusammenarbeitsgesetz (EZA-G)**. Wichtigste Ziele sind die Bekämpfung der Armut, die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie die Erhaltung der Umwelt und der Schutz natürlicher Ressourcen. Das BMEIA koordiniert die Entwicklungspolitik und ist für die strategische Ausrichtung der OEZA verantwortlich. Die **Austrian Development Agency (ADA)** plant, finanziert und begleitet Programme und Projekte in den Schwerpunktländern und -regionen.

Budget für Entwicklungszusammenarbeit

Die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) beliefen sich 2023 auf 1.811 Millionen Euro bzw. 0,38 % des Bruttonationaleinkommens (BNE).

Politikkohärenz

Eine aktive, verantwortungsvolle Entwicklungspolitik ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. In der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat das Thema Politikkohärenz große Bedeutung. Politikkohärenz erfolgt unter anderem durch die Teilhabe aller relevanten Akteure sowie Interessensvertreterinnen und -vertreter an strategischen Planungsprozessen wie dem Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik. Landes- und Regionalstrategien

sowie thematisch-strategische Leitlinien bilden einen weiteren wichtigen Baustein für eine kohärente Entwicklungspolitik. Österreich nimmt an den Netzwerken für Politikkohärenz der EU und der OECD teil.

Zusammen mit der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) organisierte das BMEIA im September einen thematischen Workshop. Aufbauend auf den Ergebnissen des Workshops entstand die Initiative, im Wege eines Projektantrages bei der Europäischen Kommission um Finanzierung aus dem Technical Support Instrument (TSI) anzusuchen, mit dem Ziel, verstärkt mit der OECD in den Bereichen Gesamtstaatlichkeit und Politikkohärenz zusammenzuarbeiten.

In der **Informations- und Öffentlichkeitsarbeit** wurde 2023 der Schwerpunkt auf das langjährige Partnerland Bhutan gelegt, das Ende des Jahres zu einem Land mit mittlerem Einkommen aufstieg.

Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements

Zivilgesellschaftliche Organisationen (**Civil Society Organisations, CSOs**) sind wichtige Partner der OEZA. Österreich unterstützte 89 Programme und Projekte in 40 Ländern in Afrika, Lateinamerika und Asien sowie in Südost- und Osteuropa mit einem Budget von rund 14 Millionen Euro und einem Mix aus maßgeschneiderten Förderinstrumenten.

2023 unterstützte die Austrian Development Agency (ADA) 28 österreichische zivilgesellschaftliche Organisationen, die mit rund 220 lokalen Partnern in Entwicklungs- und Schwellenländern zusammenarbeiten.

Im Bereich der personellen EZA wurde der Einsatz von Fachkräften zum Kapazitätsaufbau von lokalen Entwicklungsorganisationen gefördert. Im Rahmen der Förderinstrumente Einzelprojekte Süd und Einzelprojekte Ost wurden 36 Projekte in Entwicklungsländern des Südens sowie in Südosteuropa, Osteuropa und im Südkaukasus umgesetzt. Des Weiteren wurden 28 laufende EU-Ergänzungsfinanzierungsprojekte von der ADA unterstützt. Sechs Projekte österreichischer CSOs zum Thema „Migration und Entwicklung/Flucht-Asyl-Rückkehr“ wurden mit insgesamt rund 4 Millionen Euro mitfinanziert. Des Weiteren wurden vier Projekte im Rahmen des Calls „FGM/Weibliche Genitalverstümmelung, Frauengesundheit und

Familienplanung“ mit 1,2 Millionen Euro sowie drei Projekte im Rahmen des Calls „Digitalisierung in der Entwicklungszusammenarbeit“ mit 1,5 Millionen Euro gefördert.

Mit dem **österreichischen CSO-Dachverband AG Globale Verantwortung** wurde ein dreijähriges Programm zur Stärkung der Kompetenzen österreichischer CSOs sowie zur aktiven Mitgestaltung der entwicklungspolitischen Rahmenbedingungen auf europäischer und internationaler Ebene erfolgreich umgesetzt.

Förderung unternehmerischen Engagements

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist die Basis für eine umfassende und breite gesellschaftliche Entwicklung, die möglichst allen Bevölkerungsgruppen zugutekommt. Ziel ist ein wesentlicher Beitrag zur Armutsminderung durch die Förderung des lokalen Privatsektors und Einbindung der österreichischen Wirtschaft.

Die ADA unterstützt den Ansatz der inklusiven Marktsystementwicklung, um funktionierende, gut zugängliche, inklusive und resiliente Märkte aufzubauen, die armutsminderndes Wachstum ermöglichen. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, dass Unternehmen zur Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele 2030 (Sustainable Development Goals - SDGs) beitragen können.

Heuer wurden insgesamt 59 Projekte mit einem Fördervolumen von 6,9 Millionen Euro im Portfolio von Wirtschaft & Entwicklung umgesetzt. Zunehmend werden größere strategische Vorhaben umgesetzt, während die Zahl kleiner punktueller Projekte zurückgeht.

Zusätzlich wurden im Rahmen des Kofi Annan Preises drei Projekte mit afrikanischen Jungunternehmen mit Mitteln des BKA in der Höhe von insgesamt 750.000 Euro gefördert.

Zur Mobilisierung österreichischer Unternehmen für ein Engagement in den OEZA-Partnerländern verfügt die ADA über die Förderinstrumente der Wirtschaftspartnerschaften und der Strategischen Partnerschaften.

Ein Vorzeigemodell, wie dies funktionieren kann, und Flaggschiff-Projekt ist die Strategische Partnerschaft mit einer Tiroler Firma, welche die Lebensbedingungen von Menschen mit Hörbehinderungen in Ländern des Globalen Südens nachhaltig verbessert. Das Vorhaben wird

derzeit in 14 Ländern in drei Weltregionen – in West- und Ostafrika sowie in Südasien – umgesetzt. Zu den Zielgruppen dieser Strategischen Partnerschaft zählen 92 lokale Unternehmen und Institutionen, u. a. Ausbildungsinstitute und medizinische Einrichtungen, sowie mehr als 80.000 Personen, davon ca. 70.000 Kinder, die mit einer Hörbehinderung oder sonstigen Beeinträchtigung des Hörvermögens zur Welt gekommen sind. Die Umsetzung wird von der London School of Hygiene and Tropical Medicine (LSHTM) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unterstützt.

Evaluierung

Der zunehmenden Bedeutung von Evaluierbarkeitsstudien trägt der Leitaden Guidance Document „Evaluability Assessments in Austrian development cooperation“ Rechnung, der als Ergänzung zur ressortübergreifenden „Evaluierungspolicy OEZA Plus“ im März gemeinsam von BMEIA, ADA, BMF, OeEB und BMK veröffentlicht wurde.

Das BMEIA und die ADA waren gemeinsam in den für Fragen der Evaluierung relevanten Gremien der OECD-DAC (EvalNet) sowie der erweiterten DACH-Gruppe (Deutschland, Österreich, Schweiz, Belgien, Niederlande und Luxemburg sowie Liechtenstein) als auch in der EU-Head of Evaluation Services vertreten. Die jährliche Sitzung der DACH-Gruppe wurde im Juni von Luxemburg in Luxemburg als Präsenzveranstaltung ausgerichtet und von allen Mitgliedsländern erfolgreich als Forum des Erfahrungs- und Wissensaustauschs genutzt.

DAC Statistical Peer Review

Der Endbericht der 2022 unter dem Vorsitz des OECD DAC-WP-STAT-Sekretariats durchgeführten Peer Review der österreichischen ODA-Statistik wurde im März 2023 veröffentlicht. In diesem Bericht wird die ODA Statistik-Österreichs gelobt und die hohe Qualität der ODA-relevanten Datenerhebung gewürdigt. Österreich nimmt im jährlichen Ranking der Berichterstattung zur ODA-Statistik regelmäßig einen Spitzenplatz ein. Die 15 Empfehlungen der Statistical Peer Review befassen sich unter anderem mit Berichtswesen, finanzieller und personeller Ausstattung, Transparenz und dem Engagement für TOSSD (Total Official Support

for Sustainable Development) und wurden im Rahmen der erstellten Management Response einer Umsetzung zugeführt.

5.1 Schwerpunkte

Die Geschlechtergleichstellung und die Ermächtigung von Frauen und Mädchen (SDG 5) ist ein zentrales Handlungsziel der OEZA und findet auf allen Ebenen Berücksichtigung. Die OEZA bekennt sich dementsprechend zu den Zielen und Prinzipien des EU-Aktionsplans zu Gender und Entwicklung III.

Bilateral ist Österreich im Bereich **Wasser und Siedlungshygiene (SDG 6)** in Albanien, Moldau, Mosambik, Uganda sowie den palästinensischen Gebieten aktiv. In Moldau beteiligt sich Österreich an einem Programm der IBRD zum Ausbau der Wasser- und Sanitärversorgung in ausgewählten benachteiligten Regionen und Kleinstädten, Gesundheitszentren und Schulen. In Afrika unterstützt die ADA ein groß angelegtes Programm der Globalen Wasserpartnerschaft zur Förderung der Geschlechtergleichstellung im Wassersektor in bis zu 18 Ländern (SDG 5). Sie arbeitet zudem mit der Verwaltung der Provinz Sofala in Mosambik in einem mehrjährigen Programm zusammen, um dort den Zugang zu sauberem Wasser und angemessener Sanitärversorgung für die ländliche Bevölkerung deutlich zu verbessern. Ein weiteres Kooperationsprojekt unterstützt die stärkere Zusammenarbeit der Länder im Becken des Volta Flusses in Westafrika und die Entwicklung eines Masterplans für das nachhaltige Wassermanagement im Einzugsgebiet.

Im Bereich **nachhaltige Energie (SDG 7, 13)** engagierte sich die OEZA gemeinsam mit der UNIDO weiter beim Aufbau und Betrieb regionaler Zentren für erneuerbare Energie und Energieeffizienz. Die Regionalzentren in West- und Ostafrika, im südlichen Afrika, im Himalaya-Hindukusch, in Zentralamerika, der Karibik und im Pazifik sowie die Koordinierungsplattform „Global Network of Regional Sustainable Energy Centers“ sind mittlerweile operativ tätig. Andere Partner im Energiebereich sind die **Sustainable Energy for All (SEforALL)**-Initiative sowie die „**Energy and Environment Partnership**“ (EEP) im südlichen und östlichen Afrika mit dem „**Nordic Development Fund**“ (NDF). Österreich unterstützt weiters mit 600.000 Euro das

Projekt „Women and youth economic empowerment in Western Ukraine for inclusive and sustainable recovery“ der UNIDO, das von Frühjahr 2023 bis 2026 umgesetzt werden soll.

Bei Strategien und Programmen zu **Ernährungssicherheit und nachhaltiger ländlicher Entwicklung (SDG 1, 2, 10, 13, 15)** liegt der Schwerpunkt auf der Reduktion von Auswirkungen des Klimawandels, Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Haushalten und Gemeinden gegenüber Krisen, Stärkung der lokalen Wertschöpfung sowie nachhaltiger Nutzung und gleichberechtigtem Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen. Die OEZA unterstützt diese Ansätze unter anderem in Äthiopien, Burkina Faso und Mosambik sowie in Landwirtschaftsprojekten in Armenien und Georgien. Einige dieser Projekte, die unter anderem den Fokus auf Förderung des ökologischen Landbaus und Privatsektorentwicklung legen, setzt die OEZA mit Finanzierung der Europäischen Kommission um.

Die OEZA unterstützt Partnerländer dabei, effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen aufzubauen, die **Menschenrechte** zu verwirklichen und eine lebendige Zivilgesellschaft zu fördern (alle SDGs, insbesondere SDG 16). Ein Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Projekten, die auf den fairen Zugang zu Justiz, Gerechtigkeit, Effizienz, Rechenschaft und Transparenz in der Verwaltung auf nationaler und lokaler Ebene sowie auf die Inklusion von vulnerablen Gruppen, besonders Menschen mit Behinderungen, abzielen. Ein Treffen des entwicklungspolitischen Arbeitskreises Inklusion fand zu Jahresende statt.

Für **Friedensförderung und Konfliktprävention** (SDG 16) setzt sich die OEZA besonders in den Regionen Westafrika, Ostafrika/Horn von Afrika, Westbalkan, Südkaukasus und im Nahen und Mittleren Osten ein. Besonderer Fokus der OEZA gilt der Konfliktprävention.

Dürren und Überflutungen sowie Ressourcenknappheit können bestehende Konflikte verschärfen und neue Konflikte verursachen. Österreich lancierte daher 2023 mehrere Projekte zivilgesellschaftlicher Akteure in der Region Ostafrika und Horn von Afrika an der Schnittstelle zwischen Klimawandel-Konflikt-Gender.

Im Bereich **Bildung und Wissenschaft (SDG 4)** liegen die Schwerpunkte in der Hochschul- und Berufsbildung. Mit dem Hochschulkooperationsprogramm **Austrian Partnership Programme in Higher Education and Research for Development (APPEAR)** werden mehrjährige Partnerschaften zwischen Hochschulen in Schwerpunktländern der OEZA und Österreich

ermöglicht. Ziel ist die Kapazitätsentwicklung. In Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (**BMBWF**) unterstützt die OEZA zudem die Länder des Donauraums/Westbalkans bei der Annäherung an bzw. Integration in den Europäischen Hochschul- und Forschungsraum. Darüber hinaus werden Partnerländer wie Kosovo, Albanien, Moldau, Burkina Faso, Uganda, Südafrika, etc. bei der Reform des Berufsbildungssektors unterstützt. Ein Fokus wird auf arbeitsmarktorientierte Berufsbildung und integrative Bildung für vulnerable Gruppen, insbesondere Frauen und junge Mütter, gelegt.

Umwelt und Klimaschutz (SDG 2, 6, 7, 11, 12 13, 15) verfolgt die OEZA auf verschiedenen Ebenen. Sie unterstützt die Schwerpunktländer und -regionen dabei, Umwelt- und Klimafragen im Einklang mit dem Pariser Übereinkommen, dem Sendai-Rahmenwerk für Katastrophenrisikominderung und den SDGs in Entwicklungsplänen besser zu verankern und ökologisch nachhaltige Wachstumswege einzuschlagen. Ressourceneffizienz, Klimaschutz, Katastrophenrisikovorsorge (Disaster Risk Reduction) und Ökosystemerhalt werden gesamtheitlich in allen Projekten und Programmen thematisiert. Österreich engagiert sich außerdem seit vielen Jahren stark im Umweltnetzwerk des Entwicklungsausschusses der OECD, dessen Vize-Vorsitz die ADA seit Oktober 2018 innehat.

5.2 Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Team Europe

Das von der EU initiierte Konzept von Team Europe fördert die Verschränkung der Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten einschließlich relevanter Einrichtungen und Entwicklungsbanken sowie der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, mit konkreten Team-Europe-Initiativen als Vorzeigemaßnahmen. In den Schlussfolgerungen vom 21. November 2023 ruft der Rat zur bevorzugten Nutzung von Team Europe für die Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten sowie zur weiteren Intensivierung der gemeinsamen Programmplanung auf und betont die Bedeutung des Konzepts zur erfolgreichen Umsetzung der Global-Gateway-Strategie. Die EU-Delegationen sollten dabei einen angemessenen und zügigen

Informationsfluss gewährleisten und zur Einbeziehung insbesondere derjenigen Mitgliedstaaten beitragen, die nicht vor Ort vertreten sind.

Bilaterale Schwerpunkte

Gemäß dem Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik 2022–2024 war die OEZA in **drei Kategorien von Ländern** tätig: Ärmste Entwicklungsländer (Least Developed Countries - LDCs), Länder in Südosteuropa/Südkaucasus, sowie Krisenregionen und fragile Staaten.

Ärmste Entwicklungsländer (Least Developed Countries)

In der Unterstützung ärmster Entwicklungsländer fokussiert sich die OEZA auf Länder und Regionen in Subsahara Afrika sowie Bhutan.

Im Schwerpunktland **Äthiopien** soll gemäß der Landesstrategie 2019–2025 die Resilienz und inklusive Regierungsführung gestärkt werden. Geografische Schwerpunktregion ist die Region Amhara, mit der Konzentration auf ländliche Gebiete und Entwicklung. Trotz der Aufstände und generellen Unsicherheit im Land konnten die laufenden Projekte umgesetzt und die Humanitäre Hilfe verstärkt werden. Im Schwerpunktland **Burkina Faso** ist Österreich in den Bereichen nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Gebieten sowie technisches Schulwesen und Berufsbildung tätig. Ein Projekt wird gemeinsam mit dem Land Vorarlberg realisiert. Der regionale Fokus liegt auf Boucle du Mouhoun, wo auch bis Mitte des Jahres ein EU-finanziertes Drittmittelprojekt umgesetzt wurde. In **Uganda, v.a. im nördlichen Teil des Landes**, werden Projekte in der Wasserversorgung und Siedlungshygiene sowie im Zugang zu Justiz implementiert. Das OEZA-Engagement im Schwerpunktland **Mosambik** fokussiert auf nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssicherheit sowie ländliche Wasserversorgung und Siedlungshygiene. Geografischer Fokus liegt in der Provinz Sofala, wo auch ein EU-finanziertes Drittmittelprojekt umgesetzt wird.

Komplementär zum OEZA-Engagement in den Schwerpunktländern werden in **Subsahara-Afrika** regionale Akteurinnen und Akteure unterstützt. Als Partner der OEZA in Subsahara-Afrika sind dies neben der Afrikanischen Union die **Regionalorganisationen ECOWAS**, die **Ostafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (EAC)**, die **zwischenstaatliche Behörde für**

Entwicklung (IGAD), die über ein EU-finanziertes Drittmittelprojekt gefördert wird, und die **Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC)**.

Inhaltlich konzentriert sich die OEZA in der regionalen Kooperation in Subsahara Afrika auf die thematischen Schwerpunkte Frieden und menschliche Sicherheit sowie integriertes grenzüberschreitendes Wasserressourcenmanagement. Darüber hinaus werden im Sinne eines gesamtstaatlichen Ansatzes Synergien zwischen sämtlichen österreichischen Akteurinnen und Akteuren, insbesondere in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Humanitäre Hilfe, Migration und Mobilität, Wirtschaft und Entwicklung sowie nachhaltige Energie und Energieeffizienz genutzt.

Die Neueinstufung von **Bhutan** von einem LDC zu einem „Middle Income Country“ (MIC) mit Ende 2023 wird zu Veränderungen in der bilateralen Zusammenarbeit und einer neuen Form der Partnerschaft führen. Nach mehr als 30 Jahren ist die OEZA in Bhutan nun mit Jahresende ausgelaufen und das Koordinationsbüro in Thimphu geschlossen worden. Die Schwerpunkte der OEZA, die in der Übergangsstrategie 2019-2023 beschrieben wurden, waren Good Governance und Reform des öffentlichen Sektors, nachhaltige Energie und Energieeffizienz und Umwelt und Klimawandel und Gender als Querschnittsthemen. Alle Projekte konnten erfolgreich abgeschlossen werden.

Länder in Südosteuropa/Südkaucasus

Die Schwerpunktländer der OEZA in Südosteuropa und im Südkaucasus werden in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung mit Fokus auf Beschäftigung, Berufs- und Hochschulbildung sowie Regierungsführung, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Institutionenaufbau unter besonderer Beachtung der Armutsbekämpfung unterstützt. Eine OEZA-Regionalstrategie für den Westbalkan wurde 2023 verabschiedet. Sie unterstützt noch sichtbarer und zielgerichteter als bisher insbesondere die Heranführung der Westbalkanstaaten an die EU durch eine Neuausrichtung und Regionalisierung der OEZA.

In **Albanien** werden Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, arbeitsmarktorientierte Berufsbildung/Beschäftigungsfähigkeit sowie integriertes Wasserressourcenmanagement gefördert, im **Kosovo** Bildung mit Fokus Hochschulbildung sowie Wirtschaft und Entwicklung,

insbesondere im ländlichen Raum. Besonders hervorzuheben ist das EU-Projekt International Monitoring Operation (IMO Phase III), welches von der ADA in Albanien durchgeführt wird. Sie begleitet dabei einen Prozess internationaler Expertinnen und Experten, bei dem ca. 800 albanische Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte dahingehend geprüft werden, ob sie ihre Tätigkeiten im Einklang mit Antikorruptions- und Rechtsstaatlichkeitsprinzipien durchführen.

In Umsetzung der 2022 angenommenen Rahmenstrategie für die OEZA-Schwerpunktländer aus der Östlichen Partnerschaft (Moldau, Georgien, Armenien) unterstützt die mit **Moldau** abgestimmte Rahmenstrategie die Entwicklung und die EU-Assoziierung der Republik. In Ergänzung dazu setzte die ADA weiterhin ein EU-finanziertes Drittmittelprojekt in Moldau zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion sowie zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung und der Siedlungshygiene in ländlichen Regionen erfolgreich um.

Das österreichische Engagement im Südkaukasus unterstützt die beiden OEZA-Schwerpunktländer **Georgien und Armenien** mit einem sektoriellen Schwerpunkt im Landwirtschaftsbereich. Hervorzuheben ist das von EU und ADA finanzierte Projekt „Local Empowerment of Actors for Development (LEAD4Shirak)“ zur Stärkung von inklusivem Wachstum in ländlichen Gebieten von Shirak in Armenien durch Unterstützung gemeindebasierter Entwicklungs- und Partnerschaftsinitiativen.

Krisenregionen und fragile Staaten

Im Einklang mit der im September 2022 angenommenen „Europäischen Gemeinsamen Strategie zur Unterstützung Palästinas im Zeitraum 2021–2024“ und der palästinensischen nationalen Policy Agenda hat sich Österreich in den palästinensischen Gebieten im Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit mit Fokus sozioökonomische Resilienz, Frauen und Jugend engagiert.

Auf den barbarischen Angriff der Terrorgruppe Hamas am 7. Oktober auf Israel hat Österreich sofort reagiert und seine EZA in der Region einer umfassenden Überprüfung hinsichtlich möglicher Verbindungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Extremistennetzwerken unterzogen. Die Überprüfung ergab bei allen bis auf einen Projektpartner vor Ort – der eine von

der Gebergemeinschaft als antisemitisch eingestufte Erklärung unterzeichnet hatte und mit dem die Zusammenarbeit sofort beendet wurde – keine Beanstandungen. Das BMEIA nahm den Terrorangriff der Hamas zum Anlass, künftig noch strengere Kriterien betreffend Kampf gegen Antisemitismus sowie Aufruf zu Hass und Gewalt anzuwenden. Dafür wurden weitere Grundsätze erarbeitet. Diese umfassen etwa die Verpflichtung von Projektpartnern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) zur Bekanntgabe von Sub-Fördernehmern oder die Bedingung, dass antisemitische Äußerungen oder Handlungen zu einer sofortigen Einstellung des Projekts führen können.

Um das enorme Leid der notleidenden Zivilbevölkerung in Gaza zu lindern, hat Österreich vom 7. Oktober bis Jahresende über diverse Hilfsorganisationen (WFP, IKRK, etc.) insgesamt 13 Millionen Euro Humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza und der Region bereitgestellt.

Darüber hinaus hat Österreich fragile Staaten in den Bereichen Migration/Flucht und Konfliktprävention sowie bei der Bewältigung komplexer Krisen in der Region Mittlerer und Naher Osten und andere Krisenregionen unterstützt.

5.3 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union

Die EU (Mitgliedstaaten und Europäische Kommission) ist der größte Geber von internationalen ODA-Leistungen. Österreichs finanzieller Beitrag zur EZA der EU stellt mit 380 Millionen Euro (im Rahmen des EU Haushalts und des Europäischen Entwicklungsfonds - **EEF**) einen der größten Einzelposten bzw. rund 25 % der gesamten österreichischen ODA dar.

Samoa-Abkommen

Das 2021 als Nachfolgeabkommen zum Cotonou-Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und den Mitgliedern der Organisation der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (OAKPS) ausverhandelte sogenannte Samoa-Abkommen gelangte im Herbst zur Unterzeichnung. Für Österreich unterzeichnete Bundesminister Alexander Schallenberg am 23. Oktober. Es ist mit 106 Staaten (27 EU-Mitgliedstaaten und 79 OAKPS-Staaten) das größte Nord-

Süd-Abkommen und wird ab 1. Jänner 2024 vorläufig angewendet. Endgültig tritt das Abkommen in Kraft, wenn es alle EU-Mitgliedstaaten und mindestens zwei Drittel der AKP-Staaten ratifiziert haben werden.

Österreich begrüßt die Inhalte des Partnerschaftsabkommens, das auch stärkere Verpflichtungen in für Österreich wichtigen Prioritäten wie Menschenrechte und Demokratie, Sicherheit, menschliche Entwicklung, Klimaschutz, wirtschaftliches Wachstum und Migration vorsieht.

Auf österreichisches Betreiben bekräftigt das Samoa-Abkommen, dass die Vertragsparteien zur Rückübernahme jener Staatsangehörigen verpflichtet sind, die sich illegal in den Hoheitsgebieten der OAKPS-Mitglieder bzw. der EU-Mitgliedstaaten aufhalten. Damit steigt die Zahl der Staaten, mit denen Österreich operative Rückübernahmeregelungen eingegangen ist, von 49 auf 123.

Mit der Unterzeichnung hat aufgrund des Abschlusses als gemischtes Abkommen auch der EU-weite Ratifikationsprozess zu laufen begonnen. Das Abkommen bedarf in Österreich der parlamentarischen Genehmigung nach Art. 50 B-VG.

Agenda 2030

Österreich wird den zweiten „Freiwilligen Nationalen Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele“ (FNU) im Juli 2024 beim Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung (HLPF) bei den Vereinten Nationen in New York präsentieren. Der Bericht verdeutlicht anhand der Schwerpunktsetzungen auf sozialen Zusammenhalt und Solidarität in Zeiten multipler Krisen, Skills für 2030 und Schutz der Biosphäre sowie zahlreicher konkreter Erfolgsgeschichten das hohe Engagement zur Umsetzung der SDGs.

Die Arbeiten zur Erstellung des Berichts erfolgen auf Basis eines Beschlusses der Bundesregierung vom Oktober 2022 unter der Federführung des BKA und des BMEIA. Die Bundesanstalt Statistik Austria erstellt zu diesem Zweck einen aktualisierten Indikatorenbericht, welcher als Datenkapitel in den Bericht einfließt.

Österreich ist in den diversen internationalen Rankings zur Umsetzung der Agenda 2030 weiterhin im Spitzenfeld (im globalen Vergleich Platz 5, Sustainable Development Report 2023 und Platz 4, European Sustainable Development Report 2023). Diese Berichte zeigen, dass

insbesondere das Erreichen der Ziele 12 (Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion), 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) und 15 (Leben an Land) noch eine Herausforderung darstellt. 2023 stand weiterhin im Zeichen des Ausbaus der Koordinierung der SDG-Umsetzung in Österreich sowie der Fortführung des Dialogs und der Öffentlichkeitsarbeit zur Agenda 2030. Am 12. Oktober fand das dritte, gemeinsam von Bundesverwaltung und Zivilgesellschaft veranstaltete, SDG-Dialogforum statt. Das Dialogforum stand ganz im Zeichen der Erstellung des zweiten FNUs. So war das Highlight der Veranstaltung eine Podiumsdiskussion von drei Ministerinnen und Ministern und einer Vertreterin des Globalen Südens über die Agenda 2030.

5.4 Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe

Der weltweite Bedarf an Humanitärer Hilfe steigt mit der zunehmenden Zahl an Krisen, bewaffneten Konflikten, Naturkatastrophen und Auswirkungen des Klimawandels massiv an. Österreich trägt mit seiner Humanitären Hilfe wesentlich zur Linderung von Leiden durch die Deckung menschlicher Grundbedürfnisse in Krisen- und Konfliktsituationen bei. Die Humanitäre Hilfe Österreichs orientiert sich am humanitären Bedarf. Dazu zählen die Versorgung mit Unterkünften, Lebensmitteln, Gütern des täglichen Gebrauchs, medizinische Versorgung und Maßnahmen im Bereich Wasser, Sanitäres, Hygiene.

Leitlinien Österreichs sind die humanitären Prinzipien der Menschlichkeit, Unabhängigkeit, Neutralität und Unparteilichkeit. Die Humanitäre Hilfe Österreichs ist den Menschenrechten verpflichtet und dem Prinzip des „Do no harm“, das bedeutet, dass mit humanitären Hilfsmaßnahmen keine unbeabsichtigten negativen Auswirkungen in anderen Bereichen erzielt werden sollen.

Die Strategie der Humanitären Hilfe Österreichs wurde als zentrale Zielsetzung des Regierungsprogramms 2020-2024 ausgearbeitet und von der Bundesregierung am 4. Oktober zur Kenntnis genommen. Durch Verfolgen der Stoßrichtungen Innovation, Qualität und Verknüpfung von Humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung („Triple Nexus“) wird auf neue Herausforderungen reagiert. Effizienz und Effektivität der Hilfe sollen gestärkt werden.

Angesichts des steigenden humanitären Bedarfs hat Österreich seine Humanitäre Hilfe angepasst und den vom BMEIA verwalteten AKF (Auslandskatastrophenfonds) mit 77,5

Millionen Euro ausgestattet. Insgesamt leistete Österreich Humanitäre Hilfe in Höhe von 129,4 Millionen Euro.

Besondere Berücksichtigung finden Länder, die akut von humanitären Katastrophen betroffen und für Österreich von besonderem Interesse sind, die Schwerpunktländer der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (**OEZA**), und aktuell die Ukraine und ihre Nachbarländer.

Vulnerable Gruppen wie Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und Vertriebene sind vorrangige Zielgruppen der österreichischen Humanitären Hilfe. Österreich bringt seine Hilfsleistungen aus dem AKF für Vertriebene und Geflüchtete dabei in der Heimat bzw. in der Nähe Ihrer Herkunftsstaaten zum Einsatz, um den Menschen Perspektiven zu bieten und bei Wegfall der fluchtauslösenden Umstände die Rückkehr zu erleichtern.

5.4.1 Bilaterale Humanitäre Hilfe

Die bilaterale Humanitäre Hilfe Österreichs wird vom BMEIA und anderen Bundesministerien wie BMI und BML, von Ländern und Gemeinden sowie von weiteren öffentlichen Stellen finanziert und abgewickelt.

Mit der bilateralen Humanitären Hilfe reagiert Österreich auf außergewöhnliche Krisensituationen, die meist durch Naturkatastrophen oder bewaffnete Konflikte ausgelöst werden. Flüchtlingsströme und Hungersnöte sind die augenscheinlichsten Folgen derartiger Krisensituationen.

Zur Unterstützung der notleidenden Bevölkerung in der Ukraine und ihren Nachbarländern wurden insgesamt 29,6 Millionen Euro für Maßnahmen wie humanitäre Entminung,

Basisversorgung, Überwinterungsprogramme für die Bevölkerung der Ukraine und für Vertriebene bereitgestellt.

Für die Versorgung der Vertriebenen aus Berg-Karabach wurden zwei Millionen Euro für das IKRK in Armenien gewährt.

Für Syrien wurden an Erdbebensoforthilfe, Basisversorgung und Nahrungsmittelhilfe insgesamt 8,35 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Auch die Situation in Afghanistan blieb herausfordernd. Trotz Einschränkungen im Zugang und in den Handlungsmöglichkeiten konnten neun Millionen Euro für Humanitäre Hilfe aufgewendet werden.

Zur Bekämpfung der Hungersnot, Linderung der Flüchtlingssituation und Unterstützung der fragilen Gesundheitssysteme wurden 26,9 Millionen Euro für Staaten in Subsahara-Afrika (Burkina Faso, Mali, Äthiopien, Uganda, Mosambik und Sudan) aufgewendet.

Die AKF-Beiträge an österreichische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) beliefen sich auf insgesamt 23,2 Millionen Euro. Damit wurden Projekte in Syrien, Afghanistan und Region, Libanon, Jordanien, Äthiopien, Uganda, Mosambik, Burkina Faso und Südsudan umgesetzt.

Aus Mitteln des AKF und der ADA wurden humanitäre Programme und Projekte in Syrien, Libanon, Jordanien, Jemen, Afghanistan, in Afrika und in Ländern der europäischen

Nachbarschaft über Organisationen der VN, der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung und der Zivilgesellschaft unterstützt.

Internationale Katastrophenhilfe

Österreich leistete aufgrund von Hilfersuchen im Rahmen des Unions-Mechanismus in direkter Koordination mit der Europäischen Kommission und dem Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC) auch internationale Katastrophenhilfe.

Über den Zivilschutzmechanismus der EU (UCPM) wurden heuer 25 LKWs mit Warengütern im Wert von rund einer Million Euro in die Ukraine und ihre Nachbarländer versendet. Die Sachleistungen umfassten allem voran Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge, Generatoren, Dieseltreibstoff, Decken, Masken, Desinfektionsmittel, Medikamente und medizinische Geräte.

Auslandskatastrophenhelfseinsätze wurden vom BMI im Rahmen der Zuständigkeit für die internationale Katastrophenhilfe und das staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement organisiert, wobei auch Logistikunterstützung durch andere Ressorts, z.B. des BMSGPK, BMLV, BMK, und BMJ sowie des Österreichischen Roten Kreuzes (ÖRK), des Samariterbundes sowie der Landesfeuerwehrverbände erfolgte.

Nahrungsmittelhilfe Österreichs

Angesichts der Nahrungsmittelkrise in zahlreichen Regionen Afrikas und im Nahen Osten erhöhte Österreich die Mittel für Nahrungsmittelhilfe. Im Einklang mit der internationalen Gebergemeinschaft beteiligte sich Österreich im Rahmen der VN und der EU an Maßnahmen zur Stärkung der globalen Ernährungssicherheit. So stiegen die Mittel für Nahrungsmittelhilfe im Wege des World Food Programms (**WFP**) auf insgesamt 28,6 Millionen Euro an. Das BML unterstützte im Zusammenhang mit dem Ernährungshilfe-Übereinkommen (Food Assistance Convention, **FAC**), durch das sich Österreich verpflichtet, jährlich Nahrungsmittelhilfe zugunsten ernährungsunsicherer Drittländer zu leisten, Projekte des WFP. Österreich unterstützte weiterhin die „Grain from Ukraine Initiative“ und leistete dadurch einen Beitrag zur Unterstützung des Exports von ukrainischem Getreide in besonders von der

Nahrungsmittelkrise betroffene Regionen. Das BML leistete eine Million Euro an die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (**FAO**) für die Sahel-Region.

5.4.2 Multilaterale Humanitäre Hilfe und die Europäische Union

Wichtige Kooperationspartner Österreichs sind weiterhin die humanitären VN-Organisationen wie das Büro des Flüchtlingshochkommissars (United Nations High Commissioner for Refugees, **UNHCR**), das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (**IKRK**) und die Institutionen der Rotkreuz- und Rothalbmond Bewegung und das Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO), welches weltweite humanitäre Projekte unterstützt.

Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA)

OCHA (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) koordiniert die internationale Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe und ist für die Entwicklung der humanitären Politiken der VN zuständig. Seit 2010 ist Österreich Mitglied der Donor Support Group von OCHA, einem Forum der wichtigsten Geber an OCHA. Vier Millionen Euro wurden aus dem AKF für OCHA zur Verfügung gestellt, davon eine Million Euro im Zusammenhang mit dem Erdbeben in der Türkei und Syrien, eine Million für Aktivitäten im Südsudan und zwei Millionen für den Nothilfefonds der VN (Central Emergency Response Fund, **CERF**).

Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)

Österreich leistete wie in den vorangegangenen Jahren einen ungebundenen Kernbeitrag für UNHCR. Darüber hinaus hat die Bundesregierung eine Auszahlung aus dem AKF in Höhe von 17 Millionen Euro an UNHCR beschlossen. Österreich unterstützte die Arbeit des UNHCR zur Versorgung von Binnenvertriebenen, Flüchtlingen und Rückkehrenden sowie der

Aufnahmegemeinden in Tunesien, Jordanien, Ukraine, Burkina Faso, Äthiopien, Mosambik, Sudan, Afghanistan und Region. Außerdem leistete die OEZA 6,7 Millionen Euro an UNHCR.

Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

Im August wurde eine Strategische Partnerschaft zwischen Österreich und dem WFP unterzeichnet: 2023-2025 stellt das BML jährlich 17 Millionen Euro zur Verfügung. Das BMEIA unterstützt den Innovation Accelerator des WFP mit jährlich zwei Millionen Euro.

Weiters wurden unter anderem Projekte des WFP in der Ukraine und in den palästinensischen Gebieten mit sechs Millionen Euro unterstützt.

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Österreich leistete in den vergangenen Jahren einen Kernbeitrag an das Hilfswerk der VN für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für Projekte im Westjordanland und im Gazastreifen. Darüber hinaus leistete die ADA 1 Million Euro an Humanitärer Hilfe für palästinensische Geflüchtete in Syrien.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRK)

Das IKRK leistet gemeinsam mit der IFRK sowie den nationalen Gesellschaften einen wesentlichen Beitrag zur Linderung humanitärer Notlagen. Österreich ist seit 2017 Mitglied der Donor Support Group des IKRK, einem informellen Forum der wichtigsten Geber an das IKRK.

Österreich unterstützte die operative Arbeit des IKRK und IFRK für die Basisversorgung der betroffenen Menschen, unter anderem für Nahrung, Trinkwasser sowie Gesundheitsversorgung und Bargeldhilfe in Syrien, Türkei, Ukraine, Afghanistan und Region,

Mali, Armenien, Jemen und die palästinensische Gebiete mit 27 Millionen Euro. Darin enthalten ist die OEZA Unterstützung für das IKRK in Höhe von fünf Millionen Euro.

Humanitäres Völkerrecht

Österreich setzt sich regelmäßig in multilateralen Foren und bilateralen Kontakten aktiv für die Einhaltung des **Humanitären Völkerrechts (HVR)** ein. Dies war im Jahr 2023 weiterhin aufgrund des am 24. Februar 2022 von Russland begonnenen Angriffskrieges gegen die Ukraine besonders notwendig: Österreich verurteilte – regelmäßig gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedstaaten – bei einer Reihe von Tagungen internationaler Organisationen die von Russland zu verantwortenden Verletzungen des HVR im Zuge der Kriegshandlungen und rief wiederholt beide Kriegsparteien zur vollständigen Einhaltung des HVR auf. Auch im nicht-internationalen **bewaffneten Konflikt zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen** rief Österreich wiederholt beide Parteien zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts auf.

Bereits zu Jahresbeginn beteiligte sich Österreich aktiv am **3. Staatlichen Expertentreffen zum HVR**, das unter dem Vorsitz der Schweiz und des IKRK vom 24. Jänner - 2. Februar in Genf stattfand und dieses Jahr dem Thema „**Schutz der natürlichen Umwelt in bewaffneten Konflikten**“ gewidmet war. Österreich gab während des Treffens eine Erklärung ab, in der die seit den 1980er Jahren vom BMLV und dem Österreichischen Bundesheer gesetzten Reformen zur Erzielung effektiven Umweltschutzes auf militärischen Truppenübungsgebieten (Allentsteig, Bruck-Neudorf und Grossmittel), während Trainingseinheiten und bei Auslandseinsätzen des Bundesheers (z.B. im Tschad) erläutert wurden.

Die seit 1988 bestehende **österreichische Nationale Kommission zur Umsetzung des HVR** traf sich zwei Mal, am 14. Mai und am 21. November. Die Kommission befasste sich in erster Linie mit den Kriegen in der Ukraine sowie in Israel/Gaza aus Sicht des HVR, des internationalen Strafrechts sowie der humanitären Hilfe und erörterte Entwicklungen in verschiedenen Bereichen der Abrüstung (u.a. zweites Vertragsstaatentreffen des Kernwaffenverbotsvertrags, Durchführung eines Military Workshops in Kooperation mit dem BMLV betreffend die Praxis zur

politischen Erklärung betreffend den Einsatz von Explosivwaffen in besiedelten Gebieten (EWIPA); geplante Konferenz zu Autonomen Waffensystemen 2024 in Wien).

In Erfüllung einer österreichischen Zusage bei der 33. Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz organisierte Österreich in Kooperation mit dem IKRK die **Europäische Regionalkonferenz der Nationalen Kommissionen zur Umsetzung des HVR**, die am 13. und 14. März in Wien stattfand. Die Konferenz bot den rd. 100 Teilnehmenden die Möglichkeit zum Austausch über die Organisation und Kernarbeit nationaler HVR-Kommissionen, die Aufklärung der Schicksale verschwundener Personen, die **EWIPA**, universelle Gerichtsbarkeit und humanitäre Ausnahmen bei Sanktionen. Der zweite Konferenztag, der auch der interessierten Öffentlichkeit offenstand, war dem Thema „HVR und neue Technologien“ gewidmet. Hierzu fandet Panels über die Herausforderungen und Gefahren der Automatisierung der Kriegsführung (HVR, Künstliche Intelligenz und Autonome Waffensysteme) sowie über die Digitalisierung der Kriegsführung (Cyber und HVR, digitales Emblem) statt.

Es besteht eine ausgezeichnete Zusammenarbeit der österreichischen Behörden mit dem **Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)**, die in Angelegenheiten des HVR insbesondere zwischen dem Völkerrechtsbüro des BMEIA und der Vertretung in Genf sowie der Rechtsabteilung des IKRK erfolgt.

Im Rahmen der EU werden HVR-Themen in unterschiedlichen Foren regelmäßig behandelt, insbesondere in den Ratsarbeitsgruppen Völkerrecht, Völkerstrafrecht, Humanitäre Hilfe sowie im **Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK)**. Österreich engagiert sich aktiv mit einer Gruppe gleichgesinnter Staaten für eine institutionelle Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) im Bereich des HVR und des internationalen Strafrechts.

Österreich engagiert sich weiterhin dafür, dass Verletzungen des HVR nicht ungestraft bleiben. Für die **Bekämpfung der Straflosigkeit** ist auch die objektive **Feststellung von Fakten** und Sicherung von Beweisen essenziell. Aus diesem Grund unterstützt Österreich internationale Ermittlungsmechanismen u.a. auch durch freiwillige finanzielle Beiträge, wie den **Treuhandfonds des Büros des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH; 2023: 400.000 Euro und Entsendung einer BMJ-Expertin)**, den durch die VN-GV-Resolution 71/248 eingerichteten Internationalen, Unparteiischen und Unabhängigen Mechanismus zur

Unterstützung der Ermittlung der Verantwortlichen für die seit März 2011 in **Syrien** begangenen schwersten **völkerrechtlichen Verbrechen und deren strafrechtliche Verfolgung (IIIM Syrien; 2023: 50.000 Euro)**, das vom VN-Sicherheitsrat eingesetzte **Ermittlungsteam zur Förderung von Verantwortlichkeit für die vom Islamischen Staat im Irak und in der Levante begangenen Verbrechen (UNITAD; 2023: 50.000 Euro)**, den vom VN-Menschenrechtsrat geschaffenen **Unabhängigen Untersuchungsmechanismus für Myanmar (IIMM; 2023: 30.000 Euro)** sowie die **Internationale Humanitäre Ermittlungskommission (IHFFC)** gemäß Art. 90 des Zusatzprotokolls I aus 1977 zu den Genfer Abkommen.

Seit 2020 unterstützt Österreich zudem die in Genf ansässige zivilgesellschaftliche Organisation **Geneva Call**, die sich für die Einhaltung des HVR durch nichtstaatliche bewaffnete Akteurinnen und Akteuren und De facto-Regierungen einsetzt. An dieser nahm nach Abschluss eines entsprechenden Kooperationsabkommens am 1. Oktober 2023 der erste österreichische Friedensdiener im Rahmen des Auslands(zivil)diensts seine Tätigkeit auf.

Humanitäre Hilfe im Rahmen der Europäischen Union

Österreich leistete über das Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission **ECHO**, dessen operatives Budget mit 1,7 Milliarden Euro festgesetzt wurde, seinen entsprechenden Anteil für weltweite Humanitäre Hilfe. Als Teil von ECHO unterstützt UCPM bei weltweiten Katastrophen, auf Anfrage der betroffenen Länder, mit Koordination und humanitären Sach- und Dienstleistungen.

6. Außenwirtschaft

6.1 Geoökonomisches Umfeld

Für Österreich als offene Volkswirtschaft ist der Außenhandel von entscheidender Bedeutung: Die österreichische Exportwirtschaft schafft und sichert **Arbeitsplätze, Wohlstand und Steuereinnahmen**. Österreich bewegt sich in einem globalen Wirtschaftsumfeld, das 2023 von multiplen Krisen und Unsicherheit geprägt war. So führten der **russische Angriffskrieg gegen die Ukraine**, die wirtschaftlichen Folgewirkungen der COVID-19 Pandemie sowie des Klimawandels zu hohen Energiepreisen, steigender Inflation und steigenden Zinsen. Zu den **geoökonomischen Trends**, welche die globale Wirtschaftsentwicklung dominierten, gehörten Risiken einseitiger Abhängigkeiten, Lieferengpässe und Bedenken um die Versorgungssicherheit.

Steigende Wirtschaftsrivalitäten sind Zeichen einer „**Geo-Politisierung**“ der **Weltwirtschaft** etwa in den Beziehungen zwischen den USA, China und der EU. Bedingt durch die multiplen Krisen sind die Staaten, wie seit den 1970er-Jahren nicht mehr, zu wirtschaftlichen Akteuren geworden und greifen über Subventionen sowie Investitions- und Exportkontrollen in das Wirtschaftsgeschehen ein. Es findet ein **Paradigmenwechsel in Richtung wirtschaftlicher Sicherheit** statt. Die tiefgehenden Verflechtungen zwischen den Wirtschafts- und Technologiemarkten weltweit erlauben jedoch keine komplette Entkoppelung. Die G7-Staaten und die EU verfolgen daher die Strategie des „**de-risking**“, um wirtschaftliche Verflechtungen mit China zu identifizieren und deren Risikopotential zu minimieren.

Die EU und Österreich versuchen, der Gefahr einer **geopolitischen Fragmentierung** durch Maßnahmen zum Aufbau von internationalen Partnerschaften, ergänzt durch Stärkung und Schutz von Lieferketten sowie dem Ausbau der wirtschaftlichen Sicherheit entgegenzuwirken. Die im Juni veröffentlichte **Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit** soll Auswirkungen geopolitischer Spannungen auf den EU-Raum entschärfen und technologischen

Wandel absichern. Gleichzeitig sollen dabei jedoch die wirtschaftliche Offenheit und Dynamik der EU bewahrt werden.

Das 2022 geschaffene österreichische **Supply Chain Intelligence Institute Austria (SCII)** unterstützt bei der Bewältigung der multiplen Krisen in der Versorgungssicherheit durch komplexe Datenanalysen kombiniert mit Expertenwissen. Das BMEIA ist Mitglied des SCII-Beirates.

Nachdem 2019 eine Grundsatzeinigung über den Handelsteil und im Juni 2020 zum politischen und institutionellen Teil des seit 1999 verhandelten **Assoziierungsabkommens der EU mit MERCOSUR** (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) erzielt worden war, hat eine Annahme bislang nicht stattgefunden. Gebunden an Nationalratsbeschlüsse aus den Jahren 2019 und 2021, einen Bundesratsbeschluss aus 2020 sowie an das Regierungsprogramm 2020-2024 lehnt Österreich das Abkommen in seiner derzeitigen Form ab.

Die **Welthandelsorganisation (WTO)** mit Sitz in Genf schafft **völkerrechtlich verbindliche Regeln für den internationalen Handel**. Österreich profitiert als exportorientierte, offene Volkswirtschaft von einer regelbasierten Weltwirtschaftsordnung mit einer starken WTO im Zentrum. Aufgrund der „Geo-Politisierung“ der Weltwirtschaft und nationalen Interessen verschiedener Akteure befindet sich die WTO jedoch in einer Krise. Die EU und Österreich setzen sich gezielt für eine dringend notwendige, umfassende Reform der Organisation und des Streitbeilegungsmechanismus ein, um die Organisation relevant zu halten. Aufgrund der engen Beziehungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zwischen dem OEZA-Schwerpunktland Bhutan und Österreich wurde Österreich im Juli mit dem **Vorsitz der WTO-Arbeitsgruppe über den Beitritt von Bhutan** betraut und hat bereits intensive Arbeiten für einen erfolgreichen Abschluss begonnen.

6.2 „Exportnation Österreich“

Zum Erfolg der „**Exportnation Österreich**“ trägt das BMEIA über sein Vertretungsnetzwerk im Ausland wesentlich bei. Die österreichischen Vertretungsbehörden spielen eine wichtige Rolle

bei der Gestaltung nachhaltiger Außenwirtschaftsbeziehungen sowie als **Türöffner und Problemlöser für österreichische Unternehmen**.

Laut den von Statistik Austria bislang veröffentlichten Außenhandelszahlen für 2023 entwickelten sich die österreichischen Warenexporte trotz des krisengebeutelten Umfelds **moderat positiv** und stiegen um +3 % auf 200,5 Milliarden Euro. Die Importe sanken hingegen um 6,3 % auf 201,6 Milliarden Euro, zu einem erheblichen Teil bedingt durch gesunkene Rohstoff- und Energiepreise.

Seit September 2021 fördert die Initiative ReFocus Austria die österreichische Wirtschaft im Ausland und präsentiert Österreich als starken, stabilen und innovativen Wirtschaftsstandort. Die gemeinsame Initiative des „Team Austria“ – bestehend aus BMEIA, BMAW und anderen Bundesministerien, der Außenwirtschaft Austria der WKO, der Österreich Werbung sowie weiteren Stakeholdern – war zentraler Bestandteil des Comeback-Plans der Bundesregierung zum wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Corona-Krise. 2023 hat sich ReFocus Austria zur größten wirtschaftsdiplomatischen Kampagne Österreichs entwickelt. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Insgesamt hat das Team Austria weltweit bis Ende 2023 über 650 Projekte und Veranstaltungen in rund 90 Ländern realisiert, von denen mehr als 3.400 österreichische Unternehmen und Niederlassungen profitieren konnten. Über 100 Veranstaltungen fanden im Rahmen hochrangiger Besuche statt.

Im Rahmen des **Ausfuhrförderungsgesetzes (AusfFG)** werden österreichische Unternehmen im Wege von Exporthaftungen in Form von Garantien und Wechselbürgschaften durch vielfältige Absicherungsmöglichkeiten von Exportgeschäften und Finanzierungen von Auslandsaktivitäten unterstützt. Als Mitglied des Beirats erfüllt das BMEIA eine wesentliche Mitwirkungs- und Beratungsaufgabe. So wurden die nach dem russischen Angriffskrieg eingestellten Exporthaftungen in die Ukraine ab Juli wieder für Lieferungen und Investitionen bis zu fünf Millionen Euro ermöglicht.

Zum **Ukraine-Wiederaufbau** laufen Vorbereitungen mit umfassenden, von Geberländern – einschließlich der EU – mit der Ukraine ausgearbeiteten Plänen. Das BMEIA stellt hier die bestmögliche Ausgangsposition für österreichische Unternehmen sicher. An der *Ukraine Recovery Conference 2023* (URC) am 21. Juni in London nahm Bundesminister Alexander

Schallenberg gemeinsam mit österreichischen Unternehmensvertreterinnen und -vertretern teil.

In einem Urteil hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) 2018 festgestellt, dass Investitionsschiedsklauseln in völkerrechtlichen Abkommen zwischen EU-Mitgliedstaaten nicht im Einklang mit dem Unionsrecht stehen. In Umsetzung dieses Urteils hat Österreich seine **12 Investitionsschutzabkommen mit EU-Mitgliedstaaten bis Februar 2023 beendet**.

Am **Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos** unter dem Motto „**Zusammenarbeit in einer fragmentierten Welt**“ vom 18.-19. Jänner nahm Bundesminister Alexander Schallenberg teil.

6.3. Das Unternehmensservice des Außenministeriums und ReFocus Austria

Eine der Kernaufgaben des BMEIA und seiner Vertretungen ist die **Unterstützung österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sowie österreichischer Unternehmen bei der Wahrung ihrer Rechte und Interessen im Ausland**. Grundlage für diese Aufgabe sind die Bestimmungen der beiden Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen, das Konsulargesetz und das Bundesministeriengesetz sowie das Bundesgesetz über Aufgaben und Organisation des Auswärtigen Dienstes – Statut. Die Auslandsaktivitäten des Außenministeriums unterliegen im Rahmen des Völkerrechts auch den lokalen Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

Im Jahr 2016 hat das Außenministerium mit dem Unternehmensservice eine **zentrale Anlaufstelle im BMEIA für österreichische Unternehmen** eingerichtet. Dahinter steht das Ziel, die Serviceleistung des BMEIA für Unternehmen zu verbessern, sowie die Überzeugung, dass der Schlüssel zu außenwirtschaftlichem Erfolg in einer möglichst engen **Zusammenarbeit zwischen Diplomatie und Wirtschaft** bzw. deren Interessensvertretungen liegt.

Vorrangige **Aufgabe des Unternehmensservice** ist es, österreichischen Unternehmen im Ausland im Anlassfall zur Seite zu stehen. Dabei arbeitet das Unternehmensservice in enger

Abstimmung mit der jeweiligen Vertretungsbehörde vor Ort, die ihrerseits wiederum in laufendem Austausch mit dem zuständigen AußenwirtschaftsCenter steht.

Die Unterstützung durch das BMEIA kann darin liegen, österreichische Unternehmen vor potentiell benachteiligenden Maßnahmen des Gastlandes zu bewahren. So setzt sich das Außenministerium im Wege der **Wirtschaftsdiplomatie** ein, wenn etwa Verstöße gegen die Regeln des europäischen Binnenmarktes österreichischen Unternehmen zum Nachteil gereichen. Dasselbe gilt für rechtsstaatlich bedenkliche Eingriffe, ungerechtfertigte Steuervorschreibungen, schlechte Zahlungsmoral ausländischer öffentlicher Auftraggeber oder eine Schlechterstellung österreichischer Investitionen. In solchen Fällen kommt der **direkte Zugang der österreichischen Diplomatie im Gastland** zugute. Als **Türöffner** setzt das BMEIA strategische Besuchsdiplomatie (etwa in Form von hochrangigen Reisen der österreichischen Politik und Wirtschaftsmissionen) ein, um inhaltliche Zukunftsbranchen, in denen Österreich bereits Vorreiter ist, zu bewerben, Anliegen zu platzieren und etwa Unternehmens-Memoranden zu übergeben. Unsere Vertretungsbehörden unterstützen auch in Form von Vorsprachen durch österreichische Diplomatinen und Diplomaten – je nach Anlassfall im Alleingang oder gemeinsam mit anderen EU-Staaten – sowie durch die Vermittlung von Terminen für Unternehmen bei hochrangigen Entscheidungstragenden des Gastlandes.

Österreichische Diplomatinen und Diplomaten setzen sich auch in internationalen Foren wie VN, OECD oder EU für die österreichische Wirtschaft ein, indem sie für den Wirtschaftsstandort Österreich günstige rechtliche Rahmenbedingungen ausverhandeln. Teil der Wirtschaftsdiplomatie sind aber auch die konsularische Unterstützung österreichischer Unternehmen (etwa in Visafragen), der konsularische Schutz für deren österreichische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausland oder die „Wirtschaftspartnerschaften“ der Entwicklungszusammenarbeit. In anderen Fällen unterstützt das BMEIA durch Beratung in

Sanktionsfragen oder mittels politischer und wirtschaftspolitischer Analysen sowie durch Netzwerkveranstaltungen.

Mit der 2021 ins Leben gerufenen wirtschaftsdiplomatischen Initiative **ReFocus Austria** hat das BMEIA in seinem Bestreben, weltweit Türen für neue Chancen zu öffnen und damit die Krisenfestigkeit Österreichs zu stärken, weiter intensiviert.

Im „**Team Austria**“ setzt sich das BMEIA im Rahmen von ReFocus Austria so wie bei all seinen wirtschaftsdiplomatischen Aktivitäten gemeinsam mit dem BMAW und weiteren Bundesministerien, der Außenwirtschaft Austria der WKO, der Industriellenvereinigung (IV) der Österreich Werbung (ÖW), den regionalen Standortagenturen und der Austrian Business Agency (ABA) für unsere Unternehmen weltweit ein. Die Fäden laufen im Außenministerium zusammen, wo das Unternehmensservice als Drehscheibe für Koordination, Beratung, Vernetzung und Unterstützung fungiert.

Konkret bedeutet dies, dass das BMEIA als **Netzwerker mit über 100 Vertretungsbehörden** weltweit maßgeschneiderte Veranstaltungen organisiert, um die Internationalisierung heimischer Spitzentechnologie zu bewerben, wie etwa im Bereich Green Economy. Als **Fürsprecher der Interessen Österreichs im Ausland** wird politische Unterstützung auf Regierungsebene noch systematischer genutzt, um konkrete politische Hilfestellung auf strategisch bedeutenden Zukunftsmärkten leisten zu können. Die Exportwirtschaft und die Außenwirtschaftspolitik sind unverzichtbarer Bestandteil der österreichischen Außenpolitik. Daraus erwächst ein konkreter Auftrag für das BMEIA und für alle unsere Partner der Initiative ReFocus Austria.

Zur **Bewerbung des heimischen Standortes** organisiert das Unternehmensservice des BMEIA im Rahmen der Veranstaltungsreihe „**Business Location Austria**“ halbjährliche Informationsveranstaltungen für das internationale Diplomatische Corps in Wien. Ebenso setzt das Unternehmensservice des Außenministeriums seit 2016 das von Unternehmen und Interessensvertretungen gleichermaßen geschätzte internationale **Besuchsprogramm ALPS (Austrian Leadership Programs)** um. Dabei lädt das BMEIA periodisch 20-25 internationale Entscheidungsträgerinnen und -träger, Führungskräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Alter von 25 bis ca. 45 Jahren aus den Bereichen Politik, Verwaltung,

Wirtschaft, Medien und Kultur nach Österreich ein. Das hochkarätige und intensive Programm zielt darauf ab, Österreich als modernen, wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Innovationsstandort mit starkem Stand in Zentral- und Osteuropa zu präsentieren. Es bietet österreichischen Betrieben und Institutionen die Möglichkeit, sich Führungskräften aus der ganzen Welt zu präsentieren.

In die breite Palette an Aktivitäten der österreichischen Wirtschaftsdiplomatie fallen auch Informationsveranstaltungen für Unternehmen zu aktuellen Herausforderungen (u.a. Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, diverse Sanktionsregime). Im Rahmen von „**Meet the Ambassadors**“ bietet das Unternehmensservice des BMEIA heimischen Unternehmen einmal jährlich bei der Botschafterkonferenz die Möglichkeit, konkrete Probleme und Fragen mit Diplomatinen und Diplomaten direkt zu besprechen, ohne dafür Reisen auf sich nehmen zu müssen. Gemeinsam mit der WKO setzt das BMEIA zudem seit 2015 die Initiative „**Open Austria**“ um. Dabei handelt es sich um ein Tech-Diplomatie-Büro im Silicon Valley, das als Schnittstelle für Innovation, Technologie, Startups und Wirtschaft fungiert, über globale technologische Trends berichtet und Zukunftsideen für Österreich nutzbar macht.

6.4. Österreichischer Vorsitz in der EU Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Für Österreich ist der Donaauraum eine Schlüsselregion für Wirtschaft und Solidarität und ein Beispiel für gelungene europäische Integration. Österreich und Rumänien haben 2011 gemeinsam die EUSDR initiiert, um die Kooperation im Donaauraum zu fördern und zu unterstützen. Die EUSDR umfasst heute neun EU-Mitgliedstaaten (Österreich, Deutschland, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Bulgarien und Rumänien) und fünf EU-Beitrittskandidaten (Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Ukraine und Moldau).

Am 1. November übernahm Bundesminister Alexander Schallenberg für Österreich das „Ruder“ in der EUSDR, Österreich hat damit bereits zum zweiten Mal deren Vorsitz inne. Das Motto der österreichischen Präsidentschaft lautet „Shaping Transformation, Creating Opportunities: A Prosperous, Resilient and Secure Danube Region“ und verfolgt drei inhaltliche Schwerpunkte: Stabilität und Sicherheit, mit einer europäischen Perspektive für die gesamte Donauregion; Innovation, Fachkräftebildung und wirtschaftliche Chancen; und Verbesserung des Fluss-

Ökosystems, Ökologisierung der Wasserwirtschaft und Management der grünen Transformation.

7. Konsularisches

Arbeitsfelder der Konsularsektion

Das Bürgerservice des BMEIA und die österreichischen Vertretungsbehörden bieten im Ausland lebenden sowie reisenden Österreicherinnen und Österreichern eine Vielzahl an konsularischen Serviceleistungen an. Sie reichen von der Ausstellung eines Notpasses bis zur Evakuierung im Krisenfall.

Bürgerservice und operatives Krisenmanagement im Ausland

Durch den menschenverachtenden Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober sowie die nachfolgenden kriegerischen Auseinandersetzungen im Gaza-Streifen sah sich das Bürgerservice mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Binnen kurzer Zeit gelang es, über 300 österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus Israel und Gaza zu evakuieren.

Des Weiteren konnten durch das Bürgerservice mit Unterstützung internationaler Partner mehr als 40 Österreicherinnen und Österreicher aus dem Sudan sowie 6 Österreicherinnen und Österreicher aus dem Niger repatriiert werden (Staatskrisen im April bzw. August).

Weite Teile Südeuropas wurden während der Sommermonate von schweren Waldbränden und Unwetterkatastrophen heimgesucht: Österreicherinnen und Österreichern, die sich über die Auslandsservice-App des BMEIA registriert hatten, wurden laufend via SMS und Email relevante

Informationen weitergeleitet und Unterstützung angeboten. Mehrere mobile Krisenteams wurden entsandt, um an den Flughäfen der betroffenen Krisenregionen zu helfen.

Die regelmäßig aktualisierten länderspezifischen Reiseinformationen und Sicherheitshinweise auf der Website des BMEIA wurden über 5 Millionen Mal abgerufen. Ferner wurden rund 25.000 telefonische Anfragen beantwortet.

Bekämpfung des Menschenhandels

Österreich ist sowohl als Transit- als auch als Zielland von Menschenhandel betroffen. Ein Großteil der Fälle betrifft Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, aber auch ausbeuterische Arbeitsverhältnisse sowie Fälle von Kinderhandel.

Innerstaatlich werden die Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels auf Basis Nationaler Aktionspläne von der Task Force Menschenhandel koordiniert, in der das BMEIA den Vorsitz innehat. 2023 wurde der **siebte Nationale Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels** (2024–2027) ausgearbeitet und zur Beschlussfassung durch die Bundesregierung vorbereitet. Die Weiterentwicklung des Aktionsplans auf Basis eines umfassenden und menschenrechtsbasierten Ansatzes ist Teil des Regierungsprogramms, das die Bekämpfung des Menschenhandels zu einem Schwerpunkt erklärt hat. Der Nationale Aktionsplan verfolgt einen umfassenden Ansatz und beinhaltet Maßnahmen zu nationaler Koordination, Prävention, Opferschutz, Strafverfolgung und internationaler Zusammenarbeit.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat für die Bekämpfung des Menschenhandels neue Herausforderungen gebracht. Unter den ca. 100.000 Vertriebenen, die seit Ausbruch des Krieges in Österreich registriert wurden, sind vulnerable Gruppen, vor allem Frauen und Kinder, die auf ihrer Flucht der Gefahr von Ausbeutung ausgesetzt sind. Aus diesem Grund wurden in Zusammenarbeit zwischen Behörden und Opferschutzeinrichtungen Aufklärungs- und Informationskampagnen durchgeführt.

Die diesjährige **Wiener Konferenz gegen den Menschenhandel** fand am 19. Oktober in der Diplomatischen Akademie Wien unter dem Titel „Grenzen im Menschenhandel“ statt. An der Spitze internationaler Expertinnen und Experten erläuterte der Menschenrechtshochkommissar der VN, Volker Türk, die Zusammenhänge zwischen

Menschenrechten und dem Kampf gegen den Menschenhandel. 200 in- und ausländische Gäste nahmen an der Konferenz in Präsenz teil, weitere 400 virtuell.

Österreich ist Vertragspartei internationaler Rechtsinstrumente zur Bekämpfung des Menschenhandels, wie etwa des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und dem Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie des Protokolls der Internationalen Arbeitsorganisation zum Übereinkommen über die Zwangsarbeit.

In der weltweiten Zusammenarbeit setzt Österreich die bewährte Kooperation mit internationalen Organisationen, wie z. B. mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), dem Europarat und dem Internationalen Zentrum für die Entwicklung von Migrationspolitik (ICMPD) fort. Auf Projektebene unterstützt Österreich im Rahmen der Programme von UNODC die Prävention von Menschenhandel sowie den Opferschutz in Herkunfts- und Transitländern, wie etwa am Balkan und im nordafrikanischen Raum. Durch diese Zusammenarbeit sowie aufgrund der erfolgreichen Ansiedelung des Polizeikooperationszentrums JOO und relevanter NGOs in den letzten Jahren wird Wien auf internationaler Ebene verstärkt als „hub of expertise“ bei der Bekämpfung des Menschenhandels wahrgenommen.

Als Sitzstaat von internationalen Organisationen und über 200 ausländischen Missionen ist es für Österreich unerlässlich, den Schutz privater Hausangestellter von Diplomatinen und Diplomaten sowie Bediensteter internationaler Organisationen vor Arbeitsausbeutung zu gewährleisten. Zu diesem Zweck führt das BMEIA seit einigen Jahren in Zusammenarbeit mit Opferschutzeinrichtungen regelmäßig Präventions- und Überprüfungsmaßnahmen für Hausangestellte durch und nimmt damit auf internationaler Ebene eine Vorreiterrolle ein.

Visa- und Aufenthaltsangelegenheiten

Mit Stichtag 31. Dezember konnten österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit gewöhnlichen Reisepässen in 120 Staaten visumfrei einreisen, in 42 davon mit Personalausweis, in 15 Staaten auch mit einem bis zu fünf Jahre abgelaufenen Reisepass. Drei Staaten verlangten

vor der Einreise eine elektronische Registrierung. Die Staatsangehörigen von 106 Staaten benötigten für die Einreise nach Österreich einen Sichtvermerk.

Visa zur Einreise nach Österreich können nicht nur an österreichischen Vertretungsbehörden beantragt werden, sondern auch an Botschaften anderer Schengen-Staaten sowie in Visazentren eines externen Dienstleisters. Insgesamt gab es rund 300 Standorte, an denen ein Visum zur Einreise beantragt werden konnte.

Die österreichischen Vertretungsbehörden bearbeiteten 2023 rund 270.000 Visaanträge, was gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019 (vor COVID-19) ein Minus von ca. 14 % bedeutet. Gegenüber dem Pandemiejahr 2021 konnte eine kräftige Erholung der Visazahlen (+276 %) beobachtet werden. 88 % der Visaanträge des Jahres 2023 wurden positiv erledigt, davon waren ca. 80 % Schengenvisa und 20 % nationale Visa für einen Aufenthalt von mehr als 90 Tagen. Im Rahmen der Vertretung für andere Schengenstaaten wurden knapp 10.500 Visaanträge bearbeitet (ein Anteil von knapp 4 % des Gesamtaufkommens).

Im Niederlassungs- und Aufenthaltsverfahren kommt den Vertretungsbehörden im Ausland die Aufgabe zu, Anträge anzunehmen, auf Vollständigkeit und Richtigkeit hinzuwirken und an den zuständigen Landeshauptmann zur Entscheidung weiterzuleiten. Werden auch nach Verbesserungsauftrag gewisse Formerfordernisse bzw. Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist das Verfahren einzustellen. Von den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland wurden 2023 rund 15.200 Anträge auf Aufenthalt nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) entgegengenommen. Davon wurden die meisten Anträge auf Aufenthalt nach dem NAG zum Zweck der Familienzusammenführung (3.785) und zur Aufnahme eines Studiums in Österreich (5.565) eingebracht. Seit 2023 werden Niederlassungs- und Aufenthaltsanträge von den Berufsvertretungsbehörden im Ausland im Wege des elektronischen Systems AnNA an die jeweils zuständige Inlandsbehörde zur weiteren Bearbeitung und Entscheidung übermittelt.

Aspekte der Migration

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat nach Angaben des VN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) die größte Vertreibung von Personen seit Jahrzehnten ausgelöst. Österreich leistet Hilfe an Vertriebene, die ins Land gekommen sind. Bis Jahresende wurden rd. 106.000 Personen

in Österreich registriert, Ende 2023 befanden sich außerdem über 40.000 Personen in Grundversorgung. Österreich räumt diesen Personen ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht ein. Aufgrund der EU-Richtlinie (2001/55/EG) zur Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen, die seit März 2022 erstmals und ausschließlich für Vertriebene aus der Ukraine angewandt wird, unterstützen auch andere EU-Mitgliedstaaten die Vertriebenen.

Die Bewältigung von gemischten Migrationsbewegungen (Vertriebene, Flüchtlinge, irreguläre Migrantinnen und Migranten, Opfer des Menschenhandels) nach Europa stellte auch 2023 eine besondere Herausforderung dar. 2023 wurden in Österreich mehr als 59.000 Asylanträge gestellt. Im EU-Vergleich ist Österreich das Land, das 2023 pro Kopf die zweitmeisten Asylanträge bearbeitet hat.

Vor allem über die zentrale Mittelmeerroute hat die Migration nach Österreich und Europa stark zugenommen. In Südosteuropa gewann die Route über die Adria-Anrainerstaaten an Bedeutung, während die überwiegende Zahl der irregulären Migrantinnen und Migranten über Serbien und Ungarn nach Österreich kommt. Weiterhin erfolgen auch Flugeinreisen in die Staaten des westlichen Balkans. Die Zahl der Personen, die anschließend in Österreich einen Asylantrag stellen, ist aber zurückgegangen. Dies ist insbesondere auf die trilaterale Zusammenarbeit mit Ungarn und Serbien zurückzuführen.

Wesentliches Element einer glaubwürdigen Migrationspolitik ist auch die Rückführung von Personen, die in Österreich kein Aufenthaltsrecht haben. Österreich hat 2023 bilaterale Vereinbarungen mit für die Migration besonders relevanten Staaten abgeschlossen: Armenien, Indien, Irak, Marokko und Philippinen. Neben der geordneten Rückführung von nicht Asyl- bzw. Aufenthaltsberechtigten möchte Österreich jedoch auch Chancen für ausländische Fachkräfte bieten, die am heimischen Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Die klaren Regeln für qualifizierte Arbeitskräfte im Rahmen der Rot-Weiß-Rot Karte stellen sicher, dass die richtigen Adressaten erreicht werden.

In der Europäischen Union sind die Arbeiten zur Reform des Asyl- und Migrationswesens substantiell vorangekommen; kurz vor Jahresende wurde eine politische Einigung über den seit Jahren verhandelten Pakt für Migration und Asyl erzielt. Ein Bündel von 10 Rechtsakten stand zu Jahresende zur Beschlussfassung an. Zentrale Inhalte sind ein neuer

Solidaritätsmechanismus, der die Verantwortung für die Aufnahme von Asylwerberinnen und Asylwerber zwischen EU-Außenstaaten und den anderen EU-Mitgliedstaaten aufteilt, die Vereinheitlichung der Verfahrensregeln und Anspruchsgrundlagen für Asylwerber, bessere Überprüfung und Erfassung der Personen, Außengrenzschutz und Rückführungsverfahren an der Außengrenze.

In der Außendimension der Migration erfolgte die Unterzeichnung eines Partnerschaftsabkommens der EU mit der Organisation der Afrikanischen, Karibischen und Pazifischen Staaten. Dadurch wurden auch operative Bestimmungen über Rückführungen zu 79 Staaten geschaffen.

Neben der internationalen Zusammenarbeit Österreichs in der EU und UN-Familie (UNHCR, IOM, UNODC, UNDP, UNICEF und WFP) kooperiert das BMEIA auch mit dem in Wien ansässigen International Centre for Migration Policy Development (ICMPD). Die Arbeit dieser Organisation fokussiert sich auf die Bereiche legale Migration, Schutz und Asyl, Prävention und Bekämpfung von Menschenhandel, Rückkehr, Rückübernahme und Wiedereingliederung.

Die Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher

Die Betreuung und Unterstützung der derzeit etwa 613.000 (keine Registrierungspflicht, daher nur Schätzung) Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher (AÖ) ist eine der Kernaufgaben der österreichischen Botschaften und (General-)Konsulate. Diese stellen ein wichtiges Bindeglied zur Heimat oder zur früheren Heimat dar und sind für die AÖ die erste Anlauf- und Servicestelle in Pass-, Staatsbürgerschafts- und Wahllangelegenheiten.

Zu ihrer Aufgabe gehört es, die von der Bundesregierung für die Bevölkerung im Inland zur Verfügung gestellten elektronischen Serviceleistungen auch den im Ausland lebenden Österreicherinnen und Österreichern zugänglich zu machen. So können seit der Einführung des neuen Zentralen Wählerregisters 2018 auch AÖ Unterstützungserklärungen und Eintragungen für Volksbegehren online mittels qualifizierter digitaler Signatur tätigen. Zudem wurde die Möglichkeit der elektronischen Zustellung umgesetzt; an allen österreichischen

Berufsvertretungsbehörden kann die Registrierung für den elektronischen Identitätsnachweis (ID Austria) vorgenommen werden.

Die Registrierung von AÖ an österreichischen Vertretungsbehörden ist per Internet möglich, im Wege der Webseite des BMEIA für AÖ (www.auslandsoesterreicherInnen.at). Ein zeitgemäßes und weltweit einheitliches Erfassungssystem ermöglicht es den Vertretungsbehörden, die Zahl der Registrierten jederzeit abzufragen und die Qualität der Daten zu erhöhen, damit bei Bedarf eine rasche Kontaktnahme per E-Mail oder SMS sichergestellt ist.

Die mit Abstand meisten AÖ haben ihren Wohnsitz in Deutschland (256.000), gefolgt von der Schweiz (67.000). Zusammen mit dem Vereinigten Königreich (40.000), den USA (39.000), Australien (23.000), Israel (18.000), Spanien und Brasilien (je 13.000) und Argentinien (10.500) konzentrieren sich über 80 Prozent der AÖ auf einige wenige Länder. Bei den Vertretungsbehörden sind rund 202.000 AÖ registriert, davon sind etwa 178.000 wahlberechtigt.

2023 wurden insgesamt 39.286 Reisepässe (37.029 gewöhnliche Reisepässe, 2.257 Notpässe) und 9.982 Personalausweise nach Beantragung an einer von 275 dazu berechtigten Vertretungsbehörden im Ausland ausgestellt. Von den Botschaften und Berufskonsulaten im Ausland wurden 3.496 Personenstandsurkunden sowie 8.382 Staatsbürgerschaftsnachweise und Bestätigungen ausgestellt. Das Büro für Konsularbeglaubigungen im BMEIA stellte insgesamt 11.109 Beglaubigungen und 4.999 Apostillen, davon 369 e-Apostillen, aus, die in den meisten Ländern für die Anerkennung österreichischer Urkunden erforderlich sind. Die Vertretungsbehörden im Ausland haben rund 51.236 Beglaubigungen durchgeführt und 795 Apostillen ausgestellt.

Organisation der Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher

Die Beziehung der Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher zu Österreich wird insbesondere in AÖ-Vereinen und anderen Vereinigungen im Ausland mit Österreichbezug sowie zunehmend auch im Wege der sozialen Medien gepflegt. Es gibt circa 400 Vereinigungen in 61 Ländern. Dachverband, Interessensvertretung und Serviceorganisation der im Ausland

bestehenden AÖ-Vereinigungen ist der Auslandsösterreicher-Weltbund (**AÖWB**) mit Sitz in Wien (www.weltbund.at).

Der AÖWB veranstaltet jährlich ein Treffen der AÖ in Österreich; im Jahr 2023 fand die Weltbund-Tagung vom 7.-10. September in Graz statt. Die jährliche Unterstützung des AÖWB durch das BMEIA beträgt rd. 100.000 Euro.

Anliegen österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Ausland

Zur Überbrückung vorübergehender oder Linderung andauernder materieller Not bei AÖ dient der im Jahr 1967 gegründete Auslandsösterreicher-Fonds. Der jeweils zur Hälfte vom BMEIA und von den neun Bundesländern im Gesamtausmaß von 520.000 Euro geförderte Fonds leistete finanzielle Zuwendungen an 443 bedürftige AÖ.

Im Rahmen der alljährlichen Weihnachtsaktion des BMEIA wurden Gelder und Sachspenden an 357 bedürftige AÖ in 53 Ländern in Höhe von insgesamt rund 40.000 Euro bereitgestellt.

Für betagte und dauernd hilfsbedürftige oder schwer erkrankte AÖ, die nicht mehr imstande sind, für sich selbst zu sorgen, versucht das BMEIA eine Rückkehr samt Unterbringung in einer entsprechenden Einrichtung in Österreich zu vermitteln. Rückkehranfragen wurden 2023 für zehn Personen in Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Griechenland, Nordmazedonien, Portugal, Südafrika und den USA gestellt.

Das österreichische Parlament hat im Oktober 2019 in Wahrnehmung der historischen Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und ihren Nachkommen einstimmig eine Novelle zum österreichischen Staatsbürgerschaftsgesetz beschlossen. Seit September 2020 können Nachkommen von NS-Verfolgten durch Anzeigelegung die

österreichische Staatsbürgerschaft erwerben. Bis Jahresende wurden 28.210 Online-Fragebögen ausgefüllt und 25.568 positive Bescheide langten an den Vertretungsbehörden ein.

Teilnahme der Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher an der politischen Willensbildung in Österreich und der Europäischen Union

AÖ, die in der (Europa-)Wählerevidenz eingetragen sind, können bei Nationalrats- und Bundespräsidentenwahlen wählen und an bundesweiten Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen teilnehmen. Ebenso sind sie bei Wahlen der österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament wahlberechtigt.

Von der Briefwahl können alle Wahlberechtigten im In- und Ausland Gebrauch machen, wenn sie am Wahltag verhindert sind, ihre Stimme in einem Wahllokal abzugeben. AÖ haben ferner die Möglichkeit, Wahlkarten für die Dauer von zehn Jahren im Voraus zu bestellen (sogenanntes „Wahlkartenabo“), was eine automatische Zusendung der Wahl-bzw. Stimmkarten für alle bundesweiten Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbefragungen in diesem Zeitraum sicherstellt.

Working Holiday-Programme

Working Holiday-Programme sind Vereinbarungen Österreichs mit anderen Ländern, die jungen Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren einen sechs- bis zwölfmonatigen Aufenthalt im jeweils anderen Land und eine erleichterte Arbeitsaufnahme ermöglichen. Neben der Sammlung von praktischen Berufserfahrungen im Ausland können Ausbildungs- und Bildungsangebote, insbesondere in den Bereichen Sprache und Kultur, in Anspruch genommen werden.

Österreich hat bisher insgesamt zwölf Working Holiday-Vereinbarungen abgeschlossen, und zwar mit Neuseeland und Südkorea (beide 2012), Hongkong und Taiwan (beide 2015), Japan (2016), Chile, Israel und Kanada (alle 2017), Australien (2018) sowie Argentinien (2019). Die im

Jahr 2023 unterzeichneten Vereinbarungen mit Indien und den USA werden demnächst wirksam.

Allgemeine Konsular- und Rechtsfragen

Mit Stichtag 31. Dezember 2023 befanden sich nach Kenntnisstand des BMEIA 153 österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Ausland in Haft. Die Staaten mit den höchsten Zahlen inhaftierter Österreicherinnen und Österreicher waren Deutschland (22 Fälle), die Türkei (15 Fälle) und Serbien (9 Fälle). Die am häufigsten von im Ausland inhaftierten Österreicherinnen und Österreichern begangenen Delikte waren Delikte gegen die öffentliche Sicherheit (85 Fälle), gegen Leib und Leben (77 Fälle) und Suchtmitteldelikte (76 Fälle).

Die Vertretungsbehörden führten knapp 140 persönliche Haftbesuche durch. In regelmäßigen Abständen wird dabei geprüft, ob die Behandlung der Häftlinge gemäß den jeweiligen Landesvorschriften erfolgt. Es wird darauf geachtet, dass internationale Mindeststandards eingehalten werden und österreichische Häftlinge alle Erleichterungen genießen, die nach den bestehenden Vorschriften zulässig sind. Ein weiterer wichtiger Teil der Häftlingsbetreuung ist die Übernahme und Weiterleitung von Haftpaketen und kleineren Geldbeträgen (Haftdepots).

Bei Entziehungen von Kindern im Alter von bis zu 16 Jahren ist im Rahmen des Haager Kindesentführungsübereinkommens (HKÜ) die direkte Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen nationalen Zentralbehörden der Justiz vorgesehen. Das BMEIA und die österreichischen Vertretungsbehörden unterstützen den obsorgeberechtigten Elternteil und die entführten Kinder im Rahmen der konsularischen Möglichkeiten bei der Rechtsdurchsetzung im Ausland. Insgesamt wurden über 40 Fälle von Kindesentziehung betreut.

Das BMEIA bearbeitete über 4.200 Rechts- und Amtshilfeersuchen österreichischer und ausländischer Behörden, wie etwa Zustellersuchen oder Amtshilfeersuchen in Zivil-, Straf- und Verwaltungsverfahren. Im Bereich des Rechtsschutzes leisteten die Konsularsektion des BMEIA und die österreichischen Vertretungsbehörden weltweit in über 600 Fällen Hilfe. Hierbei geht

es beispielsweise um die Vermittlung von Vertrauensanwältinnen und -anwälten oder um Prozessbeobachtung.

Darüber hinaus leitet das BMEIA die Verhandlungen und koordiniert die österreichischen Positionen zu Abkommen in den Bereichen Rechtshilfe, Auslieferung und Überstellung von verurteilten Personen sowie polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit. Dabei wird eng mit den inhaltlich federführenden Ministerien zusammengearbeitet.

8. Internationale Kulturangelegenheiten

Kernauftrag des BMEIA im Bereich Internationale Kulturangelegenheiten war auch 2023 die Präsentation, Vermittlung und Vernetzung österreichischer Kunst- und Kulturschaffender sowie wissenschaftlicher Leistungen im Ausland. Zugleich erforderten der andauernde völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der barbarische Überfall der Terrorgruppe Hamas auf Israel vom 7. Oktober und seine Folgen, die Bedrohung der Werte liberaler Demokratien und die zuletzt massiv verschärften Herausforderungen unserer Zeit – Klimawandel und Energiekrise sowie der rasant steigende Einsatz von Künstlicher Intelligenz – eine noch stärkere strategische Weiterentwicklung der österreichischen Auslandskulturarbeit. Ausgehend von den bestehenden Grundlagen und Schwerpunkten wurde die IMAGINE DIGNITY-Initiative konzipiert und durch mehrere zukunftsweisende Projekte umgesetzt. „IMAGINE“ ist der Anspruch, durch künstlerische Visionen, inspirierende Ideen und eine neue Kultur des Dialogs zwischen Künsten und Wissenschaften unter Einbindung der Wirtschaft zur Gestaltung der Zukunft beizutragen; „DIGNITY“ meint die Würde des Menschen und der Natur insgesamt. Durch künstlerisch-wissenschaftliche Auseinandersetzung mit wesentlichen Zukunftsthemen – sogenannte „Zukunftskultur“ – agiert die österreichische Kulturdiplomatie am Puls der Zeit, durch ihre exzellente Vernetzung kann sie einen wertebasierten Dialog und nachhaltige Kooperationen vorantreiben.

Die **österreichische Auslandskultur** ist weltweit mit 31 Kulturforen und einem Kooperationsbüro in Lemberg, 92 Botschaften und Generalkonsulaten, 65 Österreich-

Bibliotheken und zehn Österreich-Instituten vertreten. Am 14. Dezember eröffnete Bundesminister Alexander Schallenberg ein **neues Kulturforum in Pretoria**.

In Zahlen ausgedrückt, beliefen sich die Leistungen auf 5.617 Veranstaltungen an 2.367 Orten im Ausland, mit 3.806 Partnerinnen und Partnern und unter Teilnahme von 7.961 Künstlerinnen und Künstlern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

8.1 Schwerpunkte und Projekte

Im Grundlagendokument „**Die kulturellen Auslandsbeziehungen des BMEIA. Grundlagen, Schwerpunkte und Programme**“ werden Ökologie und neue Arten des nachhaltigen Wirtschaftens sowie Digitalisierung und deren Bedeutung für die Arbeits- und Lebenswelten von morgen als zwei Bereiche definiert, die in der Arbeit der Auslandskultur eine verstärkte Rolle einnehmen. Diese Themen in den Blick nehmend, setzte die Auslandskultur ihre Kooperation mit dem Radiosender Ö1 im Rahmen der Initiative **Reparatur der Zukunft** fort. Mit Unterstützung der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland wurden hier innovative Konzepte oder bereits realisierte Projekte identifiziert und im Ausland präsentiert, die Österreich und die Welt positiv verändern und gestalten wollen.

Im Bereich der Digitalisierung spielt der „**Digitale Humanismus**“ eine wachsende Rolle: ein Ansatz, bei dem der Wert des Menschen die Entwicklung der Technologie bestimmen soll, und nicht umgekehrt. In diesem Spannungsfeld zwischen Mensch und Maschine bzw. Algorithmen kann die Auslandskultur wichtige Beiträge leisten. In diesem Zusammenhang wurden die Bemühungen fortgesetzt, das Thema des „Digitalen Humanismus“ auch in zwischenstaatlichen Foren wie der EU, den Vereinten Nationen einschließlich UNESCO und der OSZE verstärkt einzubringen.

Die **Digitalisierung der Auslandskulturarbeit** wurde vorangetrieben. Ein zentrales Element der digitalen kulturellen Öffentlichkeitsarbeit ist weiterhin die **Plattform**

www.austriakulturinternational.at, die kulturelle Projekte der österreichischen Vertretungen einem breiten Publikum online zugänglich macht.

Die österreichische Auslandskultur verfolgt im Bereich der **Musik** das Ziel, das Musikland Österreich mit seinen neuen Talenten zu präsentieren. Dabei werden musikalische Darbietungen in einem sehr weiten Spektrum von Klassik über Jazz, Weltmusik und Pop bis hin zu Neuer Musik und experimentellen Ansätzen (Elektronik, Klanginstallationen) unterstützt. Im Fokus stehen Musikerinnen und Musiker, die in das biennale Nachwuchsprogramm des BMEIA und „mica – music austria2“ für junge Solistinnen, Solisten und Ensembles aus Österreich **„The New Austrian Sound of Music“ (NASOM)** aufgenommen wurden. Die 25 Acts der achten NASOM-Auflage 2023/2024 konnten mit Unterstützung der Kulturforen und Botschaften zahlreiche Auftritte im Ausland absolvieren.

Die Kultursektion im BMEIA setzte auch im Bereich der **Bildenden Kunst** digitale und innovative Formate um. Mit **„IMAGINE CLIMATE DIGNITY: ARTISTIC COLLABORATIONS“** geht die internationale Ausschreibung „OnTheRoad“ des BMEIA, die sich an zeitgenössische Künstlerinnen und Künstler aus Österreich richtete, in eine zweite Ausgabe. Aus über 145 Bewerbungen wurden 15 Projekte ausgewählt. Es handelt sich dabei um künstlerische Kollaborationen, mit einem Schwerpunkt auf Künstlerinnen und Künstler aus der EU und den EU-Beitrittskandidatenländern. Mit den Bundesländern wurden 2023 **Residency-Programme** entwickelt, im Rahmen derer Expertinnen und Experten und Kuratorinnen und Kuratoren aus den Bundesländern gemeinsame Projekte mit den österreichischen Kulturforen umsetzen. Die Kultursektion organisierte in Kooperation mit dem **Kunsthistorischen Museum** zum **Internationalen Museumstag** virtuelle Führungen, die von den Botschaften und Kulturforen weltweit angeboten wurden. Das Format der (auf der Plattform www.online-exhibitions.at besichtigbaren) **digitalen Wanderausstellung** wurde von den österreichischen Botschaften und Kulturforen weiterhin genutzt. In Kooperation mit der **Ars Electronica Linz** wurde der vom BMEIA gestiftete **„Digital Humanity Award“**, der kreative Projekte im Bereich der digitalen Medien auszeichnet, zum dritten Mal verliehen. Zudem wurden vom BMEIA verstärkt Künstlerinnen und Künstler unterstützt, die im Bereich „Digitaler Humanismus“ arbeiten.

Neben dem „Digital Humanity Award“ wurde das **Projekt „State of the Art(ist)“** mit der Ars Electronica weitergeführt, das als weltweite Ausschreibung jenen Künstlerinnen und Künstlern

gewidmet ist, die aufgrund politischer oder gesellschaftlicher Umstände ihre Kunst weder produzieren noch zeigen können.

Ein wichtiges Schwerpunktprojekt der Auslandskultur stellt das neu ins Leben gerufene europäische Vernetzungsprogramm für Künstlerinnen und Künstler dar: Das **„Artists Solidarity Program Europe“ (ASoP Europe)** wurde vom BMEIA initiiert und ermöglicht es von Krieg und Repressionen betroffenen Künstlerinnen und Künstlern für bis zu drei Monate an ausgesuchten führenden österreichischen Kunsteinrichtungen zu arbeiten.

Im Themenfeld **„Klimakultur“** entstanden im Rahmen der „Imagine Dignity“-Initiative Ausstellungen, die von österreichischen Kuratoren-Teams im Dialog mit lokalen Positionen erarbeitet wurden. Die Architektur-Ausstellung **„100 IDEAS FOR THE WESTERN BALKAN: Designing Urban Imaginaries“** und die Designausstellung **„IMAGINE - Coral Reef. Regenerative Design“** wurden im Herbst in Sarajewo vorgestellt und werden in den Folgejahren in weiteren Westbalkan-Ländern gezeigt werden. Die Dialog-Ausstellungsreihe **„Touch Nature“**, die sich künstlerisch mit der Zerstörung von Lebensräumen und dem fortschreitenden Verlust unberührter Natur auseinandersetzt wird bis 2024 im Ausland an den Kulturforen präsentiert und soll 2025 im Rahmen einer großen Gruppenausstellung in Linz ihren Abschluss finden. In Kooperation mit dem Land Niederösterreich wird die **internationale Wanderausstellung „Klima und ich“** weiterhin im Ausland gezeigt.

Das Frauenförderungs-Projekt „Calliope. Join the dots“ (www.calliope.at) des BMEIA und des Vorarlberger Frauenmuseums Hittisau präsentiert herausragende Frauenpersönlichkeiten aus Österreich. Ergänzt um eine Wanderausstellung und ein breites Veranstaltungsprogramm, wird Calliope weltweit präsentiert.

Die Unterstützung der Teilnahme von **österreichischen Filmschaffenden** an europäischen und internationalen Filmfestivals ist nur **einer** der wichtigen Unterstützungsbeiträge des BMEIA. Die Kulturforen und Botschaften organisieren immer häufiger **österreichische** oder **deutschsprachige Filmfestivals** im Ausland, verstärkt auch in Zusammenarbeit mit Deutschland und der Schweiz, mit **EUNIC-** oder **EU-Filmfestivals**. Die seit 2011 bestehende **Kooperation des BMEIA mit der Ars Electronica im Bereich des Animationsfilms** wurde aufgrund der positiven Erfahrungen und aus Gründen der Nachhaltigkeit ausschließlich online verbreitet. Beim Ars

Electronica Festival on Tour präsentierten die Botschaften und Kulturforen wieder ausgewählte Filme in den Kategorien Computer Animation, Film und Visual Effects.

Durch die seit 2013 bestehende **Kooperation des BMEIA mit der Akademie des Österreichischen Films** präsentiert das Netzwerk der österreichischen Auslandskultur ausgewählte Filme als „Österreichische Kurzfilmschau“. Sie wurden 2023 fast ausschließlich in Präsenzveranstaltungen gezeigt, wodurch viele neue Kooperationen im Ausland ins Leben gerufen werden konnten.

Das BMEIA war 2023 bereits zum dritten Mal mit einem eigenen Messestand und literarischen Programmen auf der **Buch Wien** vertreten. Die Besucherinnen und Besucher erhielten einen detaillierten Einblick in das Wirkungsfeld der Auslandskultur sowie Aktivitäten im Literaturbereich. Vorgestellt wurden u.a. Programme zur Förderung junger Talente wie die Ausschreibung **„Internationale Literaturdialoge“** sowie das Literaturempfehlungsprogramm **„schreibART AUSTRIA“**. Zudem wurde im Rahmen von Podiumsgesprächen mit **Literaturschaffenden aus der Ukraine** ein Schwerpunkt auf „Ukrainische Literatur im Krieg“ gelegt. Der Messeauftritt des Außenministeriums stand ganz im Zeichen des **„Internationalen Jahres der Literatur“**. Ebenso präsentierte das BMEIA auf der **Leipziger Buchmesse im Rahmen des österreichischen Gastlandauftrittes** die neuesten Publikationen und war an literarischen Programmen beteiligt.

Das seit 2010 bestehende **„Writer-in-Residence“-Programm** mit dem Museumsquartier MQ wurde ebenfalls weitergeführt. Gemeinsam mit dem **Literaturhaus Wien** wurden Lesungen mit den Gastautorinnen und -autoren veranstaltet. Das BMEIA engagierte sich auch weiterhin in dem seit 2008 bestehenden **Übersetzungsprogramm bzw. -netzwerk Traduki**, das inzwischen 14 Länder umfasst. Dieses als nachhaltiges Friedensprojekt für den Westbalkan ausgelegte Literatur- und Übersetzungsförderprogramm war in den Jahren 2020–2023 unter dem Titel **„Common Ground“** zentrales Thema bei der Leipziger Buchmesse.

8.2 Wissenschaft, Bildung und Sprache

Die österreichische Wissenschaftsdiplomatie hat sich über die Jahre als stabilisierendes und weiterführendes Element erwiesen, indem sie Brücken zwischen Gesellschaft und Wissenschaft

schlägt. Sie trägt zum Abbau von Vorurteilen bei, schafft Vertrauen und ist damit eine weitere wichtige Grundlage für Dialog und Zusammenarbeit. Durch die enorme Beschleunigung der technologischen Entwicklungen wird sich die Welt weiterhin rasant verändern. Hier brauchen Diplomatie und Wissenschaft einander, um für diese Entwicklungen im Sinne eines „menschenzentrierten“ Ansatzes entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Wissenschaftsdiplomatie wurde deshalb zu einem wichtigen Arbeitsfeld des BMEIA, das in enger Zusammenarbeit mit den Fachressorts und Wissenschaftseinrichtungen gestaltet wird. Im Mittelpunkt stehen dabei Allianzen zwischen Wissenschaft und Politik mit dem Ziel einer kontinuierlichen Verbesserung der internationalen Beziehungen. Das Wissenschaftskonzept der Auslandskultur analysiert diese Erfahrungen und skizziert den Rahmen, in dem die österreichische Kulturdiplo-matie im Wissenschaftsbereich agieren kann.

Ein zentrales Anliegen der „Science Diplomacy“ ist die Vernetzung und der Diskurs zu Zukunftsthemen. Die strategische Weiterentwicklung der Wissenschaftsdiplomatie zur Einbindung der Wissenschaft in politische Entscheidungsprozesse und zur Übersetzung wissenschaftlicher Ergebnisse in der Politik ist auch international ein wichtiges Thema: Österreich ist Mitglied im wachsenden internationalen Netzwerk der **Foreign Ministry Science and Technology Advisers (FMSTAN)**, das sich zur Stärkung dieses Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik im Rahmen des **International Network for Government Science Advice (INGSA)** 2016 etabliert hat. 2021 wurde das informelle Netzwerk der „Science Advisors / Science Diplomacy Coordinators in Ministries of Foreign Affairs (MFAs) in EU Member States“ gegründet. Auch in dieser Gruppe ist das BMEIA vertreten.

Als vertrauensbildende Maßnahme mittels internationaler wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost und West gegründet und in Laxenburg angesiedelt, setzt das **International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA)** als Partner des BMEIA auf diesem Gebiet nach wie vor wichtige internationale Akzente.

Die Österreich Institut GmbH konnte durch die Durchführung von Deutschkursen erneut erfolgreich zur interkulturellen Vernetzung beitragen. Ihre zentrale Aufgabe ist es, die deutsche Sprache in ihrer österreichischen Ausprägung als Zugang zu einem zeitgemäßen Österreichbild zu vermitteln. Sprachkurse werden digital und in Präsenz an den Österreich-Instituten an 10 Standorten abgehalten. Die Österreich Institute sind auch Prüfungszentren des

Österreichischen Sprachdiploms Deutsch (ÖSD) und kooperieren mit weiteren Prüfungspartnern in ihren Ländern.

An Universitäten in den USA, Kanada, Europa sowie in Israel bestehen **Österreich-Lehrstühle und Studienzentren**. Hier konnten auch 2023 im akademischen Leben des jeweiligen Gastlandes die Beschäftigung mit österreich- und europaspezifischen Themen vertieft und betreut werden sowie wissenschaftliche Arbeiten samt Publikationen im jeweiligen Themenbereich angeregt und durchgeführt werden. Regelmäßige Kooperationen der Lehrstühle und Studienzentren mit Botschaften, Generalkonsulaten und Kulturforen tragen zur Erfüllung dieser Kernaufgaben maßgeblich bei.

Die **Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD GmbH)** ist ein wichtiger Partner für die österreichische Kultur- und Wissenschaftsdiplomatie. Kernauftrag ist die Unterstützung der Internationalisierung der Bildungsinstitutionen durch Mobilitäts- und Projektförderung. Gleichermaßen unterstützt und initiiert der OeAD Innovationen in Bildung, Lehre und Forschung. Seine Aktivitäten umfassen im Auftrag des BMBWF die Betreuung von Stipendiatinnen und Stipendiaten, die Administration verschiedener Programme, wie dem EU-Programm Erasmus+ oder bilateralen Stipendienprogrammen, beispielsweise jenem der OEZA, sowie der bilateralen Bildungs Kooperation und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Damit leistet er einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des Bildungs- und Hochschulsystems in Österreich in Umsetzung gesamtstaatlicher Strategien bzw. Strategien des BMBWF.

Die OeAD GmbH betreibt insgesamt sieben Kooperationsbüros im Ausland: Die OeAD-Kooperationsbüros in Lemberg und Shanghai unterstützen die Wissenschaftskooperation, die Regionalbüros in Sarajewo (Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien) und Tirana (Albanien, Kosovo, Nordmazedonien) sowie Kooperationsbüros in Chisinau, St. Petersburg (Standort derzeit ruhend gestellt) und Odessa (Standort vorübergehend nach Uschgorod verlegt) unterstützen die Bildungskoooperation im voruniversitären Bereich mit Fokus auf beruflicher Bildung. Diese Außenstellen sind wichtige Partner für die österreichischen Vertretungen. Die Büros mit Fokus Wissenschaftskooperation unterstützen akademische Mobilität („incoming“ und „outgoing“), die Anbahnung von Hochschulkooperationen, die Positionierung Österreichs als Bildungs- und Wissenschaftsstandort durch Teilnahme an Messen, Studien-, und

Stipendienberatung sowie die Stärkung von Alumni-Netzwerken und die Zusammenarbeit mit österreichischen und lokalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die fünf OeAD-Kooperationsbüros im Bereich Bildung fördern durch rund 20 Projekte pro Jahr nachhaltige Systemreformen in den Partnerländern. Die thematischen Schwerpunkte orientieren sich an gemeinsamen Entwicklungsprioritäten an der Schnittstelle zwischen nationalen Bildungsentwicklungen in den Partnerländern, in Österreich und jenen auf EU-Ebene.

Im Auftrag des BMBWF unterstützt der OeAD die Vermittlung von Deutsch als Fremdsprache und eines zeitgemäßen Österreichbildes im Ausland durch das Auslands-Lektoratsprogramm (rund 100 Lektorinnen und Lektoren in 30 Ländern), dem Sprachassistentenprogramm (rund 160 Sprachassistentinnen und -assistenten in zehn Ländern) und den Angeboten des Programms „Kultur und Sprache“ (Kultur und Sprache Partnernetzwerk, physische und virtuelle Fortbildungsangebote für Deutschlehrende weltweit und Unterrichtsmaterialien mit Österreichbezug via Open Educational Resources, der OER-Plattform). Dies erfolgt in enger Kooperation mit Österreich-Bibliotheken und den österreichischen Kulturforen. Derzeit gibt es **sieben Österreichische Auslandsschulen**: zwei in Budapest und je eine in Prag, Istanbul, Guatemala City, Shkodra (Albanien), und Querétaro (Mexiko). Eine achte Auslandsschule wird in Chişinău errichtet. An diesen Schulen unterrichten vom BMBWF entsandte Lehrpersonen und es gilt der österreichische Lehrplan in Kombination mit Adaptierungen an das jeweilige Gastland.

Das österreichisch-afrikanische **Forschungsnetzwerk „Africa-UniNet“** bildet eine stabile Basis zum Ausbau der Kooperationsbeziehungen und Partnerschaften österreichischer und afrikanischer Hochschul- und Forschungseinrichtungen. Am Netzwerk nahmen mittlerweile 68 österreichische und afrikanische Hochschulen und Forschungseinrichtungen teil, es wird derzeit von der Universität für Bodenkultur Wien koordiniert.

Das global ausgerichtete **Programm „Kooperation Entwicklungsforschung“ (KoEF)** fördert anwendungsorientierte Kooperationsprojekte österreichischer Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Entwicklungsländern weltweit. Ziel des Programms ist es, durch

Forschung mit Partnern in Ländern des globalen Südens zur Lösung lokaler Herausforderungen und damit auch zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) beizutragen.

Die aktivsten afrikanischen Kooperationsländer im Africa-UniNet und im KoEF-Programm sind bislang Äthiopien, Kenia, Nigeria und Uganda.

8.3 Interkultureller und Interreligiöser Dialog

Die **Task Force Dialog der Kulturen** im BMEIA ist Konzeptgeberin und Anlaufstelle für die Umsetzung von Dialoginitiativen. Die Task Force verfügt über ein internationales Netzwerk und dient als Schnittstelle zu österreichischen staatlichen Institutionen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, NGOs sowie Vertreterinnen und Vertretern aus den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Medien und Wirtschaft.

Die Task Force unterstützt die Kulturforen, Botschaften und Generalkonsulate bei der Konzeption und Durchführung von zivilgesellschaftlichen Dialogprojekten. Ein Merkmal dieser Dialoginitiativen ist die Förderung interkulturellen Verständnisses auf nationaler und internationaler Ebene. Der Dialog setzt auf zivilgesellschaftlichen Austausch zur Stärkung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, den Abbau ethnischer und religiös motivierter Vorurteile sowie Extremismus-Prävention. Die Task Force engagiert sich zu Dialogthemen auch auf multilateraler Ebene im Rahmen der VN, der OSZE, der EU und im Europarat.

Seit 2021 organisiert Österreich einen regelmäßigen informellen Austausch mit ausgewählten EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der „Wiener Gruppe zu Religion und Diplomatie“.

Österreich ist aktives Mitglied beim **Transatlantic Policy Network on Religion and Diplomacy (TPNRD)**, das sich mit der religiösen Dimension in den Außenbeziehungen beschäftigt. Als informelles Forum mit interessierten EU-Mitgliedstaaten sowie den USA und Kanada ist TPNRD als gemeinsame Initiative des EAD sowie des US Department of State derzeit die einzige Plattform ihrer Art. Diesbezüglich fanden gemeinsame Besuche und Treffen beim

ökumenischen Patriarchat von Istanbul (Juni) und bei den verschiedenen Religionsgemeinschaften in Sarajewo (November) statt.

Österreich engagiert sich auch beim Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit als Mitglied der Kontaktgruppe für Religions- und Glaubensfreiheit (ICG-FORB) sowie als Gründungsmitglied der Internationalen Religions- und Glaubensfreiheits-Allianz (IRFBA), die mittlerweile 37 Mitglieder zählt. Vom 28.-30. November nahm Österreich in Prag an der IRFBA-Konferenz teil, bei der u.a. die Gründung einer von Österreich geleiteten Arbeitsgruppe zu interreligiösem Dialog und Religions- und Glaubensfreiheit bekanntgegeben wurde.

Am 10. Oktober wurde zum zehnten Mal der **Intercultural Achievement Award (IAA)** verliehen, diesmal an Projekte in **Argentinien, Äthiopien, Benin, Nordmazedonien und Philippinen**. Der IAA ist ein Schlüsselprojekt der Task Force; das wachsende Interesse zeigen auch die fast 400 interreligiösen und/oder interkulturellen Projekteinreichungen im Jahr 2023. Auf der Website www.intercultural-achievement.com werden identifizierte Best Practice-Projekte breiter bekanntgemacht.

Vom 8.-10. Juni fand die zweite interkulturelle und interreligiöse Dialogrunde mit Vertretern aus Marokko in Wien und im Stift Melk statt.

8.4 Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft

Österreich hat mit 33 Staaten **Kulturabkommen** abgeschlossen, die in der Regel nicht nur den Bereich Kultur, sondern auch Bildung und Wissenschaft umfassen, teilweise auch Sport, Jugend und Frauen. Diese Abkommen regeln die Zusammenarbeit unter anderem in der Sprach- und Bildungsarbeit, die Gewährung von Stipendien, den Austausch von Lektorinnen und Lektoren, die Vernetzungsförderung von Forscherinnen und Forschern, den Austausch in den Bereichen Kunst und Kultur und dienen generell der Förderung der Kooperation in allen Abkommensbereichen.

Kulturabkommen sehen in der Regel die Einrichtung einer sogenannten „Gemischten Kommission“ beider Länder vor, die periodische Arbeitsprogramme erarbeitet und beschließt. Dies erfolgt unter Federführung des BMEIA und in enger Abstimmung mit den betroffenen

Fachressorts, jedenfalls immer unter Einbindung des BMKÖS und des BMBWF. 2023 konnten mit Albanien, Italien, Kosovo, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn Tagungen von Gemischten Kommissionen abgehalten werden.

Mit 19 Staaten bestehen **Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit**, sogenannte WTZ-Abkommen. Diese dienen dem Austausch über Schwerpunktsetzungen im wissenschaftlichen Bereich sowie der Mobilitätsförderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in gemeinsamen Forschungsprojekten mit Partnern im jeweiligen Vertragsstaat. Im November konnte in Brasilia erstmals eine Gemischte Kommission nach dem WTZ-Abkommen mit **Brasilien** abgehalten werden.

Weiters wurden neue Arbeitsprogramme auf Grundlage dieser WTZ-Abkommen in enger Kooperation mit dem BMBWF und unter Einbindung des BMK mit **Bulgarien, Kroatien, Nordmazedonien und der Ukraine** verabschiedet.

8.5 Auslandskulturarbeit im Rahmen der Europäischen Union und der UNESCO

Die **Zusammenarbeit der Nationalen Kulturinstitute der EU (EUNIC)**, anderer Kulturauslandsvertretungen und der Außen- sowie Kulturministerien der EU-Mitgliedstaaten fördert die weiterführende Umsetzung der **Strategie der EU für internationale Kulturbeziehungen (EU-Kulturstrategie)**. Die **Kulturstrategie** gibt den Mitgliedstaaten sowie den EU-Institutionen (Europäische Kommission und EAD) einen Rahmen für die Gestaltung kultureller Projekte in und mit Drittstaaten vor. Österreich konnte als Mitbegründer von EUNIC (2006) und als von 2017 bis 2020 im Vorstand vertretenes Mitglied sicherstellen, dass eine Stärkung der Auslandskulturpolitik und eine enge Kooperation zwischen EU-Delegationen, EUNIC und den eigenen Kulturforen und Vertretungen im Ausland erfolgt. Mithilfe der langjährigen Erfahrungen im Rahmen der bilateralen Kulturarbeit kann sich Österreich bei gemeinsamen EU-Projekten und Kulturstrategien einbringen.

EUNIC gehören derzeit 38 europäische Kulturinstitute und Ministerien aller 27 EU-Mitgliedstaaten an. Weltweit haben diese derzeit in über 100 Ländern 140 sogenannte EUNIC-Cluster gebildet, die als Kooperationsnetzwerke der lokalen EU-Kulturinstitute wirken. Österreich ist mit seinen Vertretungen und an einigen Orten auch mit dem Österreich-Institut

Mitglied in 66 EUNIC-Clustern; in 9 Clustern führte Österreich 2023 den Vorsitz. Mit dem BMEIA als Mitglied des von Wien aus operierenden EUNIC Austria-Clusters fördert und organisiert EUNIC Austria diverse kulturelle Veranstaltungen wie zum Beispiel die Lange Nacht der Literatur oder das EUNIC Musikfest.

Das BMEIA ist weiterhin in der **Plattform-Kultur-Mitteleuropa (PCCE)**, einer auf Initiative Österreichs 2001 in Wien ins Leben gerufenen Plattform zur Förderung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den fünf Mitgliedsländern **Österreich, Tschechien, Ungarn, Polen und der Slowakei**, aktiv.

Österreich war auch im dritten Jahr seiner Funktionsperiode im Exekutivrat der **UNESCO** (2021-2025) sehr engagiert. Seit dem Beitritt zur UNESCO im Jahr 1948 ist Österreich nunmehr bereits zum vierten Mal im Lenkungsgremium der Organisation vertreten.

Österreich ist von 2023 bis 2025 in insgesamt drei weiteren zwischenstaatlichen Gremien vertreten: im Rat zur Medienförderung, im Koordinierungsrat des Programms für Biodiversität und im Rat des Internationalen Hydrologischen Programms, zu dessen Vorsitz Österreich (Prof. Helmut Habersack, Universität für Bodenkultur Wien) für die Periode 2023-2025 gewählt wurde.

Zentrale Themen Österreichs im Exekutivrat sind die Themen Menschenrechte und Menschenrechtsbildung, Schutz des Welterbes, Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten, Gender Equality, Antidiskriminierung, Bildung als vorbeugende Maßnahme gegen gewalttätigen Extremismus, „Futures Literacy“, immaterielles Kulturerbe, Biodiversität sowie Wasser- und Flussmanagement. Vom Grazer UNESCO Kategorie 2 Zentrum für Menschenrechte wurde am 8. Februar die vierte **„Winterakademie zu Menschenrechten auf der lokalen und**

regionalen Ebene“ unter dem Titel „What works – Governing the City by Human Rights Objectives“ organisiert.

Neben der Koordination innerhalb der EU engagiert sich Österreich für eine aktive Zusammenarbeit mit weiteren Regionalgruppen, insbesondere Afrika als Priorität der UNESCO und der arabischen Gruppe.

Im Kulturbereich liegt der Fokus auf der Förderung österreichischer Eintragungen in die UNESCO-Listen des materiellen und immateriellen Weltkulturerbes.

Im Management der UNESCO liegen die Prioritäten Österreichs auf der Wahrung eines Multi-Stakeholder-Ansatzes einschließlich der Einbindung der Zivilgesellschaft, sowie guter Regierungsführung, Effizienz und Transparenz.

Österreich leistete im Berichtsjahr einen Beitrag zum regulären Budget der UNESCO in Höhe von 1,242 Millionen US-Dollar und 957.353 Euro.

8.6 Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Zur Festigung seiner Rolle als **Standort der Hochtechnologie** legte Österreich auch 2023 besonderes Augenmerk auf die multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit inner- und außerhalb Europas und beteiligte sich an Programmen der **Europäischen Weltraumbehörde (ESA)**, der **Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT)** und vor allem der **Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN)**. Derzeit sind mehr als 100 österreichische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit dem CERN-Programm verbunden. Österreich nimmt mit dem federführenden BMBWF und der Österreichischen Vertretung Genf an den Treffen des CERN-Rates sowie des CERN-Finanzausschusses teil. Österreich ist an der **Europäischen Südsternwarte (ESO)** und damit auch an der führenden **Einrichtung für bodengestützte radioastronomische Forschung (ALMA)** beteiligt.

Darüber hinaus werden außenpolitische Belange in der **Europäischen Konferenz für Molekularbiologie (EMBC)** in Heidelberg, beim **Europäischen Zentrum für Mittelfristige**

Wettervorhersage (ECMWF) in Reading sowie beim **Europäischen Institut für Weltraumpolitik (ESPI)** in Wien wahrgenommen.

Die mit Jahresbeginn aus dem Zusammenschluss der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) und der Geologischen Bundesanstalt (GBA) hervorgegangene **GeoSphere Austria** vertritt Österreich in der **Weltorganisation für Meteorologie (WMO)**. Beim deren vom 22. Mai bis 2. Juni in Genf abgehaltenen Kongress (Cg-19) wurde der strategische Plan 2024-2027 verabschiedet, dessen Hauptziel es ist, die Widerstandsfähigkeit insbesondere der am meisten gefährdeten Länder gegen die sozioökonomischen Folgen von extremen Wetter-, Klima-, Wasser- und anderen Umweltereignissen zu stärken. Bei den beschlossenen Aufgaben sind neben klassischen Themen wie der Standardisierung der Messungen und des offenen Datenzugangs folgende Themen für Österreich besonders relevant:

Das **Global Basic Observation Network (GBON)** schafft ein globales Raster von minimal notwendigen Beobachtungen (Bodenstationen, Radiosonden, Schiffsbeobachtungen), die für eine weitere Verbesserung der Vorhersagemodelle, Vorhersagen und Warnungen unbedingtes Minimum sind. Für Länder, die finanziell nicht in der Lage sind, das GBON-Netz zu installieren und zu betreiben, wurde die Systematic Observation Funding Facility (**SOFF-Programm**) durch eine Gruppierung von Entwicklungsbanken und -agenturen erfolgreich gestartet, die langfristig das notwendige Beobachtungsnetz unterstützt. Österreich hat sich an der Finanzierung der SOFF-Initiative beteiligt. GeoSphere Austria unterstützt derzeit acht Länder in Asien, Afrika und Amerika bei der Umsetzung der SOFF-Initiative.

Ziel der Vereinten Nationen (Early Warnings for All Initiative) ist, dass jeder Mensch auf der Erde innerhalb von fünf Jahren durch Frühwarnsysteme vor gefährlichen Wetter-, Wasser- oder Klimaereignissen geschützt ist. Das dafür vorgesehene **Global Multihazard Alert System (GMAS)**, ein standardisiertes globales Warnsystem, ist eine Erweiterung des europäischen Systems MeteoAlarm, das von GeoSphere Austria auch in den kommenden Jahren für Europa

geleitet wird. GMAS ist für viele Projekte der Entwicklungszusammenarbeit eine praxisorientierte Zielvorstellung mit konkreten und quantifizierbaren Vorgaben.

GeoSphere Austria vertritt Österreich auch bei der **Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT)** und beim **Europäischen Zentrum für Mittelfristige Wettervorhersage (ECMWF)**.

8.7 Österreich-Bibliotheken

Die Österreich-Bibliotheken im Ausland (www.oesterreich-bibliotheken.at) sind partnerschaftliche Kooperationen des BMEIA mit lokalen Trägerinstitutionen, meist Universitäten, Universitäts- oder Nationalbibliotheken. Das Netzwerk umfasst derzeit **65 Österreich-Bibliotheken in 28 Ländern**. An 37 Standorten werden die Österreich-Bibliotheken von OeAD-Auslandslektorinnen und -lektoren mitbetreut.

Von den mehrheitlich in den 1990er-Jahren vor allem in Mittel-, Ost- und Südosteuropa gegründeten Bibliotheken feierten acht ihr 30-jähriges Bestehen. Als **Anlaufstellen für die deutsche Sprache** entwickelten sie sich zu Informations- und Veranstaltungszentren österreichischer Gegenwartskultur. Vor allem an Orten, an denen sich keine österreichischen Vertretungsbehörden befinden, bilden Österreich-Bibliotheken einen mittlerweile unverzichtbaren Bestandteil der österreichischen Auslandskulturpolitik.

Ebenso erweiterten die Österreich-Bibliotheken **in Partnerschaft mit dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz** den Buchbestand um liechtensteinische und schweizerische Publikationen. 2023 begingen die Österreich-Bibliotheken das 20-jährige Jubiläum der sogenannten „Liechtenstein-Regale“.

Die aus den jeweiligen Ländern stammenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bibliotheken übersetzen aktuelle österreichische Literatur, publizieren literaturwissenschaftliche Beiträge, Forschungsbände mit Österreich-Bezug oder geben Anthologien zeitgenössischer Literatur heraus. Neben den selbstständigen Publikationen und Schriftenreihen veröffentlichen die Österreich-Bibliotheken als Wissenschaftsnetzwerk im Rahmen der Publikationsplattform **„Transkulturelle Forschungen an den Österreich-**

Bibliotheken im Ausland“ Forschungsbände zu literaturwissenschaftlichen, historischen oder interdisziplinären Themenbereichen mit Österreich-Bezug.

Die Publikationen der Österreich-Bibliotheken wurden, wie jedes Jahr, am Stand des Außenministeriums auf der Buch Wien präsentiert und im Rahmen von Buchpräsentationen vorgestellt.

Im Jahr 2023 wurden an den Österreich-Bibliotheken 1.055 Veranstaltungen organisiert, davon 133 im Online-Format. Ebenso stieg im Jahr 2023 die Anzahl der registrierten Bibliotheksbesucherinnen und -besucher auf 56.098.

Die Österreich-Bibliotheken in der Ukraine führten trotz der schwierigen Bedingungen Veranstaltungen durch und bemühten sich, den Betrieb soweit möglich aufrechtzuerhalten. 2022 wurde das Gebäude, in welchem die Österreich-Bibliothek Charkiv untergebracht war, bei einem Angriff stark beschädigt und ist seitdem temporär außer Betrieb.

Die **Eintragungen der Auslands-Austriaca** in der Datenbank des Webportals der Österreich-Bibliotheken beliefen sich zu Jahresende auf 18.509 Publikationen.

Das Netzwerk der Österreich-Bibliotheken wird durch derzeit **52 weitere Bibliotheken mit Österreich-Bezug** unterstützt.

8.8 Der historische Dienst im Außenministerium

Die Aufgaben des 2019 eingerichteten Historischen Referats „Rudolf Agstner“ umfassen u.a. die Bereitstellung, Sammlung und Aufbereitung von Informationen zu bilateralen Beziehungen und allgemein historischen Zusammenhängen.

Österreich ist durch den historischen Dienst im Außenministerium seit Herbst 2022 wieder in der Gruppe der Diplomatischen Archive der EU (EUDiA) vertreten.

Darüber hinaus werden eigene Publikationen und Projekte zur Geschichte der österreichischen Außenpolitik im Allgemeinen und des Hauses im Besonderen konzipiert oder begleitet. Dabei

handelt es sich um die Forschungsprojekte "1938 bis 1945 und danach: Die Angehörigen des österreichischen Auswärtigen Dienstes – Dokumentation und Aufarbeitung", ein Österreichisch-Slowakisches Geschichtsbuch, Arbeitstitel: „Die Ferne der Nähe: Österreichisch-Slowakische Beziehungen 1526 bis heute“ und „Frauen im österreichischen diplomatischen Dienst“.

8.9 International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), Fragen der NS-Vergangenheit und Zukunftsfonds

Die 1998 auf schwedische Initiative gegründete International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) ist eine zwischenstaatliche Institution mit Ständigem Sekretariat in Berlin. Sie umfasst 34 Mitgliedstaaten, einen Partnerstaat und 8 Beobachterstaaten. Den jährlich wechselnden Vorsitz hatte 2023 Kroatien inne. Ziel der IHRA ist es, als internationales Netzwerk Bildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust sowie das Gedenken daran sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu fördern. Sie kann dabei auf namhafte internationale wissenschaftliche Expertinnen und Experten zurückgreifen.

Österreich ist seit 2001 Mitglied der IHRA (damals ITF), hatte im Gedenkjahr 2008 den Vorsitz inne und zählt seither innerhalb der Allianz zu deren zentralen Akteuren. Die österreichische Delegationsleitung wird vom BMEIA und dem Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus gemeinsam wahrgenommen. In den ständigen Arbeitsgruppen und Ausschüssen wirken sowohl österreichische Regierungsvertreterinnen und -vertreter als auch Expertinnen und Experten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, des Mauthausen Memorial und des OeAD-Programms ERINNERN:AT mit. Österreichische Projekte im Bereich Bildung, Bewusstseinsbildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust genießen innerhalb der IHRA hohes Ansehen.

Die IHRA hat bisher drei Arbeitsdefinitionen verabschiedet: Holocaustleugnung und -verzerrung (2013), Antisemitismus (2016) und Antiziganismus (2020). Beim diesjährige Herbstplenium (Zagreb, 27. bis 30. November), das im Zeichen des Terrorangriffs vom 7. Oktober auf Israel und dem dramatischen Ansteigen von Antisemitismus stand, wurde die unter maßgeblicher

österreichischer Beteiligung erarbeitete IHRA-Charta zur Bewahrung historischer Stätten verabschiedet.

Der **Zukunftsfonds der Republik Österreich** wurde Ende 2005 als ein verzehrender Fonds aus Restmitteln des im Jahr 2000 errichteten und mit 31. Dezember 2005 geschlossenen Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds) geschaffen. Seine Aufgabe umfasst die Förderung von Projekten und Initiativen, die den Interessen und dem Gedenken der Opfer des nationalsozialistischen Regimes, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft sowie der internationalen Zusammenarbeit dienen und zu einer Förderung der Achtung der Menschenrechte und der gegenseitigen Toleranz sowie zur Stärkung des europäischen Bewusstseins beitragen. Seit seiner Einrichtung hat der Zukunftsfonds bereits 3.786 Projekte unterstützt. Das BMEIA leistet dem Zukunftsfonds technische und administrative Unterstützung.

Darüber hinaus besteht bei zahlreichen der vom Zukunftsfonds geförderten internationalen Projekte eine enge Zusammenarbeit mit dem BMEIA wie insbesondere beim Intercultural Achievement Award (IAA). Die in Zusammenarbeit mit der Diplomatischen Akademie veranstalteten Werkstattgespräche zur Präsentation ausgewählter, vom Zukunftsfonds geförderter Projekte wurden mit Monika Sommer, Patrick Siegele: „Die Zukunft der Zeitzeugenschaft“ und Lukas Schretter, Barbara Stelzl-Marx, Valentin Erben: „Lebensborn-Heim Wienerwald“ fortgesetzt.

9. Österreichischer Auswärtiger Dienst

Mit seinem weltweiten diplomatischen und konsularischen Vertretungsnetz sichert der österreichische auswärtige Dienst die Interessen der Republik Österreich in der Welt und schützt und unterstützt österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Ausland.

Die innerstaatlichen gesetzlichen Grundlagen sind das **Bundesgesetz über die Aufgaben und Organisation des Auswärtigen Dienstes – Statut** sowie das **Bundesgesetz über die Wahrnehmung konsularischer Aufgaben**.

9.1 Arbeitgeber Außenministerium

Durch das **Rotationsprinzip** ist der **regelmäßige Wechsel** zwischen der **Zentrale in Wien** und den **Vertretungen im Ausland** ein wesentlicher Bestandteil des Berufslebens, was neben der Flexibilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Familien auch eine umfassende organisatorische und logistische Planung erfordert. Jedes Jahr werden im BMEIA mehrere hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland versetzt. Ende 2023 betrug der

aktive Personalstand des BMEIA **1.135 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**, davon waren in der **Zentrale 580 Personen (51,1 %)** und im **Ausland 555 Personen (48,9%)** tätig.

Arbeitgeber Außenministerium

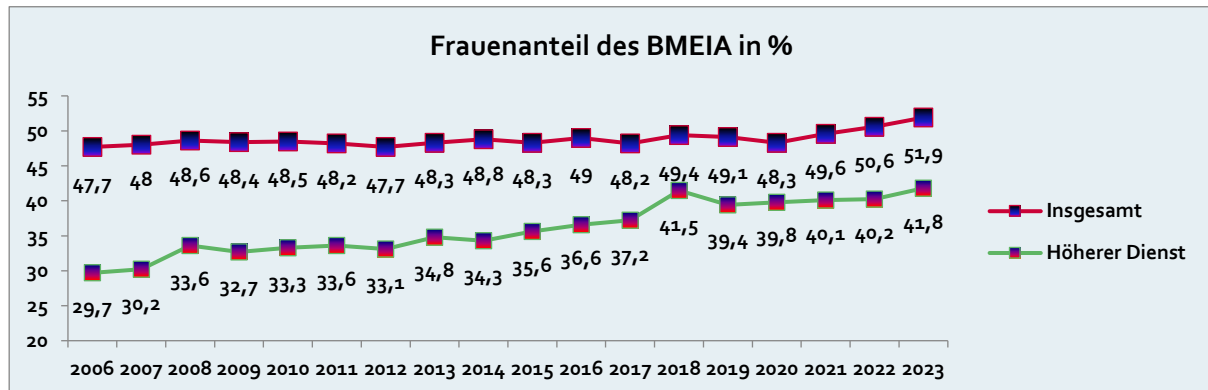
Personalstand des Außenministeriums zum 31.12.2023

(exkl. Karenzierungen, Außerdienststellungen, Dienstfreistellungen und Dienstzuteilungen):

Verwendungsgruppe	Frauen		Männer		Summe	Frauen- anteil (in %)
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
A1/v1, A/a (Höherer Dienst)	81	95	124	121	421	41,8
A2/v2, B/b (gehobener Dienst)	66	59	49	80	254	49,2
A3/v3, C/c, I/d (Fachdienst); A4/A5/v4/v5, E; H3 und H5	159	123	81	77	440	64,1
IT-Experten und Expertinnen (ADV-SV)	6	0	14	0	20	30,0
Summe	312	277	268	278	1135	51,9
Gesamt	589		546			

An den Auslandsvertretungen arbeiten weltweit **896 Lokalangestellte**, die nach den arbeitsrechtlichen Bestimmungen des jeweiligen Gastlandes beschäftigt werden. Davon sind 577 (64,4 %) weiblich und 319 (35,6 %) männlich. Mit Ende 2023 waren im BMEIA **40 Personen**

mit **Behinderungen** beschäftigt. Im **höheren Dienst** (A1/v1, A/a), aus dem sich die meisten Leitungsfunktionen rekrutieren, erreichte der **Frauenanteil 41,8 %**.



Darüber hinaus sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMEIA unter anderem im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), in internationalen Organisationen, in der Präsidentschaftskanzlei, im Parlament, im Bundeskanzleramt oder in anderen Ressorts tätig.

In mehrstufigen Auswahlverfahren für den auswärtigen Dienst (sog. „**Préalables**“) wird die persönliche und fachliche Eignung der Bewerberinnen und Bewerber durch Auswahlkommissionen unter Beiziehung zusätzlicher Expertinnen und Experten überprüft.

Verwaltungspraktikantinnen und Verwaltungspraktikanten verstärken – maximal bis zu einem Jahr – den Personalstand des BMEIA. So absolvierten 295 Jungakademikerinnen und Jungakademiker, Studierende, Maturantinnen und Maturanten bzw. Absolventinnen und Absolventen einer Mittleren Schule oder eines Lehrberufs Verwaltungspraktika im Inland und im Ausland.

19 Schülerinnen und Schüler, Maturantinnen und Maturanten bzw. auch Akademikerinnen und Akademiker absolvierten ein einmonatiges Kurzpraktikum (**Schnupperpraktikum**), um die Aufgaben und Arbeitsweise des BMEIA kennenzulernen.

Seit 2009 bildet das BMEIA **Lehrlinge** zu **Verwaltungsassistentinnen und Verwaltungsassistenten** aus. Es befanden sich 27 Lehrlinge in einem solchen

Ausbildungsverhältnis. Jene Lehrlinge, die ihre Lehrabschlussprüfung erfolgreich abschließen, werden zu einem internen Aufnahmeverfahren im BMEIA eingeladen.

Das Durchschnittsalter von **Vertragsbediensteten** im BMEIA, mit welchen eine einverständliche Auflösung des Dienstverhältnisses wegen **Pensionierung** erfolgte, lag bei 63 Jahren. Das

Pensionsantrittsalter der Beamtinnen und Beamten des BMEIA betrug 64,8 Jahre und liegt damit deutlich über dem österreichischen Durchschnitt.

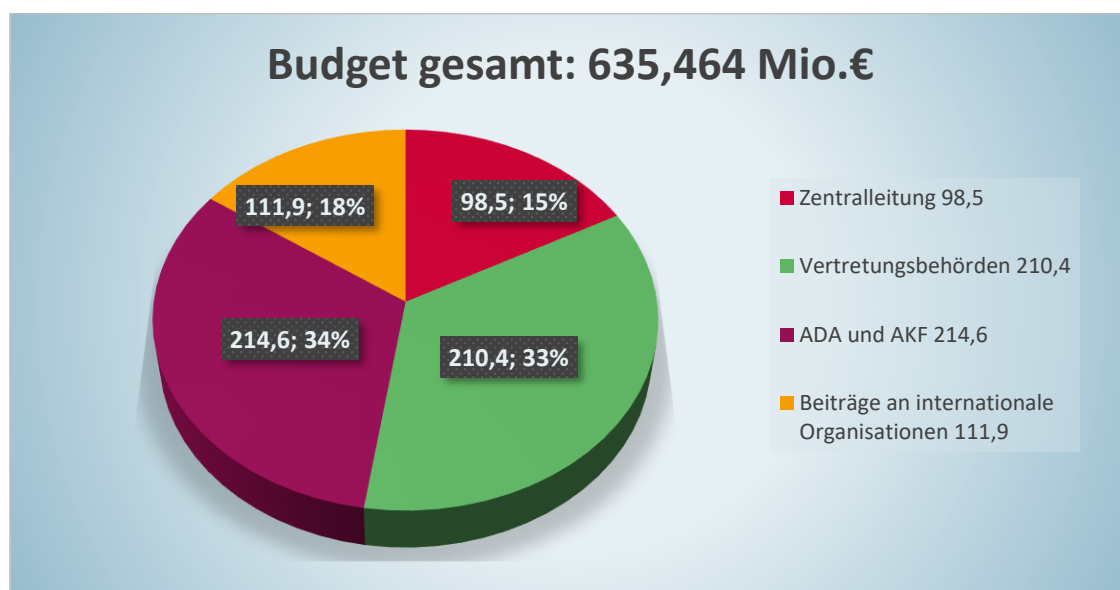
9.2 Budget des Außenministeriums

Der Bundesvoranschlag 2023 lautet auf 635,464 Millionen Euro.

Davon wurden

- 98,521 Millionen Euro für die Zentraleitung (inkl. 4,2 Millionen Euro für internationale Konferenzen),
- 210,38 Millionen Euro für die Vertretungsbehörden (inkl. 5,553 Millionen Euro für kulturelle Vorhaben),
- 111,938 Millionen Euro für Beiträge an internationale Organisationen und
- 214,625 Millionen Euro für die Austrian Development Agency GmbH (ADA) und den Auslandskatastrophenfonds (AKF)

budgetiert.



Budget 2010-2024 in Millionen Euro

Jahr	Budget des BMEIA	Anteil des BMEIA-Budgets am Bundesbudget in %
2010	440,902	0,62 %
2011	427,100	0,61 %
2012	409,361	0,56 %
2013	402,654	0,54 %
2014	418,777	0,55 %
2015	409,141	0,55 %
2016	427,993	0,56 %
2017	551,914	0,71 %
2018	502,628	0,64 %
2019	508,417	0,64 %
2020	495,996	0,45 %
2021	549,910	0,53 %
2022	610,382	0,57 %
2023	635,464	0,55 %
2024	677,181	0,55 %

9.3 Weltweite Infrastruktur und Digitalisierung

Infrastruktur: Das BMEIA-Immobilienportfolio umfasst 220 Liegenschaften und mehr als 300 Objekte, die als Amtsräumlichkeiten für Botschaften, Generalkonsulate, Kulturforen und Vertretungen bei internationalen Organisationen sowie zu Wohn- und Repräsentationszwecken genutzt werden. Etwas mehr als die Hälfte dieser Objekte ist angemietet, die übrigen Immobilien stehen im Eigentum der Republik Österreich.

In der **Facility Management**-Strategie des BMEIA stehen die Grundsätze der Funktionalität, der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit im Vordergrund. Vor allem bei Sanierungen und im gegebenen Fall von Neubauten wird der Energieeffizienz, dem Einsatz erneuerbarer Energie und ökologischen Aspekten großer Stellenwert eingeräumt.

Zur Erzielung von Synergieeffekten und zur besseren Auslastung der vorhandenen Flächen gibt es laufend Bemühungen, gemeinsame Unterbringungen sowohl mit anderen österreichischen

Stellen als auch mit Vertretungen anderer europäischer Staaten und dem Europäischen Auswärtigen Dienst zu realisieren. So gibt es derzeit vier aktive Kollokationen und an 59 Standorten weltweit werden 110 österreichische Mitnutzer wie z.B. andere Ministerien, die WKO, das Österreich-Institut und ein OeAD Kooperationsbüro beherbergt.

Digitalisierung: Die Digitalisierungsstrategie des BMEIA zielt darauf ab, die Effizienz und Effektivität der diplomatischen und konsularischen Prozesse zu verbessern und den Zugang zu Informationen und Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger – unter Einhaltung höchster Datenschutzstandards und Schutzmaßnahmen vor Cyberbedrohungen – zu erleichtern. Zu den Umsetzungsmaßnahmen der BMEIA-Digitalisierungsstrategie im Jahr 2023 zählen (Auswahl):

- Protokoll-Serviceportal: Anträge für Legitimationskarten, periodische Datenaktualisierungen, Abfragen aus dem Diplomatenverzeichnis und von Protokoll-Richtlinien sowie Antragstellungen im Bereich Zollfreischreibung und Steuerbefreiung wurden auf digitale Abläufe umgestellt.
- Das digitale Tool für die strategische Besuchsdiplomatie (BD.Digital) wird in der Umsetzung der Außenwirtschaftsstrategie eingesetzt werden.
- Dokumenten-Online-Tool für Vertretungsbehörden im Ausland (DoT): Personenstandsurkunden, Staatsbürgerschaftsnachweise und weitere Dokumente werden mit der ID Austria online beantragt.
- Proof of Concept ELAK im Bund weltweit („EiBww“): Die weltweite Einsatzbereitschaft des elektronischen Akts im Bund (EiB) an den österreichischen Vertretungsbehörden wurde

technisch und organisatorisch erfolgreich evaluiert. Der Startschuss für eine Umsetzung im Folgejahr ist erfolgt.

9.4 Vertretungsbehörden und Honorarkonsulate

Dienststellen des BMEIA	Stand 31.12.2023
Bilaterale Botschaften	83
Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen	6
Generalkonsulate	10
Selbständige Kulturforen	1
Sonstige Vertretungsbehörden	3
Gesamt	103

Das BMEIA unterhält 103 Berufsvertretungsbehörden. Hinzu kommen zehn Koordinationsbüros der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA).

Am 12. September wurde die Österreichische Botschaft Bagdad von Bundesminister Alexander Schallenberg im Rahmen eines Irak-Besuches offiziell wiedereröffnet. Mit Jahresende wurde die offizielle Entwicklungszusammenarbeit mit Bhutan mit der Schließung des ADA-Koordinationsbüros in Thimphu beendet.

Die Berufsvertretungsbehörden werden weltweit von rund 340 Honorarkonsulaten unterstützt. 2023 wurden die Honorarkonsulate in Belém (Brasilien) und Thimphu (Bhutan) neu eröffnet. Wiedereröffnet wurden die Honorarämter in Czernowitz (Ukraine), Osaka (Japan) und Phoenix

(Vereinigte Staaten von Amerika), dauerhaft geschlossen wurden Maastricht (Niederlande) und Maskat (Oman).

9.5 Organigramm

Siehe Beilage

9.6 Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren Leiter und Leiterinnen

ÄGYPTEN Eritrea, Sudan	ÖB Kairo*	Mag. Georg PÖSTINGER
ALBANIEN	ÖB Tirana	Dr. Christian STEINER
ALGERIEN Niger	ÖB Algier	Mag. Christine MOSER
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	Dr. Andreas MELAN
ASERBAIDSCHAN Turkmenistan	ÖB Baku	Mag. Thomas SCHULLER- GÖTZBURG
ÄTHIOPIEN Dschibuti, Kongo, Uganda, Südsudan	ÖB Addis Abeba	Dr. Simone KNAPP
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Mag. Elisabeth KÖGLER
BELARUS	ÖB Minsk	Dr. Ronald STURM
BELGIEN	ÖB Brüssel*	Mag. Jürgen MEINDL
BOSNIEN und HERZEGOWINA	ÖB Sarajewo*	Dr. Ulrike HARTMANN
BRASILIEN Suriname	ÖB Brasilia	Mag. Dr. Stefan SCHOLZ
BULGARIEN	ÖB Sofia	Mag. Andrea IKIC-BÖHM
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Mag. Stephan VAVRIK

CHINA Mongolei	ÖB Peking* GK Hongkong GK Shanghai GK Chengdu	Mag. Dr. Andreas RIECKEN Mag. Dr. Gerhard ZETTL Helmut RAKOWITSCH Günther LAZELBERGER
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Mag. Dr. Alice IRVIN
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin* GK München	Mag. Dr. Michael LINHART Dr. Eva Maria ZIEGLER
ESTLAND	ÖB Tallinn	Mag. Peter MIKL
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Herbert PICHLER
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris* GK Strassburg	GT a.i. Mag. Wolfgang WAGNER Mag. Andreas LINS
GEORGIEN Armenien	ÖB Tiflis	Mag. Dr. Thomas MÜHLMANN
GRIECHENLAND	ÖB Athen	Mag. Gerda VOGL
GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND Kanalinseln und Isle of Man	ÖB London*	Mag. Bernhard WRABETZ
HEILIGER STUHL San Marino, Malteser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Mag. Dr. Marcus BERGMANN
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi*	Mag. Katharina WIESER
INDONESIEN Timor-Leste	ÖB Jakarta	Mag. Dr. Thomas LOIDL
IRAN	ÖB Teheran*	Mag. Wolf Dietrich HEIM
IRLAND	ÖB Dublin	Mag. Dr. Thomas NADER
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Mag. Nikolaus LUTTEROTTI
IRAK	ÖB Bagdad	Mag. Dr. Andrea NASI

ITALIEN	ÖB Rom* GK Mailand*	Mag. Jan KICKERT Mag. Wolfgang Lukas STROHMAYER
JAPAN	ÖB Tokio*	Dr. Elisabeth BERTAGNOLI
JORDANIEN	ÖB Amman	Dr. Marieke ZIMBURG
KANADA Jamaika	ÖB Ottawa*	Mag. Sylvia MEIER-KAJBIC
KASACHSTAN Kirgisistan, Tadschikistan	ÖB Astana	Dr. Willy KEMPEL
KATAR	ÖB Doha	Mag. Karin FICHTINGER-GROHE
KENIA Burundi, Komoren, DR Kongo, Ruanda, Seychellen, Somalia, Tansania, Sambia, Malawi	ÖB Nairobi	Mag. Dr. Christian FELLNER
KOLUMBIEN Barbados, Ecuador, Guyana, Panamá, Trinidad und Tobago	ÖB Bogotá	Dr. Gerhard DOUJAK
KOREA DVR Korea	ÖB Seoul	Dr. Wolfgang ANGERHOLZER
KOSOVO	ÖB Pristina	Mag. Georg SCHNETZER
KROATIEN	ÖB Agram*	Dr. Markus Josef WUKETICH

KUBA Dominikanische Republik, Haiti, Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Venezuela	ÖB Havanna	Mag. Gabriele MEON-TSCHÜRTZ
KUWAIT Bahrain	ÖB Kuwait	Mag. Marian WRBA
LIBANON	ÖB Beirut	Dr. René AMRY
LIBYEN	ÖB Tripolis	Mag. Christoph MEYENBURG
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Mag. Melitta SCHUBERT
MALAYSIA Brunei Darussalam	ÖB Kuala Lumpur	Mag. Andreas LAUNER
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr. Anna JANKOVIC
MEXIKO Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua	ÖB Mexiko*	Dr. Elisabeth KEHRER
MOLDAU	ÖB Chisinau	Mag. Stella AVALLONE
MONTENEGRO	ÖB Podgorica	Dr. Karl MÜLLER
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Mag. Astrid HARZ
NIGERIA Äquatorialguinea, Benin, Gabun, Ghana, Kamerun, Togo, Tschad, São Tomé und Príncipe, Zentralafrikanische Republik	ÖB Abuja	MMag. Thomas SCHLESINGER, MSc
NORDMAZEDONIEN	ÖB Skopje	Mag. Martin PAMMER
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Stefan PEHRINGER

OMAN Jemen	ÖB Maskat	Mag. Christophe CESKA
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Mag. Andrea WICKE
PERU Bolivien	ÖB Lima	Mag. Renate KOBLER
PHILIPPINEN Palau	ÖB Manila	Dr. Johann BRIEGER, MBA
POLEN	ÖB Warschau* GK Krakau	Mag. Andreas STADLER Mag. Martin GÄRTNER
PORTUGAL Cabo Verde	ÖB Lissabon	Mag. Christoph MERAN
RUMÄNIEN	ÖB Bukarest*	GT a.i. Mag. Margit BRUCK- FRIEDRICH
RUSSLAND	ÖB Moskau*	Mag. Dr. Werner ALMHOFER
SAUDI-ARABIEN	ÖB Riyadh	Dr. Oskar WÜSTINGER
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Mag. Doris DANLER
SCHWEIZ	ÖB Bern*	Dr. Maria ROTHEISER-SCOTTI
SENEGAL Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Sierra Leone	ÖB Dakar	Mag. Ursula FAHRINGER
SERBIEN	ÖB Belgrad*	Mag. Christian EBNER
SINGAPUR	ÖB Singapur	Mag. Peter GUSCHELBAUER
SLOWAKEI	ÖB Pressburg*	Mag. Johannes WIMMER
SLOWENIEN	ÖB Laibach*	Mag. Elisabeth ELLISON-KRAMER
SPANIEN Andorra	ÖB Madrid*	Mag. Enno DROFENIK

SÜDAFRIKA Angola, Botsuana, Eswatini, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Mosambik, Namibia, Simbabwe	ÖB Pretoria	Mag. Romana KÖNIGSBRUN
SYRIEN	ÖB Damaskus	Dr. Peter KROIS
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Mag. Wilhelm DONKO
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag*	Dr. Bettina KIRNBAUER
TUNESIEN	ÖB Tunis	Mag. Ulla KRAUSS-NUSSBAUMER
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul*	Mag. Gabriele JUEN, LL.M. Josef SAIGER, BA, MA
UKRAINE	ÖB Kyjiw*	Mag. Arad BENKÖ
UNGARN	ÖB Budapest*	Dr. Alexander GRUBMAYR, LL.M.
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Dr. Etienne BERCHTOLD
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA Bahamas	ÖB Washington* GK Los Angeles GK New York KF New York	MMag. DDr. Petra SCHNEEBAUER Mag. Dr. Michael POSTL Mag. Helene STEINHÄUSL Dr. Susanne KEPPLER- SCHLESINGER
VIETNAM	ÖB Hanoi	Dr. Hans-Peter GLANZER
ZYPERN	ÖB Nikosia	Mag. Dorothea AUER
LIECHTENSTEIN (Sitz in Wien)	ÖB Liechtenstein	Mag. Georg DIWALD
LITAUEN (Sitz in Wien)	ÖB Litauen	Mag. Yvonne TONCIC-SORINJ
LETTLAND (Sitz in Wien)	ÖB Lettland	Mag. Bernadette KLÖSCH
MALTA (Sitz in Wien)	ÖB Malta	Mag. Erika BERNHARD
USBKISTAN (Sitz in Wien)	ÖB Usbekistan	Mag. Matthias RADOSZTICS

Ständige Vertretung bei den VN in New York	Mag. Dr. Alexander MARSCHIK
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf	Dr. Désirée SCHWEITZER
Ständige Vertretung bei den VN, IAEO, UNIDO und CTBTO in Wien	Mag. Dr. Gabriela SELLNER
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel	Mag. Dr. Thomas OBERREITER
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel (Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee)	Mag. Martin HOJNI
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel	Mag. Jürgen MEINDL
Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg	Mag. Aloisia WÖRGETTER
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris	Mag. Dr. Gerhard JANDL
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris	Mag. Regina FIGL, MA
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag	Mag. Astrid HARZ
Ständige Vertretung bei der Donaukommission in Budapest	Dr. Alexander GRUMBAYR, LL.M.
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid	Mag. Enno DROFENIK
Konsulat Sydney (Australien)	AußenwirtschaftsCenter (WKO)
GK Sao Paulo (Brasilien)	AußenwirtschaftsCenter (WKO)
GK Guangzhou (China)	AußenwirtschaftsCenter (WKO)
GK Toronto (Kanada)	AußenwirtschaftsCenter (WKO)
Ständige Vertretung bei der WTO in Genf	untersteht dem BMAW
Ständige Vertretung bei der FAO in Rom	untersteht dem BML

Stand: 31.12.2023

9.7 Diplomatische Akademie Wien

Die 1754 unter Kaiserin Maria Theresia als Orientalische Akademie gegründete Diplomatische Akademie Wien (**DA**) ist die weltweit älteste Schule ihrer Art und seit 1996 eine Anstalt öffentlichen Rechts.

Im Studienjahr 2022/23 waren 175 Studentinnen und Studenten aus 47 Ländern und im Studienjahr **2023/24 sind 199 Studentinnen und Studenten aus 53 Ländern**, jeweils aus allen Kontinenten, inskribiert. Das Studienangebot umfasste

- den einjährigen Diplomlehrgang (2023/24: 24 Studierende);
- das zweijährige Master of Advanced International Studies (MAIS)-Programm (gemeinsam mit der Universität Wien, 2023/24: 126 Studierende plus 9 Gast- bzw. Austauschstudierende);
- das zweijährige Master of Environmental Technology and International Affairs (ETIA)-Programm (gemeinsam mit der TU Wien, 2023/24: 33 Studierende); und
- das PhD-Programm (gemeinsam mit der Universität Wien, 2023/24: 7 Studierende).

Die Festrede bei der Inauguration des Studienjahres 2023/24 hielt Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Nikolaus Marschik.

Neben den **Kooperationsabkommen** mit der Johns Hopkins University–SAIS Europe und der Fletcher School of Law and Diplomacy werden im MAIS-Programm mehrmonatige **Austauschprogramme** angeboten: mit der Stanford University, der Hebrew University of Jerusalem (HUJ) und mit KUGSIS (Korea University's Graduate School of International Studies). Für ein Austauschprogramm mit China kooperiert die DA ab 2023/24 mit der Renmin University.

Studienreisen fanden – mit inhaltlicher Unterstützung der jeweiligen österreichischen Botschaften – zu den EU-Institutionen nach Brüssel, in die Westbalkan-Staaten (Bosnien und Herzegowina, Serbien, Kosovo, Albanien, Montenegro), in die Autonome Region Kurdistan-Irak

(von der KRG-Vertretung in Wien organisiert) und nach Israel und die palästinensische Gebiete statt.

Besonders wichtig für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der DA sind **Stipendien**. So ermöglichten ADA-Stipendien das Studium für sieben Studierende aus Äthiopien, Ghana, Kenia, Serbien und der Ukraine. Weitere 29 Studierende aus 13 Ländern erhielten finanzielle Unterstützung seitens der DA und Privatsponsoren. Auch wurde die Zusammenarbeit der DA mit Fulbright Austria ausgebaut („Fulbright-Diplomatic Academy Student Award“).

Berufsbegleitende Aus- und Fortbildungsprogramme (Executive Training Programmes) fanden für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMEIA sowie der öffentlichen Verwaltung aus Südosteuropa, Schwarzmeerregion/Südkaucasus, Afrika, Naher Osten und der Autonomen Region Kurdistan/Irak statt. Darüber hinaus unterstützte die DA das BMEIA bei der Organisation und Durchführung der Austrian Leadership Programs (ALPS) und führte im Auftrag des BMEIA ein Besuchsprogramm im Rahmen des Austrian American Media Fellowship Program (AAMFP) durch. Der Sommerkurs für deutsche Sprache und österreichische Kultur wurde von 41 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 30 Ländern besucht. Angeboten wurden auch Trainingsmodule für die Freie Universität Brüssel (Winter- und Sommerschule), das Ban Ki-moon Centre for Global Citizens und das United Nations University Institute on Comparative Regional Integration Studies. In Kooperation mit der Organisation Internationale de la Francophonie (OIF) gab es ein Seminar Fachfranzösisch in Zypern und in Kooperation mit der Université Sorbonne ein Trainingsmodul Diplomatie Scientifique Francophone, unterstützt von der Agence universitaire de la Francophonie (AUF). Außerdem wurde ein Training für die Industriellenvereinigung durchgeführt.

2023 fanden an der DA rund 125 **öffentliche Veranstaltungen** statt, bei denen zahlreiche internationale Vortragende über aktuelle außenpolitische Themen diskutierten. Ein Teil davon stand auch per Livestream bzw. als Aufzeichnung auf YouTube zur Verfügung. Zu den Rednerinnen und Rednern zählten u.a. die Staatspräsidentin der Republik Kosovo, der Präsident der Tschechischen Republik, die Premierminister von Nordmazedonien und der Slowakei, der Außenminister der Tschechischen Republik, der UNRWA-Generalkommissar und der Generalsekretär der Organisation der Turkstaaten. Hervorzuheben sind auch die von der DA veranstalteten oder mitveranstalteten Konferenzen „Reinvigorating the United Nations“,

„(De)globalisation: Untangling our present and future (DASICON)“, eine Trilogie zur österreichischen Sicherheitspolitik, die Konferenz gegen Menschenhandel „Boundaries and Frontiers in Human Trafficking“, das 27. Europaforum Wien, das Forum „Building a Modern Ukraine“ sowie der 6. Dialogue of Continents in Kooperation mit dem Reinventing Bretton Woods Committee. Weitergeführt wurde die Veranstaltungsreihe „Peaceful Change“ mit der Österreichischen Forschungsgemeinschaft sowie die Werkstattgespräche mit dem Zukunftsfonds der Republik Österreich.

Das jährliche Treffen des **International Forum on Diplomatic Training** (IFDT; Netzwerk der Direktorinnen und Direktoren Diplomatischer Akademien und ähnlicher Ausbildungsstätten unter dem Vorsitz der DA und dem Institute for the Study of Diplomacy der Georgetown University) fand vom 12.-15. Dezember auf Einladung des Devawongse Varopakarn Institute of Foreign Affairs in Bangkok, Thailand, statt und bot ca. 70 Mitgliedern die Möglichkeit, aktuelle Trends in der diplomatischen Ausbildung zu diskutieren.

Die **aktuellen außenpolitischen Prioritäten** standen im Mittelpunkt von Forschung, Lehre und Vermittlung. Ein besonderer Schwerpunkt wurde dabei auf die österreichische und europäische Sicherheitspolitik gelegt.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2025-02-12T14:15:53+01:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	